

**Die Entwicklung der Abschreibungslehre
in der betriebswirtschaftlichen Literatur**

Gerta Marzin

1961

Die Entwicklung der Abschreibungslehre
in der
betriebswirtschaftlichen Literatur



Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
Diplom-Kaufmann
Gerta Marzin
1960



Referent: Professor Dr. Liesel Beckmann

Korreferent: Professor Dr. Otto Hintner

Tag der mündlichen Prüfung: 21. Februar 1961

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorbemerkung	5
1. Die Abschreibung als Wertberichtigung	
Von den Anfängen der wissenschaftlichen Arbeiten über Abschreibungsprobleme bis zur Inflation (1900 - 1918)	9
a) Überblick	9
b) Begriff der Abschreibungen	13
c) Zweck der Abschreibungen	16
d) Methoden der Abschreibungen	26
e) Die Auffassung Schmalenbachs über Abschreibungen (in der Zeit von 1900 - 1918)	32
f) Zusammenfassender Ergebnisbericht	35
2. Die Abschreibung als Mittel der Substanzerhaltung	
Die Geldentwertung (1919 - 1923)	37
a) Vorschläge für die Anpassung der Abschreibungen an die Geldentwertung	38
aa) Erhöhung der Abschreibungen	39
ab) Umrechnung der Bilanzposten	46
b) Beispiele	50
ba) Ein Vorschlag der Theorie (Fritz Schmidt)	50
bb) Die Maßnahmen des Staates (§ 59a, § 33b EStG)	53
c) Zusammenfassender Ergebnisbericht	55

3. Die Konsolidierung der Abschreibungslehre und die wirtschaftspolitisch veranlaßte Vereinheitlichung der Abschreibungsmethodik

Von der Nachinflationszeit bis zum Ende des zweiten Weltkrieges (1924 - 1945)

a) Überblick	56
b) Fortschritt auf theoretischem Gebiet	59
ba) Systematisieren und Vereinheitlichen	59
bb) Verstärkte Beachtung der Finanzierungsfunktion	68
c) Die praktische Handhabung der Abschreibung	70
d) Zusammenfassender Ergebnisbericht	79

4. Die Abschreibung als Finanzierungsfaktor

Nachkriegszeit und Gegenwart (1945 - 1960)

a) Die Situation nach dem zweiten Weltkrieg	83
b) Der Kapazitätserweiterungseffekt in der betriebswirtschaftlichen Diskussion	84
c) Die Beziehungen zwischen Abschreibungen und Zinsen	95
ca) Grundsätzliches zum Problem	95
cb) Die Diskussion nach 1945	97
d) Die Abschreibung als staatliche Steuerungsmaßnahme	101
da) Die degressive Abschreibung	101
db) Weitere gesetzliche Vorschriften und Richtlinien	107
e) Zusammenfassender Ergebnisbericht	110

Schlußbemerkung	113
-----------------	-----

Literaturverzeichnis	117
----------------------	-----

Abkürzungsverzeichnis	142
-----------------------	-----

Vorbemerkung

Wenn der Bearbeitung des vorliegenden Themas eine Vorbemerkung vorausgeht, dann geschieht dies aus folgenden Gründen: Der ganze Problemkreis stellt insgesamt einen - grob gesagt - historischen, wirtschaftlichen, technischen, terminologischen und methodologischen Komplex von Fragen dar, so daß es zur Einführung vorteilhaft erscheint, eine kurze Charakterisierung eben dieser Problemdimensionen zu versuchen. Eine Auffächerung des Problems kann hier nicht vorgenommen werden.

Der Zweck dieser Untersuchung soll kurz erkenntlich gemacht werden; dazu bedarf es einer Zurechtlegung des Begriffes und der Bedeutung der Abschreibung. Ferner sollen das Vorgehen bei der Problemgliederung und, damit zusammenhängend, die Abgrenzungen des Untersuchungsgegenstandes angedeutet werden.

Daß für die Arbeit nicht ausschließlich eine wissenschaftliche Untersuchungsmethode angewendet werden konnte, ist selbstverständlich, da sich hier empirische Forschung und Analyse theoretisch bzw. deduktiv gefundener Ergebnisse laufend verwickeln.

Ziel der Arbeit ist es, die Entwicklung der Auffassungen über Art, Zweck und Wirkungen der Abschreibungen herauszufinden. Sie hat damit eher eine historisch-literarische Zwecksetzung als eine materielle, praktische, zur Problemlösung als solcher beitragende: Sie will untersuchen, warum die Autoren diese oder jene These über die Abschreibungen vertraten und welche Einflüsse maßgebend waren, daß die Anschauungen über die Abschreibungen im Lauf der Zeit so starken Wandlungen unterworfen waren.

Unter Abschreibungen sollen zunächst im einzelnen verstanden werden: die bilanzielle und die kalkulatorische Abschreibung, wobei erstere in der Handelsbilanz und in der Steuerbilanz verschieden errechnet wird.

Die primäre Aufgabe der bilanziellen Abschreibung ist es, die Anschaffungsausgaben auf die Zeitdauer der Nutzung des betreffenden Anlagengegenstandes als Aufwand zu verteilen (dynamische Sicht). Zugleich hat sie auch seine Wertminderung innerhalb eines Zeitabschnittes durch die jeweils veränderten Bilanzposten auszu-drücken (statische Sicht). Die Bilanzierung der Abschreibung hat ferner den Zweck, die durch die kalkulatorischen Abschreibungen als Erlöse in die Unternehmung geflossenen

Abschreibungsbeträge den Unternehmen zu erhalten, d.h. nicht zur Ausschüttung gelangen zu lassen.

In der Handelsbilanz gelten generell die Grundsätze der Bilanzklarheit und -wahrheit, jedoch sind von Gesetzes wegen Unterbewertungen, d.h. Überabschreibungen, erlaubt. Lediglich die Beschönigung der Vermögensverhältnisse ist aus Gründen des Gläubigerschutzes verboten.

Für die Berechnung der Abschreibungen in der Steuerbilanz gilt zwar das Prinzip der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz, jedoch ergeben sich erhebliche Abweichungen aus der verschiedenen Zwecksetzung der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen.

Die vom Handelsrecht gewährten Spielräume werden vom Steuerrecht eingeeengt. Die Legung der stillen Reserven, d.h. die Überabschreibung, ergäbe Minderungen des zu versteuernden Gewinnes, und dies wird steuerlich grundsätzlich nicht anerkannt. Die steuerlichen Bestimmungen wollen zwar den objektiven Gewinn feststellen, wurden aber - besonders in den vergangenen Jahren - weitgehend zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen benutzt. ¹⁾

Die kalkulatorische Abschreibung wird in der Kostenrechnung zur Ermittlung der Selbstkosten errechnet und soll - unter der Voraussetzung, daß die Kosten wieder Erlöst werden - den Ersatz der für die jeweilige Leistung verbrauchten Anlage-
teile gewährleisten.

Kalkulatorische und bilanzielle Abschreibung gehen von verschiedenen Voraussetzungen aus und divergieren deshalb häufig. ²⁾

1) Im geltenden Steuerrecht unterscheidet man die Absetzung für Abnutzung (AfA, § 7 EStG) und das Abschreiben auf den Teilwert (§ 6 EStG). - Die AfA berücksichtigt den Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten, der bei gleichmäßiger (§ 7 Abs.1) oder auch degressiver (§ 7 Abs.2) Verteilung dieser Kosten auf die Gesamtdauer der Verwendung oder Nutzung auf ein Jahr entfällt. - Das Abschreiben auf den Teilwert kann den AfA vorgezogen werden, wenn der Teilwert niedriger ist als der durch die AfA sich ergebende Wert (§ 6 EStG). - Der Teilwert ist nach der Definition des Gesetzes der Betrag, "den ein Erwerber des ganzen Betriebes im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde; dabei ist davon auszugehen, daß der Erwerber den Betrieb fortführt". - Die Daseinsberechtigung des Teilwertes ist stark umstritten. Vgl. dazu auch Fürst, Bilanzierungsgrundsätze in der Praxis, 1956, S. 133 ff.; Hax, Die Substanzerhaltung der Betriebe, 1957, S. 78; Ley, Die Bewertungsgrundsätze des Bewertungs- und Einkommensteuergesetzes, 1956, S. 40 ff.; Müller, E., Gemeiner Wert und Teilwert, in: Steuerberater Jahrbuch 1957/58, S. 355; Vogt, Bilanztaktik. Wahlrechte des Unternehmers beim Jahresabschluß, 4.Aufl., 1955, S. 137.

2) Die rechnerische Differenz wird im heutigen Rechnungswesen über die Kontenklassen 2 und 9 ausgeglichen.

Als erhebliches Problem stellte sich die Wahl des zweckmäßigsten Vorgehens bei der Auswertung der sehr zahlreichen Äußerungen dar, die zu diesem Fragenkreis aus Theorie und Praxis vorgefunden wurden.

Eine nicht zu umgehende Gefahr waren in jedem Fall Überschneidungen und Wiederholungen, die sich sowohl bei einer Bearbeitung nach Abschreibungssachgebieten als auch bei einer chronologischen, nach Zeitabschnitten eingeteilten Abhandlung ergeben.

Die chronologische Bearbeitung der Abschreibungsentwicklung erschien als die zweckmäßigste, da eben die entwicklungsgeschichtliche Darstellung mit der Aufzeichnung der Kontinuität der Problementwicklung dem Ziel der Arbeit weit eher entspricht als eine theoretische Untersuchung des Abschreibungsproblems, die sich bei einer Gliederung nach Sachgebieten zwangsläufig ergibt.

Um die vollständige Geschichte der Abschreibungen darzulegen, wäre es erforderlich, bis in die Anfänge der Buchhaltungslehre ³⁾ zurückzugehen. Eine systematische betriebswirtschaftliche Durchforschung der Abschreibungen ist jedoch erst ab etwa 1900 festzustellen. Seit dieser Zeit kann man die Entwicklung der Abschreibungslehre in einzelne Abschnitte einteilen, da sich - bedingt durch immer wieder neue Strömungen und Einflüsse - Zäsuren zeigen, die eine Gliederung in verschiedene Etappen rechtfertigen, ⁴⁾ wobei die Grenzen natürlich flüssig sind.

Es wird nicht verkannt, daß der hier eingeschlagene Weg mit dem Nachteil verbunden ist, daß etliche Fragen, die den engen Rahmen der einzelnen Zeitabschnitte schwer vertragen, in der Abhandlung bei strenger Beibehaltung der zeitlichen Unterteilung nur unzusammenhängend dargestellt werden können. Deshalb wurden diese Fragen jenem Abschnitt zugeordnet, der die entscheidende Anregung für die Entwicklung gab. Die Übersichtlichkeit der Arbeit erforderte dies.

Veranlaßt durch den Umfang des Materials und den großenteils geringen Erkenntniswert, wurden Veröffentlichungen der Sekundärliteratur, die lediglich eine Zusammenfassung der bereits erarbeiteten Erkenntnisse ohne eigene Stellungnahme des Autors bringen, außer acht gelassen.

3) In Savary's "Parfait Négociant" 1675 findet man bei den Inventarvorschriften die erste Andeutung einer Abschreibung wegen wirtschaftlicher Entwertung; es wird dort vorgeschlagen, bei Waren, die der Mode unterworfen sind, einen Abzug vorzunehmen. - Die erste Darstellung des Abschreibungsverfahrens stammt aus dem Jahr 1772; das erste Gesetz, das Bewertungsregeln aufnahm, ist das "Allgemeine Landrecht preußischer Staaten" (1794). Es handelt sich hier aber weder um eine allgemeine noch um eine zwingende Vorschrift. - Vgl. ter Vehn, Die Entwicklung der Bilanzauffassungen bis zum AHGB. Sonderheft der Zeitschrift für Betriebswirtschaft (ZfB) 1929.

4) Vgl. auch Isaac, Die Periodisierung der Entwicklung der Betriebswirtschaftslehre in Deutschland in den letzten 25 Jahren, 1925, S. 47 ff. - Vgl. auch Walb, Zur Dogmengeschichte der Bilanz, in: Festschrift für Eugen Schmalenbach, 1933, S. 58.

Eine weitere Abgrenzung wurde insofern vorgenommen, als nur die Abschreibungen im "engeren Sinn", also die Anlagenabschreibungen,⁵⁾ behandelt wurden.

5) Vgl. auch Mellerowicz, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 7. Aufl., 1952, S. 26.- Gudehus (Bewertung und Abschreibung von Anlagen, 1959, S. 13) rechnet zu den Anlagen auch immaterielle Werte, wie Organisation, Mitarbeiterstamm u.ä. Diese weite Auslegung kommt hier nicht in Betracht.

1. Die Abschreibung als Wertberichtigung

Von den Anfängen der wissenschaftlichen Arbeiten über Abschreibungs-
probleme bis zur Inflation (1900 - 1918)

a) Überblick

Die erste enger zusammenfaßbare Periode in der Entwicklung der Abschreibungs-
lehre läßt sich von 1900 bis etwa 1918, dem Ende des ersten Weltkrieges, feststellen.

In diesem Zeitabschnitt wurden in der betriebswirtschaftlichen Literatur vor
allem grundsätzliche Fragen bezüglich der Abschreibungen geklärt, da bislang höchstens
verfahrenstechnische Probleme behandelt worden waren und diese Erkenntnisse in keinen
Verhältnis zu der steigenden Bedeutung der Abschreibungen standen.

Die Gründe für ein Vordringen der Abschreibungen lagen in der Änderung der
wirtschaftlichen, sozialen und technischen Gegebenheiten.⁶⁾

Die zunehmende Bevölkerungszahl⁷⁾ zwang zu einer Erhöhung der Güterproduktion
und zur Schaffung einer Vielzahl von neuen Arbeitsplätzen. Außerdem wurde der Absatz der
Fertigwaren durch das Ansteigen des Exports infolge der zunehmenden weltwirtschaftlichen
Verflechtung begünstigt. Unterstützt wurde diese Produktionsausweitung durch den großen
Konjunkturanstieg von 1895 - 1913.

Die technischen Erfindungen (Dieselmotor, Elektromotor) gaben die Grundlage
für eine rationellere Produktionsmethode und führten zu einer Vergrößerung bzw. Kon-
zentration der Unternehmungen. Die Produktionsziffern und die Investitionen stiegen
immer mehr an. Die Ausstattung der Betriebe mit maschinellen Anlagen wuchs stetig. Da-
zu kam noch, daß neue Industrien entstanden, die vornehmlich anlageintensiv waren, z.B.
die chemische Industrie, die Elektroindustrie.

In Gewerbe, Handel und Verkehr verzehnfachte sich die Kraftmaschinenleistung
innerhalb von 30 Jahren.⁸⁾ Die Maschinenindustrie erlangte so einen ungeheuren Auf -

6) Vgl. dazu auch Bechtel, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert,
1956, S.296 ff.: Kapitel über Industriepolitik von 1870 - 1914.

7) 1890: 49,5 Menschen/qkm
1900: 56,4 " "
1910: 64,9 " "

(Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 2.Aufl., 1960, S.368).

8) 1875: 1 Mio PS, 1907: 10 Mio PS (Bechtel, a.a.O., S.157)

stieg. Der Wert der Erzeugnisse dieser Branche lag

1897 bei rund 1 Mrd. Mark

1907 bei rund 2 Mrd. Mark

1914 bei rund 3 Mrd. Mark . 9)

Die industrielle Produktion wurde mehr und mehr genormt und typisiert, ausgelöst durch die veränderte Produktionsweise und durch die Uniformierung des Geschmacks. Lütge ¹⁰⁾ bezeichnet den Vermassungsprozeß als entscheidenden Zug der Epoche von 1871 - 1914.

Diese Umwälzungen auf dem wirtschaftlichen Sektor hatten zur Folge, daß mit der verstärkten Anlageintensität der industriellen Unternehmungen den Abschreibungen zunehmende Bedeutung zukam.

Bisher wurden sie in der Praxis als ziemlich unwesentlich betrachtet und schematisch behandelt. Dieser Notstand wurde von vielen betriebswirtschaftlichen Autoren erkannt.

Lewin ¹¹⁾ beklagt sich, daß die Abschreibungsfragen seit Jahrzehnten nach dem 'Schema F' behandelt wurden, in der Industrie sehr unklar seien und oft abhängig gemacht werden vom Ergebnis des abgelaufenen Jahres.

Die große Willkür, die bei der Bemessung der Abschreibungssätze in der Bilanz angewendet wurde, bezeichnet Passow ¹²⁾ als schwächsten Punkt des Bilanzwesens. Die Praxis widme diesem Problem nur geringe Aufmerksamkeit, trotz der Wichtigkeit, die der Höhe der Abschreibungen für die Gewinnermittlung und für die Selbstkostenrechnung zukomme ¹³⁾.

Schwarz, ¹⁴⁾ der Kapitalfehlleitungen bei deutschen Aktiengesellschaften in den Jahren 1884 - 1914 untersucht, führt zu geringe Abschreibungen als einen der Gründe für die Fehldispositionen an. Fast alle Maschinenfabriken, Bergwerke und Eisenhütten, die in dem untersuchten Zeitraum Sanierungen vornahmen, hätten neben anderen Ursachen die Notwendigkeit einer Sonderabschreibung als Folge zu geringer Abschreibung in früheren Jahren angeführt. Bei den meisten dieser Gesellschaften mußten infolge techni-

9) Frölich, Maschinenindustrie, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften (HdSt), 4. Aufl., 1925.

10) Lütge, a.a.O., S. 447.

11) Lewin, Theorie und Praxis der industriellen Selbstkostenberechnung, 1909, S. 116; ders., Wie hängt die Abschreibungsfrage in Industriebetrieben mit der Kalkulation und Leistungsfähigkeit zusammen?, in: Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis (ZfH), 1909, S. 416.

12) Passow, Die Bilanzen der privaten Unternehmungen, 1. Aufl. 1910, S. 149.

13) Passow, Bilanzwesen, in: Wirtschaft und Recht der Gegenwart, 1912, S. 367.

14) Schwarz, Kapitalfehlleitungen bei deutschen Aktiengesellschaften in den Jahren 1884 - 1914, in: ZfH 1935, S. 281 ff.

schon Rückständigkeit neue Maschinen angeschafft werden, das plötzliche Wertloswerden der alten, nicht genügend abgeschrieben Anlagen führte empfindliche Schäden herbei. Großmann, ¹⁵⁾ der die Abschreibungen vor allem unter dem Blickwinkel der Kalkulation sieht, führt Lilienthal an, der in keiner der (1908) von ihm besuchten Fabriken die Abschreibungen unter den 'Unkosten' gefunden habe. Ebenso bemängelt Wagner, ¹⁶⁾ daß nur in ganz wenigen Selbstkostenrechnungen der Großindustrie Abschreibungen angeführt werden. Zu dem gleichen Ergebnis kommt Schlesinger, ¹⁷⁾ der eingehende Untersuchungen anstellte.

Calmes ¹⁸⁾ beanstandet, daß durch die Handhabung der Abschreibungen in der Praxis, bei gutem Geschäftsgang Überschreibungen vorzunehmen, die Bilanzklarheit sehr beeinträchtigt werde.

Diesen Mißstand im betrieblichen Rechnungswesen zu beheben, war eine vordringliche Aufgabe der Betriebswirtschaftslehre. Die Gründung der Handelshochschulen und damit der Beginn bzw. die Fortentwicklung der Detailforschung, die Intensivierung praktischer betriebswirtschaftlicher Untersuchungen trugen dazu bei, daß auf diesem noch kaum durchdachten Gebiet neue Erkenntnisse geschaffen wurden, die über reine Verfahrensangeweisungen hinausgingen.

Im 19. Jahrhundert hatten sich vor allem die Juristen mit den bilanziellen Bewertungsfragen (vorwiegend in rechtlicher Sicht unter Außerachtlassung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten) befaßt, und auch zu Anfang des 20. Jahrhunderts herrschte noch lange Zeit bei den Abschreibungsfragen eine stark juristisch orientierte Anschauungsweise vor. ¹⁹⁾

Die gesetzlichen Vorschriften über die Abschreibungen waren noch ziemlich unkompliziert. Im Handelsrecht bestimmte der § 40 HGB, ²⁰⁾ daß die Vermögensteile in der Bilanz nach dem Werte anzusetzen seien, der ihnen im betreffenden Zeitpunkt zuzumessen sei. ²¹⁾

15) Großmann, Die Abschreibung vom Standpunkt der Unternehmung, insbesondere ihre Bedeutung als Kostenfaktor, 1925, S. 73.

16) Wagner, Selbstkostenberechnung gemischter Werke der Großeisenindustrie, 1912, S. 145.

17) Schlesinger, Selbstkostenberechnung im Maschinenbau, 1911, S. 89.

18) Calmes, Der Fabrikbetrieb, 1. Aufl., 1906, S. 77.

19) Vgl. z.B. Rehm, Die Bilanzen der Aktiengesellschaften, 1903; ders., Allgemeine Bewertungslehre, in: ZfH 1909, S. 2 ff.

20) Bis heute unverändert.

21) Es ist heute noch strittig, ob hier der Zeitwert oder der Anschaffungswert, vermindert um die Abschreibungen, einzusetzen ist. Ruchti (Die Abschreibung, 1953, S. 84 ff.) schließt aus der Formulierung des § 40 HGB, daß hier nach dem Zeitwert zu bewerten ist. Pfeiffer (Probleme bilanzieller Bewertung in Zeiten starker allgemeiner Preisschwankungen, 1957, S. 11) z.B. ist der Meinung, daß der Anschaffungspreis als Höchstpreis anzusehen ist.

Für die Bewertung bei Aktiengesellschaften verwies der § 261 HGB ²²⁾ auf § 40 HGB, mit der Maßgabe, daß bei Anlagen ohne Rücksicht auf einen geringeren Wert zu Anschaffungs- oder Herstellungspreisen bewertet werden dürfe, sofern "ein der Abnutzung ²³⁾ gleichkommender Betrag in Abzug gebracht oder in ein entsprechender Erneuerungsfonds in Ansatz gebracht wird".

Die steuerlichen Vorschriften spielten noch eine untergeordnete Rolle. Bei Ausbruch des ersten Weltkrieges gab es 27 verschiedene Länder-Einkommensteuer-Gesetze. Die Steuerbelastung war gering, und bezüglich der Bewertung verwiesen diese Bestimmungen auf das Handelsrecht.

Um auf dem Gebiet der Abschreibungslehre Fortschritte zu erzielen, mußten sich die betriebswirtschaftlichen Autoren zu Beginn des 20. Jahrhunderts erst einmal über Definition, Aufgabe und Methoden der Abschreibungen klar werden. Als die bedeutendsten Autoren auf diesem Gebiet sind zu nennen: Calmes, R. Fischer, Gerstner, Leitner, Lewin, Osbahr, Passow, Rehm, Schiff, Simon und Schmalenbach. ²⁴⁾ Daneben war noch eine große Zahl anderer Autoren tätig, deren Veröffentlichungen auf diesem Gebiet teilweise aber auf einem weit niedrigeren Niveau lagen und keine fruchtbaren Ergebnisse brachten. ²⁵⁾

Die wachsende Bedeutung, die man den Abschreibungen zumäß, spiegelte sich in den Veröffentlichungen wider. Leitner z.B. erwähnte in der 1. Auflage der "Selbstkostenrechnung industrieller Betriebe" 1905 die Abschreibungen nur ab und zu, in der 3. Auflage 1908 widmete er ihnen schon einen eigenen Abschnitt; bis zur 4. Auflage 1913 erweiterte er seine Ausführungen bezüglich der Abschreibungen zu einem systematisch durchdachten Traktat.

Abgesehen von verschiedenen Aufsätzen in Fachzeitschriften stellt das Werk von Schiff "Die Wertminderung an Betriebsanlagen" (1909) die erste Monographie über Probleme der Wertminderung und Abschreibung dar.

Zu Beginn der eingehenderen Darstellungen steht zweckmäßig eine kurze Zusammenfassung der Interpretation des Begriffes der Abschreibungen in der Literatur zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

22) Seit 1937 im Aktiengesetz § 133 geregelt.

23) Abnutzung umfaßt streng genommen nur die Wertminderung durch technische Nutzung, nicht die wirtschaftliche Entwertung.

24) Der Schmalenbachsche Beitrag zur wissenschaftlichen Klärung des Abschreibungsproblems wird am Ende dieses Abschnittes dargestellt.

25) Vgl. z.B. die unsystematischen Ausführungen von Herzog, Handbuch der industriellen Finanzierungen, 1914, und die Abschreibungsdefinition von Glück (Die doppelte Buchführung, 1915, S. 60): "Die Abschreibung ist jeder wahrnehmbare, nicht zu ersetzende Wertverlust."

b) Begriff der Abschreibungen

Die Auffassungen über die Abschreibungen gehen - auch was die Definition anbelangt - weit auseinander.

Zwei Gruppen unterscheiden sich von vornherein deutlich: R. Fischer und seine Anhänger sowie weitere ähnlich argumentierende Wissenschaftler und Praktiker, die die Abschreibung als Verlustantizipation ansehen, und eine zweite Gruppe von Autoren, für die die Abschreibung ein Posten in der Kalkulation, ein Ausdruck der Wertminderung, eine Aufwandsverteilung oder ähnliches ist.

Fischer ²⁶⁾ - einer der profiliertesten Bilanzschriftsteller seiner Zeit ²⁷⁾ - ist der Überzeugung, daß die Abschreibungen Verluste sind; der zu erwartende Verlust bei Außerbetriebsetzung eines Gebrauchsgutes werde dadurch gemildert, daß man ihn auf Jahre verteilt. Abschreibung sei also eine Antizipation des Verlustes. Überwiegend aus Liquiditätsgründen werde dieser Verlust auf die einzelnen Nutzungsperioden verteilt. ²⁸⁾ Aus dieser Sicht heraus ist auch seine Einstellung verständlich, daß man, falls kein Gewinn ausgeschüttet werden würde, die Abschreibungen auf spätere ertragsreichere Jahre verschieben könne ²⁹⁾. Die jährlichen Abschreibungen haben nach Fischer nichts mit der Abnahme der Gebrauchsfähigkeit zu tun. ³⁰⁾

Schönwandt, ³¹⁾ der der Ansicht Fischers nahesteht, bezeichnet ebenfalls die Differenz zwischen dem Anschaffungswert und dem Materialwert als einen Verlust, der durch die Abschreibungen jährlich verteilt werden solle.

Die Mehrzahl der Autoren jedoch wendet sich gegen diese Einstellung. Walb, ³²⁾ der sich eingehend damit befaßt, stellt als Verdienst Fischers heraus, daß er das Prinzip der Kostenverteilung und des Kostenausgleichs betont formuliere. Um nämlich die Ver-

26) Fischer, Die Bilanzwerte, was sie sind und was sie nicht sind, 1905; ders., Buchführung und Bilanzaufstellung nach Handelsrecht, 1913; ders., Über die Grundlagen der Bilanzwerte, 1909.

27) Die Werke Fischers werden einer eingehenden Kritik von Münch (Die Bilanztheorie Rudolf Fischers, 1940) unterzogen. Er schreibt über ihn (S.118): "... Man braucht sich nur das Gewirre der Meinungen in der Theorie der Anlagenbewertung, das zur Zeit der ersten Schrift Fischers herrschte, vor Augen zu führen, um die Bedeutung seiner ausführlichen und im Grundsätzlichen auch unanfechtbaren Ausführungen zu würdigen."

28) Wieso Fischer mit seiner buchtechnisch orientierten Einstellung bei einem transitorischen Verlustkonto einen Vorteil in liquiditätsmäßiger Hinsicht sieht, ist unklar. Vgl. auch Schmalenbach, Kritik einer Veröffentlichung von Fischer, ZfF 1909/10, S.37 ff.

29) Fischer, Die Bilanzwerte, was sie sind und was sie nicht sind, S.75.

30) Fischer, Die Bilanzwerte, was sie sind und was sie nicht sind, S.55.

31) Schönwandt, Bilanzunwahrheit, 1910, S.42.

32) Walb, Zur Dogmengeschichte der Bilanz, S.45 ff.

teilung des "Verlustes" auf die einzelnen Perioden zu rechtfertigen, bezeichnet es Fischer als eine nur vom Liquiditätsstandpunkt aus vernünftige Finanzgebarung, die Aufwendungen (Anteil am antizipierten Verlust) den einzelnen Bilanzperioden im Verhältnis zum wirtschaftlichen Gegenwert zuzurechnen, wo er doch tatsächlich der Kostenermittlung Hilfestellung leistet.

Wilhelm, ³³⁾ der in seinen Veröffentlichungen richtungweisende Ausführungen bringt, betrachtet die Abschreibung nicht als Verlust. Er bezeichnet sie als "die Beurkundung der Verwandlung stehenden Vermögens in flüssiges". Sogar z.B. bei Bergwerken sei die Abschreibung nicht Verlust, denn wie könne etwas Verlust sein, was durch die darauf verwendete Arbeit zu Ware und im Wert gesteigert werde. Die ordentlichen regelmäßigen Abschreibungen sind nach Schiff ³⁴⁾ wirtschaftlich keine Verluste, sondern haben die Natur von unmittelbar schaffenden Kosten, nur abschlußrechtlich seien sie Verluste. Hier allerdings verwechselt Schiff Verlust mit Aufwand, er müßte dann auch konsequenterweise den Rohstoffverbrauch als Verlust sehen.

Nicklisch ³⁵⁾ kritisiert indirekt Fischer. Er erkennt, daß die Abnutzung in einer bestimmten Zeit erfolgt und jeder Abschnitt dieser Zeit seinen Bruchteil zu tragen hat. Daß die Wertminderung in den einzelnen Geschäftsjahren sich erst später beim Unbrauchbarwerden der Anlagen zeige, könne von dieser Ansicht kaum ablenken. ³⁶⁾

Großmann ³⁷⁾ glaubt, daß Fischer bei seiner Einstellung nicht erkennen könne, daß Abschreibungen als Faktoren der Kostenbestimmung zu behandeln seien. Er sehe die Bilanz nur vom Standpunkt der Bilanz- und Erfolgsrechnung aus, nicht vom Standpunkt der Unternehmung.

33) Wilhelm, Buchhaltung und Abschluß, 1906, S.13 f.

34) Schiff, Die Wertminderung an Betriebsanlagen, 1910, S.27

35) Nicklisch, Allgemeine kaufmännische Betriebslehre als Privatwirtschaftslehre des Handels (und der Industrie), 1912, S.140 f.

36) Nicklisch legt in diesem Zusammenhang ganz allgemein seine Ansicht über Abschreibungen dar. S.141: Die Frage der Abschreibungen "ist besonders in den letzten 12 Monaten Gegenstand einer lebhaften Diskussion gewesen..... In der Tat ist sie von außerordentlicher Bedeutung für den Betrieb, dabei jedoch in ihrem Wesen so einfach, daß es kaum zu verstehen ist, wie dieses noch bestritten werden kann. Es gibt sehr schwierige Einzelpartien auf diesem Gebiet, aber das Wesen, besonders die Bedeutung der Abschreibung für die Anlagen und das übrige Vermögen sollten nicht mehr mißverstanden werden." - Abschreibungen bedeuten den Betrag, "um welchen der Gewinn wegen des Unterschiedes zwischen dem Werte der einzelnen Anlagen beim Beginn und am Schluß einer Geschäftsperiode mittel- oder unmittelbar vermindert wird". Diese Definition ist jedoch unzweckmäßig, da sie final statt kausal erklärt.

37) Großmann, Die Abschreibung vom Standpunkt der Unternehmung, insbesondere ihre Bedeutung als Kostenfaktor, S.71.

Osbahr hat sich ebenfalls mit Fischer in diesem Sinne auseinandergesetzt. 38)

Auch Leitner³⁹⁾ erhebt Einwendungen gegen die Lehre von Fischer. Wenn man sich auf den Standpunkt Fischers stellen würde, dann könnte man auch das Verfahren gutheißen, in guten Jahren viel, in schlechten Jahren wenig abzuschreiben. 40) Die Abschreibungen seien aber wirtschaftlich ein Teil der Selbstkosten und gleichmäßig und unabhängig von der Höhe des Gewinns und der Dividendenpolitik anzusetzen. Bei den Abschreibungen handle es sich um transitorische Buchungen und die Umwandlung immobilien Vermögens in mobiles. 41)

Calmes⁴²⁾ definiert die Abschreibung oder "Amortisation" als die Verminderung des Buchwertes eines Aktivums wegen eingetretener Entwertung desselben durch Abnutzung, Beschädigung, Preissrückgang usw.. Die Abschreibung sei kein Verlust, sondern Bestandteil der Fabrikationskosten, wie die allgemeinen "Unkosten". 43)

K. Schäfer⁴⁴⁾ versteht unter Abschreibung die Herabsetzung des Wertes, ebenso Vitzelberg. 45) Die Abschreibungen dienen dem Zweck, die Bilanzwerte richtigzustellen. Er will die Abschreibungen so hoch wissen, daß das Geschäft jederzeit ohne Verlust aufgelöst werden könne; eine Forderung, die sich praktisch nicht in dieser Form immer verwirklichen läßt, theoretisch jedoch berechtigt ist.

Passow⁴⁶⁾ einer der bedeutendsten Bilanzschriftsteller, bezeichnet die Abschreibung als nichts anderes als die rechnerische Berücksichtigung der Entwertung.

Gerstner⁴⁷⁾ bemüht sich, in die Verwirrenheit um die Auffassungen über Abschreibungen Klarheit zu bringen. Er stützt sich dabei auf einen Aufsatz von Schmalenbach⁴⁸⁾ und kritisiert, 49) daß viele Bilanzschriftsteller (z.B. Stern, Beigel, Calmes)

38) Großmann, Die Abschreibung vom Standpunkt der Unternehmung, insbesondere ihre Bedeutung als Kostenfaktor, S.71.

39) Leitner, Die Selbstkostenberechnung industrieller Betriebe, 3. Aufl., 1908, S.143.

40) Eine Ansicht, die Fischer tatsächlich vertritt. (Vgl. Seite 13)

41) Leitner, Grundriß der Buchhaltungs- und Bilanzkunde, 2. Band: Bilanztechnik und Bilanzkritik, 1911, S.44. Vgl. Wilhelm, F., a.a.O., S.13.

42) Calmes, Der Fabrikbetrieb, 1. Aufl., S.72.

43) Calmes, Der Fabrikbetrieb, 1. Aufl., S.74.

44) Schäfer, Die Buchführung für Gasanstalten, 1906, S.27

45) Vitzelberg, Finanzierungen und Bilanz, 1906, S.18.

46) Passow, Die Bilanzen der privaten Unternehmungen, 1. Aufl., 1910, S.163.

47) Gerstner, Bilanzanalyse, 1. Aufl., 1912.

48) Schmalenbach, Die Abschreibungen, in: ZfHf 1908/09, S.81 ff.

49) Gerstner, Bilanzanalyse, S.70

sich nur selten eine eigene Meinung bildeten. 50)

Die Abweichungen in der Abschreibungsdefinition resultieren daraus, daß zum Teil die Abschreibungen rein buchtechnisch gesehen werden, zum Teil aber schon die Bedeutung der Abschreibung für die Kalkulation geahnt wird. Die Überzeugung, daß die Abschreibung ein Verlust sei, ist z.B. dadurch zu erklären, daß sie in der Erfolgsrechnung auf der Aktivseite eingesetzt wird, also dort, wo u.a. die für das Unternehmen anfallenden Verluste aufgeführt werden. Die Unterscheidung von Aufwand bzw. Kosten und Verlust wurde anfänglich noch nicht getroffen; man bezeichnete in der Betriebswirtschaftslehre die Erfolgsrechnung als Gewinn- und Verlustrechnung und nicht als Aufwands- und Ertragsrechnung.

c) Zweck der Abschreibungen

Mit der Klärung der Frage, was Abschreibungen überhaupt sind, war auch die Stellungnahme dazu verbunden, welchen Zweck sie zu erfüllen haben. Da die Definitionen der Abschreibungen verschieden waren, bestand auch keine einheitliche Auffassung über die Funktion der Abschreibungen. Bisher wurden die Abschreibungen vorgenommen, um die durch den Gebrauch entstehende Entwertung auszudrücken. Die handelsrechtlichen Vorschriften ordneten es so an, und außerdem wurde angestrebt, der damals sehr wichtig genommenen Forderung nach Bilanzklarheit durch die Abschreibungen gerecht zu werden. Die Anlagen wurden mit dem Wert in die Bilanz eingesetzt, der den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Bilanzierung (Bilanzwahrheit, -klarheit und -kontinuität) entsprach. Diese Forderung nach der Erfüllung dieser Grundsätze findet man auch bei anderen Abschreibungsproblemen, wie z.B. der Abschreibungsmethode.

Auf die Bilanzwahrheit bzw. -klarheit wurde zu dieser Zeit vermutlich u.a. deshalb besonders Gewicht gelegt, weil es die Zunahme der juristischen Personen als Unternehmensform 51) zum Schutze der nicht an der Unternehmensführung beteiligten Kapitalgeber (z.B. Aktionäre) erforderte.

Einen anderen Zweck, wie z.B. den der Erneuerung der Anlagen verfolgte man mit den Abschreibungen im allgemeinen nicht. Die abzuschreibenden Anlagen (vorwiegend Ge-

50) Dieser Vorwurf wiederum wurde Gerstner von Nicklisch (ZfH 1912, S.223) gemacht, der die Ausführungen von Gerstner sehr angreift. Was Gerstner bringe, sei in den wesentlichen Punkten nicht von ihm, sondern vor seiner Arbeit geschrieben worden. Nicklisch ist der Meinung, daß für Gerstner, obwohl dieser das selbst in seinem Buch an anderen Autoren bemängelt, die juristischen Dinge an erster, die wirtschaftlichen an zweiter Stelle stehen.

51) Vom 30.9.1909 bis zum 31.12.1919 stieg die Zahl der Aktiengesellschaften in der Industrie der Maschinen, Apparate von 547 auf 715. (HdSt, 1923, Stichw.: Aktiengesellschaften)

bäude, aber auch Maschinen) wurden erst dann wieder erneuert, wenn sie technisch entwertet waren. Mit der zunehmenden Anlagenintensität und vor allem mit den sich überschlagenden Neuerungen auf technischem Gebiet, dem zunehmenden Mode- und Geschmackswechsel erwies es sich als notwendig - um konkurrenzfähig mit neugegründeten Unternehmungen zu bleiben - , Anlagen auch dann schon zu erneuern, wenn sie technisch noch funktionierten, aber wirtschaftlich entwertet waren.

Das Problem der Erneuerung bzw. Ersetzung der Anlagen wurde vordringlich, und deshalb war mit der Frage nach dem Zweck der Abschreibungen jetzt auch diejenige verbunden, ob es überhaupt eine Aufgabe oder auch nur eine Folge der Abschreibung sei, Ersatzmittel für die Neubeschaffung der Anlage zu binden.

Dieses Problem wurde zu einer Hauptstreitfrage, die lange Zeit im betriebswirtschaftlichen Schrifttum diskutiert wurde.

Schon Stern ⁵²⁾ schreibt in seinem neuen Buchhaltungslexikon, daß die Abschreibungen keinesfalls dem Zwecke dienen, das Anlagakapital zu amortisieren. Auch Haushofer, ⁵³⁾ Paul ⁵⁴⁾ und Reisch-Kreibitz ⁵⁵⁾ sind der Auffassung, daß die Abschreibungen nicht die Wirkung hätten, Ersatzvermögen zu binden.

Wohl der hartnäckigste Verfechter dieser Anschauung ist Passow. ⁵⁶⁾ Er empfiehlt, daß ein den Abschreibungen entsprechender Betrag in bar oder anderer Form zurückgehalten werde; bei schlechtem Geschäftsgang sei das aber nicht möglich, obwohl abgeschrieben werde.

Aus dieser Auffassung Passows hat sich die Kontroverse Passow - Schiff entwickelt, die sich über Jahre hinzog und in Zeitschriften und Büchern viel 'literarischen Staub' aufgewirbelt hat. ⁵⁷⁾

Nicht ganz so einseitig sehen Fäs ⁵⁸⁾ und Berliner ⁵⁹⁾ das Problem; sie nehmen die Erneuerung aber nicht als Ausgangspunkt für die Abschreibung, sondern die vor den Augen sich vollziehende Entwertung des stehenden Kapitals. Zweck der Abschreibung ist es nach Berliner, einen "eingetretenen Minderwert zum Ausdruck zu bringen" ⁶⁰⁾ oder - wie

52) Stern, Buchhaltungslexikon, 1904, S.17.

53) Haushofer, Der Industriebetrieb, 1904, S.331.

54) Paul, Zur Frage der Anwendung des Zinseszinsverfahrens für die Berechnung der Abschreibungsquoten, in: ZfH 1916, S.41.

55) Reisch-Kreibitz, Bilanz und Steuer, 1.Aufl., 1907, S.339.

56) Passow, Die Bilanzen der privaten Unternehmungen, 1.Aufl., 1910, S.49,163; 2.Aufl., 1918, S.203.

57) Vgl. Seite 21.

58) Fäs, Die Berücksichtigung der Wertvermindierungen des stehenden Kapitals in den Jahresbilanzen der Erwerbswirtschaften, 1913, S.97.

59) Berliner, Buchhaltungs- und Bilanzlehre, 1.Aufl., 1920, S.113

60) Berliner vertritt die staatsche Bilanzauffassung.

andere sich ausdrücken ⁶¹⁾ - die Anschaffungskosten auf eine Reihe von Jahren zu verteilen⁶²⁾. Daß überhöhte Abschreibungen Ersatzvermögen ansammeln, geben viele Autoren zu (z.B. K. Schäfer ⁶²⁾, Rosendorff ⁶³⁾).

Nicklisch ⁶⁴⁾ vertritt konsequent die Ansicht, daß die Abschreibungen auf jeden Fall in der Unternehmung Vermögen zurückhalten.

Auch Vitzelberg ⁶⁵⁾ bejaht die Existenz von Abschreibungserlösen; sie gehörten zum Geschäftsvermögen und dürften dem Betrieb nicht entzogen werden. Die Ersatzbeschaffung der Anlagen werde bei Anwendung der degressiven Abschreibungsmethode beschleunigt.

Diejenigen, die eine Ersatzmittelbindung der Abschreibung bejahen, beantworten meist auch die Frage, wie diese Mittel anzulegen seien. Dabei spielt die Terminologie des Korrekturpostens, der bei der indirekten Abschreibungsmethode auf der Passivseite der Bilanz eingesetzt wird, eine große Rolle. Die eingeführte und auch gesetzlich normierte Bezeichnung 'Erneuerungsfonds' ⁶⁶⁾ wird naturgemäß von den Bilanzschriftstellern bekämpft, die eine Ersatzfunktion abstreiten. So von Calmes, ⁶⁷⁾ der die Bezeichnung 'Erneuerungsfonds' als unzutreffend charakterisiert, da die Abschreibungen nicht den Zweck hätten, Erneuerungsmittel in der Bilanz bereitzustellen, sondern die Aktivposten richtig zu bewerten. Ein Abschreibungskonto könne nur dann als Erneuerungskonto betrachtet werden, wenn ein Passivum in der Höhe der allmählichen Entwertung der Anlage gebildet und fortlaufend aus diesem Passivum (!) die Kosten für den teilweisen Ersatz der Anlagen gedeckt werden.

Leitner ⁶⁸⁾ will dieses Konto besser Abschreibungskonto nennen, da sonst Verwachsungen unausbleiblich seien. Beispiele von Bilanzen aus der Praxis, wo Erneuerungsfonds und Abschreibungsfonds falsch angewendet wurden, zeigt Simon. ⁶⁹⁾ Er besteht auf der 'ketzerischen' Meinung, daß Ansammlung von verfügbaren Mitteln zwar nicht der Inhalt, wohl aber eine mögliche Folge der Abschreibungen sein könne.

Ciompa ⁷⁰⁾ wendet sich gegen die Bewertungskonten auf der Passivseite, die

61) Dynamische Betrachtungsweise!

62) Schäfer, K., a.a.O., S. 28.

63) Rosendorff, Die stillen Reserven der Aktiengesellschaften, 1917, S. 4.

64) Nicklisch, Allgemeine kaufmännische Betriebslehre als Privatwirtschaftslehre des Handels (und der Industrie), S. 146.

65) Vitzelberg, a.a.O., S. 21.

66) Bis zur Aktienrechtsnovelle 1931, vgl. Seite 73.

67) Calmes, Die Fabrikbuchhaltung, 1. Aufl., 1909, S. 83.

68) Leitner, Die Selbstkostenberechnung industrieller Betriebe, 3. Aufl., 1908, S. 146.

69) Simon, Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und der KGaA, 4. Aufl., 1910, S. 133 f.

70) Ciompa, Grundrisse einer Ökonometrie und die auf der Nationalökonomie aufgebaute natürliche Theorie der Buchhaltung, 1910, S. 162.

"sogar gesetzlich zugelassen seien", da er ein eifriger Verfechter der Bilanzklarheit und -wahrheit ist und diese bei der indirekten Abschreibung infolge des zu großen Bilanzvolumens nicht gewährleistet seien.

Über die Verwendung der Abschreibungserlöse gehen die Meinungen weit auseinander. Viele Autoren empfehlen, diese Mittel gesondert bis zur Wiederverwendung auf Bankkonto oder Effektenkonto zu speichern, so Blum, ⁷¹⁾ Naphtali ⁷²⁾ und Isaac; ⁷³⁾ andere dagegen halten eine unmittelbare Verwendung in Unternehmen für günstiger, vor allem weil der Vorzug einer größeren Liquidität ausgenützt werden sollte (so Müller, ⁷⁴⁾ Franzmeier, ⁷⁵⁾ Zentner, ⁷⁶⁾ Rieger ⁷⁷⁾).

Nach Vitzelberg können die Gegenwerte der Abschreibungen von Gebäuden zur Verstärkung der Betriebsmittel verwendet werden. ⁷⁸⁾ Auch Schiff ⁷⁹⁾ läßt anklingen, daß die Abschreibungserlöse bis zu ihrer Wiederverwendung anderweitig eingesetzt werden. Knappe ⁸⁰⁾ stellt sogar fest, daß durch die Abschreibungsgegenwerte am Jahresende eine "Erweiterung des Geschäfts" stattgefunden habe, da keine Bestimmung bestehe, daß die Mittel für die Erneuerung in liquider Form bereitgehalten werden müßten.

Paul ⁸¹⁾ plädiert für sofortige Anlage im Betrieb, evtl. für Erweiterungen. Falls dann bei Neuanschaffungen nicht genügend flüssige Mittel zur Verfügung ständen, sollte vorübergehend Bankkredit in Anspruch genommen werden.

Goedecke ⁸²⁾ geht noch weiter, wenn er die Vorteile der Aufspaltungswirkung der Abschreibung für das Unternehmen schildert und dann beweist, daß man nach seinen Unter-

71) Blum, Grundsätze für die Ermittlung der Selbstkosten, in: Wirtschaft und Recht der Gegenwart, 1912, S.385.

72) Naphtali, zitiert bei Buxbaum, Die Anlagewerte in der Bilanz bei schwankender Währung, 1922, S.37.

73) Isaac, Bilanzen, in: Die Handelshochschule, 1932, S.669.

74) Müller, Die kaufmännische Erfolgsrechnung, 1915, S.363.

75) Franzmeier, Abschreibungen von Gegenständen des Anlagekapitals, eine handels- und steuerrechtliche Studie, 1932, S.46.

76) Zentner, Das Liquiditätsproblem in der industriellen Unternehmung, 1932, S.128.

77) Rieger, Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 1928, S.279.

78) Vitzelberg, a.a.O., S.21; vgl. auch Wolff-Birkenbihl, Die Praxis der Finanzierung, 1908, S.132 ff.

79) Schiff, Die Wertminderung an Betriebsanlagen, 1909, S.108.

80) Knappe, Die Bilanzen der Aktiengesellschaften, 1909, S.89 f.

81) Paul, Erneuerungs-, Ersatz-, Reserve-, Tilgungs- und Heimfallfonds, ihre grundsätzlichen Unterschiede und ihre bilanzmäßige Behandlung, 1916, S.59; vgl. auch Mahlberg, Der Tageswert in der Bilanz, 1925, S.29.

82) Goedecke, Sachwert und Ertragswert nebst Baukontierung und Abschreibung von Werken mit Betriebsnetzen; 1917, S.152 f.

suchungen bis zur ersten Erneuerung einer Anlage die Rücklagen nahezu auf die Hälfte einschränken dürfe, ohne Mangel an Erneuerungsmitteln zu erleiden. Er kommt zu dieser Feststellung, da er einer der ersten ist, der den Abschreibungsmodus nicht isoliert für jedes Anlagegut sieht, sondern global die Erneuerungszeiten der Anlagegegenstände in Verhältnis zu den insgesamt angesammelten Abschreibungserlösen betrachtet. "Man kommt schön mit den Erneuerungsmitteln aus, wenn man jahrzehntelang nur halb so viel zurückgelegt hat, als man hätte abschreiben müssen." Er begründet das mit einer "Pumpwirtschaft". Wenn man ein Gut erneuern muß und nicht genügend zurückgelegt hat, so kann man inzwischen von einem zweiten Gut, das noch nicht erneuert werden muß, von dem aber bereits Mittel zur Verfügung stehen, Mittel borgen usw.

Goeddecke denkt hier nur an die Ersatzinvestition, nicht an eine anderweitige Investition der nicht benötigten Abschreibungsmittel. Er hat aber schon gedanklich eine Richtung eingeschlagen - 1917 -, die später vor allem Ruchti weitergegangen ist. Seine Ausführungen blieben aber fast unbeachtet, vermutlich weil die Kriegs- und Inflationsjahre andere Probleme zur Diskussion stellten.

Ein weiterer Fragenkreis, der geklärt werden mußte und mit der Ersatzmittelbindung der Abschreibungen zusammenhängt, ist die Verzinsung der Abschreibungserlöse.

Das Zinsproblem in Verbindung mit Abschreibungen gestaltete sich für die Bilanzschriftsteller anfangs ziemlich schwierig, da Klarheit über das Berechnen von Zinsen erst sehr spät gewonnen wurde.

Grundsätzlich sind zu unterscheiden: die Verzinsung der Abschreibungserlöse, die vom Markt vergütet werden, und die Verzinsung der Anlagen bzw. der Restwerte.

In den Anfängen der Diskussion ging es vor allem darum, ob die Abschreibungsgegenwerte verzinst werden sollten und welchen Einfluß diese Verzinsung auf die Abschreibungshöhe ausüben würde.

Die Interpretation dieser Fragen hängt von der Stellungnahme des jeweiligen Betrachters zu den Problemen der Ersatzmittelbindung durch die Abschreibungen ab.

Rehm⁸³⁾ lehnt eine Berechnung von Zinsen bei den Abschreibungserlösen mit dem Hinweis ab, daß Abschreibungen keinen aktiven, sondern einen negativen Vermögenswert repräsentierten. Fehlende Aktivwerte könnten keine Zinsen zahlen. Diese Auffassung resultiert aus der stark juristisch orientierten Einstellung, daß das Abschreiben nur ein Verlustbuchen sei; die Wirkungen der bilanziellen und der kalkulatorischen Abschreibung wurden nicht erkannt.

Auch Schär⁸⁴⁾ wendet sich gegen die Verzinsung, weil er es für widersinnig

83) Rehm, Allgemeine Bewertungslehre, a.a.O., S.3.

84) Schär, Buchhaltung und Bilanz, 4.Aufl., 1921, S.178.

hält, den Korrekturposten auf der Passivseite zu verzinsen. Er übersieht, daß man ja nicht den Passivposten verzinsen will, sondern die Abschreibungsgegenwerte auf der Aktivseite der Bilanz.

Vitzelberg, ⁸⁵⁾ der kurzerhand behauptet, daß Abschreibungssummen im allgemeinen keine Zinsen brächten, gibt keine weitere Erklärung für seine Feststellung.

Ausführlicher befaßt sich Leitner mit Zinsen und Abschreibungen. In der 1. Auflage der Selbstkostenrechnung ⁸⁶⁾ entschied er sich noch nicht für eine eindeutige Stellungnahme, sondern schreibt, daß im Falle der Verzinsung die Abschreibungsquoten niedriger seien. In der 3. Auflage jedoch lehnt er es ab, die Zinsen und die Abschreibungen in gegenseitige Abhängigkeit zu bringen. Die Zinsen gehörten zum Betriebsgewinn und dienten nicht zur Verminderung der Abschreibungen. ⁸⁷⁾

Der gleichen Ansicht ist Simon. ⁸⁸⁾ Ähnlich auch Fäs, ⁸⁹⁾ der die Zinsen für die Abschreibungsbeträge, die unausgeschieden im Betrieb mitarbeiten und bei deren Anlage nicht speziell an Zins gedacht wird, dem Bruttogewinn entnehmen will.

Eindeutig auf die Seite der Befürworter des Zinseszinsverfahrens stellen sich u.a. Berliner ⁹⁰⁾ und Blum. ⁹¹⁾

Nach Auffassung Berliner müssen zum Ersatzzeitpunkt die Abschreibungen einschließlich Zins und Zinseszinsen die Wiederbeschaffungskosten ausmachen. Allerdings schränkt er ein, daß ein Erneuerungsfonds vorhanden sein müsse, was in der Praxis aber nicht immer der Fall sei.

Das Interesse an diesen Fragen ist im betriebswirtschaftlichen Schrifttum unterschiedlich groß. Viele Autoren befassen sich nur am Rande oder gar nicht damit; eine Anzahl von Wissenschaftlern wiederum mißt ihnen sehr große Bedeutung bei, und aus den verschiedenen Anschauungen entwickelte sich die oben schon erwähnte Kontroverse zwischen Schiff und Passow.

Sie wurde durch eine Kritik Schiffs ⁹²⁾ an Passows "Bilanzen der privaten Unternehmungen" ausgelöst. Passow behauptet, ⁹³⁾ daß es irrig sei, die Abschreibungen als

⁸⁵⁾ Vitzelberg, a.a.O., S.18.

⁸⁶⁾ Leitner, Die Selbstkostenrechnung industrieller Betriebe, 1905, S.45.

⁸⁷⁾ Leitner, Die Selbstkostenberechnung industrieller Betriebe, 1908, S.139.

⁸⁸⁾ Simon, a.a.O., S.386.

⁸⁹⁾ Fäs, a.a.O., S.72.

⁹⁰⁾ Berliner, Buchhaltungs- und Bilanzenlehre, 1920, S.111.

⁹¹⁾ Blum, Grundsätze für die Ermittlung der Selbstkosten, a.a.O., S.382.

⁹²⁾ Schiff, Die Zinseszinsen bei Abschreibungen und die Wirkung der Abschreibung, in: ZfH 1910, S.275ff.

⁹³⁾ Passow, Die Bilanzen der privaten Unternehmungen, 1910, S.166.

Rücklagen zu betrachten und dementsprechend nur Beträge abziehen, die unter Hinzurechnung von Zins und Zinseszins am Schluß der Gebrauchsperiode der Gesamtsumme der Entwertung entsprechen. 94)

Durch diese Bemerkung fühlte sich Schiff angegriffen, da er die vom Erlös zurückgehaltenen Werte für ertragsfähig erklärt 95) und vorgeschlagen hatte, die Abschreibung mit der Rentenformel zu berechnen. Er kritisiert nun an Passow, daß dieser rechnerische Mängel 96) beanstandete, obwohl für ihn jeder sachliche Grund für die Anwendung der Zinseszinsabschreibung fehle, da er mit Nachdruck die Anschauung bekämpfe, daß Abschreibungen Ersatzvermögen binden würden. 97)

Eine weitere damit zusammenhängende strittige Frage ist die, ob Abschreibungen von erzielten Gewinn abhängig gemacht werden sollten.

Während Schiff mit Recht feststellt, daß die Abschreibungen unabhängig vom Gewinn ermittelt werden müssen, glaubt Passow 98) Anlaß zu haben, diese Einstellung von Schiff und seinen Anhängern zu kritisieren. Er antwortet Schiff sehr heftig: Schiff betrachte die Bilanz der Aktiengesellschaft und stelle seine Auslassungen nur auf die Besonderheiten dieser Unternehmungsform ab. 99) Er dagegen wolle eine allgemeine Lehre der

94) Dieser Auffassung war 1892 - 1896 die preußische Steuerbehörde; vgl. dazu auch Sommerfeld, Die Wertansätze in der Inventur mit Berücksichtigung steuerlicher Vorschriften, 1921, S. 51; Schnettler, Der Zins im Wirtschaftsbetrieb, 1939, S. 119.

95) Schiff, Die Wertminderung an Betriebsanlagen, 1909, S. 63.

96) Passow glaubt, daß bei dieser Berechnungsweise die Abschreibung unzulässig niedrig bemessen und der Anschaffungswert der Anlage niemals völlig abgeschrieben werde. - Bei Anwendung der Formel: Postnumerando-Aufzinsungsrente wurde z.B. der jährliche Abschreibungsbetrag bei 10 000.- Anschaffungswert, 10 Jahren Lebensdauer und 4% Verzinsung der Abschreibungserlöse 824.- ausmachen, gegen 1 000.- bei der gleichbleibenden Abschreibung ohne Berechnung des Zinses. Das ist aber nur dann der Fall, wenn man unberücksichtigt läßt, daß am Ende der Abschreibungsperiode Abschreibungserlöse in Höhe des Anschaffungswertes einschließlich der angelaufenen Zinsen dieser Beträge zur Verfügung stehen müssen. Schiff sieht deshalb auch in der Abschreibung mit Zinseszins nur eine andere Verteilung der Abschreibung, nicht eine Änderung des insgesamt abgeschriebenen Betrages.

97) Schiff, Die Zinseszinsen bei Abschreibungen und die Wirkung der Abschreibung, a.a.O.,

98) Passow, Über das Wesen der Abschreibung und die Berücksichtigung der Zinseszinsrechnung bei Festsetzung der Abschreibung, in: ZfH 1910, S. 345 ff.

99) Nach Nicklisch (Allg. kaufmännische Betriebslehre als Privatwirtschaftslehre des Handels (und der Industrie), 1912, S. 144) binden die Abschreibungen in jedem Fall Vermögen in der Unternehmung, gleichgültig ob es sich um eine Aktiengesellschaft oder eine Einzelunternehmung handelt. Diese Feststellung ist aber nicht speziell auf die Kontroverse Schiff - Passow abgestellt.

Bilanzen aufstellen. Wenn bei den Aktiengesellschaften eine Bindung von Ersatzvermögen in Höhe der Abschreibungen eintrete, so sei das lediglich die Wirkung der gesetzlichen Bestimmungen über die Höhe des Grundkapitals. Passow hält eine weitere Diskussion für überflüssig, da er das Aufspeichern von Abschreibungserlösen nicht als Folge der Abschreibungen ansieht. Die Kritik Schiffs hatte also zumindest in diesem Punkt Erfolg.

In die darauffolgende Debatte schaltet sich Beck ¹⁰⁰⁾ und später Paul ein. Beck verteidigt Schiff und wirft Passow zunächst vor, daß er in der Form Schiff zu scharf geantwortet habe. Er versucht, die Auffassung von Schiff über die Bindung von Vermögen noch eingehender, aber auch einschränkend darzustellen und weist Passow einige Widersprüche nach.

Paul, ¹⁰¹⁾ der erst sechs Jahre nach der Kontroverse dazu Stellung nimmt, steht auf der Seite von Passow. Auch er behauptet, daß von Zinserträgen bei Abschreibungen keine Rede sein könne. Die Abschreibungen hätten nicht die generelle Wirkung, Ersatzvermögen anzusammeln, damit sei auch die Beweisführung Schiffs hinfällig.

Weitere Kommentare zu dem Meinungsstreit finden sich bei Löwenstein ¹⁰²⁾ und Großmann ¹⁰³⁾. Löwenstein findet in der Diskussion kein fruchtbares Ergebnis für die Wissenschaft. Sie beträfe in sachlicher Hinsicht nicht immer die Punkte, die zu einer Klärung der Frage notwendig gewesen wären.

Zusammenfassend kann zu der Kontroverse Schiff - Passow festgestellt werden, daß es sich im Grund nicht um einen Streit über die Berechnung von Zinsen handelte. Die Gegensätzlichkeit der Anschauungen liegt vielmehr in dem Problem, ob Abschreibungen Ersatzvermögen binden oder nicht. Passows Argumente basieren auf einer stark buchtechnisch fundierten Betrachtungsweise; er sieht in den Abschreibungen nur eine Wertberichtigung. Die Bedeutung der kalkulatorischen Abschreibungen läßt er ganz außer acht.

Schiff dagegen baut die Wirkung der kalkulatorischen Abschreibung in seine Argumentation ein, ohne sie aber ganz klar zu erkennen (deshalb auch seine Beweisführung mit der Aktiengesellschaft).

Die beiden oben als Kritiker angeführten Autoren, Großmann und Löwenstein, haben auch eigene Vorschläge zum Problem Zinseszins und Abschreibungen gebracht.

Löwenstein untersucht zwei Methoden der Zinseszinsrechnung, ¹⁰⁴⁾ die aber zu

100) Beck, Abschreibung und Zinseszinsrechnung, in: ZfHH 1911, S. 385 ff.

101) Paul, Zur Frage der Anwendung des Zinseszinsverfahrens für die Berechnung der Abschreibungsquoten, a.a.O., S. 38 ff.

102) Löwenstein, Der Einfluß der Zinsen auf die Abschreibung, in: ZfH 1921, S. 371 ff.

103) Großmann, Die Abschreibung vom Standpunkt der Unternehmung, insbesondere ihre Bedeutung als Kostenfaktor, S. 259 ff.

104) Löwenstein, Der Einfluß der Zinsen auf die Abschreibung, a.a.O., S. 371 ff.

kompliziert sind, um in der Praxis Anklang zu finden. Es handelt sich um eine Kombination von Verzinsung der Abschreibungserlöse mit der Verzinsung der Abschreibungsrestwerte. Löwenstein geht von der Gesamtverzinsung des Kapitals aus. Er setzt voraus, daß Zinsen und Abschreibungen kalkuliert und verdient werden. Im ersten Jahr werden die Abschreibungen und die Zinsen für das Kapital einkalkuliert; im zweiten Jahr kommt es nun darauf an, ob die restlichen Anlagen noch das gesamte Kapital verzinsen; ist dies der Fall, können die Zinsen, die die Abschreibungserlöse bringen, dem Erneuerungskonto gutgeschrieben und die Abschreibungen deshalb reduziert werden. Diese Methode nennt er Anlagen-Anfangswert-Verzinsung. Sie sei bei Anlagen angebracht, bei denen die Ertragsfähigkeit bei fortschreitendem Alter gleichbleibt.

Sinkt die Ertragsfähigkeit, d.h. können die restlichen Anlagen nicht mehr den "Anfangswert" verzinsen, so daß die Zinserträge der Abschreibungserlöse herangezogen werden müssen, muß die Abschreibung voll eingerechnet werden (Anlagen-Restwert-Verzinsung).

Gerlach ¹⁰⁵⁾ lehnt diese Methode ab. Schmidt hält sie für sehr problematisch, da es unsicher sei, ob die Senkung der Leistungsfähigkeit der Gewinnsteigerung aus Zinszuwachs entspreche. ¹⁰⁶⁾

Zu den Löwensteinschen Ausführungen ist noch zu bemerken: Für den Fall, daß von der restlichen Anlage, die evtl. ganz gering zu Buch steht, das gesamte Kapital verzinst wird (das bedeutet, daß man in der Kalkulation Zinsen für nicht mehr vorhandene Anlagewerte berechnet), werden diese "Zinsen" entweder zu hoch kalkuliert (bei Angebotspreisen) oder Gewinnanteile als Zinsen gebunden (bei Marktpreisen). Schon aus dieser Sicht heraus kann seinen Überlegungen nur wenig Aussagekraft zugewillt werden.

Die Unsicherheit über das Problem der Ersatzmittelbindung entstand vorwiegend durch das Unvermögen der Autoren, bilanzielle und kalkulatorische Abschreibungen auseinanderzuhalten, denn bei dem Problem der Ersatz- und Zusatzinvestition spielt die kalkulatorische Abschreibung die primäre Rolle. Abschreibungserlöse stehen nur dann zur Verfügung, wenn die Abschreibungen kalkuliert werden und der entsprechende Preis am Markt tatsächlich erzielt wird, so daß im Erlös, der den Betrieb zufließt, die Abschreibungsbeträge enthalten sind.

Da die betriebliche Kostenrechnung zu der damaligen Zeit noch in den ersten Anfängen war, ist es begreiflich, daß auch die Bedeutung der Abschreibungen für die Kalkulation noch nicht erforscht war. Ein Beispiel für die Unkenntnis der Kalkulationsfunktion der Abschreibungen ist die Auffassung von Hausanann, ¹⁰⁷⁾ nämlich daß die Abschrei-

105) Gerlach, Die Abschreibung und ihre Stellung in der Selbstkostenrechnung, 1928, S. 67f.

106) Schmidt, Die um ersparte Zinsen steigende Abschreibung, in: ZfB 1927, S. 838.

107) Angeführt bei Schär-Langenscheidt, Kaufmännische Unterrichtsstunden, 1910, S. 726.

bungen nicht in die Kalkulation gehörten, da sie sich nach dem Gesamtergebnis richten und nicht nach einem bestimmten Ersatz berechnet werden müßten. Es sei notwendig, sie vorher zu verdienen.

Bei anderen Autoren setzte sich schon bald die Auffassung durch, daß die Abschreibungen einkalkuliert werden sollten; so z.B. Bergmann¹⁰⁸⁾ und Wilhelm.¹⁰⁹⁾

Calmes¹¹⁰⁾ will die kalkulatorischen Abschreibungen wie die "allgemeinen Unkosten" verrechnen. Leitner¹¹¹⁾ schreibt, daß durch die Abschreibungen einmalige Anlagekosten in laufende Betriebskosten umgewandelt werden. Schiff¹¹²⁾ bringt Beispiele, wie durch die kalkulatorischen Abschreibungen das Anlagevermögen zu Umlaufvermögen wird. Bei E. Pfeiffer¹¹³⁾ klingt an, daß man, um eine gleichmäßige Selbstkostenrechnung zu erreichen, unabhängig von den bilanziellen Abschreibungen Beträge in die Kostenrechnung einstellen müsse.

Lesenswerte Beiträge zum Problem der kalkulatorischen Abschreibungen finden sich überdies bei Bing-Schrey,¹¹⁴⁾ Meltzer¹¹⁵⁾ und Stern.¹¹⁶⁾ Die Untersuchungen von Lilienthal,¹¹⁷⁾ Wagner¹¹⁸⁾ und Schlesinger¹¹⁹⁾ befassen sich eingehend mit kalkulatorischer Abschreibung in der Praxis. Lewin¹²⁰⁾ erläutert Beispiele, wie die Preise von der unterschiedlichen Abschreibungsintensität beeinflußt werden. Nach seiner Meinung könne man während des Jahres vorläufige Abschreibungen in die Kalkulation einsetzen, die endgültige Abschreibung ergebe sich erst am Jahresende, wenn in der Inventur ersichtlich sei, was alles abgeschrieben werden müsse (Bruch, usw.).

Die vorstehend zitierten Ausführungen zeigen, daß die kalkulatorischen Ab-

108) Bergmann, Die Preisberechnung für Handwerk, Handel und Industrie, 1903, S.6.

109) Wilhelm, a.a.O., S.11.

110) Calmes, Der Fabrikbetrieb, 1. Aufl. 1906, S.78; vgl. auch Ganstner, Bilanzanalyse, 1912, S.103. /

111) Leitner, Die Selbstkostenberechnung industrieller Betriebe, 3. Aufl. 1908, S.143.

112) Schiff, Die Wertminderung an Betriebsanlagen, S.39.

113) Pfeiffer, Selbstkostenberechnung in Maschinenfabriken, 1911, S.10.

114) Bing-Schrey, Selbstkostenberechnung und technische Buchführung in Waggonfabriken, 1910, S.129 ff.

115) Meltzer, Das Wirtschaften auf Ertrag in der industriellen Unternehmung, 1911, S.54 f.

116) Stern, Die kaufmännische Organisation im Fabrikbetriebe, 1911, S.138.

117) Lilienthal, zitiert bei Großmann, Die Abschreibung vom Standpunkt der Unternehmung, insbesondere ihre Bedeutung als Kostenfaktor, S. 73.

118) Wagner, a.a.O.

119) Schlesinger, a.a.O.

120) Lewin, Wie hängt die Abschreibungsfrage in Industriebetrieben mit der Kalkulation und Leistungsfähigkeit zusammen?, a.a.O., S.416 f.

schreibungen von vielen Autoren zwar eingehend untersucht werden, die Verbindung zur bilanziellen Abschreibung aber nicht hergestellt und kein funktionaler Zusammenhang gefunden wird, was für das Verständnis der Ersatzmittelbindung entscheidend wäre.

d) Methoden der Abschreibungen

Ein Problem, das lebhafte Diskussionen auslöste, war neben der grundsätzlichen Erläuterung der kalkulatorischen und bilanziellen Abschreibung die Frage der Abschreibungsmethode, vor allem, ob die gleichbleibende oder die degressive Abschreibung angebracht sei. ¹²¹⁾

Die bestehenden gesetzlichen Vorschriften gaben keine Anweisungen für die Abschreibungsmethode. In der Praxis wurde zu dieser Zeit überwiegend das Verfahren der degressiven Abschreibung angewendet. ¹²²⁾ Die Mehrheit der Wissenschaftler verurteilte jedoch dieses Verfahren, und zwar begründeten sie es damit, daß dadurch der verbleibende Restwert der Anlagen eventuell nicht den Erfordernis der Bilanzklarheit entsprechen könnte, da die Anfangsabschreibungen sehr groß sind.

Eine Ausnahme bildet Schmalenbach, dessen Artikel über "Die Abschreibungen" ¹²³⁾ noch gesondert besprochen werden wird.

121) Einer Anregung Kosiols zufolge (ZfB 1957, S. 613 ff.) wird der weitverbreitete Begriff 'lineare Abschreibung' im weiteren Verlauf der Arbeit durch 'gleichbleibende Abschreibung' ersetzt, da eine lineare Abschreibung gleichbleibend, progressiv oder degressiv sein kann.- Auch wird die 'gleichbleibende Abschreibung' hier nicht - was häufig geschieht - als 'Abschreibung vom Anschaffungswert' bezeichnet, in Gegensatz zur degressiven Abschreibung, die 'Abschreibung vom Buchwert' genannt wird. Es könnten sonst nämlich Mißverständnisse auftreten, da zur Zeit der Geldentwertung die 'Abschreibung vom Anschaffungswert' der 'Abschreibung vom Tageswert oder Wiederbeschaffungswert' gegenübergestellt wurde.

122) Le Coutre (Stichwort 'Abschreibungsverfahren', in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft (HWB) 1926, Sp. 63) führt diese Erscheinung auf einen Rechenfehler zurück. Der für die gleichbleibende Abschreibung errechnete Abschreibungssatz werde dabei jedes Jahr auf den Restwert bezogen, ohne zu berücksichtigen, daß dadurch die effektive Abschreibungsquote jedes Jahr kleiner wird.- Ruchti (Die Abschreibung, S. 58) stimmt Le Coutre hier nicht zu, da die Unzulänglichkeiten bald erkannt wurden.- Wilhelm (a.a.O., S. 12) gibt der Furcht vor zu rascher Entwertung die Schuld für die Anwendung der degressiven Abschreibung.

123) Schmalenbach, Die Abschreibungen, a.a.O.

Die degressive Abschreibung, die heute hauptsächlich aus rein steuerlichen Gründen im Mittelpunkt der Diskussion steht, war schon damals sehr umstritten; allerdings vorwiegend wegen grundlegender betriebswirtschaftlicher Erwägungen.

Einige Autoren stehen zu der damaligen Zeit so am Rande der Materie, daß sie die einzelnen Abschreibungsmethoden gar nicht auseinanderhalten.

Stern ¹²⁴⁾ unterscheidet z.B. drei Arten von Abschreibungen: die lineare, die degressive und die indirekte Abschreibung mit Abschreibungsfonds. Er übersieht aber, daß die indirekte Abschreibung nur eine Methode der Darstellung in der Bilanz ist, aber auch degressiv oder gleichbleibend sein kann.

Sperlich ¹²⁵⁾ verwechselt in einem Beispiel die gleichbleibende und die degressive Abschreibung: "Bei der Ermittlung der Maschinenwerte darf man keine allgemeine Rechnung aufstellen. Ist z.B. eine Maschine vor 5 Jahren gekauft zu einem Preis von 3 500.- Mark, so würde man bei einer jährlichen Abschreibung von 10% einfach 50% = 1 750.- absetzen und dabei zu einem ganz falschen Resultat kommen. Es heißt zwar, daß jährlich eine Abschreibung vorgenommen werden soll, aber nirgends ist gesagt: vom Anschaffungswert. Bei einer Abschreibung von 10% würden bleiben 3 500.- $\cdot$ 10% = 3 150.- $\cdot$ 10% = 2 835.- usw. Es würden verbleiben 2 066,71, dagegen bei 50% von 3 500.- 1 750.-, also eine Differenz von 316,71, welche man sich am Schluß absolut nicht erklären könnte."

Völlige Ablehnung der degressiven Abschreibung findet man bei Calmes:¹²⁶⁾ Das Verfahren der Praxis sei zu verwerfen, die Abschreibung dürfe nie vom Buchwert vorgenommen werden. Um dem Fehler der Praxis vorzubeugen, empfiehlt er indirekte Abschreibungen, da bei der Abschreibung auf der Aktivseite die Gefahr der degressiven Methode bestünde.¹²⁷⁾ Am günstigsten sei es aber,¹²⁸⁾ die Abschreibungen von den Betriebsverhältnissen abhängig zu machen; es gebe für sie keine allgemein gültigen Regeln, keine mathematischen Formeln.

Rehm ¹²⁹⁾ hält allein die Abschreibung in Prozenten des Erwerbswertes für rechtlich zutreffend. Das wichtigste an der Jahresbilanz sei die Bewertung.¹³⁰⁾ Die

124) Stern, Buchhaltungslexikon, 1.Aufl., 1904, S. 17.

125) Sperlich, Unkostenkalkulation, 1906, S. 16

126) Calmes, Der Fabrikbetrieb, 1.Aufl., 1906, S. 72; 2.Aufl., 1908.

127) In der 1.Auflage der 'Fabrikbuchhaltung' 1909 ist Calmes der degressiven Abschreibung gegenüber nicht mehr ganz so negativ eingestellt wie in den oben erwähnten Veröffentlichungen: Die gleichbleibende Abschreibung sei der degressiven Abschreibung vorzuziehen.

128) Calmes, Der Fabrikbetrieb, 1.Aufl., 1906, S. 78.

129) Rehm, Allgemeine Bewertungslehre, a.a.O., S. 4

130) Rehm, Die Bilanzen der Aktiengesellschaften, 2.Aufl., 1914, Vorwort.

Aktiva dürften nicht überbewertet, die Passiva nicht unterbewertet werden.

Norden ¹³¹⁾ geht in seiner Ablehnung der degressiven Methode so weit, daß er die Notwendigkeit der Sanierungen der Aktiengesellschaften zum größten Teil auf die Anwendung der degressiven Abschreibungen zurückführt.

Als Gründe für die Verwerfung der degressiven Abschreibung wird u.a. angegeben, daß bei dieser Methode die Abschreibungsdauer länger sei als die Lebensdauer; meistens wird aber übersehen, daß dies nur der Fall ist, wenn für ein Anlagegut der Abschreibungsprozentsatz nach der gleichbleibenden Methode errechnet wird und dieser Prozentsatz jeweils auf den Restwert angewendet wird. Es ergibt sich dann zwar eine degressive Abschreibung, die in der Tat zu lange dauert, wobei aber schon ab dem zweiten Jahr der Abschreibungsbetrag unter dem liegt, der sich bei der gleichbleibenden Abschreibung ergeben würde.

Als Beispiel sei Anders ¹³²⁾ angeführt, der erläutert, wie sich die Abschreibung bei degressiver Methode verzögert; er verwendet aber den Abschreibungssatz der gleichbleibenden Methode. ¹³³⁾

Ballewski ¹³⁴⁾ äußert sich ähnlich: Man liebe es jetzt (1907), die Abschreibung von der Restsumme zu nehmen. Das habe Nachteile. Ein noch so gutes Unternehmen könne abgewirtschaftet werden, wenn man immer vom Restwert abschreibe, da es viel länger dauere.

Leitner ¹³⁵⁾ zeigt an Hand von Diagrammen, wie die Abschreibungen bei gleichbleibender und bei degressiver Methode auseinanderfallen. Manche würden zwar bei der degressiven Abschreibung einen höheren Prozentsatz nehmen und damit die gleiche Wirkung wie bei der gleichbleibenden erzielen wollen; dieses Vorgehen kommentiert er jedoch weiter nicht.

Passow ¹³⁶⁾ verurteilt die degressive Abschreibung. Sie sei zu langsam, und außerdem wäre eine zu unterschiedliche Verteilung die Folge. Als Vorteil wertet er es deshalb, daß man in größerem Umfang zur "richtigen" Abschreibung (d.h. nach seiner Meinung zur gleichbleibenden) übergehe. ¹³⁷⁾

Ein weiterer Grund für die Ablehnung der degressiven Abschreibung ist das Beharren auf der Bilanzklarheit, die man bei Anwendung dieser Methode gefährdet glaubt.

131) Norden, Kapitalanlagen, 1912, S.6.

132) Anders, Bilanz und Steuer, 1914, S.26.

133) Vgl. auch Schaefer, K., a.a.O., S.28; Schiff, Die Wertminderung an Betriebsanlagen, S.44 ff.

134) Ballewski, Der Fabrikbetrieb, 2.Aufl., 1907, S.41.

135) Leitner, Die Selbstkostenberechnung industrieller Betriebe, 3.Aufl., 1908, S.133 ff.

136) Passow, Die Bilanzen der privaten Unternehmungen, 1. Aufl., 1910, S.149.

137) Passow, Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen, 2.Aufl., 1918, S.182.- Die Badische Anilin- und Sodafabrik ging 1910 von der degressiven zur gleichbleibenden Abschreibung über.

So bezeichnet Paul ¹³⁶⁾ die degressive Abschreibung als unsinnige Art, die gegen alle Logik und Bilanzwahrheit verstoße.

Aus dem gleichen Grund lehnt auch Gerstner ¹³⁹⁾ diese Methode ab: Sie sei absolut und relativ falsch und könne nicht genügend bekämpft werden.

Die Ablehnung der degressiven Abschreibung durch Schiff ¹⁴⁰⁾ ist aus seiner Definition der Abschreibung ¹⁴¹⁾ ("Sie ist das abschlußtechnische Mittel, um die Entwertung von Betriebsgegenständen auszudrücken.") und seiner Ansicht über den Entwertungsverlauf erklärlich. Die tatsächliche Erfahrung würde zeigen, daß die Abnutzung des Anlagengegenstandes anfangs langsamer und später schneller fortschreite. ¹⁴²⁾ ¹⁴³⁾ Da Schiff ein Verfechter der absoluten Bilanzwahrheit ist, muß nach seiner Ansicht die Abschreibungsquote so hoch wie die entsprechende Entwertungsquote sein. Die degressive Abschreibung mit den anfangs hohen Quoten entspreche aber in keiner Weise dem Entwertungsverlauf. Schiff kommt zu dem Schluß, daß zugunsten des Verfahrens der degressiven Abschreibung nur der Bruch übrig bleibe, aber durch diesen allein sei noch nie Falsches richtig geworden. ¹⁴⁴⁾

Bei den Untersuchungen von Schiff und Langhans wird nur die technische Entwertung berücksichtigt, nicht auch die wirtschaftliche.

Die Ausführungen von Schiff lassen als Grund für die Ablehnung der degressiven Abschreibungsmethode die Befürchtung erkennen, daß sie falsch berechnet, d.h. ein Prozentsatz abgeschrieben wird, der eigentlich für die gleichbleibende Abschreibung zutrifft. Die Formel, die Schiff als die richtige herausstellt, ergibt eine unmögliche

138) Paul, Erneuerungs-, Ersatz-, Reserve-, Tilgungs- und Heimfallfonds, ihre grundsätzlichen Unterschiede und ihre bilanzmäßige Behandlung, 1916, S. 56.

139) Gerstner, Bilanzanalyse, 1. Aufl., S. 104; 2. Aufl., 1915, S. 89; Beigel, Buchführung und Abschlüsse der Handelsgesellschaften nach Gesetz und Technik, II. Teil, 1914, S. 121 f.

140) Schiff, Die Wertminderung an Betriebsanlagen, S. 44.

141) Schiff, Die Wertminderung an Betriebsanlagen, S. 70. Die fast wörtlich gleiche Definition findet man bei Gerstner, Bilanzanalyse, 1912, S. 101.

142) Schiff bezieht sich hier auf Untersuchungen von Langhans (S. 44). Dieser verwirft auf Grund der Entwertungslineie die Annahme, daß sich die Wertminderung durch Alter und Gebrauch in einem gleichbleibenden Prozentsatz des jeweiligen Buchwertes ausdrücken ließe.

143) Stern schließt sich den Ausführungen von Schiff an (Die kaufmännische Organisation im Fabrikbetrieb, 1911, S. 199; Buchhaltungslexikon, 2. Aufl., 1917, S. 56). Er und Klocke (Buchführung und Bilanzen der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, 1916, S. 77) sehen den Nachteil der degressiven Abschreibung darin, daß die Abschreibungsquoten im Vergleich zur Wertminderung anfangs zu hoch seien.

144) Schiff, Die Wertminderung an Betriebsanlagen, S. 62

Progression. 145)

Man findet bei Schiff, wie überhaupt häufig in der damaligen Zeit, eine auf einen Anlagengegenstand bezogene isolierte Betrachtungsweise. Schiff verurteilt ein globales Verfahren, da es "jeder sachlichen Genauigkeit und kaufmännischen Ordnung spottet". Schiff befürchtet wahrscheinlich, daß dadurch die Bilanzwahrheit leiden würde.

Die Schar der Verfechter der degressiven Abschreibung ist gegenüber den Kritikern weit in der Minderzahl:

Vitzelberg 146) vertrat bereits 1906 eine sehr moderne Auffassung. Er setzte sich für die degressive Abschreibung ein, da eine schnellere Ersatzbeschaffung möglich sei. Fäs 147) ließ diese Methode dort gelten, wo ein Unternehmen mit großem Risiko arbeitet.

Einer der wenigen, der sich neben Schmalenbach konsequent für die degressive Abschreibung einsetzt, ist Schönwandt. 148) Die gleichbleibende Abschreibung berücksichtigt nicht den sofortigen Preissturz 149) und erfordere viel Buchungsarbeit. Sie sei eine ständige Fehlerquelle, ohne in anderer Richtung ein genaues Resultat zu erzielen. Eine falsche Lebensdauerschätzung befürworte größere Differenzen als bei der degressiven Abschreibung, weil bei letzterer die späteren Abschreibungsbeträge viel kleiner sind.

Während also die meisten Autoren die Lebensdauer der Anlagen als Maßstab für die Höhe der Abschreibungen nehmen und innerhalb dieser Zeit je nach Abschreibungsmethode die Quote variieren, machen die übrigen Autoren sie von anderen Bestimmungsgründen abhängig. 150)

Hier handelt es sich aber meist um formale Bedingungen. So richtet sich nach Prakta 151) die Höhe der Abschreibungen nach althergebrachten Grundsätzen, dem Gesellschaftsvertrag oder nach jeweils zu fassenden Beschlüssen. Die Abschreibungsbeträge sollten von fünf zu fünf Jahren festgelegt werden. Auch Wilhelm 152) macht sie von den Ansichten der Geschäftsleitung abhängig; im übrigen sei aber das nicht ausschlaggebend, denn durch hohe oder niedrige Abschreibungen würde man weder reicher noch ärmer werden. Simon 153) dagegen warnt davor, bei schlechtem Geschäftsgang die Abschreibungen

145) Schiff, Die Wertminderung an Betriebsanlagen, S.53. Man müßte in die Formel nicht den Anschaffungswert (=K), sondern den Restwert einsetzen.

146) Vitzelberg, a.a.O., S.21.

147) Fäs, a.a.O., S.89.

148) Schönwandt, a.a.O., S.41.

149) Er steht somit im Gegensatz zu Schiff u.a.

150) Vgl. auch die Ausführungen von Calmes, Seite 27.

151) Prakta, Buchführung für Fabrikgeschäfte, 1905, S.100.

152) Wilhelm, a.a.O., S.16.

153) Simon, a.a.O., S.389.

niedriger zu bemessen, da die Abnutzung der Gegenstände davon nicht berührt werde; auf diese Weise könnte durch Abschreibungen eine Unterbilanz hervorgerufen werden. ¹⁵⁴⁾

Maßstab für die 'richtige' Abschreibung ist für die meisten Autoren der Grundsatz der ordnungsgemäßen Bilanzierung. Falls die Abschreibungen sich später als zu hoch erweisen sollten, müssen sie nach Auffassung einiger Bilanzschriftsteller rückgängig gemacht werden.

Schiff, ¹⁵⁵⁾ einer der regsten Mitstreiter um die Erforschung der Abschreibungsprobleme, zeigt den Zwiespalt zwischen dem Streben nach Bilanzwahrheit und Bilanzkontinuität. Wenn man, um die Bilanzwahrheit herzustellen, unrichtige, d.h. zu hohe Abschreibungen rückgängig macht, so wird dadurch die Bilanzkontinuität beeinträchtigt. So lehnt z.B. das Reichsgericht diese Korrektur ab, die u.a. auch von Staub befürwortet wird; Schiff jedoch sieht in der Rückkehr zur Abschlußwahrheit keinen Verstoß gegen die Bilanzkontinuität. Auch Gerstner ¹⁵⁶⁾ hält die Rückgängigmachung von Abschreibungen dann für anstandslos gerechtfertigt, wenn diese Änderungen auf Irrtum beruhen oder auf besserer Einsicht. ¹⁵⁷⁾ Passow kritisiert als Verfechter der Bilanzwahrheit auch die Meinung von Fischer, daß man bei ungünstiger Geschäftslage die Abschreibungen unterlassen und einfach den Verlust auf das nächste Jahr übertragen könne. Er hält dieses Verfahren für eine Bilanzfälschung ¹⁵⁸⁾ und lehnt die übermäßige Abschreibung aus diesem Grunde ab, auch wenn Neukamp und Rehm (der sie eigentlich für unzulässig hält) sie wirtschaftlich für sehr segensreich ansehen. ¹⁵⁹⁾

Bei der Diskussion um die Methode der Abschreibung geht es vor allem darum, die in der Praxis geübte degressive Abschreibung zu untersuchen. Die Mehrzahl der betriebswirtschaftlichen Autoren setzt sich für die gleichbleibende Abschreibungsmethode

¹⁵⁴⁾ Nach Berliner Buchhaltungs- und Bilanzenlehre, 3. Aufl., 1920, S.109) soll derjenige, der bei der Abschreibungen sicher gehen will, das Vielfache des gebräuchlichen Abschreibungssatzes nennen. Amineist sollte in der Bilanz jedes Jahr neu geprüft werden, ob der Abschreibungssatz beibehalten werden könne. Diese praktisch nicht zu verwirklichende Forderung wird von ihm selbst nicht eingehalten, wenn er in einem Beispiel (S.110) den Abschreibungssatz für Gebäude auf 125 Jahre festlegt.

¹⁵⁵⁾ Schiff, Die Wertminderung an Betriebsanlagen, S.20 f.

¹⁵⁶⁾ Gerstner, Bilanzanalyse, 1912, S.63.

¹⁵⁷⁾ Ähnlich auch Beigel (a.a.O., S.129), der die Probleme aber nur in referierender Weise an Beispielen aufzeigt.

¹⁵⁸⁾ Passow, Die Bilanzen der privaten Unternehmen, 1910, S.142.

¹⁵⁹⁾ Passow, Die Bilanzen der privaten Unternehmen, 1910, S.156. In der Neuauflage 1918 gestern Passow eine Ergänzung der Abschreibung zu (S.188), wenn durch die Kriegsverhältnisse eine stärkere Abnutzung eintrete.

ein, die Gründe dazu liegen wohl hauptsächlich darin, daß man aus den Erfahrungen der Praxis sah, daß diese Methode (infolge der falschen Anwendung) unzulänglich war. Man wollte eine Besserung herbeiführen, ging von den bisher hier herrschenden Grundsätzen aus und fand so die gleichbleibende Abschreibung als die sinnvollste heraus.

e) Die Auffassung Schmalenbachs über Abschreibungen (in der Zeit von 1900 - 1918)

Der Abschluß dieses Kapitels ist den Veröffentlichungen Schmalenbachs während dieser Zeitspanne vorbehalten. Es kommt in diesem Zusammenhang vor allem seinen Aufsätzen in der Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung¹⁶⁰⁾ Bedeutung zu. Sie enthalten bereits zu der damaligen Zeit die heute noch maßgebenden und grundlegenden Begriffe der Abschreibungslehre. Es ist erstaunlich, wie weit Schmalenbach den meisten seiner Zeitgenossen voraus war. Manche diskutierten noch die einfachsten Abschreibungsprobleme, als Schmalenbach seine bahnbrechenden Aufsätze veröffentlichte. Sie haben nicht nur wegen der Darlegung grundsätzlicher Erkenntnisse über die Abschreibungen große Bedeutung erlangt, sondern vor allem dadurch, daß er hierbei nach und nach seine dynamische Bilanzauffassung präzisierete.

Nach Schmalenbach ist die Abschreibung ein Mittel der Aufwandsverrechnung, nicht der Vermögensfeststellung. Daher kritisiert er auch die Auffassung, daß bei den Abschreibungen die Ermittlung der Restwerte der Endzweck, die Abschreibungen selbst aber nur das Mittel zum Zweck seien.¹⁶¹⁾

Er geht zwar mit fast allen Autoren einig, daß die Lebensdauer der Anlagen den Zeitraum bestimmt, innerhalb dessen die Abschreibung zu erfolgen hat; in bezug

160) Schmalenbach, Die Abschreibungen, in: ZfHf 1908/09, S. 81 ff.; ders., Die Werte von Anlagen und Unternehmungen in der Schätzungstechnik, in: ZfHf 1917/18, S. 1 ff.; ders., Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, in: ZfHf 1919, S. 1 ff., 65 ff.- Obwohl dieser zuletzt angeführte Artikel außerhalb der in diesem Abschnitt abgegrenzten Zeitspanne veröffentlicht wurde, wird er in diesem Zusammenhang wegen hier noch erwähnt.

161) Schmalenbach, Die Werte von Anlagen und Unternehmungen in der Schätzungstechnik, a.a.O., S. 12.

auf die Verteilung der Abschreibungsquoten auf die einzelnen Jahre ergeben sich aber Abweichungen.¹⁶²⁾

Besonders interessant ist die Einstellung Schmalenbachs zu den Abschreibungsmethoden. Entscheidend für ihn ist nicht die Abnahme des Wertes der Anlagen, sondern die Abnahme der Leistungsfähigkeit. Er steht somit im Gegensatz z.B. zu Schiff, der die Abnahme des Wertes als entscheidendes Kriterium ansieht,¹⁶³⁾ und Fischer, der keine Verbindung zwischen Abschreibungen und Abnahme der Gebrauchsfähigkeit feststellt.¹⁶⁴⁾

Schon damals war Schmalenbach ein Verfechter der degressiven Abschreibungsmethode. In den ersten Artikeln betont er sie zwar noch nicht so wie später; er spricht ihr aber dann schon eine besondere Bedeutung zu, wenn die Anlage von Jahr zu Jahr geringere Produktionsfähigkeit aufweist.¹⁶⁵⁾

Er untersucht u.a. auch die sog. Methode ohne Abschreibung, d.h. daß die Anlagen immer in völlig brauchbarem Zustand gehalten werden. Sie sei nicht sehr weit verbreitet, da die jährlich wechselnden Instandhaltungskosten den Gewinn beeinflussen würden; außerdem würde sie durch die Gefahr des technischen Fortschritts unbrauchbar gemacht werden. Dieses Verfahren wurde zwar von der Reichsbank angewendet; in diesem Fall ist es aber wegen der andersgearteten Abschreibungsnotwendigkeiten weniger problematisch.

Die gleichbleibende Abschreibung hält Schmalenbach nur unter bestimmten Voraussetzungen für anwendbar, obwohl sie von Autoren, "die Bilanzfragen fern stehen", sehr gelobt werde. Es muß sich aber hier um Anlagen handeln, die nach Ablauf von so undsovielen Jahren wertlos oder fast wertlos werden und bei denen Instandhaltungskosten nicht auf die Anlagen verbucht werden. Diese Methode komme fast nur für Heimfallunternehmungen u.ä. in Betracht. Er führt auch die Abschreibungsmethode an, bei der die

162) Schmalenbach nimmt in seiner Zeitschrift sehr häufig Stellung zu Veröffentlichungen anderer Bilanzschriftsteller. Seine Kritik variiert von sachlicher Begutachtung über ironische Bemerkungen zu beißender Schärfe.- Vgl. z.B. die Kritik der 'Buchhaltungs- und Bilanzenlehre' von Berliner (ZfHf 1920, S. 115). Schmalenbach hält dem Verfasser zugute, daß er die degressive und die gleichbleibende Abschreibung nicht auf der Basis des gleichen Anfangsprozentsatzes vergleicht, wie dies viele Autoren fälschlicherweise tun.- In einem späteren Heft des gleichen Jahrgangs (S. 373) wird Schmalenbach äußerst heftig, da Berliner auf die Kritik geantwortet hatte. Schmalenbach bezeichnet die Ausführungen Berliners als das "Schelten eines gekränkten Autors".

163) Aus dieser abweichenden Anschauung resultiert auch die Erklärung Schmalenbachs, zu dem Buch von Schiff nicht Stellung nehmen zu können (ZfHf, 1911/12, S. 465).

164) Fischer, R., Die Bilanzwerte, was sie sind und was sie nicht sind, 1905, S. 85.

165) Schmalenbach, Die Abschreibungen, a.a.O., S. 85.

Abschreibungen von der Produktion, d.h. dem Ausstoß, abhängig gemacht werden. Sie könne aber sehr selten vor.¹⁶⁶⁾

In den späteren Aufsätzen stellt er die Vorzüge der degressiven Abschreibungsmethode besonders heraus.¹⁶⁷⁾ Die Praxis komme dem Umstand entgegen, daß die Anlagen in neuem Zustand mehr leisten als im alten, indem sie jeweils vom Buchwert abschreibe.¹⁶⁸⁾

Einen wesentlichen Vorzug der degressiven Methode sieht er darin, daß sie die Fähigkeit besitze, dort, wo Erneuerungskosten als Zugänge behandelt werden, falsch gewählte Abschreibungen allmählich auf den richtigen Stand zu rücken.¹⁶⁹⁾ Diese Eigenschaft der degressiven Abschreibung wird von Schmalenbach in seinen späteren Veröffentlichungen immer wieder hervorgehoben.

Die anfänglich hohen Abschreibungsbeträge stellen nach Ansicht vieler Autoren einen Nachteil dieser Methode dar. So schlägt Lewin vor, die Degression zu mildern, indem man das Mittel zwischen geometrisch-degressiver und gleichbleibender Abschreibung nimmt. Borren will den Wert, der abgeschrieben werden soll, teilen und den einen Teil gleichbleibend, den anderen Teil degressiv abschreiben.¹⁷⁰⁾ Eine Entschärfung der Degression kann auch darin bestehen, daß man die sich anhäufenden Abschreibungen mit Zinsen rechnet und die Abschreibungen deshalb niedriger bemißt. Schmalenbach entwickelt eine Formel, mit deren Hilfe man nicht abschreibungsbedürftige Anlagen in die Abschreibungssumme mit einrechnet und somit die Degression mildert.

Diese knappen Ausführungen sollen genügen, die weitschauende Einstellung Schmalenbachs zu Abschreibungsfragen zu zeigen. Gerade auf diesem Gebiet hat er in seinen späteren Veröffentlichungen nur mehr wenig geändert oder ergänzt.

166) Auf diese Behauptung hin erhielt Schmalenbach sehr viele Zuschriften, so daß er sich in einer ergänzenden Darstellung berichtigte und auch diese Abschreibungsart in seine Zusammenstellung der Methoden mit einbezog.

167) Wie oben schon dargestellt, ist für Schmalenbach bei den Abschreibungen die Abnahme der Leistungsfähigkeit der Anlagen maßgebend. Die degressive Abschreibung, die er verteidigt, entspricht aber eher dem Verlauf des Wertes als dem der Gebrauchsfähigkeit, da letztere in den ersten Jahren in der Regel ziemlich konstant bleibt, die degressive Abschreibung aber gerade die ersten Jahre stärker belastet.

168) Schmalenbach sieht diese Methode der Praxis also als wohlüberlegtes Vorgehen an, Le Coutre als Rechenfehler, andere als Tradition (Vgl. Fußnote 122)

169) D.h. falls der Abschreibungsprozentsatz zu hoch ist, verringert sich durch die hohen Anfangswerte der Buchwert der Anlagen sehr schnell, so daß bald ein niedrigerer - richtigerer - Betrag abgeschrieben wird (Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, a.a.O., S. 59; Die Werte von Anlagen und Unternehmungen in der Schätzungstechnik, a.a.O., S. 13.).

170) Vgl. Schmalenbach, Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, a.a.O., S. 54 ff.

f) Zusammenfassender Ergebnisbericht

In dieser ersten Periode der wissenschaftlichen Durchforschung der Abschreibungsprobleme findet man eine Fülle von Auffassungen. Bei der großen Zahl der sich weitgehend überschneidenden und widersprechenden Meinungen konnte naturgemäß keine einheitliche Tendenz festgestellt werden.

Die Vielzahl der Interpretationen der Abschreibungsfragen resultiert daraus, daß man sich über die Aufgaben der Abschreibung nicht im klaren war. Sollte die Abschreibung der Wertberichtigung dienen oder eine Rücklage für die Erneuerung bilden? Welche Funktion hatte sie in der Kalkulation? Dieses mangelnde Zweckbewußtsein war darin begründet, daß man in den Fragen der Rechnungslegung überhaupt keine einheitliche Vorstellung von Zweck, Form und Umfang hatte.

Da man damals die Untersuchungen fast ausschließlich auf buchhalterische Abschreibungsfragen beschränkte, kristallisierte sich aus der Vielzahl der Meinungen die heraus, daß die Abschreibung der Wertberichtigung zu dienen habe.

Nach der damals herrschenden statischen Bilanzauffassung schrieb man der Bilanz die Aufgabe zu, Aufschluß über den Stand des Vermögens in einem bestimmten Zeitpunkt zu geben, sie war also eine nominelle Geld- und Kapitalrechnung. Mittels der Abschreibungen sollten die Anlagen deshalb zu ihrem jeweiligen Wert in die Bilanz eingesetzt werden. Bei dieser Zwecksetzung der Bilanz wäre eigentlich eine Befundrechnung am Bilanzstichtag konsequent gewesen. Da diese sich bei den Anlagen aber nur schwer durchführen läßt, wurde die Abschreibung in ihrer Eigenschaft als Wertberichtigung eingesetzt.

Als Abschreibungsverfahren wurde von den statisch eingestellten Autoren die indirekte Abschreibung bevorzugt; ¹⁷¹⁾ wahrscheinlich um die in der Praxis bevorzugte Abschreibung vom Restwert zu unterbinden. Bei der indirekten Methode wurde man nicht so leicht verleitet, degressiv abzuschreiben, da auf der Aktivseite immer der volle Anschaffungswert ausgewiesen wird. Im Grundsatz genommen hätte die direkte Abschreibung der Zwecksetzung der statischen Bilanz viel eher entsprochen, da der effektive Stand des Vermögens bei der direkten Abschreibung besser ersichtlich ist. Außerdem verstößt die indirekte Abschreibung gegen die damals besonders im Vordergrund stehende Forderung nach Bilanzklarheit und Bilanzwahrheit, da sie eine Verlängerung der Bilanz, d.h. eine Erhöhung der Bilanzsumme, zur Folge hat.

Zu den mangelnden materiellen Erkenntnissen kamen noch erhebliche formelle Mängel. Bei der Begriffsbildung fehlte es an Schärfe der Formulierung und an Exaktheit.

¹⁷¹⁾ Hoffmann (Der Gewinn der kaufmännischen Unternehmung, 1929, S.122) irrt hier, wenn er den Statikern die Bevorzugung der direkten Abschreibungsmethode zuschreibt.

Die Folge waren viele Mißverständnisse, die zu unfruchtbaren Diskussionen führten. So war es den Autoren auch nicht möglich, das Problem von allen Blickrichtungen und in seiner ganzen Breite zu erfassen. Zudem beschäftigten sich viele Autoren vorwiegend mit Verfahrensanleitungen.

Die Probleme der Kalkulation wurden im allgemeinen nur gestreift. Obwohl Untersuchungen über die Abschreibungen in den Selbstkostenrechnungen der Praxis angestellt wurden, erachtete man diese Fragen aber nicht als vordringlich genug, um sich ernsthaft mit ihnen zu beschäftigen. Es gab noch keinerlei Vorschriften für die Durchführung der Kalkulation. Bis 1914 herrschte noch die 'freie Marktwirtschaft', und der staatliche Einfluß bei der Preisbildung war gering. 172)

Während des Krieges machten sich schon Anzeichen der Geldentwertung bemerkbar, sie wirkten sich aber noch nicht auf das Rechnungswesen resp. die Abschreibungen aus.

172) Vgl. Stucken, Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 - 1953, 2. Aufl., 1953.

2. Die Abschreibung als Mittel der Substanzerhaltung Die Geldentwertung (1919 - 1923)

Dieser Zeitabschnitt, der nur wenige Jahre umfaßt, nimmt eine Sonderstellung ein, da die Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Abschreibungen vorwiegend auf die wirt-
schen Währungsverhältnisse abgestellt waren. Für die Abschreibungslehre ergaben sich aber
doch wesentliche Erkenntnisse.

Wenn man kurz eine Überlegung anstellt, welche Verhältnisse vor Beginn der
Inflation in betrieblichen Rechnungswesen geherrscht hatten, so kann man folgendes fest-
halten:

Der am besten ausgebildete Zweig des betrieblichen Rechnungswesens war zweifel-
los Buchhaltung und Bilanz. Die Kostenrechnung war noch nicht entwickelt, und auch die
Planung und die Statistik waren nur in nicht nennenswerten Umfang zu finden, u.a. weil
die Mechanisierung noch nicht bis in die Verwaltung der Unternehmen vorgedrungen war.

In der Buchhaltung waren die Anlagewerte ziemlich weit abgeschrieben, da die
zurückliegenden Kriegsjahre Neuanschaffungen verhindert hatten. Die Rücklagen für die
Erneuerung waren in vielen Unternehmen vorhanden, denn die Rüstungsaufträge hatten
die meisten Industrien auf ausgelastet, und aus der Erlöse wurden entsprechende Be-
träge abgezweigt, auch wenn ein Zusammenhang der Abschreibungen mit den Erneuerungen
noch nicht gesehen wurde oder werden wollte.

Als nun die Preise zu steigen begannen, ahnten viele Unternehmen die Gefahren
für die Erhaltung ihrer Betriebswirtschaft. Die nominellen Bilanzwerte entsprachen im
Verlauf der Inflation nicht mehr den hinter ihnen stehenden substantiellen Werten; die
Rücklagen für die Ersatzbeschaffungen reichten nicht aus; zudem erwiesen sich die während
des Krieges durch die Preissteigerungen erzielten Überschüsse als trügerische Schein-
gewinne.

Die Bewertungsfrage wurde also zu einem brennenden Problem. Sie stand zwar
schon vor dem Krieg zur Diskussion, hatte aber doch nur "akademischen Charakter" ¹⁷³⁾
getragen. Die Praxis hatte die wissenschaftlichen Probleme wohl zur Kenntnis genommen,
aber nicht für ernst genug gehalten, als daß sie eine Nutzenanwendung hätte daraus zie-

173) Le Coutre, Die deutsche Bilanzliteratur der letzten fünfzehn Jahre, in: Archiv der
Fortschritte betriebswirtschaftlichen Forschung und Lehre, 1924, S. 171.

hen können. Sie erkannte die große Bedeutung dieser Fragen erst mit dem Einsetzen der Geldentwertung. Vor allem das Problem der Abschreibungen warf neue Fragen auf und zeigte, daß man viele bisher angewendete Verfahren nicht mehr durchführen konnte. Deshalb versuchten die Betriebe nach eigenem Ermessen, mit den Nachteilen der Geldentwertung fertig zu werden.

Die Betriebswirte standen nun vor der Aufgabe, brauchbare Vorschläge für eine Beseitigung oder zumindest für eine Linderung des Notstandes zu machen, ¹⁷⁴⁾ der durch die lawinenartig sich entwickelnde Inflation im betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen hervorgerufen wurde.

Die betriebswirtschaftliche Literatur, die während des Krieges umfanggräßig zurückgegangen war, erlebte in der Nachkriegszeit einen ungeheuren Aufschwung. Le Coutre bezeichnet die Bilanzliteratur von damals als inflationistisch infiziert. ¹⁷⁵⁾

Bei der Lektüre der Veröffentlichungen gewinnt man den Eindruck, daß viele Autoren in ihren Äußerungen sehr unsicher waren, da ihre Forderung, die Bilanzklarheit und Bilanzwahrheit aufrechtzuerhalten, nicht so leicht zu verwirklichen war. Dies hatte zur Folge, daß eine Unzahl von Vorschlägen gemacht wurde, wie man die verlorengegangene Aussagefähigkeit der Bilanz wieder herstellen könne.

a) Vorschläge für die Anpassung der Abschreibungen an die Geldentwertung

Die Vorschläge für die Anpassung der Abschreibung an die Geldentwertung gingen zum Teil von den Bilanzschriftstellern, zum Teil aber auch von der Praxis ¹⁷⁶⁾ aus. Sie änderten sich mit der Entwicklung der Inflation und variieren von der Ignorierung der Geldentwertung über Erhöhungen der Abschreibungsbeträge bis zur radikalen Änderung der Bilanzwerte.

Das Schrifttum über dieses Gebiet weist keinen einheitlichen Zug auf. Bei den Vorschlägen spielt die Auffassung des Autors vom Zweck und von der Funktion der Abschreibung eine große Rolle. Diejenigen Schriftsteller, die in der Abschreibung nur eine Aufwandsverteilung sehen, müßten konsequenterweise bei steigenden Preisen die Abschreibung nicht ändern, da lediglich die in der Vergangenheit liegende Ausgabe auf die einzelnen

174) Geldmacher (Wirtschaftsunruhe und Bilanz, 1. Teil, 1923, Vorwort) charakterisiert die damalige Lage folgendermaßen: "Wenn alle Uhren in Deutschland unvermerkt in einen unregelmäßigen Gang verfielen und keine Vergleichsmöglichkeit von Uhr zu Uhr bestände, die Verwirrung im Verkehrsleben könnte nicht größer sein als die bestehende Verwirrung im Wirtschaftsleben durch die Bilanzzerrüttung."

175) Le Coutre, Die deutsche Bilanzliteratur der letzten fünfzehn Jahre, a.a.O., S. 167.

176) Z.B. die Leitsätze für Maschinenbauanstalten, vgl. Seite 40.

Perioden verteilt wird. 177) Alle Autoren, die den Abschreibungen die Aufgabe zusprechen, Ersatzvermögen zu binden, werden die Geldwertänderungen in die Abschreibung einrechnen, damit die Abschreibungserlöse entsprechend erhöht werden können.

Anfängliche Erkenntnisse über die Auswirkungen der Geldentwertung auf die Abschreibung finden sich 1920 bei Schigut, 178) der Schwierigkeiten der Ersatzbeschaffung bei steigenden Preisen feststellte.

Diese veränderten Verhältnisse bei der Ersatzbeschaffung gibt Peiseler 179) zwar zu, will aber an Hand eines Beispiels beweisen, daß deswegen die Abschreibungen nicht korrigiert werden müssen, da das Lager in der Zwischenzeit auch mehr 'Wert' bekommt. Der Beweis läßt sich jedoch nicht verallgemeinern, da die Wertverschiebungen sich nur ganz zufällig ausgleichen würden und außerdem das Lager bei vielen anlageintensiven Betrieben eine untergeordnete Rolle spielt.

Das Erkennen der Scheingewinne führt zu einer allgemeinen Unsicherheit. Prion 180) bemerkt dazu in einem Vortrag (1920), daß ein Zuwachs an Vermögen trotz scheinbar hoher Gewinnsalden nicht erzielt worden sei, es könnte sogar ein Verlust vorliegen. Derjenige, der in seinem Betrieb eine Anlage abnutzte, erleide nicht einen Verlust, den er mit dem früheren Anschaffungspreis beziffern könne, sondern er müsse die Entwertung ohne weiteres mit dem Tagespreis der Wiederbeschaffung einsetzen, andernfalls werde aus der Substanz des Anlagekapitals durch dessen Umwandlung in Papiermark ein scheinbarer Gewinn ausgewiesen und evtl. ausgeschüttet und versteuert. 181)

Bei den Anlagen treten die Scheingewinne nicht bei den Grundwerten selbst auf, sondern bei den Abschreibungen, nämlich wenn diese infolge des gesunkenen Geldwertes erhöht werden. 182)

aa) Erhöhung der Abschreibungen

Allmählich präzipitierten sich die Vorschläge bezüglich der Reformierung der Abschreibungen, und es wurde vor allem ihre Erhöhung gefordert, die gestaffelt war und bis zur Forderung des Ersatzes der Wiederbeschaffungskosten ging. Durch eine Erhöhung

177) Wenn man die Aufgabe der Abschreibung nicht primär darin sieht, zur Erfolgsermittlung zu verhelfen.

178) Schigut, Die Frage der Bewertung in der Bilanz, 1920, S.16.

179) Peiseler, Zeitgemäße Betriebswirtschaft, I. Teil: Grundlagen, 1921, S.118.

180) Prion, zitiert bei Brünner, Die Bewertung des Betriebsvermögens und der steuerfreie Erneuerungsfonds, 1921, S.27.

181) Dieser Vortrag, den Prion vor dem Verein Deutscher Maschinenbauanstalten hielt, hatte vermutlich die Anregung zu den Leitsätzen des Vereins gegeben.

182) Vgl. Schmalenbach, Die steuerliche Behandlung der Scheingewinne, 1922, S.5.

der Abschreibungen sollte das Kapital erhalten bleiben. ¹⁸⁵⁾

Mit dieser Forderung sind diejenigen Autoren nicht einverstanden, die es abstreiten, daß die Abschreibung Ersatzvermögen bindet. Der Kampf um den Zweck und die Aufgabe der Abschreibungen wurde sehr heftig geführt. Die Bedeutung des Problems trat mit der weiteren Geldentwertung immer offenkundiger in Erscheinung; denn das größere Auseinanderklaffen von Anschaffungswert und Wiederbeschaffungswert zwang die Bilanzschriftsteller, sich für die eine oder andere Meinung zu entscheiden, nämlich ob den Abschreibungen die Aufgabe zufällt, den erhöhten Wiederbeschaffungspreis anzusammeln oder ob sie unabhängig davon errechnet werden sollten. Der Grund für diese Meinungsverschiedenheit war wieder einmal, daß man die Aufgaben der bilanziellen und der kalkulatorischen Abschreibung nicht erkannte.

Brönner ¹⁸⁴⁾ stellt als einer der ersten fest, daß die Unternehmungen höhere Abschreibungen vornehmen müßten, die das Vorhandensein der Neuanschaffungskosten im Falle der Ersatzbeschaffung gewährleisten würden. Da der Wiederbeschaffungspreis schwankte, mußten die Abschreibungssätze immer wieder neu berechnet werden. Sie könnten nicht mehr auf dem Aktivkonto abgesetzt werden, sondern seien in die Passivseite einzustellen, da die Gesamtabschreibungen bei dieser Methode über den Aktivwert hinausgehen werden.

Schär ¹⁸⁵⁾ will die Abschreibungen auf das 4 - 5fache steigern, da in den deutschen Bilanzen Goldmark (Anlagen) und Papiermark ausgewiesen werden. Der Erneuerungsfonds müsse entsprechend vermehrt werden. Das gälte ebenso für Unternehmen, die ihre Anlagen eine Mark abgeschrieben haben, denn auch sie müßten eines Tages diese Anlagen ersetzen hätten sonst zu wenig Ersatzvermögen.

Schmalenbach hält höhere Abschreibungen für die Periode der Wertmaßverschlechterung selbst dann für erforderlich, wenn damit gerechnet werden könne, daß der Geldwert zur Zeit der Wiederbeschaffung der Anlage wieder auf dem alten Stand stehe. ¹⁸⁶⁾ ¹⁸⁷⁾ Diese Einstellung ist verständlich, da es Schmalenbach hier vor allem um die Vergleichbarkeit der Periodenerfolge geht.

Uneingeschränkt für eine Erhöhung der Abschreibungsquote entsprechend den Ersatzkosten setzt sich Heidebroek ¹⁸⁸⁾ ein, nur dann würden die Abschreibungen ihren eigentlichen Zweck erfüllen. Er verweist auf die Scheingewinne, die zum Teil deshalb ent-

¹⁸⁵⁾ Die Unzulänglichkeiten dieser Vorschläge konnte man damals noch nicht erkennen, da der Ausmaß der sich entwickelnden Geldentwertung nicht vorhersehbar war; man bemerkte lediglich bei der Anlagenrechnung die Mängel der bisher gehandhabten Abschreibung.

¹⁸⁴⁾ Brönner, Die Bewertung des Betriebsvermögens und der steuerfreie Erneuerungsfonds, S. 29.

¹⁸⁵⁾ Schär, Buchhaltung und Bilanz, 4. Aufl., 1921, S. 436 f.

¹⁸⁶⁾ Schmalenbach, Kritik an Prion, in: ZfH 192, S. 477 ff.

¹⁸⁷⁾ Er weist aber auf die Unsicherheit des Ersatzwertes als einen zukünftigen Wert hin. Es bestünde die Gefahr großer Willkür, da es immer ein Schätzwert ist.

¹⁸⁸⁾ Heidebroek, Industriekalkulationen, 1921, S. 184.

stehen, weil die Abschreibungen noch auf die alten, in Geldwerten ausgedrückten Anlagekonten bezogen werden. Berliner, 189) Geldmacher, 190) Sewering 191) befürworten ebenfalls die Erhöhung der Abschreibungen bis zu den Wiederbeschaffungskosten, ebenso Gerstner, 192) der die Abschreibung um einen Betrag für das "Entwertungsrisiko" erhöhen will.

Sommerfeld 193) will die Abschreibungen dann nicht steigern, wenn man die Abschreibungserlöse wieder investierte und so die Geldentwertung keine oder wenigstens nur eine geringe Rolle spielen würde, denn die Goldwerte seien kapitalerhaltend. Wenn die Mittel aber in Papierwerten angelegt seien, würde durch die Geldentwertung das ursprünglich vorhandene Vermögen vermindert werden. Daß diese Unterscheidung sehr schwer zu treffen ist, gibt er selbst zu, da nicht festzustellen ist, in welchen Vermögenswerten die Abschreibungen stecken.

Andere Autoren beharren fest auf ihrer Ablehnung der Abschreibung in Höhe der Ersatzkosten, sie widersprechen sich aber, wenn sie fordern, daß erhöhte Abschreibungen in die Kalkulation einzusetzen sind. So ist z.B. Chenaux-Repond 194) mit Passow der Ansicht, daß im Wesen der Abschreibung nicht die Zurückhaltung von Mitteln liege. Es sei nicht erfindlich, wie aus der an einem Gebrauchsgegenstand durch dessen Benutzung eingetretenen Wertminderung heraus eine Geldquelle für dessen Neubeschaffung soll konstruiert werden können. Der Verfasser gibt aber im folgenden zu, daß durch die Kalkulation Beträge für die Abschreibungen wieder in Form des Erlöses hereinkommen.

Auch Römer, 195) dem es "unerfindlich ist, wie durch die Abschreibungen Reserven gebildet werden sollen, da sie eine Vermögenseinbuße sind", setzt sich für die Einkalkulierung von Abschreibungen in Höhe der Ersatzkosten ein.

Buxbaum 196) lehnt die Abschreibung nach den Ersatzkosten ab. Seine Begründung ist aber nicht stichhaltig: nach seiner Meinung verbieten es Sprachgefühl und kaufmännische Gewohnheit, die Abschreibungen so hoch zu bemessen.

189) Berliner, Scheingewinn und Scheinvermögen in der kaufmännischen Bilanz, in: ZfH 1922, S.101 f.

190) Geldmacher, a.a.O., S.56.

191) Sewering, Die Einheitsbilanz, 1925, S.67.

192) Gerstner, Kaufmännische Buchhaltung und Bilanz, Band I, 4.Aufl., 1922, S.109 f.

193) Sommerfeld, Die Wertansätze in der Inventur mit Berücksichtigung steuerlicher Vorschriften, 1921, S.72 f.

194) Chenaux-Repond, Kaufmännische Bilanz, Bücherabschluß, Steuerbilanz, 4.Aufl., 1921, S.163, 230.

195) Römer, Werterhaltung in der Unternehmung und das einschlägige Steuerrecht, 1923, S. 17 f.

196) Buxbaum, a.a.O., S. 40.

Diese Auseinandersetzungen hatten also zur Folge, daß man die Abschreibungen in Bilanz und Kalkulation besser unterschied. 197) Die Abschreibungen traten in der Kostenpolitik der Betriebswirtschaften mehr in den Vordergrund; man löste sie aus den "allgemeinen Unkosten" heraus und verrechnete sie selbständig. Und so erkannte man auch, daß die kalkulatorischen Abschreibungen mit den bilanziellen nicht übereinzustimmen brauchen.

Sommerfeld¹⁹⁸⁾ z.B. hält dies für nicht notwendig, solange der Wert der Marktschwankungen unterliege. Die Abschreibungen auf Anlagen in der Kalkulation ergäben sich aus der Geldentwertung am Verkaufs- bzw. Kalkulationstage und für die Herstellungszeit des Produkts, während die inventurmäßige Abschreibung auf der Grundlage einer für das Geschäftsjahr mittleren Entwertung errechnet werden müßte.

Auch nach Buxbaum¹⁹⁹⁾ können die Abschreibungen in Buchhaltung und Kalkulation auseinanderfallen, da die Errechnung der Preise von anderen Gesichtspunkten beeinflusst werden könne als die Aufstellung des Rechnungsabschlusses. 200) Er kann diese Unterscheidung aber nicht richtig auswerten, was man aus seiner Stellungnahme zu der Ersatzmittelbindung der Abschreibungen ersieht. 201)

Bedenken kommen den meisten Autoren, wenn es zu entscheiden gilt, ob die erhöhten Abschreibungen ganz in die Selbstkosten eingestellt werden sollen. 202) Brönnner²⁰³⁾ z.B. warnt davor, die Ersatzanschaffungskosten in der an und für sich gebotenen Weise bei der Preisstellung einzusetzen, obwohl sie Bestandteil der Selbstkosten sind und dort eingerechnet werden müßten. Er drückt sich aber nicht eindeutig aus, da er einerseits die Notwendigkeit der vollen Einrechnung erkennt, andererseits aber eine zu vermeidende weitere Preissteigerung als die notwendige Folge sieht.

197) Vgl. die sehr guten Ausführungen von Großmann (Die Abschreibung vom Standpunkt der Unternehmung, insbesondere ihre Bedeutung als Kostenfaktor) und Löwenstein (Kalkulationsgewinn und bilanzmäßige Erfolgsrechnung in ihren gegenseitigen Beziehungen, 1922, S.70 ff.)

198) Sommerfeld, Die Wertansätze in der Inventur mit Berücksichtigung steuerlicher Vorschriften, S.59.

199) Buxbaum, a.a.O., S.32.

200) Vgl. auch Laschinski, Die Selbstkostenberechnung im Fabrikbetriebe, 3.Aufl., 1923, S.99

201) Vgl. Seite 41.

202) Vgl. in diesem Zusammenhang die Leitsätze des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten.

203) Brönnner, die Bewertung des Betriebsvermögens und der steuerfreie Erneuerungsfonds, S. 29 ff.

Diese volkswirtschaftspolitischen Interessen vertritt auch Pinner. 204) Dagegen wendet sich Römer, 205) der die erhöhten Abschreibungen voll in die Selbstkosten einsetzen will. Die Argumentation Römers ist aber in keiner Weise überzeugend:

1. Die einheimische Bevölkerung habe unter der vorgeschlagenen Kalkulation der Erzeugnisse, beispielsweise der Schwerindustrie, nicht zu leiden, da der größte Teil der deutschen Industrieerzeugnisse ins Ausland gehe.
2. Die inflationistische Tendenz würde nicht steigen, denn der flüssige Geldmarkt mache die nötigen Mittel frei, den Nutzeffekt der Produktion zu erhöhen. Die ungeheuren Summen für den Zinsendienst vieler deutscher Unternehmer würden in Wegfall kommen und dadurch die Warenpreise senken.

Diese Beweisführung ist völlig abwegig und bedarf keiner näheren Kritik.

Als Gegner der Einrechnung erhöhter Abschreibungen in die Verkaufspreise ist noch Zeiler 206) zu nennen. Er nimmt die Schrift von Dietze zur Grundlage und wendet sich gegen eine Erhöhung der Verkaufspreise wegen Geldentwertung. Diese Forderung baue einseitig auf der irrthümlichen Vorstellung auf, daß der tiefe Stand der Geldentwertung eine Dauererscheinung sei. Er rechnet eine Tabelle von Dietze 207) weiter und kommt zu dem Ergebnis, daß unter Voraussetzung einer Geldwertsteigerung ein Kaufmann bis 1925 seinen Warenwert ganz beträchtlich erhöhen könne.

Diese illusorische Berechnung wird von Klein 208) kritisiert; Zeiler mache die Geldwertsteigerung zum Grundgedanken seiner Ausführungen. Er lasse den Einfluß des Wettbewerbs außer acht und mache unnögliche Voraussetzungen. Der freie Wettbewerb würde verhindern, daß ein Kaufmann sein Lager auf das 140fache des Friedensbestandes und auf das 2045fache seines Bestandes in der schlechtesten Zeit erhöhe. Ein Kaufmann, der mit den Chancen einer Geldwertsteigerung rechnen wollte, sowohl in der Kalkulation wie auch in der Bilanz, würde gegen die Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns verstoßen.

Buxbaum 209) macht auf das Problem aufmerksam, daß bei allen Vorschlägen, die eine Erhöhung der Abschreibungen oder die Bildung von Rücklagen anstreben, stillschweigend die Erfüllung von Erfordernissen vorausgesetzt wird, die auf anderen Gebieten liegen, nämlich, daß die erhöhten Abschreibungen bzw. Rücklagen im Preis einkalkuliert

204) Pinner, Berliner Tageblatt Nr. 84 vom 19.2.21, zitiert bei Römer, a.a.O., S.21.

205) Römer, a.a.O., S.21.

206) Zeiler, Geldentwertung und Geschäftsgewinn, in: ZfHH 1920, S.125 ff. und 149 ff.

207) Der den sich verschlechternden Geldwert zur Grundlage seiner Berechnungen macht.

208) Klein, Geldwertschwankungen und Bilanz, Geldwertschwankungen und Kalkulation, in: ZfHH 1920, S.275.

209) Buxbaum, a.a.O., S.44.

werden und dem Betrieb tatsächlich als Erlös zufließen, dann aber vor allem, daß dieser Teil der Eingänge dem Unternehmen zwecks späterer Beschaffung von Ersatzgütern erhalten bleibt. 210)

In diesem Zusammenhang soll kurz auf die vom Verein Deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA) aufgestellten Leitsätze ²¹¹⁾ eingegangen werden. Sie enthalten die ersten richtungweisenden Empfehlungen bezüglich der Abschreibungen, die von Seiten der Praxis in diesem Umfang herausgegeben wurden. Den Anstoß dazu gab die Ratlosigkeit der dem Verband angeschlossenen Unternehmungen der Geldentwertung gegenüber.

Die Leitsätze enthalten folgendes über Abschreibungen:

1. Abschreibungen oder Erneuerungskosten sind in solcher Höhe einzustellen, daß zur Zeit der Ersatzbeschaffung die hier erforderlichen Mittel gedeckt sind.
2. Soweit in früheren Jahren oder schon damals vorhandenen, aber nicht erkannten Geldentwertung bei den Abschreibungen keine Rechnung getragen ist, müssen die Fehlbeträge bei der Bemessung der Abschreibungssummen oder Erneuerungskosten berücksichtigt werden.
3. Zum Ausgleich der auf die Geldentwertung zurückzuführenden Fehler ist zur Zeit für die Bemessung der Abschreibungen oder Erneuerungskosten etwa für Maschinen ein 15 - 20facher, für Gebäude ein 20 - 30facher Vorkriegspreis zugrunde zu legen.
4. Ausgleichsbuchungen können auch in einem Sammelposter als Minderbewertung des "Unternehmen als Ganzes" unter den Passiven aufgeführt werden....
5. Die als notwendig erkannte Abschreibung oder die Erneuerungskosten sind bei der Ermittlung der Selbstkosten in voller Höhe zu berücksichtigen.

210) Interessant sind in diesem Zusammenhang zwei Reichsgerichtsurteile, und zwar vom 25.3.21 und vom 31.12.22. Während das erste Urteil zum Ausdruck brachte, daß die Geldentwertung in allen Posten der Kalkulation in Ansatz gebracht werden dürfe (als auch bei den Abschreibungen), wird im zweiten Urteil die Einsetzung des Wiederbeschaffungspreises nicht erlaubt, weil die durch den Wiederbeschaffungspreis gegebene Substanzerhaltung kein Vorrecht der Unternehmungen sein sollte, da weite Kreise der Bevölkerung diese Möglichkeit nicht hätten. - Diese sich widersprechenden Meinungen sind ein Zeichen für die Unsicherheit der Rechtsprechung und Gesetzgebung.

211) "Leitsätze für Bilanzierung und Abschreibung im Maschinenbau unter Berücksichtigung der Geldentwertung". Aufgestellt vom Vorstand des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten in seiner Sitzung vom 10.12.1920.

Der VDMA wurde 1892 gegründet. Ziel: Vertretung der gemeinschaftlichen Interessen der deutschen Maschinenfabriken.

Die Empfehlungen des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten haben heftige Kritik bei den meisten Wissenschaftlern ausgelöst. ²¹²⁾ Prion verurteilt die Formulierung der Leitsätze. Der Verein habe einen anderen Standpunkt eingenommen, als er in seinem Vortrag auf der Tagung des Vereins empfohlen hatte. ²¹³⁾ Er hatte dort betont, daß eigentlich jeder Betrieb sich selbst erhalten müsse, also die überhöhten Preise in den Abschreibungen zu berücksichtigen seien. Das sei aber bei der jetzigen Geldentwertung nur zum Teil möglich wegen der Gefahr der Preissteigerungen. Nach Prion sollen die Betriebe gehalten sein, die Geldentwertung in dem Umfang zu berücksichtigen, wie sie auch schon bei anderen Einkommenbeziehern eingeholt worden sei. Das sei aber - 1920 - etwa die Hälfte der Preissteigerung.

Die Anregung des Vereins, die Abschreibungen in Höhe der Ersatzkosten einzusetzen, wird besonders stark kritisiert. So beanstandet Schmalenbach, daß es weder fachwissenschaftlich noch steuerrechtlich zu decken sei, Abschreibungen oder Erneuerungskosten in Höhe der Ersatzbeschaffung einzustellen. Das im Nachtrag der Leitsätze zitierte Urteil des Reichsfinanzhofes vom 11.1.21 könne zweifellos nicht zur Unterstützung der empfohlenen Bewertungsgrundsätze herangezogen werden. ²¹⁴⁾

Schmidt bemängelt die Anregung, den in der Zukunft liegenden Wiederbeschaffungswert einzusetzen. Er sei schwierig zu bemessen und überdies falsch. "Glücklicherweise ist die Organik der Wirtschaft harmonisch genug, um dem Bilanztechniker die Angst vor falscher Schätzung des Zukunftswertes zu ersparen, indem sie ihm den bequemsten aller Werte, den Gegenwartswert, als den allein richtigen vorschreibt." ²¹⁵⁾ Außerdem sei die Anregung unsinnig, früher unterlassene Abschreibungen in einem späteren Jahr nachzuholen. Jedes Jahr könne nur die Abschreibungen tragen, die es verursacht habe; wenn man also zu wenig Abschreibungen berechnet und deshalb zu viel Gewinn verteilt hat, so ist die zu wenig als Abschreibungen berechnete Summe später ebenfalls vom Gewinn wegzunehmen.

Wenn auch die Empfehlungen des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten in vielen Punkten zu bemängeln sind, so war es doch begrüßenswert, daß die Praxis einmal konkrete Vorschläge erhielt und auf das Rechnungswesen und die Abschreibungen in besonderen - Gebiete, auf denen die Praxis noch ziemlich unbeholfen war - Einfluß genommen wurde.

212) Vgl. z.B. Mahlberg: Bilanztechnik und Bewertung bei schwankender Währung, 2.Aufl., 1922, S. 160 ff.; Bröner, Die Bewertung des Betriebsvermögens und der steuerfreie Erneuerungsfonds, S.30 ff.

213) Prion, Die Finanzpolitik der Unternehmung (im Zeichen der Scheingewinne), 1922, S.99, Fußnote 1.

214) Vgl. Schmalenbach, Die steuerliche Behandlung der Scheingewinne, 1922, S.28.

215) Schmidt, Die organische Bilanz, 1921, S.83.

Diesen Vorteil der "nicht völlig einheitlichen Leitsätze" stellt auch Römer ²¹⁶⁾ heraus, da sie den Weg praktischer Lösung zeigen. In der Praxis fand man bis dahin keine systematische Behandlung der Wertminderung des Geldes. Man nahm Anlagenzugänge auf Unkostenkonto, mischte Privatausgaben unter Erfolgskonten, erhöhte regellos Warenpreise usw. Als Beispiel eines originellen Gedankens aus der Praxis führt Römer Baer ²¹⁷⁾ an, der vorschlägt, steuerfreie Rücklagen zu bilden; diese gemeinschaftlichen Rücklagen der Kaufmannschaft sollten dann solidarisch für die etwaigen Verluste der einzelnen haften.

ab) Umrechnung der Bilanzposten

Die nächste Stufe der Vorschläge geht noch ein Stück weiter. Es handelt sich hier meistens um Umrechnungsmethoden, d.h. die Umrechnung sämtlicher Posten der wirtschaftlichen Rechnungsführung auf einen gemeinschaftlichen Generalnenner; auf Papiermark, Goldmark, auf einen Index usw. Da der Wert der Mark sich andauernd verschlechterte, war sie als Rechnungseinheit nicht mehr zu gebrauchen. Vor allem das Vorhandensein von Markbeträgen mit verschiedenen Werten im Rechnungswesen mußte beseitigt werden. Die Notwendigkeit der Umrechnung betont Schmalenbach. ²¹⁸⁾ Bei abschreibungsbedürftigen Gegenständen mache sich der Fehler, der durch die Geldentwertung entstehe, um so stärker bemerkbar, je größer die Geldentwertung und je größer die Abschreibungsquote sei. Das System der gewöhnlichen Abschreibungen auf der Aktivseite versage völlig, da der abgeschriebene Gegenstand, wenn er früher angeschafft wurde, Goldmark darstelle, während die Abschreibungen in Papiermark verschiedenen Grades erfolgten.

Auch Großmann ²¹⁹⁾ gibt zu bedenken, daß es nicht genügt, wenn man von Goldmark in Papiermarkbeträgen abschreibe, indem man der Entwertung durch entsprechend höhere Papiermarkabschreibungen begegne. Man müsse auch das Objekt auf Papiermarkbasis bringen.

Walb befaßte sich in seiner Antrittsrede in Freiburg ²²⁰⁾ mit diesem Problem. Er zieht aber eine Reservenpolitik einer ins einzelne gehenden Verrechnung vor, und zwar deshalb, weil er den starken Eingriff fürchtet, den die kontennmäßige Geldwertkorrektur die Originalität der Bilanzzahlen bedeutet.

Walb wird von Mahlberg kritisiert, ²²¹⁾ der die Gefahren einer nicht genügend

216) Römer, a.a.O., S.35 ff.

217) Baer, Berliner Tageblatt, 8.3.1922: "Von der Haussekunktur zur Wirtschaftskatastrophe". Zitiert bei Römer, a.a.O., S.35.

218) Schmalenbach, Goldmarkbilanz, in: Betriebswirtschaftliche Zeitfragen, 1922, S.25.

219) Großmann, Die Abschreibung vom Standpunkt der Unternehmung, insbesondere ihre Bedeutung als Kostenfaktor, S.60 f.

220) Walb, Das Problem der Scheingewinne, 1922.

221) Mahlberg, Bilanztechnik und Bewertung bei schwankender Währung, S.169.

deutlichen Bilanzrechnung für größer hält.

Buxbaum bestreitet überhaupt die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer Umrechnung; ²²²⁾ er setzt sich ebenfalls für Rückstellungen ein. Nach seiner Meinung scheitert es an der praktischen Durchführbarkeit, und außerdem würde im Lauf der Zeit ein Anpassung aller Werte an die neue Geldeinheit stattfinden. Er verweist als Beispiel auf die vielen Kapitalerhöhungen bei Aktiengesellschaften, die er als einen rechnerischen Ausgleich zwischen den veränderten Nominalbeträgen der Vermögenswerte und der Schulden betrachtet. Er wehrt sich gegen eine Umrechnung auf Papiermarkbasis, da dadurch das Bilanzvolumen aufgebläht wird. Eine Berechnung sei nur nach dem Gefühl möglich; der Zweck der Umrechnung sei nur für einen Tag erreicht, da ja dann wieder Änderungen eintreten.

Bei der Abschreibung bliebe der Effekt der gleiche: Früher waren z.B. bei einem Anschaffungspreis von 10 000.- nach drei Jahren 3 000.- abgeschrieben; nach weiteren sieben Jahren (je 1 000.- Abschreibung) war der Buchwert abgeschrieben. Jetzt seien bei einem Anschaffungspreis von 200 000.- nach drei Jahren 60 000.-, nach weiteren sieben Jahren 200 000.- abgeschrieben. In beiden Fällen ist also am Ende der angenommenen Lebensdauer der Buchwert abgeschrieben. Wenn darauf erwidert würde, daß es einen Unterschied mache, ob nach zehn Jahren 10 000.- oder 200 000.- zur Verfügung stünden, ²²³⁾ so würde darüber hinweggesehen, daß Kalkulation und die Verwendung der aus dem Verkauf erzielten Gewinne mit der buchmäßigen Abschreibung nichts zu tun hätten.

Für die Umrechnung auf Goldmarkbasis ²²⁴⁾ führt Buxbaum zwei Möglichkeiten an:

- a) Warenpreis nach dem jeweiligen Goldstand auf Goldgrundlage zurückführen,
- b) von den vor der Geldentwertung bestandenen Preisen ausgehen und diese im Einklang mit den Preisverschiebungen, welche seit damals eingetreten sind - ohne Rücksicht auf den Geldwert -, erniedrigen oder erhöhen.

Buxbaum befürchtet aber, daß die Stabilität des Goldpreises überschätzt wird.

Sommerfeld ²²⁵⁾ wiederum betrachtet die Goldmark als einzig möglichen Maßstab, die Geldwertkorrektur exakt zu berechnen.

222) Buxbaum, a.a.O., S.49 ff., 75 ff. - Nach Nicklisch (ZfH 1921, S.45) können die Bilanzzahlen überhaupt erst dann wieder in Ordnung gebracht werden, wenn das Wirtschaftsleben geregelt ist.

223) Kast, Praktische Bilanzpolitik, zitiert bei Buxbaum, a.a.O., S.53.

224) Weitere Literatur darüber: Schmidt, Bilanzwert, Bilanzgewinn und Bilanzumwertung, 1924; Buxbaum, a.a.O., S.62 ff.

225) Sommerfeld, Die Wertansätze in der Inventur mit Berücksichtigung steuerlicher Vorschriften, S.66.- Mahlberg (Bilanztechnik und Bewertung bei schwankender Währung, S.171) kritisiert Sommerfelds Methode und weist ihm einen Fehler in der Voraussetzung der Berechnung nach.

Ein ernsthafter Verfechter dieser Umrechnungsmethode ist Mahlberg.²²⁶⁾ Es ist charakteristisch für ihn, daß er die Bilanzen losgelöst vom Einfluß der Geldentwertung überhaupt nicht mehr zu sehen vermag.

Er stellt vor allem die Technik der Goldmarkbilanzierung dar. Endbestände sämtlicher Konten sollen in Goldmark umgerechnet werden, dazu soll ein "Valutaregulierungskonto" eingeführt werden. Römer²²⁷⁾ äußert hier gesetzliche Bedenken; die Technik Mahlbergs biete überdies praktisch derart große Schwierigkeiten, daß die Durchführung unmöglich wäre. Mahlberg plädiert in erster Linie für die Erhaltung der Unternehmung und betont erst in zweiter Linie die Gewinn- und Verlustrechnung. Er gibt zu,²²⁸⁾ daß seine Methode die Bilanzrechnung schwieriger gestalte als bisher, wirft aber Schmidt, Priou und Walb (drei Vertretern des Spezialgebietes Geld und Kapitalverkehr) vor, daß sie materiell mehr oder weniger übereinstimmend den gleichen laien Horror zeigten, die technisch notwendigen Voraussetzungen ins Auge zu fassen. Sie redeten letzten Endes der Ausrichtung nach der Papiermark im Verkehr das Wort, verwürfen die exakte Bilanzkorrektur zugunsten einer Reservestellung nach kaufmännisch spekulativem Gefühl bzw. nach Maßgabe der Ersatzkosten.

Schmalenbach, der mit Mahlberg der Meinung ist, daß man zur Umrechnung an besten Goldmark benützen solle,²²⁹⁾ verfertigte den Entwurf eines Gesetzes und einer Verordnung betreffend die Einführung der Goldmarkbilanz.²³⁰⁾

In diesem Entwurf heißt es:²³¹⁾ Nach erfolgter Umrechnung sind die Abschreibungen unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Lebensdauer und des nach Ablauf der Lebensdauer etwa verbleibenden Restwertes vorzunehmen. Der Restwert ist in Goldmark zu schätzen. Die Abschreibung muß so hoch sein, daß der Buchwert den in Abs. 4 Ziff. 1a vorgeschriebenen Goldwert²³²⁾ nicht überschreitet.

226) Mahlberg, Bilanztechnik und Bewertung bei schwankender Währung. In seinem bekannten Werk: Der Tageswert in der Bilanz, 1925, setzt er sich ausführlich mit den Schmidtschen Theorien auseinander.

227) Römer, a.a.O., S. 30.

228) Mahlberg, Bilanztechnik und Bewertung bei schwankender Währung, S. 153 ff.

229) Schmalenbach, Die steuerliche Behandlung der Scheingewinne, 1922, S. 13.

230) Schmalenbach brachte diesen Gesetzentwurf als Mitglied des Reichswirtschaftsrates heraus. Der Reichsverband der deutschen Industrie lehnte im August 1922 diesen Entwurf ab (vgl. Buxbaum, a.a.O., S. 62).

231) Abgedruckt in: Schmalenbach, Goldmarkbilanz, a.a.O.

232) Abs. 4 Ziff. 1a: Ein Übertragungswert darf den um die nötigen Abschreibungen und zum Bilanzstichtag in Goldmark umgerechneten Anschaffungspreis gleichartiger neuer Gegenstände nicht überschreiten.

Dieser Gesetzesentwurf hat die Öffentlichkeit stark beschäftigt.

Sträter²³³⁾ kritisiert an der Schmalenbachschen Methode, daß die Umrechnung der Monatsziffern einerseits stark verzerrte Kontenbilder liefere und andererseits für die laufende Übersicht keinen Nutzen biete. Er schlägt vor, für Papierwerte Papiermark, für Sachwerte Goldmark anzuwenden.

Eine gesetzliche Anordnung zur Goldmarkbilanzierung erfolgte erst nach der Inflation.

Als weitere Umrechnungsmethode wurde diejenige mit *I n d e x z a h l e n* diskutiert. Schmalenbach, der sich auch mit dieser Möglichkeit befaßte, schlägt einen Warenpreisindex²³⁴⁾ vor, und zwar erscheint ihm einer der Großhandelsindices als der brauchbarste. Selbst eine Umrechnung mit den schlechtesten der vorhandenen Geldwertmaßstäbe wäre besser als der "gegenwärtige" Zustand.

Schmidt äußert sich sehr skeptisch zu den Indexrechnungen.²³⁵⁾ Alle Korrekturmethode, die mit Anschaffungswerten und starrem Index arbeiten, könnten die richtige Abschreibung nur zufällig ergeben, nämlich wenn die Bewegung des Index mit dem Tageswert parallel läuft; in allen anderen Fällen sei ihr Ergebnis falsch. Immerhin sei es noch relativ richtig im Vergleich mit den Abschreibungen auf nominale Anschaffungswerte, die infolge hoher Geldentwertung ein Billionstel des Anschaffungswertes am Bilanzstichtag sein können. Die Indexkorrektur beseitige wenigstens die schlimmsten Schäden der nominalen Rechnung.

Schmidt schlägt vor, nicht auf einen allgemeinen Index umzurechnen, sondern auf einen Spezialindex, der aus den speziellen Preisen der Kosten- und Umsatzgüter eines Unternehmens gebildet wird.²³⁶⁾ Damit würde aber der Willkür in der Bildung günstiger Indexbilanzen ein weiterer Spielraum gelassen. Schmidt befürwortet die Auflösung des Spezialindex in seine Bestandteile; jeder Bilanzwert wäre mit seinem eigenen Tages- oder Ersatzkostenwert zu behandeln.²³⁷⁾

Einen Index möchte auch Heberle²³⁸⁾ einführen. Er mißt die Entwertung nach einem Warenindex. Die Gesamtsumme der alten Aktiva der Anfangsbilanz wird auf den Geldwert der Endbilanz korrigiert und der so gefundenen Summe das alte noch nicht korrigierte Kapital gegenübergestellt (zuzüglich der neuen Kreditoren am Ende des Jahres); die Differenz wird als der erforderliche Geldwertausgleich betrachtet. Es ist anscheinend

233) Sträter, Papierwert- und Sachwert-Buchhaltung, 1923, S. 4 ff.

234) Schmalenbach, Die steuerliche Behandlung der Scheingewinne, 1922, S. 13 f.

235) Schmidt, Bilanzwert, Bilanzgewinn und Bilanzumwertung, S. 127.

236) zitiert bei Kalveram, Die kaufmännische Rechnungsführung unter dem Einfluß der Geldentwertung, 1923, S. 34.

237) Vgl. Ausführungen Seite 50 f.

238) Heberle, zitiert bei Mählberg, Bilanztechnik und Bewertung bei schwankender Währung, S. 169.

vom Verfasser nicht berücksichtigt, daß der Geldwertausgleich um so kleiner ist, je größer die Kreditoren am Jahresende sind. Diese Indexrechnung Heberles beruht nach Mahlberg auf einem Mißverständnis.

Vorschläge anderer Art werden u.a. von Zeiler und Geldmacher vorgebracht. Zeiler schlägt als Verhältniszahl für die Kaufkraft der Mark die Höhe des pro Kopf der Bevölkerung berechneten Durchschnittseinkommens der natürlichen Personen vor. 239) Buxbaum kritisiert ihn dahingehend, daß eine andere Einkommenverteilung die Zahlen unvergleichbar mache.

Geldmacher verlangt nur eine Bilanzkorrektur in Steuersachen, im übrigen sollen die Bilanzziffern so, wie sie erwachsen sind, stehen bleiben im Interesse der Durchsichtigkeit der Bilanz, die heute wichtiger sei als je, da die Gewinn- und Verlustrechnung zerstört sei. Er will also in erster Linie die Besteuerung der Scheinwinne vermeiden. Die Durchsichtigkeit bestünde dann aber nur für den Kapitalbetrag, im übrigen wäre diese Bilanz eine "Vexierbilanz", also das, was nach Geldmacher gerade vermieden werden soll. 240)

Schlunck 241) schlägt als neue Bilanzierungsform vor: die Vorräte in Mengen zu beziffern (Inventurwerte) und nur die Differenz (Zu- und Abgänge bei zwei Bilanzen) in Geldwerte umrechnen (Geldwert des Abschlußtages). Die Anlagen läßt er außer Betracht, so daß es sich schon aus diesem Grunde um keinen ernst zu nehmenden Vorschlag handelt.

b) Beispiele

Als Abschluß dieses Kapitels werden ausführlichere Beispiele dafür gebracht, wie man von Seiten der Theorie (Fritz Schmidt) und des Staates Anpassungsmöglichkeiten aufzeigte, um die Notstände in kaufmännischen Rechnungswesen zu beseitigen.

ba) Ein Vorschlag der Theorie (Fritz Schmidt)

Die Schmidtschen Theorien wurden aus der Inflationszeit heraus geboren und waren ursprünglich speziell auf die wirren Währungsverhältnisse abgestellt. Schmidt hält die organische Bilanzierung aber auch in normalen Zeiten für unumgänglich, da laufend Wertänderungen jeder Art sich auf den Betrieb auswirkten. 242)

239) Zeiler-Wassermann-Mayer, Die Geldentwertung als Kredit-, Kalkulations- und Besteuerungsproblem, 1921, S. 38 ff.

240) Mahlberg, Bilanztechnik und Bewertung bei schwankender Währung, S. 153.

241) Schlunck, Die Jahresbilanz des Handwerkers, Gewerbetreibenden und Kaufmanns unter Berücksichtigung der Geldentwertung, 1923.

242) Schmidt, Die organische Tageswertbilanz, Vorwort zur 3. Auflage 1929.

Er betrachtet die Unternehmung in ihrer engen Verbundenheit zum Markt, als ein Glied der Volkswirtschaft. Die Unternehmung müsse in vielen Beziehungen gesamtwirtschaftlich beurteilt werden. Alle Betriebswerte seien von den Marktwerten abhängig ²⁴³⁾. Aus dieser 'organischen' Betrachtungsweise resultiert die Forderung Schmidts, daß es Ziel der Unternehmungsleitung sein müsse, die relative Stellung des Betriebes in der Gesamtwirtschaft zu erhalten.

Dieses Ziel ist aber in Zeiten der Geldentwertung besonders gefährdet, da Scheingewinne und Substanzverluste eine häufige Begleiterscheinung der Inflation sind. Die organische Bilanzlehre will diesem Ziel folgendermaßen näherkommen:

Sie ist vornehmlich eine Bewertungslehre und da sie ausschließlich auf die Gegenwart eingestellt ist, ²⁴⁴⁾ werden in der Bilanz und in der Erfolgsrechnung aktuelle Werte eingesetzt. Schmidt sieht als den geeigneten Wert den Tageswert am Bilanztag bzw. Umsatztag an; durch diese Bewertung und die scharfe Trennung von Umsatzgewinnen und Vermögenswertverschiebungen ²⁴⁵⁾ sollen die darauf aufbauenden Dispositionen der Unternehmer die substantielle Erhaltung des Betriebes ermöglichen.

Auch den Abschreibungen kommt die Aufgabe zu, diese Erhaltung zu gewährleisten. Da der Anschaffungswert der Anlagen durch Verschiebung des Preisniveaus im Verlauf der Zeit immer wertloser wird, setzt Schmidt für den Anlagewert und auch für die Abnutzung den Reproduktionswert des Bilanzstichtages ein, ²⁴⁶⁾ und zwar werden diese Werte für den Zeitpunkt jeder Einzelbilanz neu festgestellt. ²⁴⁷⁾ Er schlägt folgendes Verfahren vor: ²⁴⁸⁾ Am Bilanzstichtag soll der zeitliche Reproduktionswert aller Anlagen im ungebrauchten Zustand festgestellt und unter die Aktiven aufgenommen werden; die Werte aller Abnutzungsquoten aus Vorperioden sollen in Anteilen des zeitlichen Reproduktionswertes ermittelt und dem Erneuerungskonto gutgeschrieben werden. Die Differenzen auf Anlagekonto und Erneuerungskonto, die sich nach Gutschrift der diesjährigen Abschreibungskosten in der Gewinn- und Verlustrechnung ergeben, sind dann über das Vermögenswertkonto zum Ausgleich zu bringen.

Schmidt verwendet also nicht den zukünftigen Wiederbeschaffungswert, da es

243) Schmidt, Die organische Tageswertbilanz, 1951, S. 34.

244) Schmidt, Die organische Tageswertbilanz, 1951, S. 89.

245) Schmidt setzt zu diesem Zweck in die Bilanz ein Vermögens- und Wertberichtigungskonto ein.

246) Schmidt, Die organische Bilanz, 1921, S. 80.

247) Bei einer Bewertung der Anlagewerte und der Abschreibungen auf der Grundlage der Anschaffungspreise würden sich auf dem Erneuerungskonto aus den Einzeljahren Abschreibungen ganz verschiedener Kaufkraft zu einem innerlich bedeutungslosen Betrag summieren. (Vgl. Schmidt, Die organische Tageswertbilanz, 1951, S. 95)

248) Schmidt, Die organische Bilanz, 1921, S. 87

bei der sich entwickelnden Inflation nicht möglich ist, den Ersatzkostenwert festzustellen.²⁴⁹⁾ Es soll auch jede Produktionsperiode nur den Teil der Abnutzung, der wirklich in Anspruch genommen wird, zum jeweiligen Ersatzkostenwert ihres Abschlußtermins ersetzen.²⁵⁰⁾

Deshalb verurteilt er auch die Abschreibung vom Buchwert (= degressive Abschreibung),²⁵¹⁾ da trotz einiger Ausgleichstendenzen die einzelnen Jahre sehr ungleich belastet werden würden und eine steigende Umsatzspanne vorgetäuscht werde.

Es ergibt sich nun folgendes Problem: Der Unternehmer kann die relative Bedeutung seines Betriebes in der Gesamtwirtschaft nur erhalten, wenn ihm der Preis seiner Produkte eine Entschädigung bringt, die groß genug ist, um mit ihr in Zeitpunkt ihres Eingangs genau das gleiche Quantum Anlage zu erwerben, das in der soeben abgeschlossenen Produktionsperiode verbraucht ist;²⁵²⁾ der Unternehmer darf aber nach Schmidt nicht den in der Zukunft liegenden Wiederbeschaffungswert in der Kalkulation verwenden. Zwischen Abschreibungssumme und Wiederbeschaffungspreis ergibt sich also eine Differenz. Dieses Problem löst Schmidt, oder will er dadurch lösen,²⁵³⁾ daß die Abschreibungserlöse nicht in Geld hinterlegt werden, sondern in den Kreislauf der Realgüter übergehen, damit die Aufwärtsbewegung mitgemacht wird.

Diese Anregung trug ihm scharfe Kritik ein, da bei einer solchen Verhaltensweise die Flucht in die Sachwerte noch gesteigert werden würde; an Stelle der geldwirtschaftlichen war die materialwirtschaftliche, gütermäßige Betrachtungsweise getreten. Auch ist es äußerst problematisch, ob die Güter, die die Abschreibungserlöse enthalten, die 'Wertsteigerung' in dem Maße wie die zu ersetzenden Güter mitmachen.

Die Anwendung der Schmidtschen Theorien in der Praxis war äußerst kostspielig und schwierig, wenn nicht ganz unmöglich. Schmidt geht bewußt als Theoretiker an die Probleme heran. Im Gegensatz zu Schmalenbach sieht er die Betriebswirtschaftslehre als

249) Schmidt, Der Wiederbeschaffungspreis des Umsatztages in Kalkulation und Volkswirtschaft, 1923, S.84.

250) Schmidt, Die organische Bilanz, 1921, S.75.

251) Das Kapitel über Abschreibungsmethoden (Schmidt, Die organische Tageswertbilanz, 1951, S.183 ff.) ist nicht ganz logisch aufgebaut; die Methoden 'Abschreibung vom Anschaffungswert, Abschreibung vom Buchwert und Abschreibung vom Tagesbeschaffungswert des Umsatztages' oder - anders ausgedrückt - gleichbleibende, degressive und Tageswert-Abschreibung schließen einander nicht aus, denn es kann auch die degressive Abschreibung oder die gleichbleibende Abschreibung den Tagesbeschaffungswert zur Grundlage haben.

252) Schmidt, Die organische Bilanz, 1921, S. 70; ähnlich: Schmidt-Fischer-Strutz, Geldentwertung und Unternehmung, 1923, S.24.

253) Schmidt-Fischer-Strutz, Geldentwertung und Unternehmung, S.25; Schmidt, Der Wiederbeschaffungspreis des Umsatztages in Kalkulation und Volkswirtschaft, S. 89.

eine theoretische Wissenschaft an, nicht als eine Kunstlehre. 254)

bb) Die Maßnahmen des Staates (§ 59a, § 33b EStG)

Auch von Seiten des Staates wurde auf die Abschreibungen eingewirkt. Die Gesetzgebung versuchte - allerdings stark verspätet- durch Änderung bzw. Ergänzung der Gesetze die Vorschriften den veränderten Verhältnissen anzupassen. Die Besteuerung der Scheingewinne sollte weitgehend vermieden werden, um den augenscheinlichen Substanzverzehr Einhalt zu gebieten.

Für die Kaufleute, die nach § 40 HGB bilanzierten, bestimmte der § 33a EStG²⁵⁵⁾ daß bei der Bewertung der Gegenstände des Betriebsvermögens wahlweise der Anschaffungs- oder Herstellungspreis nach Abzug der zulässigen Absetzungen für Abnutzung zugrunde gelegt werden kann, ²⁵⁶⁾ oder, falls er höher als der gemeine Wert ²⁵⁷⁾ ist, dieser in Ansatz gebracht werden kann. Es ist also die Absetzung des Betrages, der den gemeinen Wert übersteigt, zulässig.

Größere Bedeutung erlangte der § 59a vom 24.3.1921. Durch diese Ergänzung des Einkommensteuergesetzes erkannte der Gesetzgeber den Einfluß der Geldentwertung auf die Wiederbeschaffung der Anlagen an ²⁵⁸⁾ und genehmigte den Einsatz eines steuerfreien Erneuerungsfonds. Für die Berechnung der Mehrkosten, d.h. der Differenz zwischen dem gemeinen Wert und den zu erwartenden Ersatzkosten, wurden folgende Richtlinien erlassen: ²⁵⁹⁾ Diese voraussichtlichen Ersatzkosten werden auf das sechsfache des Anschaffungs- oder Herstellungspreises des ersatzbedürftigen Gegenstandes festgesetzt, wenn dieser von dem Steuerpflichtigen vor dem 1.1.1916 angeschafft oder hergestellt

254) Schmidt, Die organische Tageswertbilanz, 1951, S. 48.

255) 1920 wurde wegen der Vereinheitlichung des Finanzrechts auf Grund der Weimarer Verfassung ein Reichs- Einkommensteuergesetz erlassen. Der § 33a wurde in der Novelle vom 24.3.1921 eingesetzt.

256) Nach Auffassung des RFH sollte bisher bei Nichtaktiengesellschaften der Verkaufswert eingesetzt werden.

257) Es handelt sich hier um den gemeinen Wert im Sinne der Abgabenordnung § 138: Der gemeine Wert ist durch den Preis bestimmt, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit des Gegenstandes unter Berücksichtigung aller den Preis beeinflussenden Umstände bei einer Veräußerung zu erzielen wäre; ungewöhnliche oder persönliche Verhältnisse sind nicht zu berücksichtigen.

258) Diese Bestimmung galt ursprünglich nicht für Kapitalgesellschaften, da die juristischen Personen ihre Rücklagen nur mit 10% zu versteuern hatten und bei dieser geringen Besteuerung eine besondere Schaffung steuerfreier Rücklagen nicht erforderlich war.

259) In den Ausführungsverordnungen vom 25.7.1921.

worden ist, auf das dreifache für Gegenstände, die nach dem 31.12.1915, aber vor dem 1.1.1919 angeschafft oder hergestellt worden sind; auf das Doppelte für Gegenstände, die nach dem 31.12.1918, aber vor dem 1.1.1920 angeschafft oder hergestellt worden sind.

Diese Erneuerungsbeträge sind auf die Zeit bis zur Ersatzbeschaffung gleichmäßig zu verteilen. Nach 1926 sollten diese steuerfreien Rücklagen nicht mehr möglich sein.

Diese Bestimmung wurde von vielen Seiten kritisiert, vor allem von denjenigen Autoren, die sich gegen die Bezeichnung Erneuerungsfonds wenden. Der Korrekturposten sei lediglich dazu bestimmt, die scheinbar vorhandenen Betriebsüberschüsse auf das tatsächliche Maß zurückzuführen.²⁶⁰⁾

Peiseler²⁶¹⁾ hält diese Bestimmung für ein wirtschaftliches Unrecht. Durch die Umstellung des Begriffs Abschreibung sei ein Anrecht auf Steuerfreiheit für eine bestimmte Wirtschaftsgruppe konstruiert worden.

Es war in der Tat so, daß die Unternehmer mit Anlagewerten von langer Lebensdauer aus dieser Bestimmung einen größeren Vorteil ziehen konnten als diejenigen mit weniger langlebigen Anlagegütern, da der § 59 EStG gleichhohe Abschreibungssätze unabhängig von der Lebensdauer festlegte.²⁶²⁾

Wassermann-Mahlberg²⁶³⁾ wiederum kritisieren, daß der gewünschte Zweck nicht erreicht sei, nämlich daß die im Fall einer baldigen Stabilisierung allein berechnete Rückstellung für die Differenz von Anfangsgoldwert und dauerndem gemeinen Papierwert steuerfrei sei.

Da man die Unzulänglichkeit der Bestimmungen des § 59a EStG und seine schnelle Überholung durch die rasche Entwicklung der Geldentwertung erkannte, löste man ihn im sog. Geldentwertungsgesetz (20.3.1923) durch den § 33b EStG ab. Diese Bestimmung erlaubte Sonderabschreibungen bis zum 100fachen der bisher zulässigen Abschreibungen.

Aber auch diese Bestimmung erfüllte ihren Zweck nicht; sie war zu schematisch und paßte sich nicht an die fortschreitende Inflation an.

260) Brönnert, Die Bewertung des Betriebsvermögens und der steuerfreie Erneuerungsfonds, S. 26 f.

261) Peiseler, a.a.O., S. 121.

262) Vgl. Schmalenbach, Die steuerliche Behandlung der Scheingewinne, 1922, S. 31 ff.; ders., Goldmarkbilanz, S. 29.

263) Wassermann-Mahlberg, Die steuerfreien Erneuerungsrücklagen und die Abschreibungen wegen Überteuierung, 1921, S. 5, 17 ff.

c) Zusammenfassender Ergebnisbericht

Trotz der zahlreichen rein zeitbedingten Untersuchungen, auf denen keine weiteren Forschungen aufbauen konnten, zeichnen sich in diesem Zeitabschnitt positive Erkenntnisse auf dem Gebiet der Abschreibungslehre ab. Vor allem ist ein erhöhtes Bewußtsein für die Bedeutung der Abschreibung insgesamt festzustellen. Es wurde deutlich, daß die Abschreibung als Wertberichtigung nur in Zeiten stabilen Geldwertes funktionsfähig war und dort versagen mußte, wo außerbetriebliche Wertverschiebungen im Rechnungswesen nicht mehr aufgefangen werden konnten.

In Theorie und Praxis wurde ganz deutlich, daß die Abschreibungen eine doppelte Funktion zu erfüllen haben.

Bei Bilanzierung nach der bisherigen Übung und entsprechend den ursprünglichen gesetzlichen Vorschriften zeigte sich nämlich eine Diskrepanz zwischen der so errechneten bilanziellen und der notwendig vorzunehmenden kalkulatorischen Abschreibung. Dieses Auseinanderklaffen von bilanzieller und kalkulatorischer Abschreibung steigerte sich mit fortschreitender Inflation, vor allem wenn man in der Bilanz weiterhin mit Anschaffungswerten operierte und nur die kalkulatorische Abschreibung auf die erhöhten Ersatzwerte abstellte.

Unter diesen Umständen enthielt der Vorschlag von Schmidt - trotz aller berechtigten Einwände - noch die für die damaligen Verhältnisse vernünftigste und klarste Idee. Auch daß infolge der progressiven Preissteigerungen mit der Tageswertrechnung eine substantielle Erhaltung der Betriebswirtschaften nicht gewährleistet war, ändert nichts an der Originalität seiner Vorschläge.

Die Aussagekraft des Rechnungswesens und die Erhaltung der Betriebswirtschaften konnte auch mittels gutdurchdachter Anregungen nicht wieder hergestellt werden. Das lag nicht etwa an dem Versagen der Theoretiker und Praktiker, sondern an dem unaufhaltsam fortschreitenden Währungszerrfall. In der betriebswirtschaftlichen Literatur und auch bei der Gesetzgebung entschied sich der Wettlauf zwischen den Verbesserungsvorschlägen und der Geldentwertung zugunsten der Inflation.

3. Die Konsolidierung der Abschreibungs- lehre und die wirtschaftspolitisch veranlaßte Vereinheitlichung der Abschreibungsmethodik

Von der Nachinflationszeit bis zum Ende des
zweiten Weltkrieges (1924 - 1945)

a) Überblick

Dieses Kapitel hat die Geschichte der Abschreibungen in der Zeit von 1924 bis 1945 zum Inhalt. Im Verhältnis zu den anderen Etappen ist dieser Zeitabschnitt sehr groß. Bei ihrer Einteilung waren aber lediglich die Feststellung von Zäsuren in der Abschreibungsentwicklung, von charakteristischen Besonderheiten, von Wendepunkten u.ä. maßgebend.

Man könnte eine Unterteilung dieser Zeitspanne mit der Beendigung der Weltwirtschaftskrise (etwa Ende der Weimarer Republik) vornehmen. Beiden Abschnitten ist jedoch bezug auf die Abschreibungslehre - und das ist hier entscheidend - die Systematisierung und Vereinheitlichung der Abschreibungsweise in theoretischer und praktischer Hinsicht gemeinsam; und zwar bis etwa 1932 bedingt durch die Rationalisierungswelle im technischen und wirtschaftlichen Bereich der Unternehmungen, dann durch die Auswirkungen des Dirigismus.

Die Rationalisierungsbestrebungen hatten schon vor dem Krieg begonnen, waren aber durch die Kriegszeiten und die Inflation gehemmt gewesen. Nach der Wiederherstellung eines funktionierenden Geldwesens ergab sich für die Wirtschaft die Notwendigkeit, den Anschluß an den Weltmarkt wieder zu erreichen. Gesamtwirtschaftlich gesehen, mußten die Reparationszahlungen und die Einengung der agrarischen und industriellen Produktion durch Gebietsabtrennungen mit einer verstärkten Produktivität ausgeglichen werden. Besonders die Industrie, die durch die Kriegs- und Nachkriegsjahre schwer gelitten hatte, mußte zum Teil neu aufgebaut werden. Da die Betriebskredite sehr knapp waren, veranlaßt durch die Kreditrestriktion 1924 zur Vermeidung inflationistischer Tendenzen,²⁶⁴⁾ wurde auf einen ratio-

264) Bankdiskontsätze 1924: Deutschland 10%, Österreich 15% (HdSt, 4. Aufl., 1924, Stichwort: Diskonto und Diskontopolitik).

neilen Einsatz dieser Mittel und auf ver möglichen kassen Kapitalumschlag besonderer Wert gelegt.

Dieses Vorgehen führte zu einer Rationalisierung der Produktion und der Verwaltung.

In der Produktion sah man die größte Rationalisierungsmöglichkeit im Bereich des Maschinenwesens, in einer Steigerung der technischen Ausrüstung. ²⁶⁵⁾

Die Rationalisierung der kaufmännischen Verwaltung, die durch die Aufblähung des ganzen Apparates während der Inflation notwendig geworden war, führte unter Zuhilfenahme von Maschinen zu einer Verfeinerung des Rechnungswesens. Das Formular- und Belegwesen wurde vereinheitlicht, Teile des Rechnungswesens, die bis jetzt nur wenig ausgebildet gewesen waren (wie Statistik und Planung), wurden ausgebaut. ²⁶⁶⁾

Begünstigt wurden die Rationalisierungsbestrebungen durch die horizontalen und vertikalen Zusammenschlüsse, vorwiegend in Form der Kartelle, die ein riesiges Ausmaß annahmen. Die Kalkulationskartelle regelten die Preisabstimmungen nach den Selbstkosten. Daß dadurch eine Vereinheitlichung der Kostenrechnung erreicht wurde, liegt auf der Hand. Die Zusammenschlüsse führten zu einer Konzentration und zu einer steigenden Bevorzugung der Großunternehmung. ²⁶⁷⁾

265) Die technische Ausrüstung des Arbeiters stieg von 1907 - 1925

- um 64% in der Textilindustrie
- um 80% in der Herstellung von Metallwaren
- um 138% in der Eisengewinnung
- um 141% im Maschinenbau
- um 153% in der elektrotechnischen Industrie
- um 181% in der chemischen Industrie

(Gerhardt, Rationalisierung in der Industrie, in: HdSt, 4. Aufl., 1929; Stichwort: Rationalisierung.)

Auf 100 beschäftigte Personen trafen PS zum Antrieb von Arbeitsmaschinen:

	1907	1925
Eisen- und Metallgewinnung	297,6	615,0
Chemische Industrie	145,2	302,1

(Zahn, Wirtschaftsaufbau Deutschlands, in: HdSt, 4. Aufl., 1929)

266) Vgl. auch Kalveram, Rationalisierung der kaufmännischen Betriebsorganisation, in: Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft. Herausg. Harms, 1928; ders., Rationalisierung in der kaufmännischen Verwaltung, in: HdSt, 4. Aufl., 1929, (Stichwort: Rationalisierung).

267) Die auf den Gebietsstand von 1925 bezogene Statistik zeigt eine Zunahme der Betriebe mit 1001 und mehr Beschäftigten von 1907 bis 1925 um 77,2% (Zahn, a.a.O.). Diese Steigerung ist in Wirklichkeit viel größer, da in der Zwischenzeit auch die Anlagenintensität erheblich zugenommen hatte.

Auch die Weltwirtschaftskrise spornte zu haushälterischer Nutzung der wirtschaftlichen Kräfte an, da die Versorgung mit Geld unzureichend und zudem die Gewinnchancen gering waren. Die von staatlicher Seite systematisch betriebene Deflationspolitik ordnete eine Senkung der Güterpreise an. 268)

Die Zeit des nationalsozialistischen Regimes brachte anfangs Arbeitsbeschaffungsprogramme zur Belebung der Wirtschaft, später wurde das Wirtschaftspotential mit Rüstungsaufträgen ausgelastet. Die Wirtschaft erlebte einen Aufschwung bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges, 269) der aber weitgehend durch wirtschaftspolitische Mittel herbeigeführt wurde. Die staatliche Lenkung der Wirtschaft hatte eine Wandlung der inneren Struktur der Wirtschaftsordnung zur Folge. Der Gedanke des freien Wettbewerbs wurde seines inneren Gehalts beraubt. 270)

Während des Krieges verstärkte sich diese staatliche Einflußnahme und hatte fast völlige Lahmlegung der unternehmerischen Initiative zur Folge.

Nach dieser kurzen Skizzierung der wirtschaftlichen Entwicklung ergibt sich für die Abschreibungen folgendes:

Die Bedeutung der Abschreibung als bilanzielles, kalkulatorisches und steuerliches Element war erheblich gewachsen, da die durch die Rationalisierung ausgelöste Anlagenintensivierung zu einer Umschichtung des Kapitals vom Umlaufvermögen zum Anlagevermögen geführt hatte. Dazu kam, daß die allgemeinen Bestrebungen zum Ausbau und zur Vereinheitlichung des Rechnungswesens auch die Abschreibungen betrafen und man außerdem von staatlicher Seite die Möglichkeit erkannt hatte, mit Hilfe der Abschreibungsmanipulationen wirtschaftspolitische Zielsetzungen erreichen zu können.

Für die Betriebswirtschaftler ergab sich ein weites Feld der Betätigung. Sie suchten auf unterschiedliche Weise, mit den zu lösenden Problemen fertigzuwerden. So sah z.B. Schmalenbach ein wesentliches Erfordernis dazu darin, die Verbindungen zur Praxis zu intensivieren. Seine Arbeiten zeigen deutlich den Einfluß der praktischen Betätigung (z.B. das sog. Schmalenbach-Gutachten, seine Tätigkeit als Leiter des Fachausschusses für Rechnungswesen im Rahmen des RKW.).

268) Notverordnung vom 8.12.31 gebot eine Senkung der gebundenen (d.h. kartellmäßig verordneten) Preise um mindestens 10%.

269) Unverteilte Einkommen der Kapitalgesellschaften, aus denen überwiegend Investitionen bestritten wurden:

(in Mio RM)	1925:	928	1933:	175
	1927:	1316	1939:	4750
	1931:	./.	1000	

(Lütge, a.a.O., S. 486)

270) Lütge, a.a.O., S. 451.

Für Schmidt dagegen war es entscheidend, allein vom wissenschaftlichen Standpunkt aus an die Fragen heranzugehen; ob die Ergebnisse seiner Forschungen in der Praxis verwirklicht werden konnten, war für ihn nicht so maßgebend.

Es soll jetzt schon bemerkt werden, daß die staatlichen Maßnahmen sich auf die Anwendung der Resultate betriebswirtschaftlicher Untersuchungen sehr hemmend auswirkten, da sie nicht immer den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen entsprachen. Die Bedeutung der steuerlichen Bestimmungen rückte z.B. so in den Vordergrund, daß Ansatzpunkte zu theoretischer Weiterentwicklung häufig unbeachtet blieben.

Schon zur Zeit der Goldmarkbilanzierung lag das Schwergewicht der Veröffentlichungen auf steuerlichem Gebiet. Das Jahr 1924 ist in der Produktion der Bilanzliteratur das fruchtbarste; meist handelte es sich aber um rein juristische und steuerrechtliche Kommentare zu den Goldmark-Bilanzierungsvorschriften.

b) Fortschritt auf theoretischem Gebiet

ba) Systematisieren und Vereinheitlichen

Was die theoretische Entwicklung der Abschreibung in der Zeit von 1924 bis 1945 betrifft, so kann festgehalten werden, daß die bisher gefundenen und erarbeiteten Ergebnisse geordnet, die Terminologie verbessert und vereinheitlicht wurden.

Während die Praxis nach der Stabilisierung der Währung wieder zu der althergebrachten Rechnung übergang, wertete die einschlägige Literatur die Erfahrungen aus, welche während der Inflation hinsichtlich der Abschreibungen gemacht wurden. In den wissenschaftlichen Veröffentlichungen werden die Vorschläge noch einmal diskutiert, mit denen man die Wirkungen der Inflation auf das Rechnungswesen und damit auf die Abschreibungen abschwächen oder beseitigen wollte. 271)

Man gewinnt den Eindruck, daß während und besonders am Ende der Inflationsperiode die Bilanzschriftsteller ihre Vorschläge gar nicht mehr auf die fortschreitende Geldentwertung abstimmen konnten; noch viel weniger kam es zu einer fruchtbaren Diskussion, da die sich dauernd ändernden Verhältnisse dazu keine Zeit ließen.

Jetzt - in den geruhssameren Jahren - erwägt man, ob von den hantierkämpften Erkenntnissen der Stabilisierung des Rechnungswesens nicht auch für normale Zeiten etwas angewendet werden könnte. Die Scheingewinne der Inflationszeit hatten die Notwendigkeit einer exakten Gewinnermittlung gezeigt.

Besonders eingehend werden Schmidt und die anderen Anhänger der Tageswertbil-

271) Vgl. z.B. Walb, Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, 1926, S. 328 ff; Reisch-Kreibitz, Bilanz und Steuer, 2. Band, 4. Aufl., 1930, S. 592 f.

lanz kritisiert und diese Lehre einer genauen Untersuchung unterzogen.

Diese Debatten ließen die verschiedenen Auffassungen vom Zweck und vom Inhalt der Bilanz erkennen und die Systematisierung ist für das weitere Studium der Abschreibungen von großer Bedeutung, da sich die Einstellung zur Abschreibung je nach der vertretenen Bilanzauffassung verschiedenartig ausrichtet.

Für die Schmidtschen Theorien spricht sich u.a. Gerhard 272) aus, der der Überzeugung ist, daß die Abschreibung vom Tageswert immer notwendiger wird; auch die Juristen, die seither die Bilanz ausschließlich unter handelsrechtlichen Gesichtspunkten betrachtet haben und infolgedessen nur die Anschaffungspreise gelten ließen, würden immer mehr dieser Überzeugung werden.

Einso glaubt Schönflug, 273) daß die meisten Betriebswirte von den Schmidtschen Gedankengängen mehr oder minder stark beeinflusst wurden.

Der schärfste Gegner der Tageswertrechnung ist der Vertreter der nominalen Bilanztheorie, Rieger. Seine Theorie wird von der nominalen Geldlehre 274) beeinflusst, die dem Geld keinen Eigenwert zuerkennt, sondern es nur als abstrakte Rechengröße betrachtet. Das wesentliche Problem im Betrieb ist für Rieger die Umwandlung von Geld über Güter in Geld. Der wirklich erzielte Erfolg einer Unternehmung lasse sich nur mittels einer Totalerfolgsrechnung bei der Liquidation feststellen, d.h. durch einen Vergleich der Geldmittel am Anfang und am Ende des Bestehens einer Unternehmung. Jeder Zwischenabschluß, d.h. jede Bilanz, sei lediglich eine provisorische Rechnung, die keinen Anspruch auf eine wahre Darstellung der Verhältnisse im Betrieb erheben könne.

Diese Bilanzen stoßen besonders bei der Bewertungsfrage auf Schwierigkeiten, da die einzelnen Posten von Rieger nur im Hinblick auf ihre Geldwerdung, die in der Zukunft liegt, betrachtet werden. Die Bewertung kann deshalb für ihn nur ein Ziel haben: den Reifezustand der einzelnen Wertdinge im Hinblick auf die angestrebte Geldwerdung zu ermitteln. 275)

Diese nominale Einstellung Riegers erklärt seine strikte Ablehnung der Tageswertrechnung und des Strebens nach substantieller Erhaltung. Deshalb bewertet er zu Anschaffungspreisen und schreibt auch von diesen Werten ab. 276) Jede Abschreibung, die über den Betrag hinausgeht, mit dem ein Gegenstand auf der Aktivseite erscheint, oder erschien, sei, ganz gleich, ob sie nun auf der Aktivseite oder auf der Passivseite vollzogen werde, eine Unmöglichkeit. Und wenn ein Haus noch so wenig wert wäre, einen

272) Gerhard, Der handelsrechtliche, steuerrechtliche und betriebswirtschaftliche Ertrag der Unternehmung, 1928, S. 60.

273) Schönflug, Das Methodenproblem in der Einzelwirtschaftslehre, 1933, S. 321 ff.

274) Knapp, Liefmann.

275) Rieger, Einführung in die Privatwirtschaftslehre, S. 215.

276) Rieger, Über Geldwertschwankungen, 1938, S. 15 f.

negativen Wert könne es bei Zeiten der Unternehmung auf keinen Fall haben.

Besonders interessant ist die Einstellung Riegers in Zeiten der Geldentwertung. Nach seiner Meinung (277) ist es höchst sonderbar, was verschiedene Menschen aus ein und derselben Erscheinung (Inflation) glauben für sich entnehmen zu können. "Ich für meinen Teil habe dies als Lehre gezogen: die Geldrechnung bedeutet implizite eine Rechnung mit einem als unveränderlich anzusehenden Geldwert. Anders kann es eine Geldrechnung nicht geben, insbesondere besteht keine Möglichkeit, eine als fehlerhaft empfundene Geldrechnung durch irgendwelche Korrekturen in Ordnung zu halten. Eine jede solche angebliche Verbesserung bedeutet in Wahrheit eine Verneinung der Geldrechnung."

Er spricht den Schmidtschen Theorien jede wissenschaftliche Bedeutung ab. Sein Urteil lautet: (278) "Man erfand die Lehre von der Substanzerhaltung und vom Wiederbeschaffungspreis und löste damit ein gewaltiges Echo aus in der gepeinigten und ratlosen Wirtschaft. Es war interessant zu beobachten, was ein geschickt gewähltes und gut gezieltes Schlagwort für Wunder wirken kann, und stecke auch noch so wenig dahinter..... Mit aller Entschiedenheit muß bestritten werden, daß es Aufgabe der Unternehmungen oder der Betriebe sei, die Schwankungen auf eigene Faust zu korrigieren." (279)

Für Rieger ist das Geld wertmäßig absolut stabil, (280) und nach seiner Meinung steht es z.B. den Betriebswirten nicht an, die vom Staat geschaffene Geldrechnung an irgendeinem Index oder dergleichen zu korrigieren. (281) Nach seiner Ansicht (282) ist die Wissenschaft gezwungen, müßig zuzusehen, wie die Inflation die Wirtschaft verheert, da sie niemals wissen kann, ob nicht in einem bestimmten Augenblick die Infla-

277) Rieger, Einführung in die Privatwirtschaftslehre, S. 15 f.

278) Rieger, Einführung in die Privatwirtschaftslehre, S. 175 ff.

279) Vgl. auch die Kritik der Rieger-Schülerin Miller (Die Berücksichtigung von Geldwertschwankungen in Buchhaltung und Bilanz, 1932, S. 94 ff.) an dem von Schmidt vorgeschlagenen Verfahren, die Abschreibungserlöse in solche Güter zu investieren, die die Geldentwertung mitmachen.

280) "Eine Mark ist immer gleich 100 Pfennig, sie bleibt was sie ist und war, und zwar immer und unter allen Umständen, solange es eben diese Mark gibt, ob normale Verhältnisse herrschen oder aber Inflation.... Sie ist so lange als gleichwertige Mark im Sinne der Geldrechnung anzusehen, als der Staat sie als solche betrachtet und nicht fallen läßt." (Rieger, Über Geldwertschwankungen, S. 70).

281) Rieger, Über Geldwertschwankungen, S. 71.

282) Rieger, Einführung in die Privatwirtschaftslehre, S. 259; dens., Über Geldwertschwankungen, S. 74 ff.

tion in einem höheren Interesse als dem der Erhaltung der Substanz notwendig ist. Ein in Geld nachgewiesener Gewinn ist auch während der Inflation echt. Daher existieren für ihn keine Scheingewinne; Preisänderungen dürfen aus der Bilanz nicht eliminiert werden.

Gegen Bilanzierung und Abschreibung zum Tageswert in stabilen Zeiten spricht sich auch Prion aus. 283) Diese seien nur in der Inflation angebracht, wenn der Geldmaßstab verloren ginge. Die Bilanzierung zum Zeitwert solle ermöglichen, daß der Umfang des Betriebes organisch der volkswirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werde.

Auch Walb ist ein entschiedener Gegner der Tageswertbilanz. 284) Nach seiner Meinung könne man bei der Erfolgsrechnung im Gegensatz zur Kalkulation nicht den Tageswert einsetzen. 285)

Die Einstellung Schmalenbachs zur Tageswertbewertung ist nicht ganz eindeutig. Bezüglich der Bewertungslehre wird Schmalenbach von vielen Seiten Inkonsistenz vorgeworfen, 286) offenbar weil er keinen einheitlichen Bewertungsmaßstab festlegt.

Für die Abschreibungen in der Selbstkostenrechnung bevorzugt er die Abschreibung vom Tageswert. Seine Auffassung darüber legt er ausführlich in dem sog. Schmalenbach-Gutachten nieder. Der Anlaß des Gutachtens war die Ermittlung der Abschreibungssätze für die Selbstkostenrechnung ostelbischen und mitteldeutschen Kohlenbergbaues. 287) Da dieses Gutachten auch allgemein bedeutsame Ausführungen über die Abschreibungen enthielt, fand es große Beachtung.

Zu Beginn seiner Ausführungen 288) stellt Schmalenbach fest, daß sie nicht ohne weiteres für die bilanzmäßige Erfolgsrechnung anzuwenden seien, da man z.T. hier zu einer anderen Bewertung käme. Die Abschreibung in der Erfolgsrechnung habe im Gegensatz zu der Abschreibung in der Selbstkostenrechnung einen retrospektiven Charakter, da man die Anschaffungsbeträge zunächst von der Erfolgsrechnung fernhalte (aktiviert) und die Gebrauchsahre mit den entsprechenden Aufwänden belaste.

283) Prion, Die Finanzpolitik der Unternehmung, S. 175 ff.

284) Walb, Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, S. 381 ff.

285) Gerhard, a.a.O., S. 77, glaubt, daß Walb zu einem anderen Ergebnis gekommen wäre, wenn er den Schmidtschen Erfolgsbegriff und den der Anschaffungswertbilanz einer genauen Analyse unterzogen hätte.

286) Vgl. z.B. Holzer, zitiert bei Sykora, Die Konten- und Bilanztheorien, 1949, S. 264; Lion, zitiert bei Muscheid, Schmalenbachs Dynamische Bilanz, 1957, S. 47; Le Courtois, Bilanztheorien, in: HWB, 3. Aufl. 1956, S. 1160.

287) Durch das Gutachten sollte auch auf die in der damaligen Zeit besonders unzureichenden Abschreibungsverhältnisse hingewiesen werden, die u.a. durch die Bewertungsbestimmungen in der Goldmark-Bilanzierungs-Verordnung hervorgerufen waren (vgl. Seite 71).

288) Schmalenbach, Über Abschreibungen, in: ZfHf, 1929, S. 193 ff.

kannent war also in der Erfolgsrechnung, noch die Abschreibung auf den Anschaffungswert bezieht, gelte es in der Selbstkostenrechnung als selbstverständlich, auf den jeweiligen Zeitwert abzuschreiben; und zwar deshalb, weil hier eine exaktere Messung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes verlangt sei. Eine Vergleichbarkeit der Wirtschaftlichkeit ist nur durch die Zeitwertabschreibung gegeben.

In diesen Ausführungen ²⁸⁹⁾ spricht sich Schmalenbach also eindeutig für die Zeitwertabschreibung in der Selbstkostenrechnung aus, und zwar nicht nur im Hinblick auf den Anlaß des Gutachtens, wie er später ²⁹⁰⁾ feststellt. Er verweist bezüglich der Abschreibungen wohl weitgehend auf seine Darlegungen in dem Gutachten bzw. dem Aufsatz von 1929, will seine damalige Meinung über die Zeitwertabschreibung aber abschwächen. Die sei vorwiegend theoretisch, ohne praktische Bedeutung, weil die Wertschwankungen nicht groß genug seien und häufig durch Schätzungsfehler hervorgerufen würden. Im Gutachten hätte es sich nicht um eine prinzipielle, sondern um eine durch die Verhältnisse gebotene Berechnungsweise gehandelt, d.h. eine ganze Branchenuntersuchung mache es notwendig, alle Anlagewerte auf einen einheitlichen Zeitpunkt abzustellen.

Dazu ist zu bemerken, daß Schmalenbach im Gutachten ausdrücklich feststellte, daß es eine praktische Anseht sei und bei der Verwertung des Gutachtens nicht an einen besonderen Zweck gedacht sei. Daraus müßte man folgern können, daß er diese seine Auffassung für die Praxis allgemein angewendet haben wollte. ²⁹¹⁾

Die Zeitwertabschreibung in der Bilanz dagegen ist bei Schmalenbach weniger eindeutig festgelegt. Bei ihm sind, im Gegensatz zu Schmidt, die Bewertung der Abschreibung und die Bewertung der Anlagen zum Zeitwert zu unterscheiden. Er will nicht die Anlagen in der Bilanz zum Zeitwert bewerten, sondern nur die Abschreibungsquoten. ²⁹²⁾ Im ersteren Fall wird bei steigenden Preisen und Erhöhung der Anlagewerte das Betriebsergebnis größer erscheinen; im zweiten Fall, bei Erhöhung nur der Abschreibungen in der Erfolgsrechnung, das Betriebsergebnis kleiner. Schmalenbach hält der Zeitwertabschreibung zugute, daß die Vergleichbarkeit der Periodengewinne erhöht wird; der große Nachteil sei aber die Unsicherheit und die mögliche Willkür bei der Schätzung. Je größer die Schwankungen der Preise, desto größer seien die Vorteile der Bewertung der Abschreibung zum Zeitwert.

Diese Methode Schmalenbachs wird von Hoffmann ²⁹³⁾ mißbilligt, da die in der Zeitwertabschreibung ermittelte Aufwandsgröße in keinem Zusammenhang mehr mit der tat-

²⁸⁹⁾ Es ist deshalb unnötig, wenn Lion glaubt, hier ein Mißverständnis aufklären zu müssen (vgl. auch Muscheid, a.a.O., S. 80).

²⁹⁰⁾ Schmalenbach, Selbstkostenrechnung und Preispolitik, 6.Aufl., 1934, S. 158 f.

²⁹¹⁾ In seinem Aufsatz bzw. dem Gutachten ist nirgends die Rede von einer Bewertung der Anlagen zum Zeitwert, so daß sein diesbezüglicher Hinweis in diesem Zusammenhang unverstänlich erscheint.

²⁹²⁾ Schmalenbach, Grundlagen dynamischen Bilanzlehre, 3.Aufl. 1929, S. 158 ff.

²⁹³⁾ Hoffmann, a.a.O., S. 156 ff.

sächlichen Ausgabe steht, es wird mit einer 'als-ob-Ausgabe' operiert. Man müßte auch die anderen Aufwandsposten einer Zeitwertbewertung unterziehen. Der Zweck des Betriebsvergleichs dürfe nicht den Gewinnbegriff verzerren.

Auf dem von Schmalenbach eingesetzten 'aperiodischen Erfolgskonto' ²⁹⁴⁾ werden die über den Anschaffungswert hinausgehenden Abschreibungsbeträge gesammelt; wenn der Marktpreis steigt, bleibt also ein Passivposten bestehen; falls er fällt, wird insgesamt weniger abgeschrieben, als die Anschaffungsausgabe betrug, es ist also eine Sonderabschreibung erforderlich.

Hasenack, der das Schmalenbachsche Verhalten in Zeitwertfragen als eine der Grenzdurchbrechungen bezeichnet, ²⁹⁵⁾ hält die Auflösung dieser evtl. Passivposten für eine große Schwierigkeit.

Die Auffassung Schmalenbachs über Bewertungsfragen ist nur verständlich aus seiner Einstellung zu den Abschreibungen und den Aufgaben der Bilanz allgemein. ²⁹⁶⁾

Schmalenbach vertritt mit seiner dynamischen Bilanzauffassung die Theorie der Erfolgsbilanz. ²⁹⁷⁾ Bestimmend für die Gestaltung der Bilanz ist die Ermittlung des

294) Vgl. bei Schmidt: Konto für Vermögenswertänderungen.

295) Vgl. Muscheid, a.a.O., S. 71 ff.; Hasenack (Die Anlagenabschreibung im Wertumlauf der Betriebe und die Sicherung der Wirtschaft, 1938) ist bezüglich der Tageswertabschreibung im Gegensatz zu Schmidt der Meinung, daß in den verschiedenen Zweigen des Rechnungswesens verschiedene Bewertungsgrundsätze angewendet werden können; Schmidt erkenne nicht an (bedingt durch seine Einstellung, daß Theorie und Praxis voneinander abweichen können und dürfen), daß die höchstrichterlichen Entscheidungen, die sich gegen das Tageswertprinzip ausgesprochen haben, einen schlüssigen Beweis für eine praktische 'Unmöglichkeit' oder gar theoretische Unhaltbarkeit seiner Bewertungsanschauung darstellen. Er betont ausdrücklich, daß es bei Nichtanerkennung der Tageswertbilanz durch die Steuer keinen Zweck habe, sie mit allen Mitteln durchzuführen zu wollen. (Die Abschreibung kann steuerrechtlich von keinem höheren als Anschaffungspreis berechnet werden.)

296) Auf die Würdigung des Schmalenbachschen Werkes durch Muscheid, a.a.O., sei hier wiesen.

297) Fischer (Über die Grundlagen der Bilanzwerte, 1909) betonte schon vor Schmalenbach die Aufgabe der Bilanz als Erfolgsrechnung, das Prinzip der Kostenverteilung und des Kostenausgleichs. Er wird als Vorläufer Schmalenbachs bezeichnet. Vgl. dazu auch Walb, Zur Dogmengeschichte der Bilanz, 1933, S. 45 ff.; Münch, a.a.O., S. 36.

folges. Er lehnt eine dualistische Bilanzauffassung ²⁹⁸⁾ ab, da die Wertansätze für die Vermögens- und Erfolgsbilanz verschieden sind. Die durch die dynamische Bilanz festzustellenden Periodenerfolge sollen die Wirtschaftlichkeit des Betriebes aufzeigen. Um die Entwicklung des Unternehmens ersichtlich machen zu können, ist für Schmalenbach eine Vergleichbarkeit der Periodenerfolge besonders wichtig. Dieses Postulat ist für ihn richtungsweisend.

Der Periodenerfolg wird aus der Differenz der Komponenten Aufwand und Ertrag berechnet. Somit hat die Aufwands- und Ertragsrechnung den Inhalt der Bilanz zu bestimmen, nicht umgekehrt. ²⁹⁹⁾ Um den Periodenerfolg vergleichbar zu machen, wird nur derjenige Aufwand bzw. Ertrag in die Erfolgsrechnung eingesetzt, der exakt der betreffenden Periode zugerechnet werden kann. Dabei steht nicht die Einheitlichkeit in der Bewertung, sondern gleichbleibende Vergleichbarkeit an erster Stelle.

Von diesem Gesichtspunkt werden nach dynamischer Auffassung auch alle die Abschreibung beeinflussenden Faktoren bestimmt, also Ausgangswert, Art und Methode der Abschreibung. Die Auffassung von Zweck und Inhalt der Abschreibung weicht - der anderen Zielsetzung entsprechend - von derjenigen Schmidts ab. Die Abschreibung ist ein Mittel der Aufwandsberechnung; durch sie werden früher getätigte Ausgaben auf die einzelnen Aufwandsperioden verteilt. Der Anlagenrestwert ist eine Vorleistung des Betriebes; die Ausgabe liegt v o r, der Aufwand n a c h dem Bilanzierungszeitpunkt. Die Ausgabe erscheint demnach so lange in der Bilanz, bis sie Aufwand geworden ist. Die Anlagen in der Bilanz sind also nur transitorische Posten, die erst in späteren Jahren in den Erfolgsbildungsprozeß eingehen.

Zur Zeit der starken Geldwertschwankungen erhebt sich für Schmalenbach die Frage, wie in dieser Zeit der Periodenerfolg vergleichbar gemacht werden könne und wie die Abschreibungen sich den veränderten Verhältnissen anzupassen haben, um ihre Aufgabe erfüllen zu können. Nur unter diesem Aspekt ist seine Einstellung zu den Zeitwerten und Ersatzkostenwerten zu verstehen.

²⁹⁸⁾ Fritz Schmidt vertritt die dualistische Bilanzauffassung und sieht in der Bilanz eine unlösbare Verbindung von Vermögens- und Erfolgsrechnung. Er schreibt deshalb auch: "Der einzige und wesentliche Einwand, der hier gegen die 'Dynamische Bilanz' von Schmalenbach zu machen ist, ist der, daß sie nicht dynamisch genug ist, weil sie die enge unlösbare Verbundenheit zwischen Vermögens- und Erfolgsrechnung nicht anerkennt". (Schmidt, Die organische Tageswertbilanz, 1951, S. 47). Für Schmalenbach wiederum ist die Tageswertbilanz ein "ziemlich wertloses, lediglich falsche Vorstellungen erweckendes Ding". Er wirft Schmidt vor, daß er "in recht verantwortungsloser Weise darauf los zu reformieren sucht, ohne sich um den hohen Wert der bewährten Überlieferung zu kümmern." (in: ZfR 1924, S. 335.)

²⁹⁹⁾ Schmalenbach, Dynamische Bilanz, 10. Aufl., 1948, S. 15.

Er stellt zwar - insgesamt gesehen - die Bewertung zum Anschaffungswert und die Abschreibung davon in den Vordergrund, weil sie am günstigsten für die Vergleichbarkeit der Periodenerfolge sei, zieht aber auch noch andere Werte heran, je nachdem, wie der gesetzte Zweck am besten erreicht werden kann. Er benutzt deshalb grundsätzlich Anschaffungswerte; einige werden aber in Zeitwerte umgewandelt, andere auf Niederstwerte gebracht; wieder andere durch übermäßige Abschreibung entstandene Buchwerte sind ohne bestimmbareren Wertcharakter. 300) 301)

Muscheid³⁰²⁾ bemerkt zu diesem Variieren der Werte, daß es sich weniger um generelle als um spezielle, d.h. auf den einzelnen Bilanzposten zugeschnittene Bewertungsregeln handelt, die durch die einzelnen dynamischen Bilanzierungsgrundsätze bestimmt werden. Schmalenbach wollte seine einheitliche Bewertungsidee im Sinne einer Einheitlichkeit des mit der Bewertung angestrebten Zweckes aufgefaßt wissen. 303)

Die Zeitwertabschreibung hat für Schmalenbach auch nicht die Aufgabe, Mittel für die Wiederbeschaffung bereitzustellen. 304) Eine Abschreibung auf der Basis der Ersatzkosten steht deshalb für ihn gar nicht zur Diskussion. Die Bemessung der Abschreibungen nach diesen Werten sei noch mehr von Schätzungen und großer Willkür beeinflusst als die Zeitwertabschreibung. Vor allem hält er sie nicht mit seinen dynamischen Grundsätzen für vereinbar; erstens würden die einzelnen Jahre bei diesem Vorgehen stark belastet, weil man bei steigenden Preisen die versäumten Abschreibungen in bezug auf den neuen Ersatzwert der letzten Jahre noch mit nachholen müsse, 305) und zweitens werde das dynamische zugunsten des statischen Prinzips durchbrochen, wenn man die Ersatzwertabschreibung erreichen wollte, indem man den Bilanzwert auf den Ersatzwert hindirigiert. 306) Er legt den Schwerpunkt der Betrachtung nicht auf die Maschine, sondern auf das inve-

300) Schmalenbach, Dynamische Bilanz, 5. Aufl., 1931, S. 343.

301) Mahlberg (Der Tageswert in der Bilanz, S. 47 ff.), der ebenfalls ein Vertreter der dynamischen Bilanzlehre ist, beschäftigte sich vor allem mit den Problemen, die sich bei schwankendem Geldwert für die Bewertung in dynamischer Sicht ergeben. Er lehnt sich ziemlich an Schmalenbach an; kritisiert aber, daß dieser sich zu wenig mit den Vorteilen der Anschaffungswert-Abschreibung abgebe. Er schlägt eine gleichzeitige Anwendung von Anschaffungs- und Tageswertabschreibung vor, und zwar sollen auf dem Erneuerungskonto soviel Mittel angesammelt werden, wie zur Aufrechterhaltung des in der Anlage investierten Nominalkapitals erforderlich sind.

302) Muscheid, a.a.O., S. 13.

303) Muscheid, a.a.O., S. 47.

304) Das würde nur bei gleichbleibenden Preisen und gleichbleibendem Geldwert zutreffen (Schmalenbach, Goldmarkbilanz, S. 26 ff.)

305) Schmalenbach, Goldmarkbilanz, S. 26 ff.

306) Schmalenbach, Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, 3. Aufl., 1925, S. 166.

stierte Kapital.³⁰⁷⁾

In den neueren Auflagen der "Dynamischen Bilanz" fehlen die Ausführungen über die Zeitwertabschreibung vollkommen. Schmalenbach bekennt sich hier wie auch an anderer Stelle ³⁰⁸⁾ ganz zu Anschaffungswert-Bewertung und -Abschreibung.

Gerade bei dem Problem der Abschreibungswerte zeigt sich, daß Schmalenbach seine Forderung nach "Vergleichbarkeit der Periodenerfolge" unter jeder Konsequenz erfüllen will; er nimmt sogar Ungenauigkeiten auf anderen Gebieten in Kauf, um sein Ziel zu verfolgen. Die Verwirklichung seiner Forderung in der Praxis wird - besonders in der Gegenwart - von vielen Komponenten erschwert, die starken Einfluß auf die Durchführung der Abschreibung haben, so die gesetzlichen Vorschriften, die rasche technische Entwicklung u.ä. ³⁰⁹⁾

Die Stellungnahme Schmalenbachs auch zu den übrigen Abschreibungsproblemen zeigt seine dynamische Einstellung.

Wie schon erwähnt, zieht er die degressive Abschreibung vor. Er befürwortet sie für Anlagen, deren Gebrauchsfähigkeit abnimmt, diese Methode erziele hier eine angemessene Aufwandsverteilung. ³¹⁰⁾ Der Grundsatz der Vorsicht spielt nach dynamischer Auffassung besonders bei den Abschreibungen eine wesentliche Rolle, ³¹¹⁾ auch deshalb wird die degressive Methode, die anfangs hohe Abschreibungsquoten hat, bevorzugt und auch mit Nachdruck auf die Korrekturfähigkeit dieser Methode hingewiesen. ³¹²⁾ Für Schmalenbach ist die Ermittlung des richtigen Abschreibungsaufwandes für die betreffende Periode wesentlich, der Buchwert dagegen weniger wichtig. Er dient nur zur Feststellung des noch in späteren Jahren zu verteilenden Aufwandes. Diese Auffassung wird von Haase ³¹³⁾ kritisiert; die Abschreibungen seien für Schmalenbach nicht Mittel zum Zweck, sondern Endzweck.

Aus dem Prinzip der Vorsicht ist auch die Einstellung zu den stillen Reserven, d.h. Überabschreibungen, zu verstehen. Unter Hinweis auf die unsichere und schwierige Errechnung der Abschreibungsquoten fordert Schmalenbach eine reichliche Bemessung der Abschreibungen. ³¹⁴⁾ Dadurch soll vermieden werden, daß bei vorzeitigem Ausscheiden von

³⁰⁷⁾ Vgl. Twiehaus, Die Bewertung und Abschreibung von Gegenständen des beweglichen Anlagevermögens unter besonderer Berücksichtigung des Tiefbaugewerbes in betriebswirtschaftlicher und steuerlicher Hinsicht, 1952, S. 70.

³⁰⁸⁾ Schmalenbach, Abschreibungen bei Preisveränderungen von Anlagegegenständen, in: ZfH 1949, S. 49 ff.

³⁰⁹⁾ Vgl. Mellerowicz, Abschreibungen in Erfolgs- und Kostenrechnung, 1957, S. 59

³¹⁰⁾ Schmalenbach, Dynamische Bilanz, 10. Aufl., 1948, S. 73.

³¹¹⁾ Schmalenbach, Dynamische Bilanz, 10. Aufl., 1948, S. 55.

³¹²⁾ Vgl. Seite 34.

³¹³⁾ Haase, Statik, Dynamik und Abschreibungen, in: ZfH 1923, S. 130 ff.

³¹⁴⁾ Schmalenbach, Dynamische Bilanz, 10. Aufl., 1948, S. 92 f.

Anlagen Sonderabschreibungen notwendig werden, die eine Vergleichbarkeit der Erfolgsrechnung empfindlich stören würden.

Was die Abschreibungsverbuchung in der Bilanz anbelangt, so bevorzugen die meisten Dynamiker die Nettobewertung (= direkte Abschreibung), ³¹⁵⁾ da die Bruttoabschreibung mehr Willkür erlaube und weniger Übersicht über die Bewertung der einzelnen Anlagen böte, falls die Berichtigungskonten zusammengefaßt werden. Schmalenbach bevorzugt sie wahrscheinlich auch deshalb, weil durch Bilanzierung des Buchwertes die degressive Abschreibung (= Abschreibung vom Restwert) leichter errechnet werden kann.

Die Diskussion um die Tageswertbewertung vom Aspekt der Bilanztheorien wurde vor allem bis zur Weltwirtschaftskrise wichtig genommen. Während der Weltwirtschaftskrise werden die Fragen der Tageswertbewertung nur mehr wenig diskutiert, da bei dem absinkenden Preisniveau ein Bilanzieren und Kalkulieren mit dem - niedrigeren - Tageswert nicht im Interesse der Praxis und der meisten Betriebswirtschaftler lag. Außerdem waren andere Probleme in den Vordergrund gerückt. Vor allem mußte das Rechnungswesen ausgebaut und an die gestiegenen Anforderungen angepaßt werden. In diesem Zusammenhang mußte auch die Verrechnung der Abschreibungen geklärt werden.

Die Diskrepanz der bilanziellen und kalkulatorischen Abschreibung war in der Inflationszeit besonders deutlich zutage getreten. Durch die Normalisierung der Währungsverhältnisse und der Bewertungsvorschriften wurde sie zwar gemildert, dennoch lagen in den verschiedenen Zielsetzungen unabdingbare Differenzen: Die kalkulatorische Abschreibung sollte im Sinne einer exakten Preisrechnung ermittelt werden, die bilanzielle nach den gesetzlichen Vorschriften und bilanzpolitischen Erfordernissen. Um die hier auftretenden Abweichungen auszugleichen, waren Verrechnungskonten notwendig, die in die Kontenklasse 2 eingesetzt wurden. In einem späteren Abschnitt wird näher auf die rechnungstechnische Behandlung der Abschreibungen eingegangen werden.

bb) Verstärkte Beachtung der Finanzierungsfunktion

In dem hier zu beschreibenden Zeitabschnitt lassen sich Ansatzpunkte für das Erkennen der Finanzierungsfunktion der Abschreibungen feststellen.

In der Zeit der Zwangs- und Kriegswirtschaft tauchten für die Abschreibungslose neue Verwendungsmöglichkeiten auf, und zwar glaubte man, in ihrer Abschöpfung und zentralen volkswirtschaftlichen Verwendung ein Mittel zur Linderung der Kapitalnot gefunden zu haben.

Walb ³¹⁶⁾ untersuchte 1943 den Einfluß der Abschreibungen auf die öffentlichen

³¹⁵⁾ Schmalenbach, Dynamische Bilanz, 10. Aufl., 1948, S. 91.

³¹⁶⁾ Walb, Finanzwirtschaftliche Bilanz, 2. Aufl., 1946/47, S. 63.

Finanzierung. Für die Nutzbarmachung dieser Mittel für den öffentlichen Bedarf wurden folgende Möglichkeiten vorgeschlagen:

1. Aufsaugen der auf diese Weise entstehenden Bankguthaben durch die öffentliche Hand;
2. direkte Anlage in Staatspapieren (1941 wiesen die Vereinigten Stahlwerke solche Wertpapiere als Erneuerungersatz aus);
3. steuerbegünstigte Betriebsanlageguthaben beim Finanzamt ;
4. konfiskatorische Maßnahmen: Nichtersetzung der Abschreibungsanteile bei öffentlichen Lieferungen.

Dieser letzte, von Walb heftig kritisierte Vorschlag stammt von Nöll v.d. Nahmer, der ihn damit begründet, daß wegen der vielen neuen Vorhaben nach dem Krieg eine Erneuerung des jetzt verbrauchten Anlagenapparates doch nicht stattfinden könne.

Diese Auslassungen über die Verwendung der Abschreibungserlöse waren rein zeitbedingt und hatten keinen Einfluß auf die Entwicklung der Abschreibungslehre.

Von Bedeutung dagegen waren die Arbeiten von Ruchti ³¹⁷⁾ und auch von Polak, ³¹⁸⁾ die Ausführungen über die Zusatzinvestitionen enthielten, d.h. die Möglichkeit, mit den Abschreibungserlösen Sofortinvestitionen vornehmen zu können, die über einen Ersatz der abgeschrieben Anlagen hinausgehen und eine Kapazitätserweiterung darstellen. ³¹⁹⁾

317) Ruchti, Die Bedeutung der Abschreibung für den Betrieb, 1942.

318) Polak, Grundzüge der Finanzierung mit Rücksicht auf die Kreditdauer, 1926.

319) Die Grenze zwischen Zusatzinvestition und Ersatzinvestition kann nicht genau gezogen werden (vgl. dazu Hasenack, Die Anlagenabschreibung im Wertumlauf der Betriebe und die Sicherung der Wirtschaft, S. 18; Hagest, Selbstfinanzierung des Betriebes, 1952, S. 73), da nur selten die gleiche Anlage wieder beschafft wird und durch den technischen Fortschritt modernere Maschinen und Verfahren auf dem Markt angeboten werden.

Solange die Ersatzanlagen sich dem technischen Fortschritt anpassen und zur "Erhaltung der Produktionskraft" (Klinger, Die Investierung der Abschreibungsbeträge, in: Neue Betriebswirtschaft, 1950, S. 114) oder zur "Sicherung der Aufgabenerfüllung" (Winkler, Probleme der Abschreibungen in der Praxis, in: Leistungswirtschaft, Festschrift für Fritz Schmidt, 1942, S. 119) dienen, handelt es sich nicht um Betriebserweiterungen. Der scheinbare Kreislauf Anschaffung - Abschreibung - Erneuerung verläuft für gewöhnlich in einer Schraubenlinie, die infolge des technischen Fortschrittes über dem Niveau der seinerzeitigen Anschaffung endet (vgl. Klose, Die Anlagen im Betriebe, 2. Aufl., 1955, S. 136).

Diese Kapazitätsausweitung ist nicht aus der Bilanz ersichtlich, da das nominelle Gesamtvermögen unverändert bleibt.

Der Kapazitätserweiterungseffekt wurde schon vor langer Zeit erforscht; bereits Marx und Engels diskutierten (1867) in einem Briefwechsel darüber. ³²⁰⁾ Er war dann aber wieder in Vergessenheit geraten.

Nach Auffassung vieler betriebswirtschaftlicher Autoren gilt Polak ³²¹⁾ als 'Entdecker der Abschreibungserlös-Zusatzinvestition'. Er stellte die Grundidee des Effektes in seinen berühmt gewordenen Schiffsbeispiel dar. Die oben erwähnte Abhandlung von Goedecke ³²²⁾ kann als wertvolle gedankliche Vorarbeit bezeichnet werden.

Ruchti gebührt das Verdienst, dieses Problem wieder aufgegriffen und weiterentwickelt zu haben. In seiner Veröffentlichung 1942 ³²³⁾ untersuchte er die Abschreibungen als Mittel der Finanzierung, insbesondere inwieweit die Abschreibungserlöse zur Finanzierung von Betriebsweiterungen verwendet werden können. An Hand zahlreicher Tabellen und Diagramme erläutert er die dauernde Freisetzung von Abschreibungsbeträgen bei den verschiedenen Möglichkeiten der Anschaffungszeitpunkte und der Gebrauchsdauer. Er kommt hier zu dem Ergebnis, daß die Summe der freigesetzten Abschreibungserlöse um so größer ist, je differenzierter die Anlagen hinsichtlich Gebrauchsdauer und zeitlicher Anschaffung sind. ³²⁵⁾ Die Abschreibungsmethode sei für die Freisetzung belanglos. Erst in seinen späteren Veröffentlichungen hat er erkannt, welche Bedeutung den Abschreibungsverfahren zukommt.

Ruchti führt diese Untersuchungen sehr präzise und systematisch durch, und es ist wohl nur den Kriegsverhältnissen zuzuschreiben, daß seine Veröffentlichungen ³²⁶⁾ nicht gebührend beachtet wurden. Die innerbetriebliche Investition der Abschreibungserlöse war ein weniger interessierendes Gebiet geworden.

c) Die praktische Handhabung der Abschreibung

Von der Entwicklung auf theoretischer Seite lassen sich nur schwer Parallelen zur Praxis ziehen. Die praktische Handhabung der Abschreibungen wurde weniger von den wissenschaftlich gefundenen Erkenntnissen beeinflusst als vielmehr von den staatlichen

³²⁰⁾ Vgl. Hax, Karl Marx und Friedrich Engels über den 'Kapazitätserweiterungseffekt', in: ZfHf 1958, S. 222.

³²¹⁾ Polak, Grundzüge der Finanzierung mit Rücksicht auf die Kreditdauer, S. 92 ff.

³²²⁾ Vgl. Seite 19 f.

³²³⁾ Ruchti, Die Bedeutung der Abschreibung für den Betrieb, S. 39 ff.

³²⁴⁾ Ruchti, Die Bedeutung der Abschreibung für den Betrieb, S. 57 ff.

³²⁵⁾ Ruchti, Die Bedeutung der Abschreibung für den Betrieb, S. 95.

³²⁶⁾ Ruchti, Die Bedeutung der Abschreibung für den Betrieb; ders., Die Abschreibung als Finanzierungsmittel, in: Die Betriebswirtschaft, 1942, Heft 4/5, 6, 7/8.

Gesetzen und Verordnungen, die zum Teil wirtschaftspolitisch orientiert waren und den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen nicht entsprachen. So trugen steuerliche Vorschriften und steuerliche Terminologie nicht dazu bei, die Klärung der Abschreibungsfragen zu fördern.

Eine der wenigen Reaktionen auf die theoretische Diskussion waren das Urteil des Reichsfinanzhofs 1932, das die Bewertung nach dem Vorschlag von Schmidt nicht erlaubte, und das Urteil von 1931, 327) in dem die degressive Abschreibung als gleichberechtigt mit der gleichbleibenden Abschreibung bezeichnet wurde.

Schon zu Beginn dieses Zeitabschnittes wurde die Durchführung der Abschreibung durch die Verordnung zur Goldmarkbilanzierung bestimmt.³²⁸⁾ Das Ziel dieser Verordnung war, die verzerrten Bilanzzahlen zu berichtigen.³²⁹⁾ Durch die vorhergegangene Inflation enthielten die Bilanzen Markbeträge verschiedener Werte, die in keinem Fall als Grundlage für weitere Bilanzen verwendet werden konnten; es war deshalb eine Unterbrechung der Bilanzkontinuität, d.h. eine Neubewertung, notwendig. In den neu aufzustellenden Bilanzen bestand keinerlei Bindung mehr an die Papiermark. Es gab verschiedene Bewertungsvorschriften, da sowohl eine handelsrechtliche als auch eine steuerliche Goldmark-Eröffnungsbilanz aufgestellt werden mußte.

Man könnte diese Bilanz, die der reinen Vermögensaufstellung diene, eine "statische Tageswertbilanz" nennen. Die Eröffnungsbilanz mußte spätestens zum 1.1.24 bzw. dem Beginn des ersten Geschäftsjahres nach diesem Zeitpunkt vorgenommen werden.

Die Auswirkungen der Goldmark-Bilanzierung waren beträchtlich. Da die Vorschriften über die Bewertung sehr weit gefaßt waren, d.h. es lediglich verboten war, höhere Werte als die Tageswerte einzusetzen, lag es im Ermessen des Bilanzierenden, die Werte festzusetzen.

Meistens wurden die Anlagewerte besonders vorsichtig in die Goldmark-Bilanz eingesetzt; dadurch ergab sich der Nachteil der geringeren Abschreibungsmöglichkeiten, d.h. es wurde zu viel Gewinn versteuert. Behnsen und Genzmer³³⁰⁾ haben errechnet, daß

327) Vgl. hierzu Seite 101

328) Vgl. dazu als Literaturauswahl: Le Coutre und Altenloh, Steuerbilanz und Goldbilanz, 1924; Fischer, Goldmarkbuchführung - Goldmarkbilanz, wertbeständige Steuerbuchführung, 1924; Fritz, Finanzierung und Steuer in der Goldmarkeröffnungsbilanz, 1925; Fürnrohr, Goldbilanzen, 1924; Geiler, Goldmarkbilanz und Goldmarkumstellung unter besonderer Berücksichtigung des Bewertungsproblems, 1924; Kalveram, Goldmarkbilanzierung und Kapitalumstellung, 1925; Müller, Goldmark-Eröffnungsbilanz und Technik der Goldmarkbuchführung, 1924; Nertinger, Eröffnungs-Steuerbilanz und Gold-Handelsbilanz, 1924; Rosendorff, Die Goldmarkbilanz, 1924.

329) Rosendorff (Die Goldmarkbilanz, S. 54 ff.) analysiert die Gründe, die eine Goldmarkbilanzierung notwendig gemacht hatten.

330) Zitiert bei Scherpf, Handelsbilanz - Steuerbilanz, 1941, S. 14.

die jährlichen Abschreibungen der Industrie in dieser Zeit mindestens um 1,7 Mrd. zu gering waren.³³¹⁾ Zum Teil mußten später noch höhere Abschreibungen vorgenommen werden; diese Abschreibungen spielten in den Jahren 1925/26 eine große Rolle; sie sind als verdeckte Sanierungsmaßnahmen anzusehen.³³²⁾

Ab 1.1.24 mußte als Pendant zur handelsrechtlichen die steuerliche Goldmarkbilanz aufgestellt werden.³³³⁾

Inhaltlich bestand kein sehr großer Unterschied zwischen den beiden Bilanzern, nur die Bewertungsvorschriften waren strenger. Für Gegenstände, die nach dem 31.12.23 angeschafft waren, galt der Anschaffungs- oder Herstellungspreis als Bewertungsmaßstab. Gegenstände, die vor diesem Zeitpunkt angeschafft oder hergestellt waren, mußten zu dem Wiederbeschaffungspreis abzüglich $\frac{1}{3}$ und abzüglich der AfA eingesetzt werden.

Aber auch hier war der Willkür Raum gelassen: die Abschreibungen wurden vorwiegend zum Instrument der steuerlichen Gewinnberechnung.

Eines der wenigen Anzeichen dafür, daß auf dem Gebiet der steuerlichen Rechtsprechung auch betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte Beachtung fanden, ist aus dem Reichsfinanzhof-Urteil vom 12.12.1928 ersichtlich. In diesem Urteil wurde im Sinne des § 16 EStG die "wirtschaftliche Entwertung" als Abschreibungsgrund zugelassen; bisher war das nur für technische Abschreibungen der Fall. Der Reichsfinanzhof erkennt hier zum erstenmal an, daß die steuerliche Erfolgsrechnung eine Aufwands- und Ertragsrechnung im Sinne der Betriebswirtschaftslehre ist.³³⁴⁾ Man mußte also nicht mehr auf den "gemeinen Wert"³³⁵⁾ herabgehen, um eine wirtschaftliche Wertminderung zum Ausdruck zu bringen. Bühler³³⁶⁾ bezeichnet die Anerkennung der "wirtschaftlichen Abschreibung" als eine der wertvollsten und besten Schöpfungen des VI. Senates des Reichsfinanzhofes unter der Geltung des Einkommensteuerrechts von 1925.

Diese Auffassung der Rechtsprechung spiegelt sich auch in der Neufassung der handelsrechtlichen Bestimmungen wider. Die sog. Notverordnung vom 19.9.1931³³⁷⁾ brachte

331) Vgl. dazu auch Fußnote 287 und Schär, Buchhaltung und Bilanz, 6.Aufl., bearbeitet von Prion, 1932, S. 335.

332) Vgl. Prion, Kapital und Betrieb, 1929, S. 174.

333) Steuerliches Goldmark-Bilanz-Gesetz vom 1.1.1925.

334) Vgl. Twiehaus, a.a.O., S. 111.

335) In das EStG 1925 war der Begriff des "gemeinen Wertes" aufgenommen worden.

336) Bühler, Bilanz- und Steuer, 4.Aufl., 1950, S. 272 f.

337) Eine schon lang vorgeplante Reform des Aktienrechts (Gründe: die in der Inflationszeit und der Wirtschaftskrise hervorgetretenen aktienrechtlichen Mißbräuche) kam nicht zustande; man mußte sich begnügen, mit der Novelle von 1931 die schlimmsten Übelstände zu beseitigen. Vgl. Baumbach-Hueck, Aktiengesetz, 1956. - Die Verhältnisse in der Praxis waren meistens den auf die früheren Verhältnisse zugeschnittenen Bestimmungen vorausgeeilt.

te bezüglich der Abschreibung die Neuerung, daß nicht wie bisher die "Abnutzung" (technischer Begriff), sondern der "Wertverlust" in Ansatz gebracht werden soll. Es konnte nun also jede mit der Zeit zu erwartende Wertminderung (z.B. auch Veralterung) abgeschrieben werden; bei plötzlicher Entwertung waren Sonderabschreibungen möglich, ebenso bei genereller Preissenkung.

Als weitere Änderung ist festzuhalten, daß der Korrekturposten auf der Passivseite, der bisher "Erneuerungsfonds" genannt wurde, in "Wertberichtigung" umbenannt wurde. Die zahlreichen Gegner der Bezeichnung "Erneuerungsfonds" kamen nun zu ihrem Recht. Allerdings darf man diese Bestimmung nicht so krass auslegen wie Franzmeier,³³⁸⁾ der aus dieser berechtigten Umbenennung des Korrekturpostens entnehmen will, daß die kaufmännische Idee und die volkswirtschaftliche Notwendigkeit, die Abschreibung zur Erneuerung heranzuziehen, nunmehr fallengelassen wurden und der Gedanke, daß die Abschreibungen nur einen zahlenmäßigen Ausgleich zu bringen hätten, gesiegt habe. Aber allein durch eine Begriffsänderung wurde noch keine Änderung der Funktion der Abschreibung herbeigeführt; der Passivposten hatte noch nie Mittel für die Erneuerung enthalten.

Nicklisch³³⁹⁾ kritisiert diese Umbenennungen ebenfalls. Der Ausdruck "Wertverlust" sei nicht angebracht, da er immer einen Ausgang von Wert, für den kein Gegenwert eingegangen ist, bezeichnet. Ebenso sei der Ausdruck "Wertminderung" eine Verflachung und Verödung, da hier nur noch die schwächste Funktion der Abschreibung ausgedrückt ist, während die zwei wichtigeren Funktionen "Erneuerung und Kapitaltilgung" verschwiegen werden.

Obwohl die Terminologie in der Aktienrechtsnovelle nicht besonders glücklich ist, kann man diese Begriffsänderung nicht als einen Rückschritt bezeichnen, sondern - in Anbetracht des damit verfolgten Zweckes - als eine Annäherung an betriebswirtschaftliche Erfordernisse.

Diese Aktienrechtsnovelle von 1931 und das neue Aktiengesetz von 1937, das bezüglich der Abschreibung die Lösung von 1931 beibehält,³⁴⁰⁾ lösten lebhafte Diskussionen aus und gaben Stoff für wissenschaftliche Auseinandersetzungen.

Erwähnt sei hier vor allem noch die vorgesehene Angleichung der handelsrechtlichen Vorschriften an das Steuerrecht, in diesem Fall das Verbot der Überabschreibungen, d.h. der Unterbewertung der Aktiva. Dieses Vorhaben, das nach Ansicht des Verbandes der Bücherrevisoren³⁴¹⁾ nicht gerechtfertigt war, da die steuerlichen Vorschriften von anderen Voraussetzungen ausgingen als die handelsrechtlichen, wurde nicht verwirklicht, und § 261 HGB bzw. § 133 AktGes erlauben noch beliebig hohe Abschreibungen

³³⁸⁾ Franzmeier, a.a.O., S. 97.

³³⁹⁾ Nicklisch, Abnutzung und Kapitaltilgung im Frieden und im Kriege, in: Die Betriebswirtschaft, 1940, S. 1 ff.

³⁴⁰⁾ Die §§ 260 - 262 HGB wurden 125 - 144 AktGes.

³⁴¹⁾ Verband Deutscher Bücherrevisoren, Zur Reform des Aktienrechts, 1930.

und verbieten nur zu geringe Abschreibungen, was Schmidt, Le Coutre und Hasenack als 'gesetzlich erlaubte Bilanzfälschung' charakterisieren, die ein 'Krebsschaden' für die kaufmännische Bilanz sei. ³⁴²⁾

Das Bestreben des Gesetzgebers ging vor allem dahin, aus Gründen des Gäubigerschutzes keine Überbewertung zuzulassen; und so wurde die Bildung großer stiller Reserven gefördert.

Das Aktiengesetz von 1937 bestimmte außerdem, daß die Wertberichtigungsposten für das Anlagevermögen gesondert ausgewiesen werden mußten. Für die buchmäßige Durchführung der Abschreibungen trat keine Änderung ein, es konnte direkt oder indirekt abgeschrieben werden.

Neben diesen gesetzlichen Bestimmungen, die - zumindest zum Teil - dazu beitragen, die Abschreibungsprobleme für die Praxis zu ordnen, wirkte sich die Mehrzahl der staatlichen Verordnungen - vor allem die steuerlichen - sehr hemmend und sogar schädlich auf die Handhabung der Abschreibungen aus.

Die Besteuerung begann alle unternehmerischen Dispositionen von der Standortwahl über die Substitution von Produktionsfaktoren bis zu den Konzentrationsbewegungen zu beeinflussen. ³⁴³⁾

Ab 16.2.1929 waren Sofortabschreibungen von 20% (Vorausabschreibungen) möglich und zwar wurden für Maschinen und sonstige Gegenstände des beweglichen Kapitals diese Vergünstigungen im Anschaffungsjahr gewährt, wenn in der handelsrechtlichen Bilanz die Abschreibungen in der gleichen Höhe vorgenommen wurden. Als Grund für diese Bestimmung war eine Überhöhung der Preise angegeben.

Es wurde versucht, auf diese Weise den einseitigen Standpunkt des Steuerrechtes zu mildern und den Forderungen der Wirtschaft anzupassen. Es wurde aber durch die Frühjahrsrichtlinien 1932 (5.3.1932) eine Einschränkung insofern vorgenommen, als die Finanzämter angewiesen wurden, alle Vorausabschreibungen darauf zu prüfen, ³⁴⁴⁾ ob der gemeine Wert der neuangeschafften Gegenstände am Ende des Steuerabschnittes überhaupt 20% unter dem Anschaffungspreis zurückgeblieben ist. Nur dann konnte das Zugeständnis dieser Vorausabschreibung in Anspruch genommen werden.

Mit dieser indirekten Steuerung der betriebswirtschaftlichen Entscheidungen sollte ein bestimmtes volkswirtschaftliches Ziel erreicht werden. ³⁴⁵⁾ So war es während der

342) Vgl. Hasenack, Die Anlagenabschreibung im Wertumlauf der Betriebe und die Sicherung der Wirtschaft, S. 3; vgl. Rosendorff, Was müssen Aktionäre und Verwaltungen vom neuen Aktienrecht wissen? 1932, S. 97 ff.

343) Schnölders, Allgemeine Steuerlehre, 3. Aufl., 1958, S. 104.

344) Vgl. Scharpf, Handelsbilanz - Steuerbilanz, S. 20.

345) Groener (Grundzüge der steuerlichen Gewinnermittlung, 1950, S. 131) lehnt es grundsätzlich ab, daß mit Bewertungsfragen wirtschaftspolitische Ziele erreicht werden sollen.

Weltwirtschaftskrise Zweck der steuerlichen Vergünstigungen, die Arbeitslosigkeit zu mildern. 346)

Um die lahmliegende Industrie, besonders die Maschinenindustrie, anzukurbeln, wurde im Gesetz vom 1.4.1933 die Steuerfreiheit der Ersatzbeschaffung gewährt. Die Aufwendungen für die Anschaffung konnten im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben werden. Die Bildung stiller Reserven auf die als Ersatz angeschafften Anlagegegenstände wurde also gesetzlich anerkannt und sogar gefördert. Diese Bestimmungen galten unmittelbar nur für die Steuerbilanz, wirkten sich aber auch auf die Handelsbilanz aus (vgl. Sofortabschreibung von 1929), da die steuerliche Abschreibung die handelsrechtliche nicht übersteigen durfte. 347)

Da diese Vergünstigung auf die Zeit zwischen dem 1.4.1933 und dem 1.1.1936 beschränkt war, erfolgte eine sofortige Anregung der Investitionstätigkeit.

Eine Weiterentwicklung der Steuerfreiheit bei Ersatzanschaffungen war die Bestimmung über die Steuerfreiheit kurzlebiger Wirtschaftsgüter im neuen Einkommensteuergesetz 1934 (Reinhardt'sche Steuerreform). Es brachte eigene steuerliche Bewertungsvorschriften (im Gegensatz zum EStG 1925, das auf die handelsrechtlichen Vorschriften verwies) und übernahm den von der Rechtsprechung geprägten Begriff des Teilwertes. Kurzlebige Wirtschaftsgüter, d.h. solche, deren Lebensdauer fünf Jahre nicht überstieg, konnten sofort auf 1.- Mark abgeschrieben werden. Unterste Grenze waren nach wie vor die normalen Abschreibungen (d.h. mindestens nach § 7 EStG). Diese Bestimmung konnte auch auf ältere Anlagen angewendet werden.

Dadurch sollte der Streit um die Abschreibungssätze für ein ziemlich ausgedehntes Gebiet ausgeschaltet und außerdem ein weiterer Anreiz zur Investition geschaffen werden, um den Aufstieg der Wirtschaft zu fördern. 348) Weitere Ziele waren die Vereinfachung des Steuerrechts und die Angleichung der Steuerbilanz an die Handelsbilanz. 349)

Bald wurden aber auch die Nachteile dieser Bestimmungen bekannt. Die direkte Folge war eine Konzentration der stillen Reserven bei kurzlebigen Wirtschaftsgütern. 350) Außerdem wurde durch die Beschränkung auf einzelne Güter die Investition

346) 1931 gab es 5 Millionen Arbeitslose.

347) Vgl. Renz, Die Bewertung des Anlagevermögens bei Kapitalgesellschaften, 1941, S. 173 f.; vgl. dazu auch Heigl, (Steuerliche Sonderabschreibungen in der Handelsbilanz, in: Der Betrieb, 1959, S. 1175), der die Problematik der Auswirkungen steuerlicher Abschreibungen auf die Handelsbilanz darstellt.

348) Vgl. Bühler, Bilanz und Steuer, 3. Aufl., 1937, S. 229 f.

349) Vgl. Renz, a.a.O., S. 175; vgl. Pohlhausen, Kurzlebige Wirtschaftsgüter unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Gewinnung und Erhaltung der größtmöglichen Abschreibungsfreiheit, in: ZfHf, 1936, S. 625 ff.

350) Pohlhausen, a.a.O., S. 647.

in diesen Gütern zu stark angeregt. 351) Der Vorteil für liquide Branchen war nicht zu verkennen; die Betriebe mit wenig Anlagevermögen hatten das Nachsehen.

Ein Runderlaß des Reichsfinanzministeriums vom 20.12.1934 legte fest, daß allgemein Gegenstände des Anlagevermögens ohne Rücksicht auf die Lebensdauer sofort abgeschrieben werden konnten, wenn ihre Anschaffungskosten 200.- RM nicht überstiegen. Die Summe wurde je nach Wirtschaftslage in der folgenden Zeit neu festgesetzt.

Schon die Bestimmungen vom 1.10.1937 und vom 1.2.1938 brachten wieder einschneidende Änderungen. Die Möglichkeit der Sonderabschreibung bei kurzlebigen Wirtschaftsgütern wurde fast aufgehoben, sie war nur noch bei Anschaffung von Gütern mit einem Wert von höchstens 200.- RM und einigen wenigen durch Verordnung besonders genannten Gegenständen erlaubt.

Der Anlaß war die veränderte Arbeitsmarktlage, die nun nicht mehr eine indirekte Steuerung der Investitionen erforderte. Außerdem sollte der Eisenverbrauch auf die bedingt notwendigen Anschaffungen beschränkt werden. 352)

In diese Zeit der Einschränkungen fielen auch das Urteil des Reichsfinanzhofs vom 26.1.1938, das die Anwendung der degressiven Abschreibungsmethode begrenzte, und der Runderlaß des Einkommensteuerrechts von 1939, das grundsätzlich die Anwendung der gleichbleibenden Abschreibung vorschreibt. Im Urteil des Reichsfinanzhofs vom 5.11.1942 wurde die degressive Abschreibung überhaupt nicht mehr als rechtmäßig im Sinne des Steuerrechts erkannt.

Am 20.3.1939 wurde das Gesetz über die Finanzierung nationalpolitischer Aufgaben des Reiches erlassen, das unter der Bezeichnung "Neuer Finanzplan" bekannt wurde. Dieses Gesetz bestimmte, daß Lieferungen oder sonstige Leistungen von gewerblichen Unternehmen an den Staat, an die Gemeinden oder ähnliche Gebilde zu je 20% in Steuergutscheinen I und II zu bezahlen waren. Mit dem Bezug dieser Steuergutscheine 353) waren gewisse Rechte verbunden; so konnte man mit den Steuergutscheinen I Sonderabschreibungen an abnutzbaren Gegenständen des betrieblichen Anlagevermögens vornehmen, ohne Rücksicht auf die Nutzungsdauer und auf die Ansätze in der Handelsbilanz.

Für die Unternehmungen ergaben sich neue Abschreibungsmöglichkeiten, da durch die Bestimmungen über "Ersatzbeschaffung" und "Kurzlebige Wirtschaftsgüter" die in Fra

351) Vgl. Scherpf, Handelsbilanz - Steuerbilanz, S. 51 ff.

352) Vgl. auch Bühler, Lehrbuch des Steuerrechts, II. Band: Einzelsteuerrecht, 1. Aufl., 1938, S. 82.

353) Bereits 1932 hatte die Regierung v. Papen Steuergutscheine als wirtschaftspolitisches Instrument eingesetzt, damals zur Ankurbelung der Wirtschaft. 1939 bezweckte man dieser Maßnahme, die Unternehmer mit finanzpolitischen Mitteln zur Zurückhaltung Investitionen zu bringen, indem man ihnen Wertpapiere gab, deren Besitz einen besonderen Reiz hatte bzw. deren Verkauf ein Verlust gewesen wäre (vgl. Stucken, a. a. S. 150).

kommenden Gegenstände schon weitgehend abgeschrieben waren.

Diese Vergünstigungen trafen vor allem die Vier-Jahresplan-Industrie ³⁵⁴⁾ und die sog. KI - Industrie. ³⁵⁵⁾ Damit kam man diesen Unternehmungen entgegen, die höhere Abschreibungen gefordert hatten, da die Anlagen übermäßig ausgenutzt wurden und keine Pflege hatten. ³⁵⁶⁾ Wegen Arbeiter- und Materialmangel konnten nur wenige Reparaturen durchgeführt werden. Die Rüstungsindustrie war außerdem durch hohe Umstellungs- und Anlaufkosten besonders stark belastet.

Auch auf dem Gebiet der Preisermittlung wurden staatliche Direktiven erlassen; sie betrafen naturgemäß primär die kalkulatorischen Abschreibungen.

Durch die Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen (Preisstop-Verordnung vom 26.11.36) ³⁵⁷⁾ wurden die bis dahin noch freien Preise in Höchstpreise umgewandelt. Diese Bestimmung hatte unterschiedliche Auswirkungen auf die Unternehmungen, je nachdem, wie weit die Anlagen schon abgeschrieben waren. Unter Umständen erhielten die Betriebe durch die Festpreise eine Differentialrente vergütet. ³⁵⁸⁾

1938 wurden die LSÖ ³⁵⁹⁾ erlassen. Durch sie wurden einheitliche Kostenauffassungen geschaffen und damit vertikal und horizontal aufeinander abgestimmte Preise. Da der Staat damals der wichtigste Auftraggeber der Industrie war, erlangten die LSÖ große Bedeutung. Während vorgesehen war, die LSÖ dann anzuwenden, wenn keine Marktpreise vorlagen, wurde die Preisbildung auf Grund der Selbstkosten während des Krieges vorübergehend zur Regel, mit der Folge der Unwirtschaftlichkeit in den Betrieben. ³⁶⁰⁾

Die LSÖ bestimmten, daß die kalkulatorischen Abschreibungen unabhängig von den bilanziellen und den steuerlichen Abschreibungen errechnet werden und frei von finanzpolitischen Überlegungen sein mußten.

Die Unterscheidung zwischen bilanzieller und kalkulatorischer Abschreibung wurde so offiziell festgelegt. Es war somit möglich, die Abschreibungen höher als in der Handelsbilanz anzusetzen, und man mußte nicht die in den handelsrechtlich und steuerrechtlich schon abgeschriebenen Anlagen liegenden stillen Reserven auflösen. Nach den LSÖ mußten die kalkulatorischen Abschreibungen folgendermaßen berechnet werden:

³⁵⁴⁾ Der Vier-Jahresplan wurde am 18.10.1936 verkündet, am 18.10.1940 verlängert und auf die Notwendigkeiten des Krieges abgestellt.

³⁵⁵⁾ Vgl. dazu Seischab, Industriefinanzierung, in: Die Betriebswirtschaft, 1939, S. 145 ff.

³⁵⁶⁾ Vgl. auch Nr. 43 EStRL 1941 (15.2.41), in denen durch außergewöhnliche technische Abnutzung bedingte erhöhte Abschreibung zugelassen wurden.

³⁵⁷⁾ Vgl. Preisfreigabeordnung vom 25.6.1948.

³⁵⁸⁾ Vgl. Röbke, Die Gewinnabschöpfung als kriegswirtschaftliches Problem, 1942, S. 13 f.

³⁵⁹⁾ Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund der Selbstkosten bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber vom 15.11.1938.

³⁶⁰⁾ Vgl. Hartmann, Das Kapital in der Betriebswirtschaft, 1957, S. 136.

Alle Abschreibungen waren nur die verbrauchsbedingten Wertminderungen der werkseigenen Einrichtungen zugelassen, und zwar unterscheiden die LSÖ Regelabschreibungen und Sonderabschreibungen. Die Regelabschreibungen werden angewendet bei vorhersehbaren, durch innere betriebliche Ursachen bedingte Wertminderungen; die Sonderabschreibungen ergeben sich aus den voraussehbaren, durch außerbetriebliche Ursachen bedingte Wertminderungen.³⁶¹⁾ Als Grundlage für die Abschreibungen waren die Anschaffungswerte vorgeschrieben; Abweichungen waren nur mit Zustimmung der Reichskommissare für die Preisbildung zulässig. Die Errechnung der Anschaffungswerte und der Abschreibungen mußte laufend statistisch nachgewiesen werden (LSÖ Nr. 29 und Nr. 31).

Die umstrittenste Bestimmung war die, daß auf dem Gebiet der Kalkulation Abschreibungen dann nicht mehr verrechnet werden konnten, wenn der betreffende Gegenstand schon abgeschrieben war.³⁶²⁾ Die Vertreter der Theorie und der Praxis waren aber bisher gegensätzlicher Meinung gewesen. Diese Anordnung der LSÖ war zu sehr vom dem Grundsatz der bilanzmäßigen Kontinuität bestimmt.³⁶³⁾ Wenn ein Unternehmen seine Anlagen gepflegte und so die Lebensdauer verlängerte, konnte es also relativ weniger Abschreibungen vornehmen.

Die LSÖ wurden 1953 durch die LSP abgelöst.³⁶⁴⁾

Zu nennen wären in diesem Zusammenhang noch die betriebswirtschaftlichen Verfahrensvorschriften, und zwar die Allgemeinen Grundsätze der Kostenrechnung vom 16.1.1939, die Allgemeinen Regeln zur industriellen Kostenrechnung und die Kostenrechnungsrichtlinien der eisen- und metallverarbeitenden Industrie vom 12.6.1942.

Die Kostenrechnungsgrundsätze vom 16.1.1939, mit denen eine rechnerische Vereinheitlichung der Unternehmungen angestrebt wurde, waren ein Erlaß des Reichswirtschaftsministers an die Organisation der gewerblichen Wirtschaft. Die betriebswirtschaftlichen Verfahrensvorschriften setzten die schon nach dem ersten Weltkrieg begonnenen Bemühungen um eine Vereinheitlichung des betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens und vor allem der Kostenrechnung³⁶⁵⁾ fort und hatten u.a. zur Folge, daß die Lenkungsmaßnahmen besser für die Gesamtheit der Unternehmungen angewendet werden konnten.

Der Zweck der Kostenrechnungsregeln war,³⁶⁾ durch richtige Ausgestaltung und Aus-

361) Vgl. Grimmer, Aktuelle Fragen des Rechnungswesens in der Industrie, 1941, S. 16. vgl. dazu auch Fischer-Hess-Seebauer, Buchführung und Kostenrechnung, 4. Aufl., 1947.

362) Vgl. dazu Greifzu, Das Neuzeitliche Rechnungswesen, 3. Aufl., 1938, S. 183 f.; Scheller, Das Rechnungswesen industrieller Betriebe, 3. Aufl., 1939, S. 88.

363) Vgl. Berg, Zinsen und Abschreibungen in der Selbstkostenrechnung, 1939, S. 28.

364) Vgl. dazu Seite 110.

365) Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Gründung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit 1921.

wertung der Kostenrechnung in den Betrieben die wirtschaftliche Seite der Leistungsstellung zu steuern". Bezüglich der Anlagen bestimmten sie, daß nur die verbrauchsbedingten Wertminderungen des betriebsnotwendigen Anlagevermögens in Ansatz gebracht werden durften. In Sonderfällen konnten auch besondere wirtschaftliche Verhältnisse mit eingerechnet werden. Diese Abschreibungen waren unabhängig von den bilanziellen und den steuerlichen Abschreibungen zu errechnen. Die Abschreibungshöhe richtete sich nach dem Anschaffungswert. Für die Errechnung der Abschreibung war eine Kartei oder eine Liste vorgeschrieben, die neben den technischen Angaben alle für die Berechnung der Abschreibungen notwendigen Angaben enthalten mußte.

Für die einzelnen Wirtschaftsgruppen sollten auf den Kostenrechnungsgrundsätzen aufbauende Richtlinien erlassen werden. Infolge der Kriegsereignisse kam es aber nur noch dazu, daß 1942 von der Reichsgruppe Industrie die "Allgemeinen Regeln zur industriellen Kostenrechnung" herausgegeben wurden, die den Erfordernissen der Industrie entsprachen. Der sog. Metallblock gab die "Kostenrechnungs-Richtlinien für die Wirtschaftsgruppen der eisen- und metallverarbeitenden Industrie" heraus. Sie wurden aber nicht mehr verbindlich eingeführt, sondern den Unternehmungen lediglich zur Beachtung empfohlen.

Bezüglich der Abschreibungsmethode erlaubten die Kostenrechnungsregeln und die Kostenrechnungsrichtlinien die gleichbleibende und die degressive Abschreibung, wobei aber zur Anwendung der letzteren Methode ihre Notwendigkeit nachgewiesen werden mußte (KRRI C2).

Mit der Bestimmung der Kostenrechnungsrichtlinien, daß Anlagegegenstände unter 200.- Mark Anschaffungskosten in Anschaffungsjahr voll als Kosten verrechnet werden dürfen, lehnten sie sich an die steuerliche Novelle an, die ebenfalls 200.- Mark Sofortabschreibung erlaubte.

Wie auch in der LStG, galt in der Kostenrechnungsrichtlinien der Grundsatz der Einmaligkeit der Abschreibungen; bei einer Neufestsetzung der Nutzungsdauer wurden evtl. notwendige Überabschreibungen vor dem Anlage-Wagniskonto erfaßt.

d) Zusammenfassender Ergebnisbericht

Die Entwicklung der Abschreibungslehre in dem hier behandelten Zeitabschnitt läßt kein einheitliches Vorgehen in Theorie und Praxis erkennen. Gemeinsam herrscht in beiden Erkenntnisbereichen das Streben nach Sichtung und Aufbereitung der bisherigen Forschungsergebnisse und Gepflogenheiten vor; vor allem aber nach einer einheitlichen Terminologie. Dies wurde zum großen Teil durch staatliche Direktiven gefördert.

Auf dem formalen Sektor war die für die weitere Entwicklung maßgeblichste Folge eine so weit wie möglich scharfe Trennung der Abschreibung in Handelsbilanz, Steuerbilanz und Kalkulation. Die bisher weitgehend vernachlässigte kalkulatorische Abschreibung wurde besonders betont, vorwiegend bedingt durch die Kostenakkuratesse im Dritten Reich (z.B. LSÖ).

In dem vorliegenden Kapitel wurden u.a. die dynamische Bilanzlehre und die Einstellung ihrer Vertreter zu Abschreibungsfragen dargestellt.³⁶⁶⁾ Dies soll aber nicht dahingehend interpretiert werden, als habe die dynamische Bilanzlehre sich speziell in diesem Zeitabschnitt herausgebildet. Die Anfänge der expliziten Formulierung dieser Bilanzlehre finden sich vielmehr schon Ende des 19. Jahrhunderts; die entscheidende und bleibende Fassung nahm jedoch Schmalenbach vor. Seine Aufsatzreihe in der Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung von 1908/09 zeigt deutlich den Werdegang seiner Forschungsergebnisse. Den Artikel "Grundlagen dynamischer Bilanzlehre"³⁶⁷⁾ kann man als das geistige Rahmenwerk der "Dynamischen Bilanz" bezeichnen.

Wenn auch die Anfänge der Untersuchungen der Dynamischen Bilanzlehre in einem früheren Zeitraum als den hier besprochenen liegen, so zwangen methodologische und entwicklungsgeschichtliche Gründe dazu, sie hier darzustellen: Die dynamische Bilanzlehre erfuhr in diesem Zeitabschnitt tatsächlich noch eine wesentliche Bereicherung, und außerdem kommt ihre abweichende Stellung zu Abschreibungsfragen im Vergleich zur organischen und nominalen Bilanzlehre am besten zum Ausdruck.

Zusammenfassend ist über die Bilanztheorien im Rahmen der Abschreibungslehre festzustellen:

Die Bilanztheoretiker gehen von einem ihnen jeweils am wichtigsten erscheinenden Zweck der Bilanz aus und richten-grob gesagt- die Aufstellung der Bilanz lediglich nach den ihrer Theorie konformen Faktoren aus. Da das "Wie" bei der Beantwortung der Bewertungsfragen eines der wesentlichen Kriterien jeder Bilanztheorie ist, stellen auch die Abschreibungen einen integrierenden Bestandteil des jeweiligen Theorems dar.

Unter diesem Gesichtspunkt ergibt sich für die unterschiedlichen Auffassungen in den einzelnen Theorien eine klare Verständnisgrundlage. In folgenden Hauptpunkten konnte dies besonders deutlich festgestellt werden:

366) Bei der Skizzierung der dynamischen Bilanzlehre wurden hauptsächlich die Veröffentlichungen von Schmalenbach berücksichtigt. Es hätte zu weit geführt, auch diejenigen der Schüler und Anhänger Schmalenbachs zu behandeln, welche die Lehre zwar z.T. modifiziert haben (Münstermann, Kosiol, Walb), aber im wesentlichen und von der Einstellung zu den Abschreibungen nicht oder nicht bedeutend abweichen.

367) Schmalenbach, Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, in: ZfHf, 1919, S. 1 ff. und 65 ff.

Die statische Bilanzlehre zielt¹ auf die zu bilanzierenden Vermögensteile ab. Die Abschreibung soll diese im Verhältnis zu den vorhergehenden Werten richtigstellen. Der hierbei verfolgte Zweck ist, eine Übersicht über die Vermögenslage des Vermögensträgers zu geben.

Die dynamische Bilanzlehre stellt als dominierende Funktion der Abschreibung die Aufwandsverteilung dar. Durch die Abschreibungen sollen die Ermittlung des Periodengewinns und der Wirtschaftlichkeit des Betriebes zunächst einmal ermöglicht, und darüber hinaus soll die Genauigkeit dieser Berechnung gesteigert werden.

Die Vertreter der organischen Bilanzlehre verfolgen mit ihrer Theorie als prinzipielles Anliegen die substantielle Erhaltung des Betriebes. Wie oben schon begründet, ist die Berücksichtigung der Abschreibung hierzu unerlässlich. Da ihre Hauptfunktion in der Bemessung der zur Substanzerhaltung erforderlichen Mittel liegt, werden sie auf den Wert dieser Mittel abgestellt, der sich zeitnah - nach organischer Auffassung - nur durch den Tageswert berechnen läßt.

Für die Verfechter der nominalen Bilanzlehre schließlich tragen die Abschreibungen dazu bei, die Totalerfolgsrechnung bzw. die einzelnen 'wahren' Jahresbilanzen in bezug auf die nominale Geldrechnung richtigzustellen.

Von diesen jeweils unterschiedlichen Funktionen der Abschreibungen werden ihre rechnungstechnische Gestaltung, wie Brutto- oder Nettobewertung, Methode usw., abhängig gemacht. 368)

Auf dem Gebiet der Freisetzung und der Investition der Abschreibungserlöse wurde vor allem von Rucht wertvolle Vorarbeit geleistet; er sieht die Abschreibungen nicht nur als wesentliches Element der Aufwands- und Ertragsrechnung, sondern auch als Finanzierungsfaktor. Diese Funktion der Abschreibung wurde aber erst in der Nachkriegszeit dominant.

368) Die unterschiedlichen Abschreibungsmethoden werden in diesem Zeitabschnitt im Schrifttum besonders eingehend erläutert, z.B. bei Sommerfeld (Stichwort: Abschreibungen, in: Handwörterbuch des Kaufmanns, 1925, S. 18, Stichwort: Abschreibungen, in: Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, 1940, Sp. 52); Banse (Der Abschreibungsprozentsatz bei gleichbleibender und bei geometrisch-degressiver Abschreibung, in: Die Betriebswirtschaft, 1937, S. 17 ff., S. 42 ff.); Le Coutre (Abschreibungsverfahren, a.a.O.); Schönberg (Anlagen und Konjunktur, eine Bilanzbetrachtung, 1931, S. 19 f.); Rucht (Die Bedeutung der Abschreibung für den Betrieb, S. 25); Gerlach (a.a.O., S. 27); Hoffmann (a.a.O., S. 124 ff.). Insgesamt gesehen, hält man nicht mehr eine Abschreibungsmethode für die einzig richtige, sondern entscheidet sich je nach Voraussetzung oder Zweck in Theorie und Praxis opportunistisch für die eine oder andere.

Es ist begreiflich, daß die theoretischen Untersuchungen besonders auf diesem Gebiet wegen der zunehmenden Beeinflussung des Betriebsgeschehens durch die Zwangswirtschaft und durch die Kriegsereignisse sehr gehemmt wurden.

Als weitere nachteilige Einwirkung der wirtschaftspolitischen Entwicklung, nur mehr auf die praktische Ausübung der Abschreibung, ist die allgemeine Vernachlässigung gewisser betriebswirtschaftlicher Grundsätze hervorzuheben. Die Wirtschaft war mehr und mehr auf bedacht, die steuerlichen Vergünstigungen möglichst erschöpfend in Anspruch zu nehmen, als für die Erfüllung der betriebswirtschaftlichen Aufgaben der Abschreibung zu sorgen.

Der Kampf um die Abschreibungsquoten zwischen Fiskus und Industrie war während des Krieges besonders heftig. Die steuerlichen Behörden sahen in der Tatsache, daß voll abgeschriebene Anlagen noch in Betrieb waren, einen Beweis dafür, daß die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten zu großzügig gewährt worden waren. Das Argument, daß diese technisch vielleicht intakten Anlagen wirtschaftlich völlig veraltet waren und außerdem der Staat in den Unternehmungen die Überabschreibungen und damit die Bildung stiller Reserven bewußt gefördert und für wirtschaftspolitische Zielsetzungen benutzt hatte, wurde infolge der außergewöhnlichen politischen Entwicklung außer acht gelassen.

Ab etwa 1943 trat anscheinend ein Stillstand in der Entwicklung der Abschreibungslehre ein, es gab fast keine Veröffentlichungen auf diesem Gebiet mehr. Erst als sich nach Kriegsende eine Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse anzubahnen begann, fanden sich wieder Impulse und Ansätze zu einer weiteren Erforschung der Abschreibungsprobleme.

4. Die Abschreibung als Finanzierungsfaktor

Nachkriegszeit und Gegenwart (1945 - 1960)

a) Die Situation nach dem zweiten Weltkrieg

Die letzte zu charakterisierende Etappe erstreckt sich von Ende des zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart. Die betriebswirtschaftlich theoretischen Untersuchungen über die Abschreibungen³⁶⁹⁾ erreichen nicht den Umfang wie die Kommentare und Diskussionsbeiträge, welche die steuerlichen Erlasse und Empfehlungen nach sich zogen.

Gemeinsam ist beiden Richtungen die Betonung, sogar Überbetonung der Finanzierungsfunktion der Abschreibung. Die Tendenz geht dahin, die Aufgabe der Abschreibungen, den Aufwand zu verteilen, an zweite Stelle und an Abhängigkeit von der Finanzierungsfunktion zu bringen.^{370) 371)}

369) Vgl. vor allen die Veröffentlichungen von Gudenus, Max, Kosiol, Meilerowicz, Ruciti.

370) Gudenus (Bewertung und Abschreibung von Anlagen) verurteilt diese Auffassung; die Bemessung der Abschreibungen dürfe nicht vom Kapitalbedarf abhängig gemacht werden.

371) Diejenigen Wissenschaftler, die die Finanzierungsfunktion nicht so betonten, diktierten der Abschreibung die Aufgabe zu, nicht nur die Erhaltung des Kapitals in dem derzeitigen Zustand der Leistung zu gewährleisten, sondern zumindest die Anpassung an die steigende Aufgabenstellung. vgl. z.B. Henzel, Die Kostenrechnung, 1950, S. 48; Meilerowicz, Abschreibungen in Erfolgs- und Kostenrechnung, 1957, S. 34 ff.; Klose, a.a.O., S. 130; Ziemer, a.a.O., S. 139.

Vgl. hierzu auch die Bemerkungen der Vertreter der Wirtschaft, die steuerliche Anerkennung des Wiederbeschaffungspreises als Abschreibungsbasis zu erreichen; so Hardach (Im Spiegel der Bilanzen, in: Deutsche Stahlindustrie, Beilage zu: Der Volkswirt, 1956; Selbstfinanzierung oder Dividende?, in: Deutsche Stahlindustrie, 1957, Beilage zu: Der Volkswirt, 1957); Kuhnke (Investitionen müssen verdient werden, in: Deutsche Stahlindustrie, Beilage zu: Der Volkswirt, 1956); Esser (Eigenfinanzierung/Fremdfinanzierung - Eigenkapital/Fremdkapital, in: Stahl und Eisen, 1958); Gübbeis (Handbuch der steuerlichen Abschreibungen, 1956, S. 22.; vgl. auch Sweerts-Sorock, Die Industrie und die Selbstfinanzierung, in: Der Volkswirt, 1957, S. 2431 ff. - Vgl. in dieser Zusammenfassung auch: Lemmer, Industriekalkulation, 4. Aufl., 1951, S. 702, über: "technischen Verschleiß", Kapitalmiseranz, im Kapitalfehlleitung, in: ZfB, 1951, S. 74.

Hervorgerufen war diese Erscheinung durch die wirtschaftliche Lage am Ende des zweiten Weltkrieges.

Die deutsche Wirtschaft war nahezu lahmgelegt. Zu den Kriegszerstörungen kamen noch die Reparationen und Demontagen, ³⁷²⁾ so daß zur Wiederingangsetzung, zur Modernisierung und Erweiterung des Produktionsapparates riesige Kapitalsummen benötigt wurden.

Die Anlageintensität hatte sich noch verstärkt, und die Konkurrenzfähigkeit – auch auf dem Weltmarkt – war zum großen Teil nicht mehr von den Preisen, sondern von der Anpassung an den technischen Fortschritt abhängig.

Da der Geld- und Kapitalmarkt nur sehr langsam wieder zu funktionieren begann und besonders anfangs die notwendigen Beträge nicht zur Verfügung stellen konnte, wurden die Unternehmungen in die Selbstfinanzierung gedrängt, und den Abschreibungen kam die Aufgabe zu, Finanzierungsinstrument zu sein.

Die betriebswirtschaftlichen Autoren befaßten sich wieder eingehend mit dem Kapazitätserweiterungseffekt. Es war ihre Aufgabe, zu prüfen, wie und in welchem Ausmaß die Abschreibungserlöse zur Reinvestition verwendet werden konnten.

b) Der Kapazitätserweiterungseffekt in der betriebswirtschaftlichen Diskussion

Die Freisetzung und die Reinvestition der Abschreibungserlöse werden zwar von einigen Bilanzschriftstellern nicht mehr zu dem Gebiet der Abschreibungen gerechnet (vgl. z.B. Hoffmann, ³⁷³⁾ der sie für eine Aufgabe der Kapitaldisposition hält, die nichts mit Abschreibungen zu tun habe ³⁷⁴⁾), die Mehrzahl der betriebswirtschaftlichen Autoren jedoch behandelt die Verwendung dieser Erlöse im Zusammenhang mit den Abschreibungsproblemen; die Abschreibung wird als Aufwands- und Ertragsfaktor und auch als Finanzierungsfaktor gesehen; ³⁷⁵⁾ und diese letzte Funktion steht nach dem zweiten Weltkrieg im Mittelpunkt der theoretischen Auseinandersetzungen, stark beachtet von der Wirtschaftspraxis.

Lohmann ³⁷⁶⁾ untersucht bereits 1949 eingehend die Zusammenhänge zwischen der Abschreibung und der Investitionspolitik. Mit dem "Schiffsbeispiel" ³⁷⁷⁾ erläutert er die Möglichkeiten der Kapitalvergrößerung durch Sofortinvestition der Abschreibungserlöse und hebt besonders die volkswirtschaftlichen Vorteile hervor, und zwar – in diesen

³⁷²⁾ Bis 1950 waren im Gebiet der Bundesrepublik Industrieanlagen im Wert von 2,5 Mrd. DM demontiert worden (Lütge, a.a.O., S. 499).

³⁷³⁾ Hoffmann, a.a.O., S. 118.

³⁷⁴⁾ Ähnlich Walther, Einführung in die Wirtschaftslehre der Unternehmung, 2. Band, 1953, S. 210.

³⁷⁵⁾ Vgl. Ruchti, Die Abschreibung.

³⁷⁶⁾ Lohmann, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 2. Aufl., 1955, S. 140 ff.

³⁷⁷⁾ Dem Beispiel von Polak (Grundzüge der Finanzierung mit Rücksicht auf die Kreditdauer) sehr ähnlich. Muthesius schreibt dieses Schiffsbeispiel Rogowsky (1955) zu. (Muthesius, Nettoinvestition und Finanzierung aus Abschreibungen, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 1959, S. 143 f.)

speziellen Fall - gleichmäßige Beschäftigung, Stabilisierung des Schiffsraums und Expansion um nahezu 100 % 378)

Die zweite große Veröffentlichung Ruchtis über Abschreibungen erschien im Jahr 1953. 379) Diese Ausführungen sind im Vergleich zu seiner Publikation von 1942 komprimierter, abstrahierender und kostentheoretischer geworden. Während vorher der Einfluß der Abschreibungsmethode nicht in die Untersuchung mit einbezogen wurde, spielt er jetzt eine große Rolle.

Nach Ruchtis 380) sind die dauernd freigesetzten liquiden Mittel bei der degressiven Abschreibung größer als bei der gleichbleibenden; sie schwanken je nach dem Degressionsverlauf, liegen aber jedenfalls über 50% (= Freisetzungsbetrag bei der gleichbleibenden Abschreibung). Wenn die Sofortabschreibung als ein Grenzfall der degressiven Abschreibung angesehen wird, so konvergiert der freie Abschreibungsbetrag gegen 100%. Ruchtis kommt zu dem Ergebnis, 381) daß bei degressiven Abschreibungen der mengenmäßige Bestand verdreifacht werden kann. Um die Größe von 1 zu erzielen, ist nur ein Anfangskapital von $\frac{1}{3}$ notwendig.

Auf Grund dieser Erscheinungen ist es also möglich, mit kurzfristigen Krediten Gebrauchsgüter anzuschaffen; 382) die Einnahmen aus den Abschreibungen und die Investitionen müssen dann aber kontrolliert werden, und die Finanzierung des Umlaufvermögens muß gesichert sein.

Diese betriebswirtschaftliche Rechtfertigung einer finanziellen Verfahrensweise, die bislang als für die Erhaltung der Betriebswirtschaft gefährlich bezeichnet wurde, löste naturgemäß lebhaftes Echo in Wissenschaft und Praxis aus.

Nur wenige Autoren befassen sich nicht oder wenig mit diesem Effekt.

Klose 383) ignoriert ihn völlig. Erweiterungen können nach seiner Meinung nur durch echten Gewinn oder Kapitalzuschüsse finanziert werden.

Mellerowicz 384) hält die praktische Bedeutung der Erweiterungsfinanzierung für sehr gering. Eine exakte Berechnung der Grenzen einer derartigen Kapazitätsausweitung sei nur unter statischen Voraussetzungen möglich, die aber in unserer Wirtschaft nicht zuträfen. Es sei außerdem fraglich, ob die Abschreibungserlöse, die sich im Um-

378) Vgl. auch Lohmann, Kapitalbildung und Kapitalverwendung in der Unternehmung, 1953, S. 175 ff.

379) Ruchtis, Die Abschreibung. In diesem Zusammenhang finden vor allem seine Ausführungen im zweiten Teil des Buches Verwendung.

380) Ruchtis, Die Abschreibung, S. 123.

381) Ruchtis, Die Abschreibung, S. 146.

382) Ruchtis, Die Abschreibung, S. 140.

383) Klose, a.a.O., S. 140 ff.

384) Mellerowicz, Betriebswirtschaftslehre der Industrie, 1. Band, 3. Aufl., 1958, S. 113.

laufvermögen niederschlagen, tatsächlich freigesetzt werden könnten.

Ebenso äußert sich Vogt ³⁸⁵⁾ sehr skeptisch zu den Ergebnissen Ruchtis. Die Resultate ergäben sich nur bei einer idealtypischen Betrachtungsweise. Wenn schon eine der Voraussetzungen (z.B. Marktsituation) nicht zutreffe, könne der ganze Effekt wirkungslos werden.

Auch Hax ³⁸⁶⁾ untersucht die Voraussetzungen, an die das Funktionieren des Lohmann-Rucht-Effektes ³⁸⁷⁾ geknüpft ist: Die anfallenden Mittel müssen laufend in gleichartige Anlagegüter investiert werden; es muß eine weitgehende Teilbarkeit der Gesamtanlage vorliegen und das Bedürfnis nach Kapazitätsausweitung vorhanden sein; die Preise müssen die kalkulatorischen Abschreibungen vergüten und außerdem darf keine Änderung der Anschaffungspreise eintreten. ³⁸⁸⁾

Diese Bedenken, daß eine Preissteigerung das theoretische Ergebnis illusorisch mache, hat auch schon Deckers ³⁸⁹⁾ angemeldet. Vor allem gelte es zu erwägen, daß sich jede Erweiterung der Kapazität auf das Gesamtvermögen auswirke, und außerdem müsse eine Steigerung des Umlaufvermögens eingerechnet werden. ³⁹⁰⁾

Schäfer ³⁹¹⁾ untersucht den Lohmann-Rucht-Effekt von der Seite des Kapitalbedarfs her. Für die Finanzierungsfrage sei - auch beim Anlagevermögen - die Umschlagsdauer entscheidend. Der Errechnung der Abschreibung werde dagegen die Nutzungsdauer zugrunde gelegt. Nur wenn die Umschlagsdauer gleich der Nutzungsdauer sei, könnte die Abschreibung neben ihrer Kostendeckungsfunktion auch die finanzielle Deckung präzise ausüben. Schäfer zeigt am Beispiel eines Anlagegegenstandes, daß die Umschlagsdauer die Hälfte der Nutzungsdauer ist; hieraus erkläre sich letzten Endes der Lohmann-Rucht-Effekt. Er stellt die Frage, ob die Kostendeckungsfunktion und die Funktion der Finanzsicherung überhaupt durch ein und dieselbe Rechnung und Rechnungsmanipulation erfüllt werden könne. Während für die Aufwandsverteilung die Nutzungsdauer die gemäßige Bezugsgröße darstelle, müsse sich die finanzielle Deckung grundsätzlich an der Umschlagsdauer orientieren.

385) Vogt, Bilanztaktik, S. 271 ff.

386) Hax, Abschreibung und Finanzierung, in: ZfH 1955, S. 141 ff.

387) Hax bevorzugt die Bezeichnung 'Kapazitätserweiterungseffekt', weil damit sachlich das getroffen werde, was ausgesagt werden solle (Die Substanzerhaltung der Betriebe, S. 226).

388) In 'Substanzerhaltung der Betriebe' betont Hax als für ihn in diesem Zusammenhang besonders wichtig, daß Preissteigerungen bei den Beschaffungsobjekten evtl. durch den Kapazitätserweiterungseffekt ausgeglichen werden können.

389) Deckers, Abschreibungsprobleme vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft, in: ZfH, 1954, S. 236 ff.

390) Vgl. auch Le Goutre, Grundzüge der Bilanzkunde, 1949, S. 141.

391) Schäfer, Abschreibung und Finanzierung, in: ZfH 1955, S. 137 ff.; vgl. auch ders., Die Unternehmung, 1956, S. 174 f.

Zwei weitere Beiträge Ruchti³⁹²⁾ runden seine bisherigen Ausführungen ab. Er bringt eine Zusammenfassung seiner Untersuchungsergebnisse über den Effekt und betont vor allem - mit angeregt durch die Kritik -, daß die Voraussetzungen streng beachtet werden müßten; z.B. konstanter Erneuerungsbedarf, konstante Preise und Beschaffung der Ersatzinvestition in dem Zeitpunkt, in dem die alten Anlagen abgeschrieben waren.

Jeder Betrieb habe seinen individuellen Ablauf der Investitionen und der Abschreibung. Grundinvestitionen und Reinvestitionen mischten sich. Die Probleme als solche blieben vorhanden. Ob sie stark oder schwach in Erscheinung träten, hänge von der wirtschaftlichen Lage ab. Ruchti mißt die Ausweitungsmöglichkeit mit dem Ausdruck $\frac{1}{1 - e}$ ³⁹³⁾, wobei e die Stärke des Effektes ist. Der Effekt ist gleich 0, wenn nicht abgeschrieben wird; er ist gleich 1, wenn sofort abgeschrieben wird,³⁹⁴⁾ und ist z.B. 0,5 bei gleichbleibender Abschreibung und gleichem kontinuierlichem Investitionsverlauf. In diesem Fall kann aus den Abschreibungen heraus der Bestand verdoppelt werden; ist er 0,75, so kann er vervierfacht werden usw. In Wirklichkeit ist die Grenze der Ausweitung durch den Absatz und den Ertrag gezogen. Der Effekt vergrößert sich, wenn von der normalen Abschreibung in gleichen Quoten zu der degressiven Abschreibung übergegangen wird.

Die vorstehenden Ausführungen enthalten das hier interessierende Ergebnis der Ruchtischen Untersuchungen in komprimierter Form. Dabei wurde davon Abstand genommen, die Entwicklung seiner Tabellen und mathematischen Berechnungen darzustellen, da sie an der jeweils angegebenen Stelle nachgelesen werden können.

Die theoretischen Untersuchungen und die Erfahrungen, die man schon aus der Vorkriegszeit hatte, ließen erkennen, daß man bei Anwendung der degressiven Abschreibungsmethode besonders schnell über die Erlöse verfügen konnte (natürlich vorausgesetzt, daß die hohen Abschreibungen einkalkuliert und die Preise am Markt realisiert werden).

Dieser Abschreibungsmethode kam deshalb eine besondere Bedeutung zu; sie war nach 1948 eines der meistdiskutierten Probleme der Bilanzliteratur.³⁹⁵⁾

Die aus der vorzeitigen Kapitalverflüssigung resultierende erhöhte Liquidität ermöglicht es, entweder die Investitionskredite mit Zinsersparnis³⁹⁶⁾ früher zurückzu-

392) Ruchti, Die Problematik der Selbstfinanzierung, in: Betriebswirtschaftliche Aufgaben bei steigender Konjunktur, 1955; ders., Bilanz und Investitionen, in: Der Industriebetrieb und sein Rechnungswesen, 1956.

393) Ruchti, Die Problematik der Selbstfinanzierung, a.a.O., S. 1¹⁴.

394) Theoretisch könnte dann nach dem obigen Ausdruck die Ausweitung unendlich groß sein.

395) Vgl. dazu Literaturangaben bei Gutenberg, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 1958, S. 177.

396) Vgl. auch Odenhausen/Werner, Die degressive Abschreibung, in: ZfB 1952, S. 522.

zahlen oder die Mittel für die Sofortinvestition zu verwenden. Von dieser letztgenannten Möglichkeit machten die meisten Unternehmen Gebrauch, zum größten Teil weil ein echtes Investitionsbedürfnis bestand, zum Teil auch, weil die Diskussion um den Lohmann-Ruchti-Effekt mit dem oft übertrieben dargestellten Kapazitätsausweitungseffekt dazu anregte oder die steuerlichen Bestimmungen Überabschreibungen davon abhängig machten, wie z.B. das Investitionshilfegesetz.

Vor allem war es aber das Fortschrittsrisiko, das die Betriebe zwang, so schnell wie möglich abzuschreiben.³⁹⁷⁾ Die degressive Abschreibungsmethode entspricht in vielen Fällen besser der tatsächlichen Wertminderung und gewährleistet vor allem dort eine konstante Aufwandsrechnung, wo die Reparaturaufwände mit steigendem Anlagenalter zunehmen. Wenn auch der Abschreibungsverlauf - isoliert betrachtet an nur einem Anlagegegenstand - bei der degressiven Abschreibung keine gleichmäßige Verteilung des Aufwandes zur Folge hat, sondern die ersten Abrechnungsperioden sehr hohe Abschreibungsquoten zu tragen haben, so ist global gesehen, d.h. auf die Gesamtheit der abzuschreibenden Güter abgestellt, ein Ausgleich gegeben, da die Anschaffungszeitpunkte sowie die Nutzungsdauer und somit auch die Höhe der jeweiligen Abschreibungsquoten verschieden sind. Es kann sich sogar eine konstante, der gleichbleibenden Abschreibung ähnliche Belastung für den Betrieb ergeben.

Schmalenbach war wohl der erste, der energisch für die degressive Abschreibung eintrat, vor allem bei Gegenständen, deren Gebrauchsfähigkeit abnimmt.⁴⁰⁰⁾

Die Fähigkeit der degressiven Abschreibung, dort, wo Erneuerungskosten als Zuzugänge behandelt werden, die falsch gewählte Abschreibung allmählich wieder auf den richtigen Stand zu bringen, bezeichnet Schmalenbach immer wieder als besonderen Vorteil dieser Abschreibungsart.⁴⁰¹⁾ Wenn eine Abschreibung zu hoch gewählt ist, so wird der Buch-

397) Vgl. Mellerowicz, Abschreibungen in Erfolgs- und Kostenrechnung, S. 73; Kuntze-Haas, Das gesamte Einkommensteuerrecht 1955/56, 1956, S. 97.

398) Vgl. dazu u.a. Spitaler, zitiert bei Fürst, a.a.O., S. 100; Franzmeier, a.a.O., S. 100.

399) Sommerfeld (Abschreibungen, in: Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, S. 57), kommt allerdings dann zu dem Ergebnis, daß besser die gleichbleibende Abschreibung angewendet werden sollte, da die Wirkungen der degressiven Abschreibung insgesamt nicht spürbar werden würden.

400) Vgl. dazu Seite 33. Die bilanzfachmännische Literatur wandte sich zu diesem Zeitpunkt fast noch geschlossen gegen die degressive Abschreibung; z.B. Haase (Gebrauchswert und Abschreibung, in: ZfHH, 1926, S. 113 ff.), der die degressive Abschreibung - "die fast nur noch von Schmalenbach und seinen Jüngern vertreten wird" - als aus dem Rahmen des Möglichen hinausgehen sieht; nach seiner Meinung sollte sie nicht mehr ernsthaft in Erwägung gezogen werden.

401) Vgl. Seite 34.

wert der Anlage schneller verringert, und da die Abschreibungsquote vom Buchwert abhängt, werden auch die Abschreibungen bald niedriger. ⁴⁰²⁾ Nach seiner Meinung würdigt die Literatur diesen Vorteil, der die Sicherheit der Aufwandsrechnung fördert, nicht genügend.

Hoffmann, ⁴⁰³⁾ der sich grundsätzlich für die degressive Abschreibung ausspricht, als einer Abschreibungsart, die dem Prinzip der Vorsicht entspreche, hält wiederum den Dynamikern vor, daß sie diese Korrekturfähigkeit der degressiven Abschreibung zu sehr betonen; bei der konstanten Abschreibung sei solch eine Ausgleichstendenz ebenso wirksam. Auch Endres ⁴⁰⁴⁾ hält diese Vorteile für nicht so schwerwiegend; sie hätte nur dann Bedeutung, wenn die Zugänge ausreichend und ziemlich gleichmäßig seien. Diese Voraussetzungen seien aber nicht oft gegeben.

Da die übliche Form der degressiven Abschreibung, d.h. jährlich einen gleichen Prozentsatz vom Restwert abzuschreiben, zu sehr starken Degressionen führt, wurden zu ihrer Milderung verschiedene Methoden angegeben. ⁴⁰⁵⁾

Lehmann z.B. führt als Degressionsmilderung an: ⁴⁰⁶⁾

1. Das Rechnen mit Zinsseszins bei der Buchwertabschreibung. ⁴⁰⁷⁾
2. Zerlegung des Abschreibungswertes in zwei Teile, von denen der eine Teil gleichbleibend, der andere degressiv abgeschrieben wird. ⁴⁰⁸⁾
3. Dem eigentlichen Abschreibungswert wird ein von Lehmann so genannter fiktiver Wert in sinnvoll gewählter Höhe zugefügt und dann von der Summe der beiden

402) Schmalenbach betrachtet hier den Abschreibungsverlauf, nicht den Buchwertverlauf.

Vgl. Schmalenbach, Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, 3. Aufl., 1925, S. 129.

403) Hoffmann, a.a.O., S. 144.

404) Endres, Die Problematik der abfallenden Abschreibung, in: ZfHf, 1953, S. 111.

405) Vgl. schon früher Schmalenbach, Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, 3. Aufl., 1925, S. 120 f. - Sommerfeld (Abschreibungen, in: Handwörterbuch des Kaufmanns, 1925, S. 19) schlägt vor, die sich schneller abnutzenden Anlagen mit denjenigen zusammenzufassen, die sich weniger schnell und verhältnismäßig gering entwerten, wie z.B. Gebäude, Grundstücke usw.. Der Restwert der Anlagen wird dadurch vergrößert, der Abschreibungssatz verkleinert. - Hoffmann, a.a.O., S. 131; Banse, Milderungsverfahren für die geometrisch-degressive Abschreibung, in: Die Betriebswirtschaft, 1931, S. 263 ff., 288 ff., 325 ff.

406) Lehmann, Industriekalkulation, 4. Aufl., S. 204.

407) Vgl. Seite 95 ff.

408) Ähnliche Methode schon bei Lewin, 1908, der eine Kompensation von degressiver und gleichbleibender Abschreibung vorschlägt. Zitiert bei Le Coutre, Abschreibungsverfahren, in: HWB, 1926, Sp. 70.

Werte mit der degressiven Abschreibung bis auf den fiktiven Wert als Restwert abgeschrieben. ⁴⁰⁹⁾ Dieser fiktive Wert muß nicht in die Bilanz aufgenommen werden, da es sich nur um eine Rechnungsmodalität handelt ⁴¹⁰⁾ und ein unnötiges Aufblähen des Bilanzvolumens zur Folge hätte.

Ein praktischer Vorschlag wurde vom Bundesverband der deutschen Industrie vorgelegt. ⁴¹¹⁾ Die Abschreibungssätze werden - nach Jahren abgestuft - zwischen 33,33% (lineare Abschreibung bei dreijähriger Lebensdauer) und 28,31% (steuerlicher Degressionsatz bei zehnjähriger Lebensdauer nach dem Einkommensteuerrecht 1953) festgesetzt. Für die drei letzten Jahre wird die degressive Abschreibung in eine gleichbleibende übergeführt.

Eine abgeschwächte Form der degressiven Abschreibung ist auch die Jahressummenabschreibung (digitale Abschreibung). Diese arithmetisch-degressive Abschreibung findet seit einiger Zeit häufig Anwendung. Sie wurde 1954 in den USA eingeführt, wird aber schon lange in den einschlägigen Fachbüchern als Sonderform der arithmetischen Abschreibung behandelt. ⁴¹²⁾ Sommerfeld gebrauchte bereits 1923 diese Methode.

⁴⁰⁹⁾ Um dieses letztgenannte Verfahren, das praktisch mit der schon lange bekannten Methode der kombinierten Abschreibung von Grundstücken und Gebäuden identisch ist (vgl. Fußnote 405), hat sich ein 'Urneberstreit' entwickelt. Als Fußnote vermerkt Lehmann nämlich, daß er mit dieser Methode, die Schmalenbach Dr. van Aubel zuschreibt, schon 1935 in seiner Gutachtentätigkeit praktisch gearbeitet habe. - Schmalenbach (Dynamische Bilanz, 10. Aufl., 1948, S. 80, und 12. Aufl., 1956, S. 113) nennt diese Methode, die er für neu und interessant hält, "Zuschreibungsabschreibung". Man könne dem Abschreibungswert jede beliebige Summe hinzuschlagen mit einem entsprechenden Korrektivkonto auf der Passivseite. - Auch Kosiol schaltet sich in diese kleine Kontroverse ein (Anlagenrechnung 1955, S. 65 f.) und betont, daß er diese Methode schon 1936 in der 1. Aufl. seiner Finanzmathematik dargelegt und in die 1. Auflage der "Anlagenrechnung und Abschreibung", 1942, S. 55, übernommen habe. Es lag nach seiner Meinung nahe, das spezielle Verfahren (Kombination von Grundstücken und Gebäuden) zu verallgemeinern. Wenn nun Lehmann neuerdings (Industriekalkulation, 4. Aufl., 1951) dieses Verfahren behandle und im Hinblick auf v. Aubel dazu bemerke, daß er schon seit 1935 damit arbeite, sei ihm (Kosiol) die Bemerkung erlaubt, daß die erste literarische Darstellung seiner Finanzmathematik (1936) auf Vorlesungen an der Kölner Universität seit 1931 zurückgehe. - Vgl. auch Hax, Die Substanzerhaltung der Betriebe, S. 245.

⁴¹⁰⁾ Ruchti, Die Abschreibung, S. 61

⁴¹¹⁾ Angeführt bei Mellnerowicz, Abschreibungen in Erfolgs- und Kostenrechnung, S. 96 f.

⁴¹²⁾ Vgl. Kosiol, Lineare und degressive Abschreibung, in: ZfB 1957, S. 100.

Die digitale Abschreibung hat den Nachteil, daß sie für ständig absinkenden Sätzen auf den Anschaffungswert zurückgreifen muß. Der Nenner des Bruches, mit dem der Anschaffungswert multipliziert wird, um den Abschreibungsbetrag zu erhalten, ist mit der Formel $n = \frac{t+1}{2}$ zu berechnen (wobei n die Lebensdauer bedeutet); die Anzahl der jeweils noch zu erwartenden Nutzungsjahre ergibt den Zähler.

Lantau⁴¹³⁾ gibt zur Erleichterung der Berechnung Prozentsätze an, die je nach der errechneten künftigen Lebensdauer auf den Buchwert angewendet werden können.⁴¹⁴⁾

Die Wirkung der theoretischen Diskussion auf die Praxis war sehr groß. Man erhoffte sich von der Zusatzzinvestition eine Beseitigung der Kapitalnot. Die Begünstigung übermäßiger Abschreibungen durch die steuerlichen Vorschriften und die Lage auf dem Absatzmarkt verstärkten den Drang nach höherer Abschreibung und Investition immer mehr.

Die Auswirkungen der Sofortinvestition werden z.T. überspitzt dargestellt. So hebt z.B. Wandel⁴¹⁵⁾ die Bedeutung der Investition der Abschreibungen, die er als Ergänzungsfinanzierung bezeichnet, besonders hervor. Hone und frühzeitige Abschreibungen seien nur von Vorteil. Wandel wird von Dürnhammer⁴¹⁶⁾ kritisiert, der als primären Zweck der Abschreibungen nicht die Finanzierung, sondern eine Aufwandsverteilung zum Zwecke richtiger Erfolgsermittlung ansieht. Die Einführung der steuerlichen Sonderabschreibungen der Siebener-Gruppe hat die Entwicklung verstärkt, die Aufgaben der Abschreibungen einseitig in der Finanzierung zu sehen, weniger darin, der Aufwand zu verteilen. Die Bilanzwahrheit wurde dadurch auf dem Gebiet der Anlagenebewertung immer weniger beachtet.

Auch Forster⁴¹⁷⁾ der die Finanzierungsfunktion der Abschreibungserlöse herausstellt - er nennt die Freisetzung eine 'Entkapitalisierung der Anlagen durch die Abschreibungen' - und an Hand von Bilanzuntersuchungen zeigt, daß die Abschreibung die Hauptquelle der Selbstfinanzierung ist, muß sich von Golbe⁴¹⁸⁾ kritisieren lassen,

413) Lantau, zitiert bei Graso, Gegenwartsfragen des Einkommensteuerrechts, in: Steuerberater-Jahrbuch 1956/57, S. 394.

414) Weitere Untersuchungen der Digitalmethode des bel. Reinen, Handelsbilanzen, Teil I, 1958, S. 113; Köhler, Die Steuerreform, 1958, S. 31 ff.; Doppelmann, zitiert bei Ascher, Die Steuerbilanz, 1958, S. 276; Pfeiffer, A., a.a.O., S. 35.

415) Wandel, Auswirkungen erhöhter steuerlicher Abschreibungen, in: ZfB, 1950, S. 223 ff.

416) Dürnhammer, in: ZfB, 1950, S. 233 ff.

417) Forster, Finanzierung durch Abschreibungen, S. 8 ff. Vgl. auch ders., Die Abschreibung als Finanzierungsquelle nach der Währungsreform, in: Neue Betriebswirtschaft, 1952, S. 103 ff.

418) Golbe, Finanzierung durch Abschreibungen, I. der Ansicht von Dr. Karsten Forster, in: ZfB, 1957, S. 462 ff.

daß er die Bedeutung der Abschreibung als Finanzierungsmittel überschätze.

Schnölders⁴¹⁹⁾ erinnert ebenfalls an die primäre Aufgabe der Abschreibungen: sie sollten betriebswirtschaftlich keinen Maßstab für den wünschenswerten Umfang der Investitionen bilden.⁴²⁰⁾ Die Überbetonung der 'Fähigkeiten' der investierten Abschreibungserlöse hat zur Folge, daß die Gefahren übersehen werden, die bei nicht gleichbleibender Investition und damit sinkenden Abschreibungsbeträgen auftauchen. Die Verlockung, die schließlich genehmigten Überabschreibungen auszunutzen, ist sehr groß, so daß viele Betriebe Investitionen vornehmen,⁴²¹⁾ weil sie übersehen, daß die vorweggenommenen Abschreibungen später fehlen werden.

Da es sich bei der Kapazitätserweiterung nicht um eine Kapitalneubildung handelt, kann man diese Finanzierung auch nicht als Selbstfinanzierung bezeichnen.⁴²²⁾

Hasenack beschäftigte sich mit dieser Frage schon 1931.⁴²³⁾ Er zählt diese Finanzierung zu der scheinbaren Selbstfinanzierung,⁴²⁴⁾ da es notwendig wird, für Ersatzbeschaffungen Kapital aufzunehmen, falls die Abschreibungserlöse zu Erweiterungen benutzt wurden und keine echte Selbstfinanzierung im Zeitpunkt der Ersatzbeschaffung möglich ist. Die vorweggenommene Investition zielt auf eine Zinsersparnis und volle nutzbringende Verwendung des Kapitals im Betrieb ab.

Ähnlicher Auffassung ist Hagest.⁴²⁵⁾ Die Selbstfinanzierung setzt sich nach ihm aus zwei Faktoren zusammen, der Sammlung und der Verwendung von Geldmitteln. Bei der Anlagenabschreibung tritt die Selbstfinanzierung in unvollendetem Stadium in Erscheinung. Bis zum endgültigen Ausscheiden der Anlagegegenstände, d.h. bis zur Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung, wirken die Abschreibungserlöse als normale Selbstfinanzierungsmittel. Die Selbstfinanzierung ist erst endgültig vollzogen, wenn nun eine 'klassische' Selbstfinanzierung eintritt, d.h. aus Gewinnen Mittel in Anspruch genommen werden.⁴²⁶⁾ Der

419) Schnölders, Beitrag zur Diskussion, in: Kapitalbildung und Kapitalverwendung. Schriften des Vereins für Socialpolitik, 1953, S. 195.

420) Vgl. auch Kolbe, Gefahren der Selbstfinanzierung von Kapazitätsausweitungen, in: Betrieb, 1958, S. 1133 ff.; Hartmann, Finanzierung und steuerliche Abschreibung, ZfB, 1956, S. 616 ff.

421) Anderer Ansicht z.B. Siebert, Dichtung und Wahrheit über die Selbstfinanzierung, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 1959, S. 182 ff.

422) Vgl. die Beiträge von Lohmann, Bouffier und Schnölders in: Kapitalbildung und Kapitalverwendung, 1953, S. 175, 187, 195.

423) Hasenack, Wesen und Arten der Selbstfinanzierung, in: Die Betriebswirtschaft, 1931, S. 14.

424) Ähnlich auch Walther, a.a.O., S. 142.

425) Hagest, a.a.O., S. 77.

426) Vgl. Mellerowicz, Betriebswirtschaftslehre der Industrie, 1. Bd., 3. Aufl., S. 112.

zustand einer finanziell reibungslosen Ersatzbeschaffung - aus angesammelten Abschreibungserlösen - lasse sich mit dem Erfordernis einer rationellen Betriebsführung nicht vereinbaren.

Bei dem Kapitalerweiterungseffekt handelt es sich nicht um eine 'wunderbare Kapitalvermehrung', sondern um eine Vermögensumschichtung. 427) 428)

Den Unterschied zwischen der Vergrößerung der - modern ausgedrückt - Periodenkapazität und der Totalkapazität hat schon Polak 1926 erkannt; die Investition der Abschreibungserlöse habe zwar eine Kapazitätserweiterung, aber keine "Vergrößerung des Besitzes der Unternehmung oder des Weltreichtums" zur Folge.

Auch Rößle 429) spricht nur von einer Kapazitäts- bzw. Produktivitätssteigerung.

Neubert 430) erläutert dann 1951 - n.W. als erster - die Unterscheidung zwischen Total- und kurzfristiger Kapazität. Die Totalkapazität ist ein wertmäßiger Begriff und bestimmt den Wertansatz in der Bilanz. Sie bleibt von der Investition der Abschreibungserlöse unberührt; die kurzfristige Kapazität ist ein mengenorientierter Begriff, er ist der Ausdruck der Leistungsmöglichkeit innerhalb eines Zeitabschnitts. Durch die Abschreibungserlös-Investition findet eine 'Akkumulation' der kurzfristigen Kapazität statt. 431)

Hax gebührt das Verdienst, durch präzise Ausführungen Klarheit gebracht und bewiesen zu haben, daß durch Investition der Abschreibungserlöse eine endgültige und dauerhafte Erhöhung der Totalkapazität nicht gegeben ist. Er unterscheidet eine Kapitalumschichtung, 432) die zu einer Erhöhung der Periodenkapazität führt und durch Investierung der Abschreibungserlöse zustande kommt, wenn der Abschreibungsverlauf gleich

427) Muthesius, a.a.O., verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß - bezogen auf das Schiffsbeispiel - zwar mehr Schiffe zur Verfügung stünden, einige davon aber schon so alt und klapprig seien, daß anzunehmen sei, daß die Erträge pro Schiff sinken werden (vgl. hierzu die Diskussion Hardach-Hax, Seite 94)

428) Vgl. auch Bouffier, a.a.O., der die Auffassung vertritt, daß eine Kapitalneubildung auch bei degressiven Abschreibungen, wie sie Lohmann darstellt, nur dann vorkommt, wenn dem Markt durch richtig oder falsch kalkulierte Kosten soviel Mittel entzogen werden, daß zusätzliches Kapital in das Unternehmen fließt.

429) Rößle, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 1948, S. 159.

430) Neubert, Anlagenfinanzierung aus Abschreibungen, in: ZfHf, 1951, S. 367 ff., 415 ff.

431) Vgl. dazu auch Langen, Die Kapazitätsausweitung durch Reinvestition liquider Mittel aus Abschreibungen, in: ZfHf, 1953, S. 49 ff.

432) Hax, Die Substanzerhaltung der Betriebe, 1957, S. 226 ff.

dem Nutzungsverlauf ist (d.h. vorwiegend bei gleichbleibender Abschreibung). Nach einigen Jahren entsteht ein neuer Gleichgewichtszustand auf höherer Ebene, die Kapazitätserweiterung ist zeitlich begrenzt und einmaliger Art.

Eine 'echte' Kapazitätserweiterung, d.h. eine Erhöhung der Totalkapazität, entsteht dann, wenn der Abschreibungsverlauf dem Nutzungsverlauf vorangeht; hier sei auch ein höherer Erweiterungsmultiplikator gegeben.

Hax stellt den Unterschied heraus zwischen der Vergrößerung der Totalkapazität, die eine Vergrößerung der Periodenkapazität zur Folge hat, aber nur eintritt, wenn die Vorwegnahme der Abschreibungen dem Nutzungsverlauf vorausgeht, und der Vergrößerung nur der Periodenkapazität, die eine bloße altersmäßige Umschichtung des Anlagenbestandes ist. Aber auch diese 'echte' Erweiterung könne auf die Dauer nicht ohne Zufluß von Kapital von außen vor sich gehen. Die Erweiterung der Totalkapazität beruhe ebenfalls nur auf der Tatsache, daß praktisch Überabschreibungen vorgenommen würden und das zusätzliche Kapital durch die Art der Aufwandsberechnung aus zurückbehaltenen Gewinnen bestehe.

Falls diese Vorwegnahme der Abschreibungen in dem gleichen Maß nicht mehr möglich ist, so fehlt das Kapital zur Erhaltung der bestehenden Kapazität. Wenn kein Kapital aufgenommen wird, setzt der Kapazitäts-Schrumpfungsprozeß ein.

Die Finanzierung durch Abschreibungen ist also eine vorläufige Finanzierung,⁴³⁾ sie ist ein Vorgriff auf die Zukunft und muß später entweder durch Kapitalzuführung oder ständig neue Vorgriffe ausgeglichen werden, sonst besteht die Gefahr der Desinvestition.

Das Ergebnis dieser Untersuchungen findet in der Praxis seine Bestätigung. Die steuerlichen Sonderabschreibungen erlaubten eine Vorwegnahme der dem Nutzungsverlauf entsprechenden Abschreibung. Nach ihrer Abschaffung kamen die Unternehmungen teilweise in finanzielle Bedrängnis; verstärkte Nachfrage nach Kapital setzte ein, so daß der Gesetzgeber versuchte, durch Genehmigung der degressiven Abschreibungsmethode eine Erleichterung für die Betriebe herbeizuführen.

Die Diskussion um den Kapazitätserweiterungseffekt ist noch nicht abgeschlossen; jede neue Auseinandersetzung bringt weitere Erkenntnisse, so z.B. die Diskussion zwischen Hardach und Hax⁴³⁵⁾ in der Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung.

Ausgelöst durch den oben schon erwähnten Vortrag von Hax über die Bedeutung der

433) Hax, Die Substanzerhaltung der Betriebe, 1957, S. 261.

434) Vgl. auch Hax, Die Bedeutung der betrieblichen Abschreibungs- und Investitionspolitik für das wirtschaftliche Wachstum der modernen Industriestaaten, in: ZfHf, 1958, S. 247 ff. - Hier u.a. auch eine makroökonomische Untersuchung, in der der Einfluß dieser Erscheinung auf die jungen Industriestaaten dargestellt wird.

435) Hardach/Hax, Der Geltungsbereich des Kapazitätserweiterungseffektes, in: ZfHf, 1958, S. 530 ff.

betrieblichen Abschreibungen und der Investitionspolitik, stellt Hardach noch einige ihm unklare Fragen zur Diskussion.

Als neu erarbeitete Ergebnisse kann man festhalten:

Der Kapazitätserweiterungseffekt wird auch wirksam, wenn die Anlagen mit Fremdkapital finanziert werden; wenn der Unternehmer mit den Abschreibungserlösen einen Kredit zurückzahlt und der Geldausleiher einem anderen Unternehmer Kredit gibt, so pflanzt sich der Effekt praktisch von einem Unternehmen in das andere fort; ebenso kann er sich in gleichen Unternehmen in einem anderen Betriebsbereich fortsetzen.

Sehr ausführlich geht Hax auf die Frage Hardachs ein, ob nicht die absinkende Leistung und erhöhte Reparaturkosten bei den Maschinen im Lauf der Nutzungsdauer den Kapazitätserweiterungseffekt kompensieren würden. Wenn man die Kapazität mit der Zahl der eingesetzten Aggregate definiert, tritt der Effekt voll ein; wenn man unter Kapazität die Produktionszahl versteht (Periodenkapazität), kann sich die Auswirkung des Effektes vermindern.

Die Untersuchungen, wie der Effekt durch einen Leistungsabfall kompensiert werden kann, zeigten, daß sich bei geringem Leistungsabfall noch eine beträchtliche Steigerung der Periodenkapazität ergibt. Der Leistungsabfall muß übermäßig groß sein, um den Effekt zu kompensieren.

Die Fragen sind noch nicht alle geklärt, und es sind vor allem noch empirische Untersuchungen zur Lösung erforderlich. ⁴³⁶⁾

c) Die Beziehungen zwischen Abschreibungen und Zinsen

ca) Grundsätzliches zum Problem

Das Zinsproblem in Verbindung mit Abschreibungen war viele Jahre umstritten und ist auch heute noch nicht ganz geklärt. ⁴³⁷⁾

Grundsätzlich ist zu unterscheiden zwischen den Zinsen in der Buchhaltung und den Zinsen in der Kostenrechnung. In der Buchhaltung und in der Aufwands- und Ertragsrechnung werden nur die tatsächlich angefallenen Zinsen berücksichtigt, und zwar die Zinsaufwände und die Zinserträge.

Ein Zusammenhang zwischen Zinsen und Abschreibungen ist in der Buchhaltung dann gegeben, wenn die Anlagen mit Fremdkapital finanziert und die Abschreibungserlöse zur Rückzahlung der Kredite verwendet werden. Eine höhere Abschreibung kann in die-

436) Vgl. auch Gutenberg, ZfhF, 1955, S. 348 ff.

437) Vgl. auch Seite 20 ff.

sen Fall - vorausgesetzt, daß sie verdient wird - zur Zinersparnis führen. Andererseits können Abschreibungserlöse, falls sie außerhalb des Betriebes angelegt werden, Zinstragszinsen bringen.

Die Abschreibungen haben also in der Buchhaltung zwar Berührungspunkte mit den Zinsen, eine gegenseitige Abhängigkeit und ein daraus resultierendes Kombinieren der Abschreibungsmodalitäten und der Zinsberechnungen ist für die Buchhaltung weder zweckmäßig noch ursächlich begründbar.

Für die Kostenrechnung werden die Zinsaufwände neutralisiert und statt dessen die kalkulatorischen Zinsen berechnet, und zwar werden für das betriebsnotwendige Kapital einheitliche Zinsen in Ansatz gebracht.

Der Begriff 'betriebsnotwendiges Kapital' ist eine Hilfsgröße zur Berechnung des Zinses. Man erhält diese Summe, wenn man vom betriebsnotwendigen Vermögen (=Gesamtvermögen der Unternehmung, abzüglich der nicht betrieblichen Vermögensteile) die dem Unternehmen zinslos zur Verfügung gestellten Anzahlungen und zinslosen Lieferantenkredite abzieht. Das Anlagevermögen wird in dieser Berechnung mit dem kalkulatorischen Restwert unter Auflösung stiller Reserven eingesetzt. ⁴³⁸⁾

Die kalkulatorischen Zinsen - die Kosten sind und deshalb nicht zum Gewinn gehören - werden für Eigenkapital und für Fremdkapital berechnet, Zinsaufwände dagegen nur für das Fremdkapital. Da in der Kostenrechnung immer das betriebsnotwendige Kapital verzinst wird, welches das Anlagevermögen und das Umlaufvermögen umfaßt, verändert die Abschreibung in den meisten Fällen nichts an der zu verzinsenden Summe. Sie wird nur verringert, wenn die Abschreibungserlöse außerhalb des Betriebes angelegt werden und somit aus dem betriebsnotwendigen Kapital ausscheiden. Wenn sie jedoch im Umlaufvermögen verbleiben oder wieder investiert werden, bleibt der kalkulatorische Zinsbetrag gleich.

Eine gesetzmäßige Abhängigkeit zwischen Abschreibungen und Zinsen besteht auch hier nicht.

Es muß betont werden, daß bei einer etwaigen Kombination von Abschreibung und Zins die Abschreibungen insgesamt nicht vermindert werden dürfen, sondern am Ende der Lebensdauer sollen die Anlagen voll abgeschrieben sein bzw. die Abschreibungserlöse in Höhe des Anschaffungs- oder Wiederbeschaffungswertes zur Verfügung stehen. Zusätzlich müssen die Zinsen für die Abschreibungserlöse bzw. die Anlagenrestwerte berechnet werden.

438) Diese oder eine ähnliche Definition enthalten die LSP (Nr. 43 - 46), die Kostenrechnungsgrundsätze, die Kostenrechnungsrichtlinien und auch die Gemeinschaftsrichtlinien für das Rechnungswesen.

cb) Die Diskussion nach 1945

Schmalenbach, der nach dem zweiten Weltkrieg als einer der ersten zu diesem Problem Stellung nahm, war sich wohl nur in wenigen Fragen so unschlüssig wie hier.

Der in dieser Arbeit vorgenommenen Zeiteinteilung ungeachtet, sei ein kleiner Rückblick gestattet. 1919 nahm Schmalenbach in dem Aufsatz über "Grundlagen der dynamischen Bilanzlehre" ⁴³⁹⁾ dazu Stellung. Nach seiner Meinung befürworteten die mathematisch geschulten Autoren die Abschreibung mit Zinseszins, die nicht mathematisch geschulten bekämpften sie. ⁴⁴⁰⁾ Er hält die Abschreibungsmethode mit Zinsen dann für angebracht, wenn die Abschreibungswerte im Betrieb verbleiben. Falls die Zugänge die Abschreibungen ausgleichen, sei sie praktisch ohne Bedeutung. Zinseszinsrechnungen machen die gleichbleibenden Abschreibungen zu zunehmenden, ein Unterlassen der Zinseszinsrechnung verstärke bei degressiver Abschreibung die Degression,

Auch in der 3. Auflage seiner Dynamischen Bilanzlehre ⁴⁴¹⁾ ist er sich über dieses Problem nicht im klaren. Man könne nicht allgemein sagen, das Unterlassen der Zinsrechnung wäre ein Fehler. Falsch wäre nur ein Unterlassen, wenn man erst die Abschreibung genau abwäge und dabei den Zins zu veranschlagen vergäbe. Schmalenbach ist sich seiner Unschlüssigkeit wohl bewußt; er schreibt deshalb auch, daß eine endgültige Beurteilung auch durch seine Ergänzungen nicht erreicht sei, "es dürfte zur endgültigen Beurteilung der Frage auch weiterhin noch Material zu erwarten sein".

In dem Artikel "Über Abschreibungen" ⁴⁴²⁾ bringt Schmalenbach eingehendere Ausführungen über Abschreibungen und Zinsen. Er berücksichtigt in seinen Zinsberechnungen nur die Verzinsung der Abschreibungserlöse. Die Methode, den Zinsgewinn mit den Abschreibungsquoten zu kombinieren, untersucht er eingehend; man könne den Zins auch als Bestandteil der Abschreibungen betrachten, und nicht als Gewinn, indem man das Rückstellungskonto nicht allein mit Abschreibungen, sondern ebenso mit Zinsen der Geldanlage bilde. Was bei dieser Rechnung von der Abschreibung abgezogen werde, gehe als zu Abschreibungen benötigter Zins vom Gewinn ab. Und zwar sei der Gewinn einzusetzen, der für aus Abschreibungen stammende Geldanlagen tatsächlich erzielt werde. Da die Berechnung aber sehr kompliziert und unsicher sei, besonders wenn die Abschreibungserlöse wieder in gleichen Unternehmen investiert werden, sei es besser, Gewinnermittlung und Abschreibungen zu trennen, da es vor allem in diesen Fällen schwierig sei, die

439) Schmalenbach, Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, in : ZfhF, 1919, S. 74

440) Diese Meinung vertritt er auch noch in: Dynamische Bilanz, 10. Aufl., 1948, S. 87.

441) Schmalenbach, Dynamische Bilanz, 3. Aufl., 1925, S. 132.

442) Schmalenbach, Über Abschreibungen, a.a.O., S. 205 ff. und 391 ff.

Rente aus wieder investierten Abschreibungserlösen und ursprünglichem Kapital zu trennen.

Das Ergebnis seiner Betrachtungen ist, bei der Verteilung der Abschreibungen auf die Gebrauchsjahre den Zins zu berücksichtigen, mit der Wirkung, daß Abschreibungen die in Hinblick auf die vorhandene Nutzwertdegression eigentlich degressiv sein sollten mit Rücksicht auf die Zinseinwirkung als gleichbleibende Abschreibung behandelt werden können. Die Folge ist eine gleichmäßige Belastung der Kosten- und Aufwandsrechnung durch Zinsen und Abschreibungen, denn obwohl beim einzelnen Objekt Zins- und Abschreibungsfuß verschieden seien und sich daher nicht ausgleichen könnten, sei die Sachlage infolge der Mischung der Objekte in Hinsicht auf die Gesamtanlage anders.

Eine eindeutige Stellungnahme liegt auch hier nicht vor. Dieser Aufsatz beinhaltet den theoretischen Teil des Schmalenbach-Gutachtens, und es hat den Anschein, als wolle Schmalenbach hier die Tatsache, daß er für seine Untersuchungen in der Praxis die gleichbleibende Abschreibung anwandte, mit der Berücksichtigung der Zinsen erklären. In seinen sonstigen Veröffentlichungen hielt er ja in den meisten Fällen die degressive Abschreibung für angebracht.

Nach dem zweiten Weltkrieg griff Schmalenbach diese Fragen erneut auf.⁴⁴³⁾ Er führt die nach seiner Meinung wesentlichen Gründe dafür an, daß man in der Praxis bei Abschreibungen die Zinsen unberücksichtigt lasse: Eine gewisse Anerkennung liege in der Tatsache, daß man seit geraumer Zeit vielfach die gleichbleibende Abschreibung vorziehe, wiewohl die degressive Abschreibung an Platze wäre. Diese Erscheinung in der Praxis ist aber wohl nicht auf die Berücksichtigung der Zinsen zurückzuführen, sondern darauf, daß die gleichbleibende Abschreibung die herkömmliche, rechnerisch einfachste und - nicht zuletzt - steuerlich erlaubte Methode war.

Ein weiterer Grund nach Schmalenbach ist die Unsicherheit über die Höhe der Abschreibungssätze und daß der nicht gerechnete Zins die Funktion einer Abschreibungsreserve übernimmt. Außerdem setze die Anrechnung eines Zinses voraus, daß der Zins auch wirklich verdient werde. Wo kein Gewinn sei, da könne auch kein Zins sein. Dazu ist jedoch festzustellen, daß die Zinskosten in die Kostenrechnung eingesetzt und auch dann verdient werden können, wenn kein Gewinn erzielt wird.

Auch Krönke,⁴⁴⁴⁾ Ottel⁴⁴⁵⁾ und Rudolph⁴⁴⁶⁾ befassen sich mit Zinsproblemen und zwar wird vorwiegend die Schmidtsche Methode interpretiert.

443) Schmalenbach, Dynamische Bilanz, 10. Aufl., 1948, S. 87 ff.

444) Krönke, Zeitwert und Nutzungskosten von Anlagegütern, in: ZfB, 1951, S. 633 ff.

445) Ottel, Abschreibungen mit Zinsen, in: ZfB, 1955, S. 689 ff.

446) Rudolph, Bewertung von Anlagegegenständen, in: ZfB, 1952, S. 42 ff.

Schmidt⁴⁴⁷⁾ sieht das Zinsproblem von einer anderen Warte als Schmalenbach. Bei ihm geht es um die Verzinsung der Anlagenrestwerte. Gleichgültig, ob die Anlagen aus Eigenkapital oder Fremdkapital finanziert seien, müsse, "um eine solide Rechenbasis zu schaffen", Zins auf die in der Anlage gebundenen Werte zur Verrechnung kommen. Er nennt seine Methode "die um ersparte Zinsen steigende Abschreibung", d.h. mit zunehmender Abschreibung verringern sich die zu verzinsenden Anlagenrestwerte, dadurch sinkt die Zinsbelastung; um jedes Jahr eine gleichbleibende Summe aus Abschreibungen und Zinsen zu erhalten, muß die Abschreibung steigen. Schmidt hebt vor allem die Bedeutung dieser Rechnung für die Kalkulation hervor.

Seine Methode will er nicht als Abschreibung mit Zinseszins bezeichnet wissen, da die Summe der Abschreibungsbeträge auf jeden Fall den vollen Betrag des Anlagewertes ausmacht.

Die Zinsen werden von ihm ausdrücklich zum Betriebsgewinn gerechnet.⁴⁴⁸⁾ Er schließt sich also der Auffassung von Leitner, Simon u.a. an und will damit dem Einwand dieser Autoren begegnen, die die Berücksichtigung von Zinsen bei der Abschreibung ablehnen, mit der Begründung, daß die Zinsen eben Betriebsgewinn seien und keinen Einfluß auf die Abschreibungshöhe hätten.

Da Schmidt auch hier konsequenterweise seinen Tageswertgedanken einfügen muß, fordert er, daß in der Rechnung das Schwanken der noch abzuschreibenden Anlagewerte und der Zinssätze berücksichtigt werden müsse. Für die Berechnung erläutert er noch Vereinfachungen, da er selbst die Schwierigkeiten der praktischen Durchführung sieht.

Neben der Verzinsung der Anlagenrestwerte erkennt Schmidt auch die Bedeutung der Abschreibungserlöse für die Verzinsung; allerdings sieht er hier keinen Einfluß und keine Abhängigkeit (wie dies bei Schmalenbach der Fall ist); er will nur in der Tatsache, daß diese 'verflüssigten Anlagen' wieder Ertrag bringen - diese Fähigkeit spricht er ihnen in jedem Fall zu -, einen Beweis dafür sehen, daß seine Abschreibungsmethode mit Berücksichtigung der Verzinsung richtig ist. Die zu verzinsenden Anlagen verringern sich jedes Jahr um die Abschreibungssumme, die nun an anderer Stelle oder in anderer Form selbst eine Rente abwirft.

Die Schmidtsche Methode blieb damals ziemlich unbeachtet; erst nach dem zweiten Weltkrieg wurde sie wieder aufgegriffen. Und zwar kritisierte Krönke⁴⁴⁹⁾

447) Vgl. Schmidt, Die organische Tageswertbilanz, 3. Aufl., 1929 (bzw. Nachdruck 1951), S. 205; ders., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 1950, S. 247; ders., Die um ersparte Zinsen steigende Abschreibung, a.a.O., S. 816 ff.

448) Schmidt ordnet also die Zinsen nicht konsequent dem Gewinn oder den Kosten zu.

449) Krönke, a.a.O., S. 633 ff.

daß die Anwendung dieser Methode erhöhte Zeitwerte zur Folge hätte. Da nach Schmidt die Summe aus Zinsen und Abschreibungen jedes Jahr konstant sein soll, die Zinsen aber abfallende Tendenz haben, ergibt der dadurch hervorgerufene progressive Abschreibungsverlauf Zeitwerte, die nicht der Anlagenabnutzung entsprechen. Krönke schlägt deshalb eine andere Methode vor, die eine gleichbleibende Abschreibung als Grundlage hat und bei der die Zinsen ebenfalls durch alle Jahre hindurch die gleichbleibende Summe aufweisen, so daß auch die für die Kostenrechnung erforderliche gleichbleibende Belastung gewährleistet ist. Nach Krönke sollen nicht nur die Abschreibungen, sondern auch die Zinsen nach Leistungseinheiten umgelegt werden, so daß zu der jeweiligen Jahresabschreibung ein in sämtlichen Jahren gleichbleibender Zuschlag für Zinskosten berechnet wird. Das Ziel seiner Ausführungen ist, zu der Praxis, die sich mit der geometrisch steigenden Abschreibung und den sich daraus ergebenden überhöhten Zeitwerten nicht befreundet könne, eine Brücke zu schlagen.

Schmidt und Krönke streben also eine konstante Summe aus Abschreibung und Zins an. Während Schmidt die Abschreibungen an den Zinsenverlauf anpassen will und dadurch erhöhte Zeitwerte erhält, benutzt Krönke die gleichbleibende Abschreibung und variiert die Zinsen. Die Zinsen sind bei dieser Methode anfangs zu gering, später zu hoch.

Diesen Nachteil stellt auch Rudolph ⁴⁵⁰⁾ in seiner Kritik des Aufsatzes von Krönke heraus. Die Methode sei für die Kostenrechnung evtl. brauchbar, da sie für die beiden Kostenpositionen Abschreibung und Zins eine gleichbleibende Belastung gewährleistet. Man müsse aber auch die Abschreibungserlöse, die ihrerseits Zinsen bringen, berücksichtigen; dieser Teil sei jedoch in den ersten Jahren geringer als in den letzten. Wenn man also schon die Prämissen einer gleichbleibenden Belastung aufstelle, dann müsse man auch diesem Umstand Rechnung tragen und käme so zu der "um ersparte Zinsen steigende Abschreibung" nach Schmidt. Man könne also nicht Abschreibungen und Zins gesondert für sich betrachten und jeweils den Durchschnitt ziehen.

Zu erwähnen sind noch die Ausführungen von Ottel, ⁴⁵¹⁾ der zu dem Ergebnis kommt, daß in der liberalen Wirtschaftsordnung für die bilanzielle Rechnung eine Kombination von Abschreibungen und Zinsen nicht angebracht sei und die Berücksichtigung der Zinsen einer Auffassung entspreche, die das Betriebsgeschehen nicht als Ganzes sehe. Außerdem hänge die Verbindung von Abschreibungen und Zinsen in der Luft, sobald die Substanzerhaltung nicht gewährleistet sei, und das sei infolge der steuerlichen Bestimmungen der Fall.

Ruchti ⁴⁵²⁾ spricht dem Abschreibungsverfahren mit Zinsen ebenfalls keine

450) Rudolph, a.a.O., S. 42 ff.

451) Ottel, a.a.O., S. 689 ff.

452) Ruchti, Die Bedeutung der Abschreibung für den Betrieb, S. 35; ders., Die Abschreibung, S. 71 ff.

große Bedeutung zu. Es sei zu kompliziert und die Höhe des Zinssatzes stelle einen Unsicherheitsfaktor in der Rechnung dar.

Neuerdings wird die Zinseszinsabschreibung von Muthesius ⁴⁵³⁾ wieder zur Diskussion gestellt. Er setzt sich für eine Kombination von Abschreibungen und Zinsen ein, wobei der Abschreibungsbetrag zugunsten des Zinsertrages gesenkt werden könne, also die Summe aus Abschreibungen und Zinsen dem Ersatzkostenwert entsprechen solle. Die Unzulänglichkeit dieser Berechnung wurde oben bereits betont.

Gudehus ⁴⁵⁴⁾ baut ebenfalls die Zinsrechnung in die Anlagenrechnung ein, allerdings aus anderer Sicht. Er berechnet Anlagenwerte und Abschreibungen durch die Kapitalisierung der zukünftigen Erträge.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß das Zinsproblem in Verbindung mit Abschreibungen von fast allen Bilanzschriftstellern diskutiert wurde. Es steht auch jetzt noch zur Diskussion, da eine endgültige Klärung nicht erreicht ist. Die Probleme haben aber an Aktualität verloren, da die heute im Mittelpunkt stehenden steuerlichen Bestimmungen die Verzinsung nicht berücksichtigen.

d) Die Abschreibung als staatliche Steuerungsmaßnahme

da) Die degressive Abschreibung

Steuerliche Bestimmungen bezüglich der degressiven Abschreibungen findet man nicht erst nach dem zweiten Weltkrieg. Schon 1931 wurde in dem bekannten Urteil des Reichsfinanzhofs vom 1.7.1931 mit eingehender Begründung festgestellt, daß die degressive Abschreibung der linearen gleichwertig sei.

Dieses Urteil stützt sich auf ein Gutachten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) vom 15.6.1931.

In dem Gutachten heißt es u.a.: ⁴⁵⁵⁾

453) Muthesius, a.a.O., S. 143.

454) Gudehus, Wertentwicklung und Kapitaldienst bei Anlagegütern, in: ZfH 1954, S. 60 ff.; ders., Die Abschreibungen von Anlagegütern unter Berücksichtigung der Abnahme des Ertrages, in: ZfB 1955, S. 220 ff., 280 ff.; ders., Grundprobleme und Irrtümer bei der Anlagenbewertung, in: ZfB 1956, S. 434 ff.; ders., Bewertung und Abschreibung von Anlagen, 1959.

455) Vgl. dazu Fiedler, Grundsätze der Privatwirtschaftslehre, 1932, S. 228; Ludwig, Degressive Abschreibungen, 1955, S. 286.

Dem Reichsfinanzhof kommt es vor allem auf die Beantwortung von zwei Fragen an:

1. Inwieweit ist es nach den Anschauungen der Kaufmannschaft üblich, nicht vom Anschaffungspreis, sondern vom jeweiligen Buchwert abzuschreiben?
2. Wie wird in den Fällen, in denen vom jeweiligen Buchwert abgeschrieben wird, der Abschreibungssatz geschätzt?

zu 1. Die Mehrheit der Gutachter gibt zu, daß keine einheitliche Auffassung über das Abschreibungsverfahren besteht. In der Praxis wird je nach Sonderfall die gleichbleibende oder die degressive Abschreibung angewendet. Die Vorteile der degressiven Abschreibung sind die Vereinfachung und die Anpassung an die Leistungsfähigkeit. Der Nachteil ist die Ungleichheit der Abschreibungen, sie werden aber bei einer Vielheit der Anlagewerte nivelliert.

zu 2. Der Abschreibungssatz hängt vom Anschaffungspreis, von der Nutzungsdauer und vom Nutzungsgrad ab. Die überwiegende Mehrheit der Gutachter hält das 2-2/2 fache des Satzes der gleichbleibenden Abschreibung für richtig.

Schon 1938 kommt der Reichsfinanzhof zu einem abweichenden Ergebnis. Er hält zwar die Feststellung des Urteils von 1931 aufrecht, versagt aber in dem nun zu bearbeitenden Fall die Möglichkeit der degressiven Abschreibung.

Dieses Urteil und die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse waren der Anlaß, daß die Einkommensteuer-Richtlinien 1939 in Abschnitt 12 anordneten, daß die AfA grundsätzlich gleichbleibend zu bemessen sei. Die degressive Abschreibung war nur noch unter besonderen Umständen zugelassen.

Mit der zunehmenden Verstärkung der Zwangswirtschaft lief die Einengung der Möglichkeit, degressiv abzuschreiben, parallel. Durch das Urteil vom 5.11.1941 des Reichsfinanzhofes wird die Anwendung der degressiven Abschreibung noch mehr erschwert. Als Regel wird die gleichbleibende Abschreibung herausgestellt, die degressive Abschreibung ist nur noch in wenigen Sonderfällen erlaubt. Die Einkommensteuer-Richtlinien 1941 ließen sie dann gar nicht mehr zu.

Nach dem zweiten Weltkrieg griffen die Einkommensteuer-Richtlinien 1948/49 diese Frage wieder auf und bevorzugten die gleichbleibende Abschreibung.

Schmalenbach kritisiert, ⁴⁵⁶⁾ daß die Steuerbehörden sich nur sehr schwerfällig Schritt für Schritt zu einer Anerkennung betriebswirtschaftlicher Grundsätze durchringen. Noch 1951 heißt es in den Einkommensteuer-Ergänzungsrichtlinien, daß die degressiv

456) Schmalenbach, Dynamische Bilanz, 12.Aufl., 1956, S. 119 f.

Abschreibung nur unter besonderen Verhältnissen anwendbar sei.

Erst 1952 werden in den Einkommensteuer-Ergänzungsrichtlinien unter bestimmten Voraussetzungen degressive Abschreibungen erlaubt, und zwar für bewegliche Wirtschaftsgüter, die eine Lebensdauer über 10 Jahre haben. Das Wirtschaftsgut mußte nach dem 31.12.1951 angeschafft worden sein.⁴⁵⁷⁾ Die Abschreibungssätze waren so zu wählen, daß sich für den Beginn des letzten Jahres der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer ein etwa gleich hoher Restwert wie bei der gleichbleibenden Abschreibung ergab. Zur Erleichterung wurde in den Einkommensteuer-Ergänzungsrichtlinien 1952 eine Tabelle mit den entsprechenden Sätzen eingefügt.

Das Einkommensteuerrecht 1953 lockerte die Bestimmungen bezüglich der degressiven Abschreibungen wieder,⁴⁵⁸⁾ die wichtigste Entscheidung fällt aber der Bundesfinanzhof am 11.2.1955.⁴⁵⁹⁾ Dieser Musterprozeß löste viel Kritik aus. Das Urteil stützte sich, wie schon 1951, auf ein Gutachten des Deutschen Industrie- und Handelstages, das auf Anregung des Bundesfinanzhofes erstellt worden war. Nach Auffassung des Deutschen Industrie- und Handelstages, der auf sein Gutachten von 1951 verweist, ist die degressive Abschreibungsmethode steuer- und handelsrechtlich zulässig. Das Urteil stellt fest, daß die degressive Abschreibung nicht dem Einkommensteuerrecht widerspreche. Sie könne in steigendem Erhaltungsaufwand und in der Gefahr der Veralterung auf Grund des technischen Fortschritts begründet sein. Der Kaufmann könne das jeweilige Abschreibungsverfahren nicht willkürlich wählen, sondern habe sich nach den betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten zu richten.

Der Bundesfinanzhof teilt die Abschreibungsarten wie folgt ein: gleichbleibende, ansteigende und abfallende Abschreibung. Bei letzterer gibt es drei Arten; und zwar mit ungleich fallenden Sätzen vom Anschaffungswert, mit gleichmäßig fallenden Sätzen (digitale Abschreibung), mit gleichbleibenden Prozentsätzen vom jeweiligen Restwert.

Obwohl der Deutsche Industrie- und Handelstag in seinem Gutachten betont hatte, daß die Kalkulation, besonders in der Marktwirtschaft, keine Grundlage dafür abzugeben vermöge, welcher Abschreibungsaufwand den einzelnen Produktionsabschnitten zuzurechnen sei, traf der Bundesfinanzhof die Feststellung, daß für die Ermittlung der Abschreibungssätze auch das Vorgehen des Kaufmanns in der Kalkulation bedeutsam sei, d.h. wenn in der Kalkulation die gleichbleibende Abschreibung angewendet werde, müssen die Gründe für eine andere Handhabung der Abschreibung in der Bilanz angegeben werden.

Diese Entscheidung des Bundesfinanzhofes löste heftige Kritik aus. Sie war Anlaß für eine Untersuchung Mellerowicz über die Abschreibungen in Erfolgs- und Kosten-

457) Vgl. dazu Grass, a.a.O., S. 391 ff., Mellerowicz, Abschreibungen in Erfolgs- und Kostenrechnung, 1957, S. 95 f.

458) Die Abschreibungssätze wurden erhöht und galten auch für Wirtschaftsgüter, die vor dem 21.6.1948 angeschafft bzw. hergestellt worden waren.

459) Urteil abgedruckt in Bundessteuerblatt Teil III, 1955, S. 165.

rechnung, ⁴⁶⁰⁾ in der mit Nachdruck eine Maßgeblichkeit der Kalkulation für die Steuerbilanz abgelehnt wird. Die Zwecksetzung von steuerlicher und kalkulatorischer Abschreibung sei so verschieden, daß keinerlei Abhängigkeit festgestellt werden könne. Während in der Kalkulation die gleichbleibende Abschreibung angebracht sei, ⁴⁶¹⁾ müsse bei den derzeitigen Verhältnissen in der Bilanz degressiv abgeschrieben werden.

Auch Gübbels ⁴⁶²⁾ untersucht eingehend die Unterschiede der Abschreibungen in der Kalkulation und der Steuerbilanz im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesfinanzhofes vom 11.2.1955.

Obwohl dieses Urteil nicht in allen Teilen Klarheit gebracht hat, wird im Schrifttum anerkannt, daß von der Steuerbehörde aus die betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten und Erfordernisse die maßgebenden sind, nicht die finanzpolitischen und auch nicht die Steuerersparnis. ⁴⁶³⁾ Entscheidend für die Wahl der Abschreibungsmethode ist die Entwicklung des Nutzwertes der Anlage während der Nutzungsdauer. Schmalenbach hatte schon in anderem Zusammenhang festgestellt, ⁴⁶⁴⁾ daß es jeder vernünftigen Wirtschaftsüberlegung widerspreche, die Dinge schematisch zu behandeln und von Anschaffungstermin, Lebensdauerschätzungen und der Beweglichkeit der Anlagen abhängig zu machen.

Bei der Steuerreform 1958, einem Glied der sog. permanenten Steuerreform, wurde die degressive Abschreibung erstmals in das Gesetz aufgenommen.

Der neu gefaßte § 7 EStG erlaubte die degressive Abschreibung für bewegliche Anlagegüter ohne Rücksicht auf die Nutzungsdauer, und zwar durfte der anzuwendende Prozentsatz höchstens das 2,5fache des bei der gleichbleibenden Abschreibung in Betracht kommenden Prozentsatzes betragen und 25% nicht übersteigen. § 52 Ziffer 11 EStG gestat-

460) Mellerowicz, Abschreibungen in Erfolgs- und Kostenrechnung; vgl. dazu auch Leitz, Abschreibungen in Erfolgs- und Kostenrechnung, in: ZfB 1957, S. 458 ff.

461) Vgl. auch Kosiol, Anlagenrechnung, S. 73

462) Gübbels, Die steuerliche Abschreibung in gegenwärtiger Sicht unter besonderer Beachtung der neuesten Rechtsprechung, in: Steuerberater Jahrbuch 1955/56, 1956, S. 40.

463) Weitere Literatur zum BFH-Urteil vom 11.2.1955: Ascher, a.a.O., S. 273; Brönnel, Die Bilanz nach Handels- und Steuerrecht, 5. Aufl., 1956, S. 167; Fürst, a.a.O., S. 9; Gnan, Grundfragen der Abschreibung, in: Steuern und Unternehmungspolitik. Herausg. von Heinen, S. 44; Gübbels, Handbuch der steuerlichen Abschreibung, 1956, S. 34, 51; Hintzen, Wirtschaftliche Wirkungen der Steuern, 1956, S. 113; Kuntze-Hatnik, Das gesamte Einkommensteuerrecht 1955/56, S. 95; dieselben, 30 Jahre Rechtsprechung des RFH und des BFH zum Einkommensteuerrecht 1925 - 1955, S. 160; Ludwig, a.a.O., S. 2.

464) Schmalenbach, Dynamische Bilanz, 12. Aufl., 1956, S. 120.

tet noch einige Ausnahmen.

Nach § 11 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 1958 i.d.F. vom 13.3. 1959 konnten ebenso andere Verfahren der degressiven Abschreibung zur Anwendung kommen, also auch die digitale Methode. Die Einkommensteuer-Richtlinien 1958 enthalten eine Tabelle für die Höchstgrenze der degressiven Abschreibung.

Auf Grund des § 7 EStG kann die digitale Abschreibung lediglich angewendet werden, wenn die abzuschreibenden Güter eine längere Lebensdauer als 7 Jahre haben, da nur in diesem Fall der Abschreibungssatz im ersten Jahr nicht höher als 25% ist,⁴⁶⁵⁾

Als der Kampf um die degressive Abschreibung nun zugunsten der Wirtschaft entschieden war, meldeten viele Fachleute Bedenken gegen die Überbetonung der degressiven Abschreibung an.

Neben der Forderung, die Abschreibungen nach den betriebswirtschaftlich notwendigen Aspekten auszurichten und als Hauptzweck der Abschreibung die Aufwandsdeckung anzustreben, wird vor allem eindringlich darauf hingewiesen, daß die degressive Abschreibung keine Steuerersparnis, sondern eine Steuerstundung darstelle. Die bei der degressiven Abschreibung in späteren Jahren geringeren Quoten haben eine erhöhte Besteuerung zur Folge. Ein Ausgleich ist nur möglich, wenn in gleichem Umfang weitere Investitionen mit gleicher AfA erfolgen. Sobald ein Rückgang der Investitionen oder ein AfA-Wechsel eintritt, wird sich die erhöhte Steuerlast verstärkt bemerkbar machen.⁴⁶⁶⁾

Kolbe⁴⁶⁷⁾ warnt vor planloser Investierung im Hinblick auf einen späteren Rückgang der durch die degressive Abschreibung gewonnenen Abschreibungserlöse.

Als weiter zu beachtender Gesichtspunkt wurde der sog. kritische Punkt (breaking point) erwähnt. Man versteht darunter den Zeitpunkt, bei dem die jährlichen Abschreibungsquoten bei der degressiven Abschreibung kleiner werden als bei der gleichbleibenden Abschreibung. Vogt⁴⁶⁸⁾ und Hintzen⁴⁶⁹⁾ haben sich mit dieser Berechnung beschäftigt und kommen zu dem gleichen Ergebnis. Für die Sätze, die praktisch verwendet werden und auf steuerliche Anerkennung rechnen können, gilt die Regel vom gleichbleibenden kritischen Jahr; so ist z.B. bei 5% normaler Abschreibung

465) Vgl. dazu Köhler, a.a.O., S. 36; Lantau, zitiert bei Grass, a.a.O., S. 394 ff.

466) Vgl. dazu Ludwig, a.a.O., S. 17; Hornung, Der Einfluß der Ertragsbesteuerung auf die Liquidität der Unternehmungen, 1956, S. 36; Hintzen, a.a.O., S. 102; Hartmann, Finanzierung und steuerliche Abschreibung, in: ZfB, 1956, S. 616 ff.

467) Kolbe, a.a.O., S. 1133 ff.

468) Vogt, Bilanztaktik, S. 91 f.

469) Hintzen, a.a.O., S. 102

das kritische Jahr das achte; bei 10% Abschreibung das fünfte, bei 15% Abschreibung das dritte Jahr usw.

Da man die Gefahren der degressiven Abschreibung erkannte und wußte, wie sehr die Abschreibung Instrument der Konjunkturpolitik geworden war - die Bank deutscher Länder hatte in ihrem Monatsbericht im Mai 1956 die Investitionsimpulse erzeugenden Wirkungen der degressiven Abschreibung betont-, wurden aus der Praxis die Befürchtungen laut, daß eine Drosselung der degressiven Abschreibung zu erwarten sei.

So glaubt Esser, ⁴⁷⁰⁾ daß bei Einschränkung oder sogar Abschaffung der degressiven Abschreibung ein Loch entstünde, das sehr unangenehme Folgen hätte, da in den Übergangsjahren mehr Steuern bezahlt werden müßten und diese Mittel bei der Ersatzinvestition fehlen würden.

Die extreme Form der degressiven Abschreibung wird einerseits für eine Begünstigung vor allem der anlageintensiven Unternehmungen gehalten, aber andererseits wird befürchtet, daß eine völlige Aufhebung der degressiven Abschreibung über das wirtschaftlich Sinnvolle hinausginge. ⁴⁷¹⁾

Trotz dieser Vorahnungen traf es die Unternehmungen aber doch überraschend, als am 9.3.1960 zwar kein Abschreibungsverbot, aber doch eine Einschränkung erfolgte, und zwar wurde der Abschreibungssatz der degressiven Methode von 25% auf 20% herabgesetzt. Die staatlichen Stellen wollten damit eine Dämpfung der Konjunktur erreichen. Gegen diese Maßnahmen wurden sofort von seiten der Praxis Einwendungen erhoben; der Bundesverband der deutschen Industrie und andere Stellen gaben u.a. folgende Gründe an, die gegen eine Senkung des Abschreibungsprozentsatzes sprechen: Es werde nur ein Teilbereich der Investitionsgüterindustrie betroffen, ferner würden langfristige Investitionsplanungen der Unternehmer umgestürzt werden, die Maßnahmen würden erst in der Zukunft wirksam werden, dann sei die Wirtschaftsbewegung vielleicht schon wieder rückläufig. Auch für die Banker sei diese Bestimmung von großer Bedeutung, da Kreditplanungen und Rückzahlungsmodalitäten in Übereinstimmung mit dem Abschreibungsturnus gebracht werden.

Die weitere Entwicklung muß nun zeigen, ob diese Befürchtungen der Praxis berechtigt sind und ob ferner die Wirkungen dieser Einschränkungen den Erwartungen der staatlichen Stellen entsprechen werden.

Das Problem der degressiven Abschreibung wurde sehr ausführlich behandelt, da es besonders deutlich die sich in diesem Zeitraum entwickelnde Tendenz zeigt, mit den Abschreibungen betriebspolitische und wirtschaftspolitische Ziele zu erstreben.

⁴⁷⁰⁾ Esser, a.a.O., S. 194.

⁴⁷¹⁾ Vgl. dazu auch Günther, Um die degressive Abschreibung, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 1956, Heft 18, 39.

db) Weitere gesetzliche Vorschriften und Richtlinien

Auch andere gesetzliche Vorschriften und Richtlinien enthielten für die Abschreibungen wesentliche Bestimmungen. Im folgenden sei ein kurzer Überblick über sie angefügt:

Umwälzende Vorschriften für Bilanzierung und Abschreibung brachte das DM-Bilanzgesetz vom 21.8.1949.⁴⁷²⁾ Grund für den Erlass war, das Rechnungswesen der Unternehmen an die Währungsumstellung anzupassen. Die Bilanzen hatten keine Aussagekraft mehr; sie enthielten bei den Anlagewerten meist nur noch Merkposten auf Grund der Abschreibungsfreiheiten, die vor und während des Krieges in Anspruch genommen worden waren; außerdem waren die Anlagen völlig veraltet und erneuerungsbedürftig. Die Gegenwerte der Anlagen standen aber nicht mehr zur Verfügung, da die restlichen flüssigen Mittel noch durch die Währungsumstellung wertlos geworden waren.

Die Bestimmungen der DM-Bilanzierung gleichen in vielem denen der Goldmarkumstellung; sie streben aber erstmalig eine Einheitsbilanz in handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Hinsicht (zum 21.6.1948) an.

Besonderes Augenmerk wurde auf die Bewertung gelegt. Sie war bei den Anlagen wichtig, da die neuen Werte die Basis für die späteren Abschreibungen bildeten. Für die Aufstellung der DM-Eröffnungsbilanz galten die Bilanzgrundsätze der Bilanzwahrheit, Klarheit und Einheitlichkeit; die der Bilanzkontinuität und der Bilanzidentität wurden durchbrochen.

In § 18 DMBG wird als Wert der gewöhnliche Wiederbeschaffungswert unter Berücksichtigung der tatsächlichen Gesamtnutzungsdauer im Verhältnis zur bisherigen tatsächlichen Nutzung vorgeschrieben. Die Absätze a, b, c des Abs. III § 18 geben die verschiedenen Bewertungsmöglichkeiten an.⁴⁷³⁾ Die gesetzlich zugelassenen Werte liegen zum Teil über den objektiv richtigen, doch sollte den Unternehmen die Möglichkeit der Finanzierung über die Abschreibungen gegeben werden. Allerdings kamen die Betriebe insofern in eine schwierige Lage, als bei der Entscheidung über den Wertansatz Abschreibungsmöglichkeiten und zu erwartende Lastenausgleichsverpflichtungen gegeneinander abgewogen werden mußten.

Die meisten Unternehmer entschieden sich angesichts des großen Kapitalmangels für einen höheren Wertansatz. Viele Fachleute bezeichnen diese daraus resultierenden erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten als einen der Hauptgründe des "deutschen Wirt-

472) DM-Bilanzgesetz vom 21.8.49; DM-Ergänzungsgesetze vom 28.12.50, 20.12.52, 21.6.55, 28.3.56. Steuerliche Richtlinien vom 6.7.50, 28.3.50.

473) Vgl. dazu u.a. Kosiol, Anlagenrechnung, S. 223 ff.; Berg, Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (DM-Bilanzgesetz), in: Greifzu, Neuzeitliches Rechnungswesen, 1958, S. 700; Merkle, DM-Eröffnungsbilanzen, in: HWB, 3. Aufl., 1956, Sp. 1443; Bühler, Steuerrecht, 1958, S. 97 ff.

schaftswunders". 474)

Durch die DM-Eröffnungsbilanz konnten stille Reserven aufgelöst werden, und zeigte sich, daß bei vielen Unternehmen die Überabschreibungen der vergangenen Jahre 'rückgängig' gemacht, d.h. die Anlagen wieder höher eingesetzt werden konnten.

Auch das Einkommensteuergesetz 1949 brachte für die notleidende Wirtschaft Abschreibungserleichterungen; die bisherige scharfe Besteuerung sollte gedämpft und den Unternehmen die Möglichkeit der Finanzierung über die Abschreibungen gegeben werden, und zwar über die Bewertungsfreiheit gemäß § 7 EStG.

Die Unternehmungen hatten die Möglichkeit, bei Ersatzbeschaffungen 475) beweglicher Anlagegüter neben den gewöhnlichen Abschreibungen entweder 50% zusammen in 1. und 2. Jahr der Anschaffung (nicht über insgesamt DM 100 000.-) abzuschreiben oder in 1. und 2. Jahr je 15% (ohne Obergrenze). Das Ersatzwirtschaftsgut mußte in der Zeit vom 1.1.49 - 31.12.52 angeschafft oder hergestellt sein.

Daneben gab es auch wieder Sofortabschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter, der Betrag wechselte von 500.- auf 200.- und steht nun bei 600.-.

In den folgenden Jahren wurden die großzügigen Finanzierungshilfen über § 7a EStG eingeschränkt. 476) Es wurde aber - sozusagen als Ausgleich dafür - die degressive Abschreibung in gewissem Maße anerkannt.

Auch das Investitionshilfegesetz vom 7.1.1952 kann man als eine Verlängerung der Vergünstigung des § 7a EStG bezeichnen, allerdings nur für die Grundstoffindustrie also einen begrenzten Kreis. 477)

474) Vgl. dazu auch Hartmann, Die Finanzierungsfunktion des 'Eigenkapitalersatzes', in: ZfHf, 1959, S. 133; Klinger, a.a.O., S. 113 ff.

475) § 7a (2) EStG bezeichnet als Ersatzbeschaffung solche Wirtschaftsgüter, die angeschafft werden, um nach dem 1.1.1939 aus dem Betriebsvermögen ausgeschiedene Güter zu ersetzen.

476) Die Bestimmungen des § 7a EStG liefen am 31.12.1958 aus. Durch das Steuer-Änd.Ges. von 1958 wurde der § 7 neu gefaßt.

477) Die Grundstoffindustrie umfaßt den Kohlen- und Eisenerzbergbau, die eisenschaffende Industrie, die Energie- und Wasserwirtschaft. - Vgl. dazu auch Bühler, Steuerrecht 2. Band, 3. Aufl., 1958, S. 208; ders., Bilanz und Steuer, 5. Aufl., 1952, S. 283; Für a.a.O., S. 141 f.; Trumpler-Falk, Die Bilanz der Aktiengesellschaft, 1953, S. 53; Handelsblatt vom 18./19.7.1958. - Forster (Finanzierung durch Abschreibungen, 1955, S. 16) vergleicht die Bestimmung des IHG mit den Bestimmungen in Ländern mit zentraler Planwirtschaft, in denen die Gegenwerte der Abschreibungen zentral gesammelt und an Stellen geleitet werden, wo sie am dringendsten benötigt werden. Auch beim IHG werden die Abschreibungswerte für gewisse Zeit nach den Erfordernissen der Wirtschaft umgelenkt.

Diese Industriezweige erhielten neben den für sie von nahezu der gesamten gewerblichen Wirtschaft aufgebrachten Investitionsmitteln den Vorzug der Sonderabschreibungen (§ 36 IHG). Es konnten bei beweglichen Gütern insgesamt 50% abgeschrieben werden, bei unbeweglichen Gütern 30%, und zwar für Anschaffungen und Herstellungen von Anlagegütern in der Zeit vom 1.1.52 - 31.12.54 im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und in den beiden folgenden Jahren, für Anschaffung und Herstellung im Jahr 1955 in diesem und im folgenden Jahr. Diese Überabschreibungen konnten neben den normalen Abschreibungen vorgenommen werden. Den Unternehmungen wurde aber zur Auflage gemacht, die Gegenwerte dieser Sonderabschreibungen sofort wieder für Investitionen zu verwenden.

Hardach ⁴⁷⁸⁾ stellte Untersuchungen über die Auswirkungen des Investitionshilfegesetzes an. Die über § 36 IHG in Anspruch genommenen Sonderabschreibungen werden auf über 1,0 Mrd. DM geschätzt. Die acht größeren Hüttenwerke des Ruhrgebietes konnten bis Ende 1955 ein Drittel ihrer Investitionen seit dem 1.1.1952 aus Sonderabschreibungen finanzieren.

Die veränderten Verhältnisse in der Nachkriegszeit erforderten u.a. auch eine Anpassung der früheren Bestimmungen über die Kostenrechnung und die Preisermittlung.

1951 wurden vom Bundesverband der Deutschen Industrie die Grundsätze für das Rechnungswesen (GfR) herausgegeben, die von einem Länderfachausschuß des Bundeswirtschaftsministeriums ausgearbeitet worden waren. Diese Grundsätze, die man als Ersatz der Kostenrechnungsregeln und der Kostenrechnungsgrundsätze bezeichnen kann, waren keine gesetzlichen Bestimmungen, sondern lediglich generelle Empfehlungen und Anregungen. Die Buchführung und die Kostenrechnung sollten aufeinander abgestimmt werden. Darauf aufbauend veröffentlichte der Bundesverband der Deutschen Industrie die Gemeinschaftsrichtlinien für das Rechnungswesen, und zwar die Gemeinschaftsrichtlinien für die Buchführung (GRB) und die Gemeinschaftsrichtlinien für die Kosten- und Leistungsrechnung (GRK). ⁴⁷⁹⁾

Zum Unterschied zu früheren Erlassen bezüglich der Kostenrechnung bestimmen diese Vorschriften, daß die verbrauchsbedingten Abschreibungen auf der Grundlage der Wiederbeschaffungspreise berechnet werden können (GfR A 323 211; GRK 121 61).

In den Gemeinschaftsrichtlinien für die Kosten- und Leistungsrechnung wird auch zwischen fixen Abschreibungen (z.B. für die Berücksichtigung des technischen Fortschritts) und variablen Abschreibungen (entsprechend dem Verschleiß der Anlagen) unterschieden. (K 26615).

478) Hardach, Im Spiegel der Bilanzen, in: Deutsche Stahlindustrie. Beilage zu: Der Volkswirt, 1956.

479) Herausgegeben vom Bundesverband der Deutschen Industrie, Betriebswirtschaftlicher Ausschuß, Verlag für Rechnungswesen und Organisation GmbH, Frankfurt/Main, 1949/51.

Diese Änderungen in den Bestimmungen zeigen, daß man sich auf die Erkenntnisse der Theorie und die Erfahrungen der Praxis stützte, so vor allem bei dem Einsetzen des Tageswertes in die Kalkulation, ein Vorgehen, das von Theorie und Praxis schon lange als notwendig erkannt wurde.

Die gleiche Tendenz findet man in den Preisermittlungsvorschriften. Die am 21.11.1953 erlassenen Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund der Selbstkosten (LSP) lösten die LSÜ ab. Auch hier kann der Wiederbeschaffungspreis (Tageswert) in Ansatz gebracht werden, falls Abweichungen vom Anschaffungswert erheblich und nicht nur vorübergehend sind. ⁴⁸⁰⁾ Außerdem wurde der vielumstrittene Grundsatz der Einmaligkeit der Abschreibungen aufgehoben. Die bei den in gleichen Zeitabständen vorzunehmenden Schätzungen der Nutzung sich ergebenden Mehr-(bzw. Minder-) abschreibungen können als Abschreibungswagnis eingesetzt werden; ⁴⁸¹⁾ außerdem sind unter besonderen Bedingungen Sonderabschreibungen zugelassen. ⁴⁸²⁾

Die Neuformulierung der Anordnungen über die Preisbildung bei öffentlichen Aufträgen war außerdem erforderlich wegen der veränderten Wirtschaftspolitik; die gelenkte Wirtschaft war von der Marktwirtschaft abgelöst worden. Deshalb bestimmt die Verordnung über die Preise bei öffentlichen Aufträgen (VPöA), daß bei der Festsetzung der Preise der Marktpreise der Vorzug zu geben ist; nur wenn keine Marktpreise vorliegen, sollten die Bestimmungen der LSP beachtet werden.

e) Zusammenfassender Ergebnisbericht

Der Erlaß gesetzlicher Vorschriften in großem Umfang ist das besondere Kennzeichen der vorstehend besprochenen Entwicklungsperiode.

Die Lösung eminent bedeutender betriebswirtschaftlicher Aufgaben in den einzelnen Unternehmungen wurde durch staatliche Einflußnahme in erheblichem Maß gesteuert und gefördert. So hat der Staat die Finanzierungsfunktion der Abschreibung auf dem Weg über die fiskalische Einflußnahme besonders wirksam werden lassen, um der investitions hungrigen Wirtschaft die nötigen Finanzierungsmittel ohne größere staatliche Zwangsverteilungen

480) LSP Nr. 38.

481) LSP Nr. 39.

482) Vgl. in diesem Zusammenhang: Deckers, a.a.O., S. 246; Fischer, LSÜ Kosten und Preis 1941; ders., LSÜ-LSP, Kosten und Preis, 2. Aufl., 1954; ders., Die Neuregelung von Preisen und Kosten für Aufträge von öffentlichen Auftraggebern, in: ZfB, 1954, S. 86; Grochla, Die Kalkulation von öffentlichen Aufträgen, 1954; ders., Kostenrechnungsvorschriften, -richtlinien und -regeln, in: HWB, 3. Aufl., 1956, Sp. 3457; Pribilla, Kostenrechnung und Preisbildung, 1959.

maßnahmen zu gewähren, was ja dem Charakter unserer wirtschaftspolitischen Ordnung widersprochen hätte.

Die Folge war, daß die Wirtschaft nicht nach kostenminimierenden Gesichtspunkten abschrieb, also so, wie es eine betriebswirtschaftlich gebotene Aufwandsverteilung im Interesse einer strengen Wettbewerbspreispolitik erfordert hätte, sondern so, daß die steuerliche Belastung möglichst gering war.

Der Einfluß der Steuergesetzgebung auf die Auslegung des Abschreibungsbegriffes und auf die Zwecksetzung der Abschreibung ist unverkennbar. Pentzlin⁴⁸³⁾ spricht von einer Umformung des Wirtschaftsdenkens, Scherpf⁴⁸⁴⁾ von einer Umkehrung bisher als gesichert angesehener betriebswirtschaftlicher Grundsätze.⁴⁸⁵⁾

Man möge sich aber keine Illusionen darüber machen, daß der Staat die großzügigen Geschenke (= Sonderabschreibungen) allein im Interesse der Unternehmungen angeboten hätte, vielmehr sollten die Auswirkungen der Abschreibung zur Entfaltung der Konjunktur beitragen. Die Abschreibung wurde nunmehr als konjunkturpolitisches Instrument benutzt, vor allem zur Förderung und Steuerung der Kapitalbildung. Die Bestimmungen der Nachkriegszeit haben so die Investitionsmöglichkeiten in den Betrieben systematisch gefördert z.B. die Sofortabschreibung, die Sonderabschreibung nach § 7 EStG), indem als Folge der erhöhten Abschreibungserlöse, die in der sich expandierenden Wirtschaft und bei steigenden Preisen laufend erzielt werden konnten, zusätzliche Mittel für Investitionszwecke zur Verfügung standen.

Mit den gestiegenen Investitionen ergab sich naturgemäß für die Investitionsgüterindustrie ein beträchtlicher Aufschwung durch die verstärkte Nachfrage.

Eine gezielte Investitionsförderung war darüber hinaus das Investitionshilfegesetz, und zwar zugunsten eines speziellen Industriezweiges. Diese Steuervergünstigungen, die meist um jeden Preis in Anspruch genommen wurden, werden als Grund für die Konjunkturüberhitzung 1955/56 in der Investitionsgüterindustrie angesehen, da das Auslaufen des § 36 IHG eine beträchtliche Auftragswelle ausgelöst hatte.⁴⁸⁶⁾

Diese staatlich gesteuerten Abschreibungsmöglichkeiten schlossen praktisch

483) Pentzlin, zitiert bei Gübbels, Handbuch der steuerlichen Abschreibung, 1956, S. 95.

484) Scherpf, Betriebswirtschaftliche Steuerpolitik, in: HWB, 3. Aufl., 1956, Spalte 5173.

485) In diesem Zusammenhang ist ein Beispiel, das Schmolders (Finanzpolitik, 1955, S. 217) anführt, interessant: Eine amerikanische Versicherungsgesellschaft kauft den Industriebetrieben die Anlagen ab und vermietet sie zurück. Da die Miete von der Steuer absetzbar ist, ergibt sich eine Steuerersparnis.

486) Vgl. Scherpf, Betriebswirtschaftliche Steuerpolitik, a.a.O., Sp. 5180.

die Handhabung betriebswirtschaftlicher Abschreibungsgrundsätze aus. Wenn auch viele Fachleute der Überzeugung sind, daß die Unternehmungen diese Abschreibungs- und Investitionsmöglichkeiten nur dann in Anspruch nahmen, wenn es die betrieblichen Verhältnisse erforderten und erlaubten, ⁴⁸⁷⁾ so waren jedoch die unmittelbaren Steuerersparnisse ein zu große Verlockung, Abschreibungen bzw. Investitionen in dem irgend möglichen Umfang vorzunehmen.

Auf die Dauer gesehen, ist eine Steuerersparnis als Folge der Inanspruchnahme der sog. steuerlichen Finanzierungshilfen jedoch nur in speziellen Fällen möglich.

Durch geschicktes Manipulieren können die Jahre, in denen ein hoher Gewinn vorliegen würde, mit überhöhten Abschreibungen belastet werden, so daß eine Minderung der Steuerlast eintritt.

In Falle einer späteren Steuersenkung wird das Unternehmen einen finanziellen Vorteil daraus ziehen, daß die aus den geringeren Abschreibungsmöglichkeiten sich ergebenden höheren Gewinne zu einem niedrigeren Satz versteuert werden müssen.

Daß durch das spätere Versteuern der Gewinne außerdem eine Zinsersparnis entsteht, ist offensichtlich.

Die betriebswirtschaftlichen Aufgaben der Abschreibungen wurden also von der Steuer überlagert, die sie auf Grund gesetzlicher Bestimmungen oder Verordnungen erfüllen mußten oder sollten und die von den verschiedenen Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik abhängig waren.

Die Finanzierungsfunktion der Abschreibung als die Abschreibungsaufgabe zu bezeichnen, ist problematisch, denn man kann die Berechnung der Abschreibung nicht davon abhängig machen, ob die Abschreibungserlöse wirklich in den Betrieb zurückfließen und auch für Ersatzbeschaffungen verwendet werden.

487) Vgl. z.B. Siebert, a.a.O., S. 182 ff.

S c h l u ß b e m e r k u n g

Im Verlauf der Bearbeitung hat sich gezeigt, daß die Abschreibungslehre nicht nur ein Substrat betriebswirtschaftlicher Theorien ist, sondern auch ein gedanklicher Komplex, der auf Erfahrungen der Praxis basiert und vom jeweiligen Wirtschaftsgeist ⁴⁸⁸⁾ weitgehend beeinflusst ist.

Eine allgemeine Abschreibungstheorie, die letzten Endes zu einer wissenschaftlichen Einheitlichkeit führen müßte, ist kaum denkbar und kann deshalb auch doktrinär nie vertreten werden; dazu sind die einzelnen Fragestellungen der Abschreibungslehre materiell schon zu problematisch, und vor allem formell oft miteinander unvereinbar, d.h. in ihrer logischen Voraussetzung zur Klärung der Sachverhalte oft ungeeignet.

Auf der materiellen Seite ist das Problem schon deshalb schwierig zu fassen, weil die Bestimmungsfaktoren der Abschreibung – das sind Abschreibungswertgrundlage, Abschreibungsmethode und Lebensdauer des abzuschreibenden Objekts – den Verhältnissen des Betriebes und den den Ablauf des Betriebsgeschehens beeinflussenden Größen angepaßt werden müssen. Außerdem können die Entwertungsgrößen fast nur durch Schätzungen ermittelt werden. Die Vorschläge, diese Schätzungen durch 'genaue Berechnungen' zu ersetzen, sind für die Praxis oft unverständlich und unanwendbar. Außerdem bezwecken sie vorwiegend, die Kontinuität in der Abschreibungsermittlung sicherzustellen. Der Grundsatz, eine gewisse Abschreibungswahrheit, einen gewissen Abschreibungsrealismus zu beachten, wird dabei oft vernachlässigt. Insgesamt gesehen, sind aus den angeführten Gründen weder mit Schätzungen noch mit Berechnungen materiell 'richtige', 'wahre' Abschreibungsquoten zu ermitteln, so daß die Vorschläge für eine Steigerung der Genauigkeit der Berechnung ins Minuziöse oft als überspitzt erscheinen.

Die Genauigkeit bei der Feststellung der Abschreibung ist jeweils durch ihre Zwecksetzung (und die Möglichkeiten der Schätzung) bestimmt; man kann hier von einer Zweckadäquanz der Genauigkeit sprechen.

Die Berechnung der bilanziellen Abschreibung z.B. wird auch von Motiven beeinflusst, die unabhängig von Abschreibungsursachen (z.B. technischen) sind. Die

488) Vgl. Lütge, a.a.O., S. 451, 479 f.

Abnutzung ist zwar ein Maßstab für die Abschreibung, daneben wird deren Ermittlung aber auch von der Dividendenpolitik, der Liquiditätslage, den steuerlichen Bewertungsvorschriften und der Anpassung an die Ertragslage beeinflusst. Die Abschreibung ist zu sehr Instrument betriebspolitischer Entscheidungen, als daß sie in diesem Bereich noch zuverlässige Aussagekraft über die Höhe der wirklichen Wertveränderung haben könnte. Ein Ausgangswert der Berechnung ist zwar gegeben (z.B. der Anschaffungswert), aber der Ansatz der Nutzungsjahre, die Wahl der Abschreibungsmethode und die Gewichtung der wertmindernden bzw. -verzehrenden Faktoren geben noch genügend Spielraum für eine bilanzpolitische Manipulation der Abschreibungen.

Diese betriebspolitischen Einflüsse werden bei der kalkulatorischen Abschreibung weitgehend unberücksichtigt gelassen, da sie mit der Zielsetzung der Kostenrechnung nicht vereinbar sind. Die kalkulatorischen Abschreibungen, die zu den kalkulatorischen Kosten gehören, nähern sich deshalb einer 'genauen' Abschreibung. Sie werden losgelöst von den (neutralisierten) bilanziellen Abschreibungen in Ansatz gebracht. Maßgebend ist hier der durch den Produktionsprozeß verursachte tatsächliche Wertverzehr. Er ergibt sich aus der technischen und wirtschaftlichen Abnutzung. ⁴⁸⁹⁾

Diejenigen Entwertungsursachen, die zwar voraussehbar, aber nicht genau bestimmbar sind, dürfen nach den kalkulatorischen Grundsätzen bei den kalkulatorischen Abschreibungen nicht berücksichtigt werden, ⁴⁹⁰⁾ sondern sind den kalkulatorischen Wagniskosten zuzuordnen. Für die kalkulatorischen Abschreibungen sind grundsätzlich nur die Wertminderungen erheblich, die ausreichend sicher feststellbar sind. Die Grenzen zwischen diesen beiden kalkulatorischen Kostenarten sind sehr flüssig.

- Es ist interessant, in diesem Zusammenhang den eigentümlich flexiblen Charakter der Abschreibung einmal im Lichte ihrer Eigenschaft als kalkulatorische Kostenart zu betrachten.

Gemeinhin rechnet man zu den Zusatzkosten den kalkulatorischen Unternehmerlohn, die kalkulatorischen Wagniskosten, die kalkulatorischen Zinsen und die kalkulatorischen Abschreibungen. Der Ansatz dieser Kosten hat sich in der Praxis keineswegs all-

489) Ähnlich wie bei der einzelbetrieblichen kalkulatorischen Abschreibung soll bei der Berechnung der volkswirtschaftlichen Abschreibungssumme die echte Abnutzung annähernd ermittelt werden. Mit Hilfe einer Erfahrungsgröße wird die durchschnittliche Lebensdauer der abzuschreibenden Anlage bestimmt und mit einem ziemlich komplizierten Verfahren - vom Wiederbeschaffungswert ausgehend - die Abschreibungssumme errechnet. Diese makroökonomische Größe ist z.B. für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung von Bedeutung; die Abschreibungen stellen aus dieser Sicht eine ökonomische Transaktion vom Sektor 'Unternehmungen' zum Sektor 'Vermögensrechnung' dar.

490) Wogegen sie in der bilanzieller Rechnung zur Wirkung kommen können.

gemein durchgesetzt, und selbst in der Theorie herrscht über ihre Berechtigung noch keine einheitliche Auffassung. Ist der Unternehmer in der Lage, berechtigt oder verpflichtet zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen die kalkulatorischen Kosten in seiner Leistungsrechnung und damit Preisrechnung anzusetzen? Nach der Natur der Sache ist diese Frage wohl für den Teilbereich der Abschreibung bis jetzt am weitesten geklärt, da die wirtschaftlichen Voraussetzungen und Veranlassungen zur Vornahme von Abschreibungen ja die nächstliegenden sind. Wo jedoch die Abschreibungsfrage mit derjenigen der Kalkulation von Risikoprämie bzw. Risikorücklage, mit der Berechnung von Zinsen für die bereits abgeschriebenen Anlagen bzw. für die Abschreibungserlöse in Verbindung gebracht wird, ergeben sich noch ungeklärte Fragen in Theorie und Praxis.

Dieser Hinweis mag zeigen, welche intensive Untersuchungen auf diesen Gebieten bis zu ihrer möglichen Klärung notwendig sind. Es darf aber keinesfalls außer acht gelassen werden, daß hier auch außerhalb rationaler Erwägungen liegende Vorgänge Einflüsse ausüben, die sich nicht in den Rahmen einer betriebswirtschaftlichen Vermögens- und Kapitalrechnung bzw. Leistungs- und Erfolgsrechnung einordnen lassen.

Literaturverzeichnis

- Anders, C. Bilanz und Steuer, Berlin 1914
- Antweiler, B. Die dynamische Bilanz. Eine Entgegnung auf das Riegersche Buch, in: ZfHf 1938, S. 119 ff.
- Ascher, Th. Die Steuerbilanz. Ihre Entstehung und Gestalt, Essen 1958
- Aufermann, E. Grundzüge Betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, in: Die Wirtschaftswissenschaften, Wiesbaden 1959
- Aufermann, E. Betriebswirtschaftliche Betrachtungen neuerer Urteile des RFH, in: Die Betriebswirtschaft 1930, S. 10 ff.
- Aufermann, E. Zum Wesen der steuerlichen Absetzung für Abnutzung, in: Die Betriebswirtschaft 1937, S. 201 ff.
- Ballewski, A. Der Fabrikbetrieb, 2. Aufl., Berlin 1907, 3. Aufl., Berlin 1912
- Banse, K. Der Abschreibungsprozentsatz bei gleichbleibender und bei geometrisch-degressiver Abschreibung, in: Die Betriebswirtschaft 1931, S. 17 ff., 42 ff.
- Banse, K. Milderungsverfahren für die geometrisch-degressive Abschreibung, in: Die Betriebswirtschaft 1931, S. 263 ff., 288 ff., 325 ff.
- Bauer, J. Bilanz und Gewinnberechnung. Auflösung und Auseinandersetzung, Leipzig 1913
- Baumbach-Duden Handelsgesetzbuch. Kommentar, 9. Aufl., München-Berlin 1951
- Baumbach-Hueck Aktiengesetz. Kommentar, 9. Aufl., München 1956
- Bechtel, H. Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, München 1956
- Beck, H. Abschreibung und Zinseszinsrechnung. Zur Kontroverse Schiff-Passow, in: ZfHf 1911, S. 385 ff.

- Beckmann, L. Die Betriebswirtschaftliche Finanzierung, 2.Aufl. 1956
- Beigel, R. Buchführung und Abschlüsse der Handelsgesellschaften nach Gesetz und Technik, II.Teil, Leipzig 1914
- Beigel-Prater Buchführung und Bilanzen der Handelsgesellschaften nach Gesetz und Technik, II.Teil, Leipzig 1925
- Beisel, K. Neuzeitliches industrielles Rechnungswesen, 4.Aufl., Stuttgart 1952
- Berg, K. Zinsen und Abschreibungen in der Selbstkostenrechnung, Hamburg 1939
- Berg, K. Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalaufestsetzung (DM-Bilanzgesetz), in: Greifzu, Das neuzeitliche Rechnungswesen, Hamburg 1958, S. 700 ff.
- Berger, K. Der funktionelle Wert der abschreibungsbedürftigen Anlagegüter. Der funktionelle Wert und die Methoden seiner Berechnung, in: ZfB 1952, S. 277 ff., 365 ff.
- Bergmann, A. Die Preisberechnung für Handwerk, Handel und Industrie, Leipzig 1903
- Berliner, M. Buchhaltungs- und Bilanzlehre, 3.Aufl. 1920; 7.Aufl. Hannover 1924
- Berliner, M. Scheingewinn und Scheinvermögen in der kaufmännischen Bilanz, in: ZfHH 1922, S. 101 ff.
- Beste, Th. Die Verrechnungspreise in der Selbstkostenrechnung industrieller Betriebe, Berlin 1924
- Beste, Th. Abschreibung, in: Staatslexikon, 6.Aufl., Freiburg 1957
- Beuck, W. Bewertungsgrundsätze und Bewertungsbeispiele für das gewerbliche Betriebsvermögen, Berlin 1926
- Biervert, K. Die Bilanzkontinuität in den Bilanztheorien, im Handels- und Steuerrecht, Frankfurt 1935
- Bing-Schrey Selbstkostenberechnung und technische Buchführung in Waggonfabriken, Leipzig 1910
- Blum, R. Grundsätze für die Ermittlung der Selbstkosten, in: Wirtschaft und Recht der Gegenwart, Tübingen 1912

- Blume, G. Die "valutarische Goldmarkbuchführung" (Goldmark-Valutenbuchführung), Stuttgart 1923
- Boehner, H.v. Kommentar zum DM-Bilanzgesetz und die Umstellung von Schuldverhältnissen, Berlin 1949
- Bott, K. Die Bilanz des Kaufmanns, Hamburg 1925
- Bott, K. Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, Stuttgart 1940
- Bouffier, W. Diskussionsbeitrag, in: Kapitalneubildung und Kapitalverwendung. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Berlin 1953
- Brönner, H. Die Bewertung des Betriebsvermögens und der steuerfreie Erneuerungsfonds, Berlin 1921
- Brönner, H. Die Bilanz nach Handels- und Steuerrecht, 5.Aufl., Stuttgart 1956
- Buck, L. Die Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens und Vermögens, Berlin 1914
- Bühler, O. Bilanz und Steuer, 1.Aufl., Berlin 1933; 3.Aufl., Berlin 1937; 4.Aufl., Berlin 1950; 5.Aufl., Berlin 1952; 6.Aufl., Berlin 1957 (Bühler-Scherpf)
- Bühler, O. Lehrbuch des Steuerrechts, II.Band: Einzelsteuerrecht, 1.Aufl., Berlin 1938; 2.Aufl., Wiesbaden 1953; 3.Aufl., Wiesbaden 1958
- Bundesverband der Deutschen Industrie: Grundsätze für das Rechnungswesen, Frankfurt 1952
- Busse, M. Inventur, Bücherabschluß und Bilanz, Stuttgart 1913
- Bußmann, K. Grundlagen und Verfahren des industriellen Rechnungswesens, München 1953
- Buxbaum, R. Die Anlagewerte in der Bilanz bei schwankender Währung, Frankfurt 1922
- Calmes, A. Der Fabrikbetrieb, 1.Aufl., St.Gallen 1906; 2.Aufl., Leipzig 1908; 4.Aufl., Leipzig 1916
- Calmes, A. Die Fabrikbuchhaltung. 1.Aufl., Leipzig 1909; 2.Aufl., Leipzig 1915; 5.Aufl., Leipzig 1922

- Ciampa, P. Grundrisse einer Ökonometrie und die auf der Nationalökonomie aufgebaute natürliche Theorie der Buchhaltung, Lemberg 1910
- Chenaux-Repond, J. Kaufmännische Bilanz, Bücherabschluß, Steuerbilanz, 4.Aufl., Stuttgart 1921; 5.Aufl., Stuttgart 1923
- Chenaux-Repond, J. Die Bilanz nach den neuesten Steuergesetzen, Stuttgart 1926
- Colbe, B.v. Finanzierung durch Abschreibungen. Zu dem Buch von Dr. Karl-Heinz Forster, in: ZfB 1957, S. 462 ff.
- Coutre, W.le Grundzüge der Bilanzkunde. Eine totale Bilanzlehre. 1.Aufl., Leipzig 1942; 4.Aufl., Wolfenbüttel 1949
- Coutre, W.le Die deutsche Bilanzliteratur der letzten fünfzehn Jahre, in: Archiv der Fortschritte betriebswirtschaftlicher Forschung und Lehre, Stuttgart 1924
- Coutre, W.le Bilanztheorien, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3.Aufl. Stuttgart 1956
- Coutre, W.le Abschreibungsverfahren, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 1.Aufl., Stuttgart 1926
- Coutre, W.le - Altenloh, R. Steuerbilanz und Goldbilanz, Leipzig 1924
- Cramer H. Degressive Abschreibung und Nutzungsverlauf, in: ZfB 1953, S. 257 ff.
- Grunden-Belcher Die lineare Abschreibungsmethode in der Rechnungsführung der Telefongesellschaften in den Vereinigten Staaten, in: Buchhaltungskongreß, New York 1929
- Deckers, P. Abschreibungsprobleme vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft, in: ZfhF 1954, S. 236 ff.
- Deutsch, P. Begriff und Inhalt der betrieblichen Finanzwirtschaft, in: ZfB 1959, S. 587 ff., 673 ff.
- Dornemann, R. Dynamische Bilanzauffassung und Steuerbilanz, in: ZfhF 1954, S. 375 ff.
- Dürrhammer, W. Kritik an Wandel: Auswirkungen erhöhter steuerlicher Abschreibungen, in: ZfB 1950, S. 233 ff.

- Eckert, W. Die Buchführungsmethoden für gewerbliche Betriebe im geltenden Steuerrecht, Berlin 1929
- Eckstein, H. Die Abschreibungen des buchführenden Kaufmanns nach dem Einkommen- und Körperschaftsteuergesetz vom 10. August 1924, München 1926
- Endres, W. Die Problematik der abfallenden Abschreibung, in: ZfH 1953, S. 107 ff.
- Erbe, R. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933 - 1939 im Lichte der modernen Theorie, Zürich 1958
- Erlacher, C. Die historische Entwicklung der Bilanzbedeutung in der Privatwirtschaft, München 1929
- Erlar-Koppe Steuerfreie Erneuerungsrücklagen, Berlin 1921
- Esser, J. Eigenfinanzierung/Fremdfinanzierung - Eigenkapital/Fremdkapital, in: Stahl und Eisen, 1958, S. 189 ff.
- Fäs, E. Die Berücksichtigung der Wertverminderungen des stehenden Kapitals in den Jahresbilanzen der Erwerbswirtschaften, Tübingen 1913
- Falk, R. Die Steuerbilanz, Handelsbilanz und Ertragssteuerbilanz, Herne 1958
- Fiedler, F. Grundsätze der Privatwirtschaftslehre, Innsbruck 1932
- Findeisen, F. Statische und dynamische Wertauffassung in der Steuergesetzgebung, in: ZfH 1921, S. 272
- Fischer, G. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. Eine Einführung in die Betriebsführung, 7. Aufl., Heidelberg 1957
- Fischer, G. Die Neuregelung von Preisen und Kosten für Aufträge von öffentlichen Auftraggebern. LSP statt LSÖ, in: ZfB 1954, S. 86 ff.
- Fischer, G. LSÖ Kosten und Preis, Leipzig 1941
- Fischer, G. LSÖ-LSP Preis und Kosten, Heidelberg 1954
- Fischer, R. Die Bilanzwerte, was sie sind und was sie nicht sind, Leipzig 1905
- Fischer, R. Über die Grundlagen der Bilanzwerte, Leipzig 1909

- Fischer, R. Buchführung und Bilanzaufstellung nach Handelsrecht, Leipzig 1913
- Fischer, R. Goldmarkbuchführung - Goldmarkbilanz, wertbeständige Steuerbuchführung, Berlin 1924
- Fischer-Hess-Seebauer, Buchführung und Kostenrechnung, 4.Aufl., Leipzig 1941
- Fleischhauer, H. Bilanzierungsgrundsätze. Bilanzidentität, Bilanzkontinuität und DM-Eröffnungsbilanz, Wiesbaden 1949
- Forster, K.H. Die Abschreibungen als Finanzierungsquelle nach der Währungsreform, in: Neue Betriebswirtschaft, 1952, S. 103 ff.
- Forster, K.H. Finanzierung durch Abschreibungen. Nach den Ergebnissen von D-Mark-Bilanzen, Stuttgart 1953
- Franzmeier, H. Abschreibungen an Substantien des Anlagekapitals, eine handels- und steuerrechtliche Studie, Würzburg 1932
- Fried-Heinrich, A. Abschreibung und Selbstkostenrechnung, in: Die Betriebswirtschaft, 1932, S. 103 ff.
- Frisch, E. Die Selbstfinanzierung der Unternehmungen, in: Fragen der Kapitalerhaltung und Finanzierung, 1949, Heft 3, S. 39
- Fritz, J. Finanzierung und Steuer in der Goldmarkeröffnungsbilanz, in: Betriebs- und finanzwirtschaftliche Forschungen, Berlin 1925
- Frölich, F. Maschinenindustrie, in: HdSt, 4.Aufl., Jena 1925
- Fürnrohr, A. Bilanzbewertung und Steuerpflicht, München 1919
- Fürnrohr, A. Goldbilanzen. Verordnung vom 28.12.1923, München 1924
- Fürst, R. Bilanzierungsgrundsätze in der Praxis, Essen 1956
- Geiler, K. Goldmarkbilanz und Goldmarkumstellung unter besonderer Berücksichtigung des Bewertungsproblems. Mannheim 1924
- Geiler-Stehlik-Veith DM-Bilanzgesetz und DM-Bilanzergänzungsgesetz und steuerliche Richtlinien, München 1951
- Geldmacher, E. Wirtschaftsunruhe und Bilanz, 1.Teil: Grundlagen und Technik der bilanzmäßigen Erfolgsrechnung, Berlin 1923
- Gerhard, V. Der handelsrechtliche, steuerrechtliche und betriebswirtschaftliche Ertrag der Unternehmung, Wien 1928

- Gerhardt, J. Rationalisierung in der Industrie, in: HdSt, 4. Aufl., Jena 1929, Stichwort : Rationalisierung
- Gerlach, K. Die Abschreibung und ihre Stellung in der Selbstkostenrechnung, Jena 1928
- Gerstner, P. Bilanzanalyse, 1. Aufl., Berlin 1912; 2. Aufl., Berlin 1915; 5. Aufl., Berlin 1921; 11. Aufl., Berlin 1944
- Gerstner, P. Kaufmännische Buchhaltung und Bilanz; Band I: Allgemeine Buchhaltungs- und Bilanzlehre, 4. Aufl., Leipzig 1922
- Glück, E. Die doppelte Buchführung, Leipzig 1915
- Gnam, A. Grundfragen der Abschreibung, in: Steuern und Unternehmungspolitik. Herausg. E. Heinen, Wiesbaden 1958
- Goedecke, C.-H. Sachwert und Ertragswert nebst Baukontierung und Abschreibung von Werken mit Betriebsnetzen, München 1917
- Goldschmit, F. Das Gesetz über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und Verlustrechnung vom 5.2.21, München 1921
- Grass, A. Gegenwartsfragen des Einkommensteuerrechts, in: Steuerberater Jahrbuch 1956/57, Köln 1957
- Greifzu, J. Das neuzeitliche Rechnungswesen, 3. Aufl., Hamburg 1938; 10. Aufl., Hamburg 1958
- Greifzu, J. Handbuch des Kaufmanns, Hamburg 1953
- Grimminger, A. Aktuelle Fragen des Rechnungswesens in der Industrie, Leipzig 1941
- Grochla, E. Die Kalkulation von öffentlichen Aufträgen, Berlin 1934
- Grochla, E. Kostenrechnungsvorschriften, -richtlinien und -regeln, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956
- Groener, L. Grundzüge der steuerlichen Gewinnermittlung, Krefeld 1950
- Großmann, H. Einführung in das System der Buchhaltung auf Grundlage der Bilanz, 2. Aufl., Berlin 1922
- Großmann, H. Die Abschreibung vom Standpunkt der Unternehmung, insbesondere ihre Bedeutung als Kostenfaktor, Berlin 1925

- Großmann, H. Handbuch der Kaufleute, Berlin 1927
- Großmann, H. Die ausschließlich wertangleichende oder statische Abschreibung, in: ZfB 1924, S. 75 ff.
- Großmann, H. Die Abschreibung in ihrer Beziehung zu den betriebswirtschaftlich wichtigsten Werttypen, in: ZfB 1925, S. 20 ff.
- Großmann, H. Zur sogenannten Gesamtabschreibung nach Steuerrecht, in: ZfH 1920, S. 130 ff.
- Gruhl, W. Abschreibung und Entwertung durch Veralten infolge nachkriegszeitlicher Reorganisation der Industrie, in: Buchhaltungskongreß, New York 1929
- Gudehus, H. Wertentwicklung und Kapitaldienst bei Anlagegütern, in: ZfH 1954, S. 60 ff.
- Gudehus, H. Die Abschreibung von Anlagegütern unter Berücksichtigung der Abnahme des Ertrages, in: ZfB 1955, S. 220 ff., 280 ff.
- Gudehus, H. Grundprobleme und Irrtümer bei der Anlagenbewertung, in: ZfB 1956, S. 434 ff.
- Gudehus, H. Der Einfluß des Ausnutzungsgrades auf die Wertentwicklung von Anlagegütern, in: ZfB 1956, S. 26 ff.
- Gudehus, H. Bewertung und Abschreibung von Anlagen, Wiesbaden 1959
- Gübbels, B. Handbuch der steuerlichen Abschreibung, Köln 1956
- Gübbels, B. Die steuerliche Abschreibung in gegenwärtiger Sicht unter besonderer Beachtung der neuesten Rechtsprechung, in: Steuerberater-Jahrbuch 1955/56, Köln 1956.
- Günther, H. Um die degressive Abschreibung, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1956, Heft 18, S. 8 und Heft 19, S. 10
- Gutenberg, E. Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, in: Die Wirtschaftswissenschaften, Wiesbaden 1958
- Gutenberg, E. Kritik an Ruchti: Die Abschreibung, in: ZfH 1955, S. 348 ff.
- Haase, C. Statik, Dynamik und Abschreibungen, in: ZfH 1923, S. 130 ff.
- Haase, C. Gebrauchswert und Abschreibung, in: ZfH 1926, S. 85 ff., S. 113

- Hagest, K. Selbstfinanzierung des Betriebes, Stuttgart 1952
- Hall, H.W. Selbstkostenberechnung und moderne Organisation von Maschinenfabriken, München 1913
- Hardach, F.W. Wandlungen in der Finanzierung der Aktiengesellschaft, in: ZfHf 1950, S. 252 ff.
- Hardach, F.W. Im Spiegel der Bilanzen, in: Deutsche Stahlindustrie, Beilage zu: Der Volkswirt, 1956
- Hardach, F.W. Selbstfinanzierung oder Dividende? in: Deutsche Stahlindustrie 1957, Beilage zu: Der Volkswirt, 1957
- Hardach-Hax Der Geltungsbereich des Kapazitätserweiterungseffektes. Eine Diskussion. in: ZfHf 1958, S. 530 ff.
- Hartmann, B. Finanzierung und steuerliche Abschreibung, in: ZfB 1956, S. 616 ff.
- Hartmann, B. Das Kapital in der Betriebswirtschaft, Meisenheim 1957
- Hartmann, B. Die Finanzierungsfunktion des "Eigenkapital-Ersatzes", in: ZfHf 1959, S. 133 ff.
- Hasenack, W. Wesen und Arten der Selbstfinanzierung, in: Die Betriebswirtschaft 1931, S. 93 ff., 136 ff., 198 ff.
- Hasenack, W. Wirtschaftslage und Bilanzgestaltung, insbesondere das Abschreibungs-, Investitions- und Überschußproblem in der voll- und überbeschäftigten Wirtschaft, Stuttgart-Berlin 1938
- Hasenack, W. Die Anlagenabschreibung im Wertumlauf der Betriebe und die Sicherung der Wirtschaft, Sonderdruck aus ZfB 1938
- Hast, K. Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für Anlagegegenstände, 2.Aufl., Leipzig 1935
- Haushofer, M. Der Industriebetrieb, München 1904
- Hax, K. Die Substanzerhaltung der Betriebe, Köln 1957
- Hax, K. Die Bedeutung der betrieblichen Abschreibungs- und Investitionspolitik für das wirtschaftliche Wachstum der modernen Industriestaaten, in: ZfHf 1958, S. 247 ff.
- Hax, K. Abschreibung und Finanzierung, in: ZfHf 1955, S. 141 ff.

- Hax, K. Karl Marx und Friedrich Engels über den "Kapazitätserweiterungseffekt", in: ZfHf 1958, S. 222
- Heidebroek, E. Industriebetriebslehre, Berlin 1923
- Heigl, A. Steuerliche Sonderabschreibungen in der Handelsbilanz, in: Der Betrieb 1959, S. 1175
- Heinen, E. Handelsbilanzen, in: Die Wirtschaftswissenschaften, Wiesbaden 1958
- Heinen, E. Steuern und Unternehmungspolitik, Wiesbaden 1958
- Henzel, F. Die Kostenrechnung, Stuttgart 1950
- Henzel, F. Abschreibungsprobleme der Gegenwart, in: ZfB 1950, S. 510 ff.
- Hertlein, A. Die Kapital- und Erfolgsrechnung als Grundlage der Wirtschaftlichkeitsmessung, Stuttgart 1929
- Herzog, S. Handbuch der industriellen Finanzierungen, Stuttgart 1914
- Herzog, S. Industrielle Preisgestaltung, Stuttgart 1926
- Hiemann, R. Doppelte italienisch-amerikanische Buchführung für Fabrikgeschäfte, 4. Aufl., Stuttgart 1922
- Hillmann, S. Das Anlagenabschreibungs- und Amortisationsproblem bei Eisenbahnen, Wien 1935
- Himmelblau, D. Amortisation nach den Rentenmethode, in: Buchhaltungskongreß, New York 1929
- Hintzen, W. Wirtschaftliche Wirkungen der Steuern, in: Aktuelle betriebliche Probleme, Berlin 1956
- Hirai-Isaac Quellenbuch der Betriebswirtschaftslehre, Berlin 1925
- Hoffmann, A. Der Gewinn der kaufmännischen Unternehmung, Leipzig 1929
- Horn, M. Zum Bewertungsproblem in der Jahresbilanz der Unternehmung, Berlin 1935
- Hornung, W. Der Einfluß der Ertragsbesteuerung auf die Liquidität der Unternehmungen, München 1956
- Huppert, W. Abschreibungen auf Anlagen in betriebswirtschaftlicher, steuerlicher und volkswirtschaftlicher Sicht, München 1952

- Isaac, A. Bilanzen, in: Die Handelshochschule. Herausgeber: Fritz Schmidt, Berlin 1930
- Isaac, A. Anschaffungswertbilanz und Tageswertbilanz, in: ZfB 1924, S. 246ff.
- Isaac, A. Die Periodisierung der Entwicklung der Betriebswirtschaftslehre in Deutschland in den letzten 25 Jahren, in: Quellenbuch der Betriebswirtschaftslehre, 1925
- Jacob, H. Das Ersatzproblem in der Investitionsrechnung und der Einfluß der Restnutzungsdauer alter Anlagen auf die Investitionsentscheidung, in: ZfhF 1957, S. 131 ff.
- Jäger, A. Reserven, Rückstellungen und Wertberichtigungsposten als Faktoren zur Sicherung der Aktiengesellschaft, Berlin 1935
- Jensen, K. Die Rolle der Entwertung in der Berechnung der Produktionskosten, in: Buchhaltungskongreß, New York 1929
- Kalveran, W. Die kaufmännische Rechnungsführung unter dem Einfluß der Geldentwertung, Berlin 1923
- Kalveran, W. Goldmarkbilanzierung und Kapitalumstellung, Berlin 1925
- Kalveran, W. Rationalisierung der kaufmännischen Betriebsorganisation, in: Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft. Herausg. Harms, Berlin 1928
- Kalveran, W. Rationalisierung in der kaufmännischen Verwaltung, in: HdSt, 4. Aufl., Jena 1929, Stichwort: Rationalisierung
- Kalveran, W. Kaufmännische Buchhaltung, Berlin 1935
- Klein, L. Geldwertschwankungen und Bilanz, Geldwertschwankungen und Kalkulation, in: ZfHH 1920, S. 275 ff.
- Klemich, O. Kaufmännische Buchführung, Leipzig 1902
- Klinger, K. Die Investierung der Abschreibungsbeträge, in: Neue Betriebswirtschaft 1950, S. 113 ff.
- Klocke, A. Buchführung und Bilanzen der Gesellschaften m.b.H., Köln 1916
- Klocke, W. Bewertung der Bilanzposten nach dem Handels- und Steuerrecht vom kaufmännischen Standpunkt, 2. Aufl., Leipzig 1929
- Klose, A. Die Anlagen im Betriebe, 2. Aufl., Wien 1955

- Knappe, N. Die Bilanzen der Aktiengesellschaften, Hannover-Berlin 1909
- Köhler, A. Die Steuerreform 1958, Neuwied 1958
- Kolbe, K. Gefahren der Selbstfinanzierung von Kapazitätsausweitungen, in: Der Betrieb 1958, S. 1133 ff.
- Koppo-Gerstner Die Buchführungsverordnung vom 24. Januar 1924, steuerrechtlich und buchtechnisch erläutert, Berlin 1924
- Kosiol, E. Die Bilanz der Aktiengesellschaften, Teil I: Die Bewertungsvorschriften, in: Die Betriebswirtschaft 1937, S. 105 ff.
- Kosiol, E. Anlagenrechnung und Abschreibungen, Wiesbaden 1942
- Kosiol, E. Anlagenrechnung. Theorie und Praxis der Abschreibungen, Wiesbaden 1955
- Kosiol, E. Lineare und degressive Abschreibungen, in: ZfB 1957, S. 613 ff.
- Kovero, I. Die Bewertung der Vermögensgegenstände, Berlin 1912
- Krause, E. Abschreibung mit oder ohne Zinsenzurechnung, in: ZfB 1927, S. 146 ff.
- Krönke, H. Zeitwert und Nutzungskosten von Anlagegütern, in: ZfB 1951, S. 63 ff.
- Kuhnke, H.H. Investitionen müssen verdient werden, in: Deutsche Stahlindustrie. Beilage zu: Der Volkswirt 1956
- Kuntze-Hatnik 30 Jahre Rechtsprechung des RFH und des BFH zum Einkommensteuerrecht 1925 - 1955, Flensburg 1956
- Kuntze-Hatnik Das gesamte Einkommensteuerrecht 1955/1956, Hamburg 1956
- Kusmusek, M. Bilanz und Bewertung. Fürth 1929
- Längsfeld, H. Die Änderungen auf dem Gebiet der Einkommensteuer, in: Der Betrieb 1958. S. 1 ff.
- Langen, H. Die Kapazitätsausweitung durch Reinvestition liquider Mittel aus Abschreibungen, in: ZfHf 1953, S. 49 ff.
- Laschinski, O. Die Selbstkostenberechnung im Fabrikbetriebe, 3. Aufl., Berlin 1927
- Lehmann, M.R. Zur Theorie der industriellen Kalkulation, in: ZfHf 1920, S. 165 ff.
- Lehmann, M.R. Die industrielle Kalkulation, Berlin 1925
- Lehmann, M.R. Industriekalkulation, 4. Aufl., Stuttgart 1951

- Lehmann, M.R. Technischer Fortschritt, Kapitalbindung und Kapitalfehlleitung, in: ZfB 1951, S. 74 ff.
- Leitner, F. Die Selbstkostenrechnung industrieller Betriebe, 1.Aufl., Frankfurt 1905; 3.Aufl., Frankfurt 1908; 4.Aufl., Frankfurt 1913; 5.Aufl., Frankfurt 1918; 8.Aufl., Frankfurt 1923
- Leitner, F. Grundriß der Buchhaltung und Bilanzkunde, 1.Band, Berlin 1909; 2.Band, Berlin 1911; 2.Aufl., Berlin 1913; 3.Aufl., Berlin 1919
- Leitner, F. Privatwirtschaftslehre der Unternehmung, Berlin 1919
- Leitner, F. Die Kontrolle in der kaufmännischen Unternehmung, 2.Aufl., Frankfurt 1920
- Leitz, J.P. Abschreibungen in Erfolgs- und Kostenrechnung. Bemerkungen zu der gleichnamigen Schrift von K. Mellerowicz, in: ZfB 1957, S. 458 ff.
- Lewin, C.M. Theorie und Praxis der industriellen Selbstkostenberechnung, Leipzig 1909
- Lewin, C.M. Wie hängt die Abschreibungsfrage in Industriebetrieben mit der Kalkulation und Leistungsfähigkeit zusammen? in: ZfHH 1909, S. 415 ff.
- Lewin C.M. Abschreibungstabellen und deren Verwendung, in: ZfHH 1911, S. 10 f.
- Ley, R. Die Bewertungsgrundsätze des Bewertungs- und Einkommensteuergesetzes, Berlin 1956
- Lilienthal, J. Fabrikorganisation, Fabrikbuchführung und Selbstkostenberechnung, Berlin 1907
- Linnenann, W. Der Begriff "Rückstellungen", in: Die Betriebswirtschaft 1938, S. 247 ff.
- Lion, M. Das Bilanzsteuerrecht, Berlin 1925
- Löffelholz, J. Geschichte der Betriebswirtschaft und Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1935
- Löwenstein, R. Der Einfluß der Zinsen auf die Abschreibung, in: ZfhF 1921, S. 371 ff.

- Löwenstein, R. Kalkulationsgewinn und bilanzmäßige Erfolgsrechnung in ihren gegenseitigen Beziehungen, Leipzig 1922
- Lohmann, M. Betriebswirtschaftslehre. Wirtschaftslehre der gewerblichen Unternehmen, 1. Aufl., Hamburg 1936; 2. Aufl., Hamburg 1943
- Lohmann, M. Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 1. Aufl., Tübingen 1949; 2. Aufl., Tübingen 1955
- Lohmann, M. Abschreibungen, was sie sind und was sie nicht sind, in: Der Wirtschaftsprüfer 1949, S. 353 ff.
- Lohmann, M. Kapitalbildung und Kapitalverwendung in der Unternehmung, in: Kapitalbildung und Kapitalverwendung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Berlin 1953
- Ludwig, W. Degressive Abschreibungen, Berlin 1955
- Lücke, W. Die außerbetriebliche Normierung der Abschreibungen, in: ZfH 1959, S. 313 ff.
- Lüpke, A. Mathematische Untersuchungen der geometrisch-degressiven Abschreibung, in: ZfH 1924, S. 424 ff.
- Lütge, F. Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 2. Aufl., Berlin 1960
- Maatz, R. Die kaufmännische Bilanz und der steuerbare Gewerbeertrag, 1. Aufl., Berlin 1907; 5. Aufl., Berlin 1914; 6. Aufl., Berlin 1921
- Mahlberg, W. Bilanztechnik und Bewertung bei schwankender Währung, 2. Aufl., Leipzig 1922
- Mahlberg, W. Der Tageswert in der Bilanz, Leipzig 1925
- Mahlberg, W. Kapitalleitung und Betriebswirtschaftslehre, in: ZfH 1930, S. 545 ff.
- Maier, M. Die steuerliche Behandlung der Anlagewerte des Betriebsvermögens im Lichte privatwirtschaftlicher Forschung, Frankfurt 1929
- Malteur, R. Abschreibung und Erneuerungsrücklage auf Anlagewerte im Hinblick auf die Geldentwertung, in: ZfH 1922, S. 204 ff.
- Mayer, L. Die Bilanzen in der Kriegswirtschaft, in: Aktuelle Fragen der Kriegswirtschaft, Wien 1942
- Mehring, O.v. Erträge deutscher Aktiengesellschaften vor und nach dem Kriege, Berlin 1923

- Meithner, K. Die Bilanzen der Unternehmen. Festschrift für Julius Ziegler, II. Band, Wien 1934
- Mellerowicz, K. Selbstfinanzierung der Industrie, in: Führung des Betriebes. Festschrift zum 60. Geburtstag von Wilhelm Kalveram, Berlin 1942
- Mellerowicz, K. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 7. Aufl., Berlin 1952; 9. Aufl., Berlin 1956
- Mellerowicz, K. Abschreibungen in Erfolgs- und Kostenrechnung, Heidelberg 1957
- Mellerowicz, K. Betriebswirtschaftslehre der Industrie, 3. Aufl., Band I und II, Freiburg 1958
- Meltzer, H. Das Wirtschaften auf Ertrag in der industriellen Unternehmung, Berlin 1911
- Merkle, F. DM-Eröffnungsbilanzen, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956
- Meyenberg, F. Einführung in die Organisation von Maschinenfabriken unter besonderer Berücksichtigung der Selbstkostenberechnung, Berlin 1913
- Miller, M. Die Berücksichtigung von Geldwertschwankungen in Buchhaltung und Bilanz, Nürnberg 1932
- Mohr, H. Bilanz und immaterielle Werte, Berlin 1927
- Moos, F. Die Steuerbilanz, Berlin 1920
- Müller, E. Gemeiner Wert und Teilwert, in: Steuerberater-Jahrbuch 1957/58, Köln 1958
- Müller, G. Goldmark-Eröffnungsbilanz und Technik der Goldmarkumführung, Berlin 1924
- Müller, G. Die kaufmännische Erfolgsrechnung, Berlin 1915
- Münch, P. Die Bilanztheorie Rudolf Fischers, Leipzig 1940
- Müthling, H. Das gesamte Steuerrecht der Abschreibungen, Wiesbaden 1955
- Muscheid, W. Schmalenbachs Dynamische Bilanz, Köln 1957
- Muthesius, P. Nettoinvestitions-Finanzierung aus Abschreibungen?, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1959, S. 143 f.

- Naser, W. Die Abschreibungen der Deutschen Bundespost und die gegenwärtige Tendenz ihrer Abschreibungspolitik, München 1956
- Nertinger, J. Eröffnungs-Steuerbilanz und Gold-Handelsbilanz, Stuttgart 1924
- Neubert, H. Anlagenfinanzierung aus Abschreibungen, in: ZfH 1951, S. 367 ff., 415 ff.
- Nicklisch, H. Allgemeine kaufmännische Betriebslehre als Privatwirtschaftslehre des Handels (und der Industrie), Leipzig 1912
- Nicklisch, H. Kritik an Gerstner: Bilanzanalyse, in: ZfH 1912, S. 223
- Nicklisch, H. Wirtschaftliche Betriebslehre, 5. Aufl., Stuttgart 1922
- Nicklisch, H. Abnutzung und Kapitaltilgung im Frieden und im Kriege, in: Die Betriebswirtschaft 1940, S. 1 ff.
- Niederauer, F. Bilanzwahrheit und Bilanzdelikte, Berlin 1937
- Norden, A. Kapitalanlagen, Berlin 1912
- Odenhausen-Werner Die degressive Abschreibung, in: ZfB 1952, S. 514 ff.
- Osbahr, W. Die Bilanz vom Standpunkt der Unternehmung, Berlin 1918
- Ottel, F. Abschreibungen mit Zinsen, in: ZfB 1955, S. 689 ff.
- Otto, E. Unternehmungsfreie Buchführung in fremden Währungen, Stuttgart 1924
- Passow, R. Die wirtschaftliche Bedeutung und Organisation der AG, Jena 1907
- Passow, R. Die Bilanzen der privaten Unternehmungen, 1. Aufl., Leipzig 1910
- Passow, R. Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen, 2. Aufl., Leipzig 1918
- Passow, R. Über das Wesen der Abschreibung und die Berücksichtigung der Zinseszinsrechnung bei Festsetzung der Abschreibungen, in: ZfH 1910, S. 345 ff.
- Passow, R. Bilanzwesen, in: Wirtschaft und Recht der Gegenwart, Tübingen 1912
- Paul, A. Zur Frage der Anwendung des Zinseszinsverfahrens für die Berechnung der Abschreibungsquoten, in: ZfH 1916, S. 38 ff.

- Paul, A. Erneuerungs-, Ersatz-, Reserve-, Tilgungs- und Heimfallfonds, ihre grundsätzlichen Unterschiede und ihre bilanzmäßige Behandlung, Berlin 1916
- Peiseler, G. Zeitgemäße Betriebswirtschaft, I. Teil: Grundlagen, Leipzig 1921
- Pennndorf, B. Fabrikbuchhaltung und ihr Zusammenhang mit Kalkulation und Statistik, Berlin 1924
- Pfeiffer, A. Probleme bilanzieller Bewertung in Zeiten starker allgemeiner Preisschwankungen, München 1957
- Pfeiffer, E. Selbstkostenberechnung in Maschinenfabriken, Leipzig 1911
- Pohlhausen, E. Kurzlebige Wirtschaftsgüter unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Gewinnung und Erhaltung der größtmöglichen Abschreibungsfreiheit, in: ZfH 1936, S. 625 ff.
- Polak, N.J. Grundzüge der Finanzierung mit Rücksicht auf die Kreditdauer, Berlin 1926
- Polak, N.J. Wertverminderungstheorien, in: Buchhaltungskongreß, New York 1929
- Polak, N.J. Die Abschreibung, in: ZfB 1930, S. 560 ff.
- Prakta, R. Buchführung für Fabrikgeschäfte, Leipzig 1905
- Prater, H. Abschreibungen zufolge Substanzverringerung, Berlin 1923
- Pribilla, M. Kostenrechnung und Preisbildung. Kommentar zu VPöA, LSP und VPöA-Bau, München 1959
- Prion, W. Die Finanzpolitik der Unternehmung (im Zeichen der Scheingewinne), Jena 1922
- Prion, W. Kapital und Betrieb. Finanzierungsfragen der deutschen Wirtschaft, Leipzig 1929
- Prion, W. Die Lehre vom Wirtschaftsbetrieb (Allgemeine Betriebswirtschaftslehre) 2. Buch, Berlin 1935
- Rahn W. Die Unkosten im Fabrikbetrieb, Stuttgart 1927
- Rasch, H. Selbstfinanzierung der Wirtschaft, in: Organjahrbuch 1958
- Rehm, H. Die Bilanzen der Aktiengesellschaften, 1. Aufl., München 1903; 2. Aufl., München 1914

- Rehn, H. Allgemeine Bewertungslehre, in: ZfH 1909, S. 2 ff.
- Reichsjustizministerium: Entwurf eines Gesetzes über Aktiengesellschaften und KGaA, Berlin 1930
- Reisch-Kreibitz Bilanz und Steuer, 1. Aufl., Wien 1907; 3. Aufl., Wien 1914; 4. Aufl., 2. Band, Wien 1930; 5. Aufl. (bearbeitet von Krasensky), 1. Band, Wien 1949; 2. Band, Wien 1951
- Rentrop, S. Abschreibungen und Währungsumstellung, in: ZfH 1949, S. 224 ff.
- Renz, E. Die Bewertung des Anlagevermögens bei Kapitalgesellschaften, Berlin 1941
- Reuther, O. Die Gewinnermittlung, ihre Voraussetzungen und Auswirkungen, in: Betriebswirtschaftliche Fragen im Kriege, München 1942
- Rieger, W. Einführung in die Privatwirtschaftslehre, Nürnberg 1928
- Rieger, W. Schmalenbachs dynamische Bilanz, 1. Aufl., Stuttgart 1936; 2. Aufl., Stuttgart 1954
- Rieger, W. Über Geldwertschwankungen, Stuttgart 1938
- Rodenstock, R. Die Genauigkeit der Kostenrechnung industrieller Betriebe, München 1949
- Römer, A. Werterhaltung in der Unternehmung und das einschlägige Steuerrecht, Berlin 1923
- Röble, K. Die Gewinnabschöpfung als kriegswirtschaftliches Problem, in: Betriebswirtschaftliche Fragen im Kriege, München 1942
- Röble, K. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 1. Aufl., München 1948; 5. Aufl., Stuttgart 1956
- Röble, K. Buchhaltung und Bilanz, 7. Aufl., Berlin 1949
- Röble, K. Fragen zur finanziellen Führung handwerklicher Betriebswirtschaften, München 1952
- Rosendorff, R. Die stillen Reserven der Aktiengesellschaften, Berlin 1917
- Rosendorff, R. Die Goldmarkbilanz. Kommentar, Berlin 1924
- Rosendorff, R. Was müssen Aktionäre und Verwaltungen vom neuen Aktienrecht wissen?, Berlin 1932

- Ruchti, H. Die Bedeutung der Abschreibung für den Betrieb, Berlin 1942
- Ruchti, H. Die Abschreibung als Finanzierungsmittel, in: Die Betriebswirtschaft 1942, Heft 4/5, 6, 7/8
- Ruchti, H. Die Abschreibung, Stuttgart 1953
- Ruchti, H. Die Problematik der Selbstfinanzierung, in: Betriebswirtschaftliche Aufgaben bei steigender Konjunktur, Berlin 1955
- Ruchti, H. Bilanz und Investitionen, in: Der Industriebetrieb und sein Rechnungswesen. Festschrift für Lehmann, Wiesbaden 1956
- Ruchti, H. Abschreibung, Abschreibungsarten und -verfahren, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956
- Rudolph, K. Bewertung von Anlagegegenständen, in: ZfB 1952, S. 424 ff.
- Ruth-Schmaltz Die neue Bilanz der Aktiengesellschaft in rechtlicher und betriebswirtschaftlicher Bedeutung, Berlin 1932
- Schäfer, E. Organisierter Kapitalabbau, Stuttgart 1932
- Schäfer, E. Abschreibung und Finanzierung, in: ZfhF 1955, S. 137 ff.
- Schäfer, E. Die Unternehmung, Köln 1956
- Schäfer, K. Die Buchführung für Gasanstalten, München-Berlin 1906
- Schär, J.F. Buchhaltung und Bilanz, 2. Aufl., Berlin 1914; 4. Aufl., Berlin 1921; 6. Aufl., (bearbeitet von Frion), Berlin 1932
- Schär-Langenscheidt Kaufmännische Unterrichtsstunden, Berlin 1910
- Scheller, G. Kritik an Mahlberg: Der Tageswert in der Bilanz, in: ZfB 1926, S. 566 ff.
- Scherpf, P. Handelsbilanz - Steuerbilanz, Berlin 1941
- Scherpf, P. Betriebswirtschaftliche Steuerpolitik, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956
- Schiff, E. Die Wertminderung an Betriebsanlagen, Berlin 1909
- Schiff, E. Die Zinseszinsen bei Abschreibungen und die Wirkung der Abschreibung, in: ZfHH 1910, S. 275 ff.
- Schigut, E. Die Frage der Bewertung in der Bilanz, Wien 1920

- Schigut, E. Die Abschreibung als Kostenfaktor, in: ZfB 1929, S. 621 ff.
- Schigut, E. Zur Technik der Abschreibung von Anlagen, in: ZfB 1932, S. 299 ff.
- Schlechtriem, H. Die Abschreibung im Rechnungswesen der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, Stuttgart 1937
- Schlegelberger-Quassowski Aktiengesetz vom 30.1.1937, Berlin 1937
- Schlesinger, G. Selbstkostenberechnung im Maschinenbau, Berlin 1911
- Schlör-Wulff Goldmarkbuchführung nach den steuerlichen Vorschriften, Berlin 1924
- Schlunck, E. Die Jahresbilanz des Handwerkers, Gewerbetreibenden und Kaufmanns unter Berücksichtigung der Geldentwertung, Ulm 1923
- Schmalenbach, E. Die Abschreibungen, in: ZfhF 1908/09, S. 81 ff.
- Schmalenbach, E. Kritik an Fischer: Bilanzwerte, was sie sind und was sie nicht sind, in: ZfhF 1909/10, S. 37 ff.
- Schmalenbach, E. Kritik an Schiff: Wertminderung an Betriebsanlagen, in: ZfhF 1911/12, S. 465
- Schmalenbach, E. Die Werte von Anlagen und Unternehmungen in der Schätzungstechnik, in: ZfhF 1917/18, S. 1 ff.
- Schmalenbach, E. Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, in: ZfhF 1919, S. 1 ff., 65 ff.
- Schmalenbach, E. Dynamische Bilanz, 3. Aufl., Leipzig 1925; 5. Aufl., Leipzig 1931; 10. Aufl., Bremen 1948; 12. Aufl., Köln 1956
- Schmalenbach, E. Kritik an Berliner: Buchhaltungs- und Bilanzlehre, 2. Band, in: ZfhF 1920, S. 373
- Schmalenbach, E. Finanzierungen, Leipzig 1921
- Schmalenbach, E. Kritik an Prion: Die Finanzierung und Bilanz wirtschaftlicher Betriebe, in: ZfhF 1921, S. 477 ff.
- Schmalenbach, E. Kritik an Mahlberg: Bilanztechnik und Bewertung bei schwankender Währung, in: ZfhF 1922, S. 75 ff.
- Schmalenbach, E. Die steuerliche Behandlung der Scheingewinne (Vortrag, gehalten anlässlich der ersten betriebswirtschaftlichen Tagung 1921), Jena 1922

- Schmalenbach, E. Goldmarkbilanz, in: Betriebswirtschaftliche Zeitfragen, Berlin 1922
- Schmalenbach, E. Kritik an Schmidt: Bilanzwert, Bilanzgewinn und Bilanzumwertung, in: ZfHf 1924, S. 335
- Schmalenbach, E. Der Kontenrahmen, Leipzig 1927
- Schmalenbach, E. Über Abschreibungen, in: ZfHf 1929, S. 193 ff.
- Schmalenbach, E. Zur Bewertung von Bergwerken, in: ZfHf 1929, S. 385 ff.
- Schmalenbach, E. Selbstkostenrechnung und Preispolitik, 6. Aufl., Leipzig 1934
- Schmalenbach, E. Pretiale Wirtschaftslenkung, Band I: Die optimale Geltungszahl, Band II: Pretiale Lenkung des Betriebes, Bremen 1947/48
- Schmalenbach, E. Abschreibungen bei Preisveränderungen von Anlagegegenständen, in: ZfHf 1949, S. 49 ff.
- Schmalenbach-Vereinigung: Entscheidungen des Reichsgerichts in Bilanzsachen, Teil I und II, Leipzig 1936
- Schmaltz, K. Literaturführer für Betriebswirte, Berlin 1932
- Schmaltz, K. Zum Problem der richtigen Abschreibung, in: Die Betriebswirtschaft 1934, S. 124 ff.
- Schmidt, F. Die organische Bilanz, Leipzig 1921
- Schmidt, F. Die organische Tageswertbilanz. Nachdruck der 3. Aufl. von 1929, Wiesbaden 1951
- Schmidt, F. Der gerechte Preis, in: ZfHf 1922, S. 150 ff.
- Schmidt, F. Der Wiederbeschaffungspreis des Umsatztages in Kalkulation und Volkswirtschaft, Berlin 1923
- Schmidt, F. Bilanzwert, Bilanzgewinn und Bilanzumwertung, Berlin 1924
- Schmidt, F. Die Anpassung der Betriebe an die Wirtschaftslage, in: ZfB 1925, S. 85 ff.
- Schmidt, F. Die um ersparte Zinsen steigende Abschreibung, in: ZfB 1927, S. 816 ff.
- Schmidt, F. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 1950

- Schmidt-Fischer-Strutz Geldentwertung und Unternehmung. Drei Vorträge, gehalten auf der 13. Verbandstagung des Verbandes deutscher Bücherrevisoren, Berlin 1923
- Schmölder-Gessler-Merkle Steuerliche Richtlinien zum D-Markbilanzgesetz, 2. Aufl., Stuttgart 1950
- Schmölders, G. Finanzpolitik, Berlin 1955
- Schmölders, G. Diskussionsbeitrag, in: Kapitalbildung und Kapitalverwendung. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Berlin 1953
- Schmölders, G. Allgemeine Steuerlehre, 3. Aufl., Berlin 1958
- Schneider, E. Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil I: Theorie des Wirtschaftskreislaufs, 4. Aufl., Tübingen 1953
- Schnettler, A. Das Rechnungswesen industrieller Betriebe, 3. Aufl., Berlin 1939
- Schnettler, A. Der Zins im Wirtschaftsbetrieb, Stuttgart 1939
- Schnettler, A. Zins, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1939
- Schnettler, A. Substanz- und Werterhaltung in den Betrieben, in: ZfB 1956, S. 261 ff.
- Schnettler, A. Betriebsanalyse, 2. Aufl., Stuttgart 1960
- Schnick, E. Werte und Wertanschauungen im Steuerrecht, in: ZfH 1923, S. 81 ff., S. 161 ff.
- Schönberg, H. Anlagen und Konjunktur, eine Bilanzbetrachtung, Köln 1931
- Schönpflug, F. Das Methodenproblem in der Einzelwirtschaftslehre, Stuttgart 1933
- Schönwandt, D. Bilanzunwahrheit, Berlin 1910
- Schubert, A. Der Gemeine Wert. Grundlagen für die Bewertung von Unternehmungen aller Art, Berlin 1925
- Schulz-Mehrin, O. Das Wertproblem in der Abschreibung, in: ZfB 1929, S. 375 ff.
- Schulz-Mehrin, O. Die kalkulatorischen Posten (Abschreibung, Verzinsung, Unternehmerlohn, Wagnis) in der Kostenrechnung, Preiskalkulation und Erfolgsrechnung, Berlin 1943
- Schwärzel, K. Über das Problem des Unternehmungsmehr- oder -minderwertes und seine Bilanzierung. Forchheim 1957

- Schwantag-Wagner Wie ermittelt der Betrieb das betriebsnotwendige Kapital und die verbrauchsbedingte Abschreibung? 2.Aufl., Hamburg 1941
- Schwarz, P. Kapitalfehlleitungen bei deutschen Aktiengesellschaften in den Jahren 1884 - 1914, in: ZfHf 1935, S. 281 ff.
- Schweizer, B. Die Liquidität in Bank und Industrie, Bern 1949
- Scubitz, F. Doppelte Buchführung, 3.Aufl., Leipzig 1902
- Seischab, H. Industriefinanzierung, in: Die Betriebswirtschaft, 1939, S. 145 ff.
- Sellien, H. Finanzierung und Finanzplanung, Wiesbaden 1952
- Sewering, K. Die Einheitsbilanz. Die Überbrückung des Gegensatzes zwischen statischer und dynamischer Bilanzlehre, Leipzig 1925
- Siebert, K. Dichtung und Wahrheit über die Selbstfinanzierung, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 1959, S. 182 ff.
- Simon, H.v. Die Bilanzierung der Aktiengesellschaften und der KGaA, 4.Aufl. (Neudruck der 2.Aufl. von 1897), Berlin 1910
- Sommerfeld, H. Abschreibungen, in: Handwörterbuch des Kaufmanns von Bott, Hamburg 1925
- Sommerfeld, H. Abschreibungen, in: Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens von Bott, Stuttgart 1940
- Sommerfeld, H. Die Wertansätze in der Inventur mit Berücksichtigung steuerlicher Vorschriften, Berlin 1921
- Sperlich, A. Unkostenkalkulation, Hannover 1906
- Spindler, J.v. Die öffentliche Finanzpolitik unter Kapitalmarktaspekt, in: Finanzierungsprobleme und Steuerpolitik. Herausg. von der Deutschen Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Berlin 1957
- Stapelberg, F. Zurechnungstheorien in der Betriebswirtschaftslehre, Freiburg 1929
- Stern, R. Buchhaltungslexikon, Berlin 1904; 2.Aufl., Berlin 1917
- Stern, R. Die kaufmännische Organisation im Fabrikbetrieb, Wien 1911
- Stern, R. Bilanzdelikte, Berlin 1921
- Sträter, L. Papierwenn- und Sachwenn-Buchhaltung, Leipzig 1927

- Stucken, R. Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 - 1953, 2. Aufl., Tübingen 1953
- Sweerts-Sporck, P. Die Industrie und die Selbstfinanzierung, in: Der Volkswirt 1957, S. 2431 f.
- Sykora, G. Die Konten- und Bilanztheorien, Wien 1949
- Thiess, E. Die Abschreibungspolitik in der eisenschaffenden Industrie unter dem Einfluß des Investitionshilfe-Gesetzes, in: ZfHf 1954, S. 446 ff.
- Treuhand-Gesellschaft Koblenz Abschreibungssätze auf Anlagewerte, Koblenz 1931
- Trumpler, H. Die Bilanz der Aktiengesellschaft, Basel 1950
- Trumpler-Falk Die Bilanz der Aktiengesellschaft. Nachtrag zur Steuerbilanz, Basel 1953
- Twiehaus, H. Die Bewertung und Abschreibung von Gegenständen des beweglichen Anlagevermögens unter besonderer Berücksichtigung des Tiefbaugewerbes in betriebswirtschaftlicher und steuerlicher Hinsicht, Königsberg 1932
- Vahl, G. Zur Frage der Vereinheitlichung von Handels- und Steuerbilanz, Würzburg 1940
- ter Vehn, A. Die Entwicklung der Bilanzauffassungen bis zum AHGB, Sonderheft der ZfB 1929
- Verband Deutscher Bücherrevisoren Zur Reform des Aktienrechts, Leipzig 1930
- Vitzelberg, J. Finanzierung und Bilanz, Berlin 1906
- Vogt, F. Bewertungsfreiheiten in der Bilanz, Berlin 1941
- Vogt, F. Bilanztaktik. Wahlrechte des Unternehmers beim Jahresabschluß, 4. Aufl., Heidelberg 1955
- Vogt, J. Bilanz und Steuer 1925, Weimar 1925
- Volmer, H. Zur Lehre der Abschreibung, in: ZfB 1927, S. 245 ff.
- Wagner, H. Selbstkostenberechnung gemischter Werke der Großeisenindustrie, Berlin 1912
- Walb, E. Das Problem der Scheingewinne (Akademische Antrittsrede), Freiburg 1922

- Walb, E. Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, Berlin 1926
- Walb, E. Zur Dogmengeschichte der Bilanz, in: Festschrift für Eugen Schmalenbach, Leipzig 1933
- Walb, E. Kaufmännische Betriebswirtschaftslehre, Leipzig 1938
- Walb, E. Finanzwirtschaftliche Bilanz, 2. Aufl., Köln 1946/47
- Walb, H. Das Aktiengesetz vom 30.1.1937, in: ZfHf 1937, S. 264 ff.
- Wall, F. Goldmarkbilanzen, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956
- Wallich, H. Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt 1955
- Walther, A. Einführung in die Wirtschaftslehre der Unternehmung, 1. Band: Der Betrieb, Zürich, 1947; 2. Band: Die Unternehmung, Zürich 1953
- Wandel, L. Auswirkungen erhöhter steuerlicher Abschreibungen, in: ZfB 1950, S. 229 ff.
- Wassermann-Mahlberg Die steuerfreien Erneuerungsrücklagen und die Abschreibungen wegen Überteuuerung, München 1921
- Werner, F. - Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Hamburg 1925
- Werner, F. Einiges über Bilanzliteratur, in: ZfHH 1922, S. 156 ff.
- Wilhelm, F. Buchhaltung und Abschluß, Chemnitz 1906
- Winkler, L. Probleme der Abschreibungen in der Praxis, in: Leistungswirtschaft, Festschrift für Fritz Schmidt, Berlin 1942
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium: Gutachten vom Juni 1950 bis November 1952, Göttingen 1953
- Wolff-Birkenbihl Die Praxis der Finanzierung, Berlin 1908
- Woodburn, K. Investitionen, in: Buchhaltungskongreß, New York 1929
- Wulff, H. Buchführung und Bilanz als Grundlage für die Steuer, Berlin 1926
- Zahn, F. Wirtschaftsaufbau Deutschlands, in: HdSt, 4. Aufl., 1929
- Zeiler, A. Geldentwertung und Geschäftsgewinn, in: ZfHH 1920, S. 125 ff., 149 ff.

- Zeiler, A. Die Ersatzbeschaffung für gewerbliche Anlagen in ihrer Beziehung zum Steuerrecht und zur Preisgestaltung, in: ZfHH 1921, S. 195 ff.
- Zeiler-Wassermann-Mayer Die Geldentwertung als Kredit-, Kalkulations- und Besteuerungsproblem, München 1921
- Zentner, G. Das Liquiditätsproblem in der industriellen Unternehmung, Berlin 1932
- Ziegler, J. Lehrbuch der Buchhaltung, 3. Teil, Wien 1904
- Zubrod, H. Der Teilwertgedanke im Steuerrecht vom Standpunkt betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, Frankfurt 1934

Abkürzungsverzeichnis:

AfA	Absetzung für Abnutzung
AktG	Aktiengesetz
BfH	Bundesfinanzhof
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DMBG	DM-Bilanz-Gesetz
EstG	Einkommensteuergesetz
GfR	Grundsätze für das Rechnungswesen
GRB	Gemeinschaftsrichtlinien für die Buchführung
GRK	Gemeinschaftsrichtlinien für die Kosten- und Leistungsrechnung
HdSt	Handwörterbuch der Staatswissenschaften
HGB	Handelsgesetzbuch
HWB	Handwörterbuch der Betriebswirtschaft
InvG	Investitionshilfegesetz
KRRl	Kostenrechnungsrichtlinien
LSÜ	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund der Selbstkosten (1938)
LSP	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund der Selbstkosten (1953)
RfH	Reichsfinanzhof
VDMA	Verein deutscher Maschinenbauanstalten
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfHf	Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung
ZfHH	Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis

Lebenslauf

Die Verfasserin wurde am 5. April 1932 als Tochter des Regierungsrats Heinrich Eichler und seiner Ehefrau Gertraud, geb. Müller, in Weidenburg/Bayern geboren.

Nach dem Besuch der Volksschule in Bamberg und München (1938 - 1942) trat sie in die Oberrealschule ein. Sie legte im Jahr 1950 an der Mädchen-Oberrealschule München-West die Reifeprüfung ab.

Im Herbst 1950 begann sie das Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität München und legte am 23.2.1954 die Prüfung für Diplom-Kaufleute ab.

Seit März 1954 ist sie als wissenschaftliche Assistentin tätig: Von März 1954 bis Juni 1955 bei dem verstorbenen Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre Professor Dr. Dr. Karl-Friedrich Röbke; von Juli 1955 bis Februar 1958 am Betriebswirtschaftlichen Institut der Universität München und seit März 1958 bei Frau Professor Dr. Liesel Beckmann im Deutschen Handwerksinstitut, München.









